



Dirk Stolper

# Namen im öffentlichen Raum

Abschlussbericht

der Historischen Fachkommission zur Überprüfung  
nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude  
und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden

Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden

Band 17

Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden

**Band 17**

Herausgegeben im Auftrag des Magistrats  
der Landeshauptstadt Wiesbaden – Kulturamt  
von Peter Quadflieg  
Wiesbaden 2023

# Namen im öffentlichen Raum

Abschlussbericht

der Historischen Fachkommission  
zur Überprüfung nach Personen benannter  
Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen  
der Landeshauptstadt Wiesbaden

bearbeitet von

**Dirk Stolper**

Redaktion

**Peter Quadflieg und Katherine Lukat**

Version 4

© Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden,  
Kulturamt – Stadtarchiv Wiesbaden 2023

Herausgegeben von Peter Quadflieg und Katherine Lukat  
Lektorat: Waltraud Nießen, Peter Quadflieg, Katherine Lukat  
Satz und Gestaltung: DDT2w, Aachen

Druck und Herstellung: Druck und Verlag Kettler, Bönen/Westfalen

Umschlagbild: Neubenennung der Wiesbadener Pfitznerstraße 2020.  
Filmstill. Foto: RTL Hessen.

ISBN: 978-3-9825083-1-3

9	<b>Vorwort des Kulturdezernenten der Landeshauptstadt Wiesbaden</b>
11	<b>Vorwort der Herausgeber</b>
15	<b>1 Einleitung</b>
15	1.1 Namensgeber und NS-Vergangenheit
19	1.2 Auftrag der Fachkommission
19	1.3 Zusammensetzung der Fachkommission
21	1.4 Untersucher Personenkreis und Benennungspraxis
22	1.5 Quellenlage und Archivrecherche
24	1.6 Geschäftsordnung
28	1.7 Entscheidungskriterien der Kommission
31	1.8 Geschäftsgang und Kommissionssitzungen
32	1.9 Statistische Auswertung der Entscheidungen
35	<b>2 Umbenennungsempfehlungen</b>
36	Bücher, Christian (1878–1949)
41	Dietz, Rudolf (1863–1942)
50	Elmendorff, Karl (1891–1962)
54	Engelberg, Alexander von (1894–1960)
62	Hauptmann, Gerhart (1862–1946)
68	Herbert, Adam (1887–1976)
77	Katsch, Gerhardt (1887–1961)
86	Opel, Wilhelm von (1871–1948)
94	Overbeck, Friedrich Theodor (1897–1972)
98	Pette, Heinrich (1887–1964)
103	Preußen, Viktoria Luise von (1892–1980)
107	Preußen, Wilhelm von (1882–1951)
112	Sauerbruch, Ernst Ferdinand (1875–1951)
118	Schmelzeisen, Otto (1892–1983)
124	Schmidt, Jonas (1885–1958)
130	Schulte, Alfred (1872–1957)
136	Strauss, Richard (1864–1949)
145	Todt, Adolf (1886–1960)

**153 3 Kontextualisierungsempfehlungen**

- 154 Bergius, Friedrich (1884–1949)  
157 Bosch, Carl (1874–1940)  
162 Dörr, Gottfried (1893–1963)  
166 Gronau, Wolfgang von (1893–1977)  
169 Günther, Anton (1876–1937)  
173 Hebach, Konrad (1898–1980)  
176 Köhler, Alban (1874–1947)  
180 Rieser, Georg (1900–1989)  
182 Schuricht, Carl (1880–1967)  
186 Sporkhorst, Eduard (1879–1951)  
189 Wittgen, Wilhelm (1868–1943)  
192 Zuse, Konrad (1910–1995)

**197 4 Weitere untersuchte Biografien**

- 198 Albert, Karl (1893–1969)  
199 Bausch, Wilhelm (1879–1960)  
200 Böhm, Karl (1878–1963)  
202 Drebert, Karl (1896–1972)  
205 Frenger, Karl (1871–1961)  
207 Gärtner, Karl (1913–1944)  
209 Genzmer, Hertha (1896–1971)  
212 Giesecking, Walter (1895–1956)  
214 Gitter, Hermann (1900–1960)  
216 Göbel, Ernst (1897–1962)  
220 Gontermann, Fritz (1868–1953)  
221 Hallstein, Walter (1901–1982)  
225 Henius, Carla (1919–2002)  
228 Hoffmann, Curt (1862–1947)  
230 Hußler, Friedrich (1915–2000)  
232 Jansen, Hermann (1869–1945)  
234 Juppe, Wilhelm (1904–1978)

236	Krag, Emil Adolf (1889–1966)
238	Krehl, Ludolf von (1861–1937)
240	Kunz, Aloys (1869–1940)
241	Kunze, Siegfried (1924–1992)
242	Laut, August (1885–1963)
244	Lenges, Friedrich (1887–1952)
245	Leutelt, Gustav (1860–1947)
247	Lonquich, Kurt (1914–1991)
249	Naab, Jakob Paul (1872–1954)
251	Österreicher, Anton (1912–1992)
253	Römer, Hans (1918–2005)
255	Ruf, August (1869–1958)
256	Rüth, Georg (1880–1945)
259	Salizé, Georg (1874–1959)
261	Schick, Peter (1900–1996)
264	Schliffer, Wilhelm (1896–1972)
266	Schön, Helmut (1915–1996)
269	Schott, Lorenz (1915–1970)
271	Schumann, Alfred (1898–1960)
272	Sulzbach, Johann Heinrich (1884–1955)
273	Synek, Liane (1922–1982)
274	Ullmann, Friedrich (1901–1961)
277	Wittgen, Philipp (1864–1942)
278	Zeeh, Anton (1900–1971)
281	<b>5 Ausblick</b>
285	<b>Anmerkungen</b>
327	<b>6 Abkürzungsverzeichnis NS-Organisationen</b>



## Vorwort des Kulturdezernenten der Landeshauptstadt Wiesbaden

Die Benennung von Verkehrsflächen, Gebäuden und Einrichtungen nach Personen ist eine der höchsten Ehrungen, die eine Stadt oder Gemeinde vergeben kann. Die jeweiligen Namensgeberinnen und Namensgeber werden durch die Beschilderungen im öffentlichen Raum, aber auch durch Stadtpläne oder Navigationsapps Teil der städtischen Geschichte und Erinnerungskultur.

Straßenbenennungen unterliegen einem ständigen Wandel, da sie die momentanen politischen und gesellschaftlichen Strömungen abbilden. Diese Strömungen unterliegen einer ständigen Entwicklung. So kann es vorkommen, dass Namensgeberinnen und Namensgeber der Vergangenheit in der Gegenwart nicht mehr die gesellschaftlichen und demokratischen Werte repräsentieren, die wir heute als schützenswert und vorbildlich erachten. Insbesondere Benennungen nach Personen, die in die Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt waren, das NS-Regime aktiv förderten oder von diesem profitierten, sind hoch umstritten und führen regelmäßig zu öffentlichen Debatten, so auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Hier waren die Diskussionen um die Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden-Naurod vor 20 Jahren und um die Pfitznerstraße 2018 bis 2020 Auslöser für die Berufung einer Historischen Fachkommission bestehend aus fünf Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftlern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Diese Historische Fachkommission hatte den Auftrag, die Namensgeberinnen und Namensgeber von städtischen Verkehrsflächen, Gebäuden, Schulen, Einrichtungen und Anlagen auf ihre Ehrungswürdigkeit hin zu überprüfen und begründete Entscheidungsempfehlungen hinsichtlich der Beibehaltung oder Aufhebung ihrer Namensgeberschaft abzugeben.

Ich freue mich sehr, dass nun der Abschlussbericht der Kommissionsarbeit als 17. Band der Schriftenreihe des Stadtarchivs vorliegt und allen Interessierten kostenlos zum Download zur Verfügung gestellt wird. Der Bericht beschreibt die Arbeit der Fachkommission von den vorausgegangenen gesellschaftlichen Debatten um Straßenbenennungen bis zu den wissenschaftlich fundierten Empfehlungen im Umgang mit den untersuchten Namensgeberinnen und Namensgebern von Verkehrsflächen, Gebäuden und Einrichtungen. Er ist damit nicht nur für die

politisch Handelnden eine lohnenswerte und wichtige Lektüreempfehlung, sondern für alle Wiesbadner Bürgerinnen und Bürger, die hier die Kurzbiografien der 71 untersuchten Personen finden können.

Ich danke allen Mitgliedern der Historischen Fachkommission für ihre wichtige Arbeit und die nun vorliegenden Erkenntnisse und Empfehlungen. Ich danke aber auch dem Herausgeberteam vom Stadtarchiv Wiesbaden für die Bearbeitung des vorliegenden Abschlussberichtes und die Unterstützung der Arbeit der Historischen Fachkommission.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine erkenntnisreiche Lektüre zu einem wichtigen wie aktuellen Thema unserer städtischen Erinnerungskultur.

Wiesbaden, im November 2023

**Dr. Hendrik Schmehl**

Kulturdezernent der Landeshauptstadt Wiesbaden

## Vorwort der Herausgeber

Wer wir sind und wie wir zu denen wurden, die wir heute sind, zeigt sich auch daran, wessen wir gedenken, wer uns als Vorbild dient und wen wir daher im öffentlichen Raum durch Denkmäler und Straßennamen besonders hervorheben. Kommunale Erinnerungskultur ist ein kontinuierlicher gesellschaftlicher Aushandlungsprozess. Genauso wie sich Gesellschaften, auch kommunale, stetig verändern und neu zusammensetzen, ihre Normen und Verhaltensweisen anpassen und aushandeln, so bestimmen sie auch, an wen und was sie auf welche Weise erinnern wem und was sie auf welche Weise gedenken möchten. Denn Gedenken dient vor allem der Selbstvergewisserung in der Gegenwart und der Orientierung beim Blick in die Zukunft.

Kommunales Gedenken ist so ein stets aktuelles Thema. Die wachsende zeitliche Distanz zu epochalen Brüchen wie zuletzt zum „Dritten Reich“, eine pluralistischer werdende Gesellschaft und das Verschwinden von Zeitzeugengenerationen regen Diskussionen, beispielsweise um eine zeitgemäße Neuausrichtung der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes, an. In diesem Zusammenhang ist die Benennung von Straßen, Plätzen und Gebäuden ein Ausgangspunkt für leidenschaftlich geführte Debatten innerhalb der städtischen Gesellschaft und bereichert somit den kommunalen Geschichtsdiskurs.

Viele Städte haben seit Ende der 1990er Jahre die Namenspatrone und -patroninnen ihrer Straßen untersuchen lassen, so auch mehrere Landeshauptstädte, darunter Düsseldorf und Hannover. Das Stadtarchiv Wiesbaden hat sich bereits in den 2010er Jahren daran gemacht, alle Straßennamen und den Zeitpunkt ihrer Benennung in einem Straßenlexikon zu erfassen. In einem nächsten Schritt wurden weitere Informationen, wie zum Beispiel Namensgeberinnen oder Namensgeber von nach Personen benannten Verkehrsflächen, ergänzt. Bereits bei den Vorarbeiten zu diesem Projekt stellte sich heraus, dass dieses wichtige stadthistorische Recherchemittel Leerstellen aufweisen würde, da in der Überlieferung der Stadtverwaltung biografische Angaben zu den Namenspatronen und vor allem die Begründungen für die Benennung einer Straße nach einer Person nicht niedergelegt wurden. Der Grund hierfür ist einfach: Die Zeitgenossen hatten eine klare Vorstellung von der Person und ihrer Wirkung, der Grund der Verleihung dieser zweithöchsten Form der städtischen Ehrung lag für sie auf der Hand. Bereits eine oder zwei Generationen später ist das Bild des oder der Geehrten jedoch oft schon unscharf geworden oder gar in Vergessenheit geraten.

Als die Stadtverordnetenversammlung 2020 beschloss, eine Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden einzusetzen, war das Straßenlexikon gleichwohl ein wichtiges Recherchemittel für die Vorarbeiten im Stadtarchiv Wiesbaden. Aus den 1.965 benannten Verkehrsflächen in Wiesbaden wurden zuerst jene extrahiert, die nach Personen benannt sind. Übrig blieben 651 Straßen und Plätze, die natürlichen Personen gewidmet sind. Die Historische Fachkommission untersuchte dann die 71 Personen, die zwischen 1870 und 1925 geboren wurden und im Nationalsozialismus gewirkt hatten.

Nach zweijähriger Kommissionsarbeit liegt nun der Abschlussbericht vor, der auf dem heutigen Forschungsstand die Ergebnisse zu den biografischen Recherchen zusammenfasst und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit diesen 71 Namensgeberinnen und Namensgebern für Wiesbadener Straßen, Gebäude und Einrichtungen enthält, die jetzt von der kommunalen Politik und von der Stadtgesellschaft aufgegriffen und diskutiert werden können.

Gleichzeitig liefert der Abschlussbericht auch einen wichtigen Beitrag zur Stadtgeschichte und zur Geschichte der Benennungspraxis nach Personen in Wiesbaden. Die Ergebnisse zeigen, dass sich der Kreis der Personen, die mit einer Straßenbenennung geehrt wurden, in drei große Kategorien einteilen lässt. Die erste Kategorie bilden Straßen, Gebäude oder Einrichtungen, die nach überregional prominenten Persönlichkeiten benannt wurden, nach denen auch in anderen Städten Straßen, Plätze oder Gebäude benannt sind. Oft sind diese Personen auch schon durch die historische Forschung intensiv untersucht worden.

Die zweite Gruppe bilden Personen, die auf lokaler Ebene eine große Bekanntheit genossen, deren NS-Vergangenheit aber bisher im Dunkeln lag bzw. bei der Benennung in den 1950er und 1960er Jahren meist keine Rolle spielte. Eine dritte Gruppe umfasst die Personen, die aufgrund ihres lokalen Engagements im jeweiligen Stadtteil, beispielsweise als Volksschullehrer, Vereinspräsident oder auf dem Gebiet der Lokalpolitik, eine Ehrung in Form einer Straßenbenennung erhalten haben. Diese Benennungspraxis ist insbesondere in den bis 1945 zu Mainz gehörigen Stadtteilen zu erkennen oder bei Stadtteilen, die zu Beginn der 1970er Jahre in die Landeshauptstadt Wiesbaden eingemeindet worden sind. Gerade bei diesen Personen lagen oft nur rudimentärste Angaben zu Biografie und beruflichem Werdegang vor.

Das Stadtarchiv Wiesbaden hat die Arbeit der Historischen Fachkommission eng begleitet und durch die Einrichtung der Geschäftsstelle im Haus organisatorisch unterstützt. Wir danken daher allen Mitgliedern der Historischen Fach-

kommission für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren, ebenso unseren Kolleginnen und Kollegen im Stadtarchiv, die zum Gelingen der Kommissionsarbeit beigetragen haben. Als 17. Band der Schriftenreihe des Stadtarchivs Wiesbaden wird dieser Abschlussbericht nicht nur allen Interessierten kostenlos per Download, sondern auch in gedruckter Form und damit in Fachbibliotheken für weiterführende Forschungen zur Verfügung stehen.

Als Herausgeber danken wir zudem Herrn Dr. Dirk Stolper, dem Autor des vorliegenden Textes, für die Zusammenarbeit und den Austausch. Waltraud Nießen übernahm die kritische Durchsicht des Textes, für die wir ihr, ebenso wie Dusan Totovic und Werner Wernicke für die gelungene Gestaltung und das Layout des Bandes, ganz herzlich danken. Einem Beitrag von RTL Hessen entstammt das Titelbild des Bandes. Für die Bereitstellung danken wir ebenfalls sehr.

Wiesbaden, im November 2023

**Dr. Peter Quadflieg und Dr. Katherine Lukat**



## 1

# Einleitung

## 1.1

## Namensgeber und NS-Vergangenheit

Straßenbenennungen geben Orientierung im öffentlichen Raum und stellen zugleich eine der höchsten Ehrungen dar, die eine Kommune vergeben kann. Durch eine Straßenbenennung schreibt sich eine Person in die Erinnerung der Stadt oder Gemeinde ein. Die Benennung ist nicht nur im Straßenbild durch die Beschilderung erkennbar, sondern begegnet Bürgerinnen und Bürgern sowie Besucherinnen und Besuchern auch als Adresse und in Stadtplänen.

Oftmals sind Straßenbenennungen Abbildungen vorherrschender gesellschaftlicher und politischer Strömungen. Die Benennungen von Straßen, aber auch die Namen von Gebäuden, Parkanlagen oder sonstigen städtischen Einrichtungen überdauern jedoch gleichzeitig nicht selten politische und gesellschaftliche Umbrüche. So befinden sich von den 492 Straßen, die nach dem ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann (1886–1944), benannt sind, nur sechs in den sogenannten alten Bundesländern.<sup>1</sup> Der überwiegende Teil dieser Straßen befindet sich in Ostdeutschland und stellt einen tradierten Teil der Erinnerungskultur der ehemaligen DDR dar.

Die tiefe Verankerung von Namensgeberschaften im lokalen Gedächtnis einer Stadt oder Gemeinde ist einer der Hauptgründe, warum Umbenennungen von Straßen, Gebäuden und sonstigen Einrichtungen oftmals zu emotionalen Debatten führen, so auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Diskussionen rund um die Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden-Naurod vor rund 20 Jahren und der Pfitznerstraße im Jahr 2020 vielen Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern noch in lebhafter Erinnerung.

Rudolf Dietz (1867–1942) war Lehrer und nassauischer Mundartdichter, der insbesondere im nassauischen Raum bis heute eine gewisse Popularität besitzt. Dietz' Gedichte, die sich vielfach auf seine nassauische Heimat beziehen, stiften bis heute eine regionale Identität. 2003 entbrannte gleichwohl eine erinnerungspolitische Debatte um den Dichter und die 1957 nach ihm benannte Schule in

Wiesbaden-Naurod, Dietz' Geburtsort.<sup>2</sup> Im Mittelpunkt der Debatte stand das Verhältnis des Dichters zum Nationalsozialismus. Dietz war nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied des sogenannten Deutschbundes und trat 1933 nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten als 70-jähriger Pensionär der NSDAP bei. In seiner Karriere als Mundartdichter verfasste Dietz ca. 1.000 Gedichte. Ein Teil von ihnen, ca. 30 bis 40, enthält antisemitische Passagen. Ihre Veröffentlichung wurde zum Teil mit diffamierenden Karikaturen unterlegt. Dietz dichtete zudem ein „Reichslied“, welches Adolf Hitler und den Nationalsozialismus verherrlicht.

Der zuständige Ortsbeirat Wiesbaden-Naurod lehnte 2003 eine Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule mit der Begründung ab, dass die politische Einstellung des Dichters aus der Zeit heraus verstanden werden müsse und das Gesamtwerk nur wenige antisemitische Gedichte enthalte. Die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung entschied zunächst nicht über eine Umbenennung der Schule. Unter dem damaligen Oberbürgermeister Hildebrand Diehl (CDU) wurde die Abstimmung vertagt und Diehl kündigte eine weitere Auseinandersetzung mit dem Wirken und den Werken von Rudolf Dietz an. Es folgten mehrere Gutachten des Stadtarchivs Wiesbaden und von Prof. Dr. Peter Steinbach, die ebenfalls zu öffentlichen Diskussionen führten. Steinbach kam in seinem Gutachten zu der Schlussfolgerung, dass der Mundartdichter mit dem Nationalsozialismus sympathisierte und ein „Mitläufer“ des Regimes gewesen sei. Schlussendlich wurde eine Umbenennung der Schule von der Stadtverordnetenversammlung, dem zuständigen Ortsbeirat, dem Schulleiternbeirat und der Schulkonferenz zunächst abgelehnt.<sup>3</sup> Der Umzug der Schule in einen Neubau 2020 wurde jedoch zum Anlass genommen, die Schule in Wickerbach-Grundschule umzubenennen. Der Historiker Philipp Kratz hat in seinem Buch „Eine Stadt und die Schuld“ die Debatte um die Rudolf-Dietz-Schule treffend zusammengefasst:

„Der Fall Dietz steht exemplarisch für einen deutlichen Wandel im öffentlichen Bewusstsein: Während die Namensgebung der Grundschule 1957/58 im Klima des diskreten Schweigens der fünfziger Jahre ohne jegliche Thematisierung der politischen Biografie von Dietz erfolgte, ließ sich in den sechziger und siebziger Jahren erstmals Kritik daran vernehmen, die bezeichnenderweise jedoch nicht öffentlich vorgebracht wurde. Spätestens seit den

achtziger Jahren waren Teile der Öffentlichkeit so sensibilisiert für mögliche Verstrickungen öffentlicher Personen in NS-Unrecht, dass der Journalist Wolfgang Degen, der den Konflikt mit seinem Artikel auslöste, mit einem nennenswerten öffentlichen Interesse rechnen konnte. [...] Der Fall Dietz zeigt aber auch, dass dieses Problembewusstsein nicht von allen geteilt wurde oder wird.“<sup>4</sup>

Die Wiesbadener Pfitznerstraße wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 26. Februar 1956, also ein Jahr vor Einweihung der Rudolf-Dietz-Schule, nach dem Komponisten, Kapellmeister und Dirigenten Hans Pfitzner (1869–1949) benannt. Ob den Stadtverordneten zu diesem Zeitpunkt die antisemitische Einstellung Pfitzners bereits bekannt gewesen war, ist aufgrund fehlender schriftlicher Begründungen für diese Entscheidung nicht bekannt. Pfitzner hatte jedenfalls der kulturellen Elite des „Dritten Reiches“ angehört und wurde von Hitler mit einer großzügigen Geldzuwendung und der Aufnahme auf die sogenannte Gottbegnadeten-Liste<sup>5</sup> bedacht. Pfitzner war zudem mit NS-Funktionär Hans Frank, der während des Zweiten Weltkrieges als Generalgouverneur des nicht annektierten, von Deutschland besetzten Teils Polens tätig war, befreundet. Pfitzner schickte Frank auch nach dessen Verurteilung im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess tröstende Briefe. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Untergang des „Dritten Reiches“ blieb Pfitzner seinen politischen und ideologischen Überzeugungen insgesamt treu und bezeichnete im Juni 1945 das „Rassenproblem“ als „schwierigstes aller Menschenprobleme“. Pfitzner kritisierte nach dem Krieg Hitler zwar dafür, wie er die Juden bekämpft habe, aber nicht für das Warum: „Also nicht das ‚Warum‘ ist ihm [= Hitler] vorzuwerfen, nicht, dass er es getan hat, [sondern] die berserkerhafte Plumpheit, die ihn dann auch, im Verlauf der Ereignisse, zu den Grausamkeiten, die ihm vorgeworfen werden, führen mussten.“<sup>6</sup>

In Wiesbaden begann die Debatte um eine mögliche Umbenennung der Pfitznerstraße mit der Gründung einer Bürgerinitiative im Jahr 2018. Es folgte eine öffentliche Debatte, die 2020 mit dem Beschluss der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung zur Umbenennung der Straße endete (Beschluss 0060/2020). Als Gründe für die Umbenennung wurden die antisemitischen Äußerungen des Komponisten und seine „Befürwortung des Holocaust“ angegeben. Heute ist die Straße nach dem Komponisten Johannes Brahms (1833–1897) benannt.

Die Fälle Dietz und Pfitzner zeigen auch für Wiesbaden, dass der Umgang mit persönlichen Verstrickungen und dem Handeln von Persönlichkeiten in der NS-Zeit mit größerer zeitlicher Distanz neu diskutiert und bewertet werden kann. Die Bewertung von individuellen „Belastungen“ einzelner Personen im Hinblick auf den Nationalsozialismus ist nicht statisch und kann gesellschaftlich immer wieder neu diskutiert werden.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges standen bei der von den Alliierten durchgeführten Entnazifizierung vor allem formale „Belastungen“ wie die Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Gliederungen im Mittelpunkt der juristisch-moralischen Bewertung. Heute ist bekannt, auch aufgrund von nun verfügbarem Quellenmaterial, dass eine NSDAP-Mitgliedschaft nicht zwangsläufig eine übermäßige Identifikation mit dem NS-Regime bedeuten muss. Die Bewertung des Verhaltens von Personen während der NS-Zeit konzentriert sich heute daher mehr auf aktivistisches Verhalten gegenüber dem Nationalsozialismus. Gleichzeitig waren auch Nichtparteimitglieder an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt, halfen bei der Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, profitierten von der Ausbeutung von Zwangsarbeitskräften oder bereicherten sich durch sogenannte „Arisierungen“ an jüdischem Besitz.

Das Beispiel Hans Pfitzner zeigt zugleich auch, dass für die umfassende Bewertung einer historischen Figur nicht nur deren Handeln während des „Dritten Reiches“ in den Blick genommen werden sollte, sondern auch der Umgang des jeweiligen Akteurs mit dem Nationalsozialismus nach 1945, auch im Zusammenhang mit seiner eigenen Biografie.

## 1.2 Auftrag der Fachkommission

Die Benennungen von Verkehrsflächen, Gebäuden und Einrichtungen (u. a. Schulen) nach Personen haben vielerorts zu Diskussionen um die Verstrickung der Namensgeber in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur (1933–1945) geführt. Im Zuge der Wiesbadener Diskussion um die Pfützerstraße formulierte der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden in zwei Beschlüssen (0080/2019 und 0034/2020) den Auftrag, durch eine unabhängige Historische Fachkommission prüfen zu lassen, inwieweit bei den 651 nach Personen benannten Verkehrsflächen sowie den städtischen Gebäuden, Schulen, Einrichtungen und Anlagen die Notwendigkeit besteht, Benennungen der Vergangenheit aufgrund des Verhaltens der Personen in der Zeit des Nationalsozialismus oder im Zusammenhang mit der NS-Bewegung abzuändern oder aufzuheben.

Durch den Beschluss der Sitzungsvorlage 20-V-41-0015 (Beschluss Nr. 0456/2020) wurde dieser politische Auftrag durch die Stadtverordnetenversammlung konkretisiert, indem eine Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden konstituiert wurde, Kriterien als Leitlinien für die Überprüfung festgelegt wurden und bei der zuständigen Fachdienststelle der Verwaltung (Kulturamt/Stadtarchiv) die notwendige Infrastruktur für die Fachkommissionsarbeit zeitlich befristet eingerichtet wurde.

## 1.3 Zusammensetzung der Fachkommission

In die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden wurden laut Beschluss Nr. 0456 der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Dezember 2020 folgende Mitglieder berufen:

Als Vertreter der Landeshauptstadt Wiesbaden (ohne) Stimmrecht:

- Christa Gabriel (SPD, geboren 1960) bis bzw. Dr. Gerhard Obermayr (CDU, geboren 1963) ab dem 29. April 2021 als amtierende/r Stadtverordnetenvorsteher/in der Landeshauptstadt Wiesbaden.

- Dr. Peter Quadflieg (geboren 1982), Historiker und Archivar, als Leiter des Stadtarchivs Wiesbaden und Vertreter der fachlich zuständigen Abteilung des Kulturamtes.

Als Vertreter/innen der Fachwissenschaft:

- Vorsitzender: Prof. Dr. Christoph Cornelißen (geboren 1958), Historiker, Lehrstuhlinhaber für Neueste Geschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, ausgewiesener Experte für die Geschichte der Erinnerungskulturen in Deutschland, Mitglied der Historischen Kommission für Hessen-Nassau und der Frankfurter Historischen Kommission.
- Stellvertretende Vorsitzende: Prof. Dr. Sabine Mecking (geboren 1967), Historikerin, Leiterin des Hessisches Institut für Landesgeschichte an der Philipps-Universität Marburg, ausgewiesene Fachfrau für regionale Zeitgeschichte und ihre Vermittlung, ab 2021 Direktorin des Hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde Marburg.
- Prof. Dr. Eckart Conze (geboren 1963), Historiker, Lehrstuhlinhaber für Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg, ausgewiesener Fachmann für die Geschichte der Kontinuität zwischen „Drittem Reich“ und Bundesrepublik, Mitglied im Hauptausschuss der Historischen Kommission für Hessen.
- Prof. Dr. Andreas Hedwig (geboren 1959), Archivar und Historiker, zahlreiche Publikationen zur Geschichte Hessens und zur hessischen Erinnerungskultur, Präsident des Hessischen Landesarchivs, Honorarprofessor und Lehrbeauftragter an der Philipps-Universität Marburg.
- Privatdozentin Dr. Nadine Freund (geboren 1978), Historikerin, 2017–2022 Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin und Lehrbeauftragte an der Universität Kassel, Habilitation über das Regierungspräsidium Kassel im Nationalsozialismus, Trägerin des Wissenschaftspreises Hessische Geschichte und Landeskunde 2018.

Als Fachreferent der Historischen Fachkommission wurde im Juni 2021 der Historiker Dr. Dirk Stolper (geboren 1983) nach einem Einstellungsverfahren als Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Stadtarchiv Wiesbaden für die Dauer der Projektlaufzeit eingestellt.

## 1.4

### Untersuchter Personenkreis und Benennungspraxis

Von den 651 in Wiesbaden nach Personen benannten Verkehrsflächen, Gebäuden und Einrichtungen in städtischer Verantwortung wurden zunächst im Sommer 2020 durch das Stadtarchiv Wiesbaden jene Personen identifiziert, die aufgrund ihrer Lebensdaten in der Zeit der NS-Bewegung und der NS-Herrschaft gelebt und gewirkt haben.

Für die übrig gebliebenen 71 Personen wurde eine Untersuchung durch die Historische Fachkommission eingeleitet. Bei der Auswahl wurde berücksichtigt, dass die Personen die Geschehnisse bewusst wahrnehmen und beurteilen konnten. Daher wurden nur Akteurinnen und Akteure in die Untersuchung aufgenommen, die zwischen 1870 und 1925 geboren worden sind. In Ausnahmefällen wurden auch Personen in die Untersuchung aufgenommen, die zu einem früheren Zeitpunkt geboren wurden. Hierbei handelt es sich um Persönlichkeiten, deren ambivalentes Verhältnis zum Nationalsozialismus bereits allgemein bekannt ist, wie beispielsweise den Dramatiker Gerhart Hauptmann oder den bereits erwähnten Rudolf Dietz. Nicht berücksichtigt wurden Personen, die bekanntermaßen selbst Opfer des NS-Regimes geworden waren. Ebenfalls nicht überprüft wurden Namensgeberinnen und Namensgeber, deren Wirken im Widerstand gegen das NS-Regime bereits bekannt und erforscht ist, etwa Sophie und Hans Scholl.

Die so untersuchten Personen lassen sich in drei große Gruppen einteilen. Es handelt sich einerseits um prominente Persönlichkeiten, nach denen auch in anderen Städten Straßen, Plätze oder Gebäude benannt sind. Zum Teil ist bei diesen Personen durch die historische Forschung bereits herausgearbeitet worden, dass sie ein ambivalentes Verhältnis zum Nationalsozialismus hatten. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise der Mediziner Ferdinand Sauerbruch<sup>7</sup> oder der ehemalige deutsche Kronprinz Wilhelm von Preußen zu nennen.<sup>8</sup>

Bei einem zweiten Teil des zu untersuchenden Personenkreises handelt es sich um prominentere, lokale Persönlichkeiten, deren Handeln und Wirken im „Dritten Reich“ bisher jedoch nur wenig erforscht wurde. Beispiele hierfür sind der Apotheker Adam Herbert oder der Unternehmer Alexander von Engelberg.

Eine dritte Gruppe bilden Personen, über die bisher nur sehr wenige Informationen bekannt waren. Es handelt sich zumeist um Akteurinnen und Akteure, die aufgrund ihres lokalen Engagements, beispielsweise als Volksschullehrer, Vereinspräsident oder auf dem Gebiet der Lokalpolitik, eine Ehrung in Form einer

Straßenbenennung erhalten haben, zumeist mit klarem Bezug auf einen konkreten Stadtbezirk oder eine ehemals eigenständige Ortschaft. Eine entsprechende Benennungspraxis ist insbesondere auch in den bis 1945 zu Mainz gehörenden Stadtteilen oder bei Stadtteilen erkennbar, die zu Beginn der 1970er Jahre in die Landeshauptstadt Wiesbaden eingemeindet worden sind.

Bei diesem dritten Personenkreis ist bemerkenswert, dass aufgrund der Tatsache, dass in der Regel keine schriftlichen Begründungen für die jeweiligen Benennungen überliefert sind, heute vielfach unklar war, warum die Person zum Zeitpunkt der Benennung überhaupt als besonders zu ehren wahrgenommen wurde. Zeitzeugen der Ehrung waren zumeist verstorben.

Insgesamt ist bei der Benennungspraxis auf dem Stadtgebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden erkennbar, dass es sich bei den Namensgeberinnen und Namensgebern im Schwerpunkt um Personen handelt, die einen starken lokalen Bezug zu Wiesbaden haben. Bemerkenswert ist zudem, dass es sich bei den Namensgeberinnen und Namensgebern zu einem überwältigenden Teil um männliche Personen handelt. So gibt es unter dem zu überprüfenden Personenkreis von 71 Namensgebern nur vier Frauen. Dies spiegelt zugleich die bisherige Benennungspraxis in der Landeshauptstadt Wiesbaden insgesamt wider: Nur knapp zehn Prozent aller nach Personen benannten Verkehrsflächen sind nach Frauen benannt.

## 1.5

### Quellenlage und Archivrecherche

Die Archivrecherchen wurden zu Beginn des Untersuchungsprozesses im Juni 2021 stark von der Corona-Pandemie beeinträchtigt. In Archiven wie dem Bundesarchiv Berlin war der Zugang beschränkt. Wichtige Informationen, wie die Feststellung von Mitgliedschaften in NS-Organisationen, konnten unter diesen Umständen nicht sofort ermittelt werden. Das Bundesarchiv Berlin wurde daher mit einer Recherche zur Feststellung von NS-Mitgliedschaften beauftragt, die jedoch einen längeren Zeitraum in Anspruch nahm, da pro Anfrage nur sechs Personennamen zur Überprüfung angeführt werden konnten.

Im Mai und September 2022 konnte der Fachreferent der Historischen Fachkommission Recherchen vor Ort in Berlin durchführen. Der Hauptbestand für die Quellenrecherche befindet sich im Hessischen Landesarchiv, Abteilung Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, und im Stadtarchiv Wiesbaden. Hier wurden die Spruchkammerakten, Nachlässe und Personalunterlagen und der Bestand der

Wiesbadener NSDAP gesichtet. Zudem recherchierte der Fachreferent u. a. im Hessischen Landesarchiv, Abteilung Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, im Stadtarchiv Mainz, im Rheinland-Pfälzischen Landesarchiv Koblenz, im Landesarchiv Speyer und im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft Berlin. Aus dem Landesarchiv Berlin, dem Sächsischen Landesarchiv Dresden, dem Archiv der Technischen Universität Berlin, dem Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Archiv der Universität Zürich, der Wissenschaftlichen Sammlung des Instituts für Geschichte der Medizin und Ethik in der Medizin der Charité Berlin und den Bundesarchiven in Ludwigsburg und Freiburg im Breisgau konnten Quellenbestände digital eingesehen oder übermittelt werden. Die Nationalarchive Schwedens und der USA wurden mit der Recherche nach Unterlagen zu zwei Personen (Alexander von Engelberg und Wolfgang von Gronau) beauftragt. An eine Vielzahl von Archiven, wie das Archiv der Gedenkstätte Auschwitz, wurden Bitten zur Auskunft zu bestimmten Namensgeberinnen und Namensgebern gestellt.

Bei einigen der zu untersuchenden Personen konnten nur wenige Quellen ermittelt werden. Dies war insbesondere bei Personen der Fall, deren Wirkung lokal beschränkt oder punktuell war. Dabei handelt es sich nicht etwa um ein Alleinstellungsmerkmal des Wiesbadener Untersuchungsprojekts, sondern um eine Tendenz, die auch bei Untersuchungen in anderen Städten festzustellen ist.<sup>9</sup> Bei einigen Personen konnten nur Beruf und Lebensdaten ermittelt werden. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die erstellten Kurzbiografien auf Grundlage der momentan verfügbaren Quellenbestände sowie des Forschungsstandes erstellt wurden. Durch neu erschlossene Quellenbestände kann sich in Zukunft die Einordnung bzw. die Informationslage zu den einzelnen Biografien ändern.

In einigen Fällen konnten nur Unterlagen von durchgeführten Entnazifizierungsverfahren ermittelt werden. Die dort enthaltenen Meldebögen, Leumundzeugnisse und Befragungen stellen oftmals einen problematischen Quellenbestand dar, weil die Betroffenen sich in einer unmittelbaren Drucksituation befanden und dadurch oftmals Angaben verschwiegen oder beschönigten. Diese Unterlagen mussten daher äußerst kritisch betrachtet und eingeordnet werden.<sup>10</sup>

Bei prominenten Persönlichkeiten, wie beispielsweise Gerhart Hauptmann, Richard Strauss oder Ferdinand Sauerbruch, existiert bereits eine Vielzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen und damit ein gesicherter Forschungsstand. In diesen Fällen wurde auf eine umfangreiche eigene Quellenrecherche verzichtet und auf die gängige Forschungsliteratur oder auf Gutachten anderer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zurückgegriffen.

## 1.6

### Geschäftsordnung

Durch den Beschluss Nr. 0456 der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Dezember 2020 wurde folgende Geschäftsordnung für die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossen.

Ordnung der Historischen Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden

#### § 1 Aufgabe der Fachkommission

- (1) Die Historische Fachkommission hat die Aufgabe, Namensgeber/innen von städtischen Verkehrsflächen, Gebäuden, Schulen, Einrichtungen und Anlagen auf ihre Ehrungswürdigkeit hin zu überprüfen und begründete Entscheidungsempfehlungen hinsichtlich der Beibehaltung oder Aufhebung der Namensgeberschaft im Sinne des § 7 Abs. 2 dieser Ordnung abzugeben. Als diskussionsleitend sollen dabei die in Anlage zu dieser Ordnung aufgeführten fachlichen Kriterien herangezogen werden.
- (2) Der Historischen Fachkommission werden zur Durchführung dieser Aufgabe von der zuständigen Fachabteilung der Verwaltung städtische Verkehrsflächen-, Gebäude- und Einrichtungsbenennungen zur Überprüfung vorgelegt. Darüber hinaus kann sie eigene Vorschläge für zu überprüfende Verkehrsflächen-, Gebäude- oder Einrichtungsbenennungen in städtischer Trägerschaft machen.

#### § 2 Zusammensetzung und Vorsitz

- (1) Die Historische Fachkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die ausgewiesene Experten/innen für die Geschichte der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und/oder Fragen der nationalen und regionalen Erinnerungskultur sind.
- (2) Qua Amt gehören der Fachkommission der/die Leiter/in des Stadtarchivs Wiesbaden als fachlich zuständige Abteilung der Stadtverwaltung und der/die Stadtverordnetenvorsteher/in der Landeshauptstadt Wiesbaden ohne

Stimmrecht an. Der/die Stadtverordnetenvorsteher/in kann sich durch eine geeignete Persönlichkeit vertreten lassen.

- (3) Die Historische Fachkommission wählt aus ihrer Mitte eine/n Vorsitzende/n und eine/n stellv. Vorsitzende/n.
- (4) Die Mitglieder der Historischen Fachkommission werden auf Vorschlag des Oberbürgermeisters durch die Stadtverordnetenversammlung für die Dauer der Tätigkeit der Kommission berufen. Scheidet ein Mitglied vor Ende der Berufungszeit aus, ist ein neues Mitglied nach den Sätzen 1 und 2 zu berufen.
- (5) Die Historische Fachkommission kann zusätzliche Expertinnen und Experten mit beratender Stimme zu ihren Sitzungen einladen.
- (6) Der/die zuständige Fachreferent/in des Stadtarchivs nimmt als Geschäftsführer/in der Historischen Fachkommission an deren Sitzungen ohne Stimmrecht teil.

### **§ 3 Rechtsstellung der Mitglieder der Fachkommission**

- (1) Die Mitglieder der Historischen Fachkommission üben ihre Tätigkeit uneigennützig und gewissenhaft aus. Sie erfüllen ihre Aufgabe fachbezogen und sind unabhängig.
- (2) Die Mitglieder der Historischen Fachkommission sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe die Stadtverordnetenversammlung bestimmt. Daneben erhalten sie eine Reisekostenentschädigung analog den Bestimmungen des Hessischen Reisekostengesetzes.
- (3) Die Mitglieder der Historischen Fachkommission sind zur Verschwiegenheit über die im Rahmen ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten und über die internen Beratungen nach Maßgabe der Regelung des § 24 Hessische Gemeindeordnung verpflichtet.

### **§ 4 Geschäftsstelle**

Zur Unterstützung der Arbeit der Fachkommission wird eine Geschäftsstelle im Geschäftsbereich des Dezernats III bei Amt 41/4107 Stadtarchiv eingerichtet. Der/die zuständige Fachreferent/in des Stadtarchivs bereitet als Geschäftsführer/in der Fachkommission in Absprache mit der/dem Vorsitzenden die Sitzungen vor, stellt den Geschäftsgang der Historischen

Fachkommission sicher und führt die Geschäfte. Insbesondere führt er/sie den Schriftverkehr, erstellt die Tagesordnungen der Sitzung und bereitet die Kurzgutachten im Sinne des § 7 Abs. 1 dieser Ordnung vor.

## **§ 5 Geschäftsgang**

- (1) Die Historische Fachkommission tritt bis zur Erfüllung ihres Arbeitsauftrages in der Regel einmal pro Trimester auf Einladung der/des Vorsitzenden in nichtöffentlicher Sitzung zusammen.
- (2) Die Sitzungseinladung beinhaltet den Sitzungsort, die Sitzungszeit und die Tagesordnung. Die Einladung soll den Fachkommissionsmitgliedern spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin zugehen; nur in dringenden Fällen kann die Ladungsfrist verkürzt werden. Die Sitzungstermine für das laufende Jahr sollen zu Beginn des Jahres festgelegt werden.
- (3) Die Fachkommission kann darüber hinaus zu außerordentlichen Sitzungen zusammenkommen, wenn dies für die Erfüllung ihrer Aufgaben gem. § 1 dieser Ordnung erforderlich ist oder mindestens fünf Mitglieder dies beantragen.

## **§ 6 Beschlussfähigkeit und Abstimmungen**

- (1) Die Historische Fachkommission ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind.
- (2) Die Historische Fachkommission fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Stimmenthaltungen sind zulässig. Bei Stimmengleichheit entscheidet, außer im Falle einer Entscheidung nach § 7 Abs. 2 dieser Ordnung, die Stimme der/des Vorsitzenden. Bei Entscheidungen nach § 7 Abs. 2 dieser Ordnung wird die Abstimmung bei Stimmengleichheit auf der folgenden Sitzung der Fachkommission wiederholt. Wird auch bei der Wiederholungsabstimmung eine Stimmengleichheit erzielt, gilt der Fall als der Fallgruppe 2 zugeordnet.

## **§ 7 Entscheidungsfindung in der Fachkommission**

- (1) Der/die Geschäftsführer/in der Historischen Fachkommission legt den Mitgliedern mit einer angemessenen Frist vor jeder Sitzung Kurzgutachten über

zu überprüfende Namensgebungen vor. Die Kommission berät diese Kurztgutachten in der folgenden Sitzung und entscheidet darüber, ob sie eine Entscheidungsempfehlung nach Absatz 2 fällen möchte. Die Fachkommission kann zur Einholung zusätzlicher Informationen die Entscheidung auf eine spätere Sitzung vertagen.

- (2) Die Kommission trifft über die unterbreiteten Fälle eine Entscheidung zur Einstufung in eine der folgenden Fallgruppen:
  - a) Fallgruppe 1: Die namensgebende Person ist historisch schwer belastet; eine Aufrechterhaltung der Namensgeberschaft ist nicht haltbar und würde das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen; es wird die Umbenennung empfohlen.
  - b) Fallgruppe 2: Die namensgebende Person ist historisch umstritten; eine Aufrechterhaltung der Namensgeberschaft ist diskussionswürdig, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden würde bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt; es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.
  - c) Fallgruppe 3: Die namensgebende Person ist historisch nicht oder minderbelastet und hat darüber hinaus Verdienste erworben, die eine Ehrung begründen; eine Aufrechterhaltung der Namensgeberschaft ist haltbar und würde das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen; es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

## **§ 8 Protokollierung und Öffentlichkeit**

- (1) Über die Beratungen und Entscheidungen der Kommission wird ein Ergebnisprotokoll gefertigt, das den Mitgliedern der Kommission zugeht. Über die Genehmigung des Protokolls entscheidet die Fachkommission in einer der folgenden Sitzungen.
- (2) Die Entscheidungsempfehlungen der Fachkommission nach § 7 Absatz 2 dieser Ordnung werden in Form einer Verwaltungsvorlage für den Magistrat und die zuständigen Ortsbeiräte bekannt gemacht. Dabei wird das Votum der Entscheidung nichtnamentlich veröffentlicht.

## **§ 9 Gültigkeit der Ordnung**

- (1) Diese Ordnung tritt mit ihrer Beschlussfassung in Kraft und mit der Auflösung der Historischen Fachkommission außer Kraft.

- (2) In Verfahrensfragen, die in dieser Ordnung nicht geregelt sind, finden die entsprechenden Regelungen der Ordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden in ihrer jeweils geltenden Fassung sinngemäß Anwendung.

## 1.7

### Entscheidungskriterien der Kommission

Durch den Beschluss Nr. 0456 der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Dezember 2020 wurden folgende Kriterien für die Entscheidungsempfehlung zur Umbenennung von Verkehrsflächen, Gebäuden und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossen.

1. Benennungen von städtischen Verkehrsflächen, Gebäuden, Schulen, Einrichtungen und Anlagen sollen zur städtischen Identitätsstiftung und zur Stärkung des staatsbürgerlichen Bewusstseins der Einwohnerinnen und Einwohner der Landeshauptstadt Wiesbaden beitragen. Sie dienen auch dazu, Personen zu ehren, die sich besondere Verdienste um die Stadt Wiesbaden oder einen ihrer Ortsbezirke, das Land Hessen, die Bundesrepublik Deutschland oder auf internationaler Ebene erworben haben.
2. Die Umbenennung einer städtischen Verkehrsfläche, eines Gebäudes, einer Schule, einer sonstigen Einrichtung oder Anlage ist zu empfehlen, wenn die namensgebende Person aktive/r Gegner/in der Demokratie und geistige/r und/oder politische/r Wegbereiter/in der nationalsozialistischen Ideologie und/oder Exponent/in der nationalsozialistischen Herrschaft gewesen ist oder die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes nach 1945 relativiert hat.
3. Als Kriterien für die Erfüllung der unter 2. genannten Eigenschaften sind zu berücksichtigen:
  - a) Die Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen.
  - b) Die Mitgliedschaft in anderen völkisch-nationalistischen Parteien, Gruppen und Verbänden, auch vor 1933.
  - c) Die Übernahme von Ämtern innerhalb des NS-Staates bzw. in anderer Form vorgetragenes aktives Entstehen für den nationalsozialistischen Staat.

- d) Die materielle oder immateriell wirksame Unterstützung bzw. das öffentliche Bekenntnis zum Nationalsozialismus als politischer Bewegung oder zum NS-Regime zwischen 1933 und 1945.
  - e) Die öffentliche Artikulation nationalsozialistischer Ideologie bzw. ihrer ideologischen Kernelemente, insbesondere des Antisemitismus, völkischen Nationalismus, Rassismus und aggressiven Militarismus.
  - f) Die Erlangung materieller oder immaterieller Vorteile durch das Verhältnis zum NS-Regime zwischen 1933 und 1945 oder zur NSDAP und ihren Gliederungen.
  - g) Die bewusste Schädigung von anderen Personen zwischen 1933 und 1945 sowie aktive Teilnahme an der Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung einzelner Personen oder Personengruppen während der NS-Herrschaft 1933–1945 oder die Verharmlosung und Relativierung dieser Verbrechen nach 1945.
4. Als Kriterien für die Nicht-Erfüllung der unter 2. genannten Eigenschaften sind zu berücksichtigen:
- a) Die tatsächliche Hilfeleistung für Personen, die vom NS-Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt wurden.
  - b) Eine tatsächlich selbst erlittene Schädigung oder tatsächliche Verfolgung durch das NS-Regime oder den staatlichen Apparat des NS-Staates zwischen 1933 und 1945.
5. Die Umbenennung einer städtischen Verkehrsfläche, eines Gebäudes, einer Schule, einer sonstigen Einrichtung oder Anlage ist auch dann zu empfehlen, wenn ihre Benennung in der Zeit zwischen 1933 und 1945 aus ideologischen oder politischen Gründen nach Orten, Sachen, Ereignissen, Organisationen oder Symbolen erfolgte und die Benennung aus heutiger Sicht unwürdig erscheint, da ihre Beibehaltung nachhaltig dem Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden schaden würde.

In einem ersten Arbeitsschritt erstellte der Fachreferent für die Fachkommission einen Bericht, in dem Projekte zur Überprüfung von Verkehrsflächen in vergleichbaren Städten, wie Hannover, Düsseldorf und Darmstadt, analysiert werden. In ihrer zweiten Sitzung am 13. Juli 2021 konkretisierte die Historische Fachkommission auch auf dieser Grundlage ihre Arbeitskriterien für ihre Entscheidungsempfehlungen, indem sie folgende ergänzende Liste von Prüfkriterien für die zu untersuchenden Biografien definierte:

- a. die Mitgliedschaft und Funktion in nationalsozialistischen Organisationen sowie Prüfung evtl. Nachweise auf „gottgläubig“;
- b. die Mitgliedschaft in anderen völkisch-nationalistischen Parteien, Gruppen und Verbänden, auch vor 1933;
- c. die Übernahme von Ämtern und Funktionen innerhalb des NS-Staates bzw. in anderer Form vorgetragenes aktives Einstehen für den nationalsozialistischen Staat;
- d. die materielle oder immateriell wirksame Unterstützung bzw. das wahrnehmbare Bekenntnis zum Nationalsozialismus als politischer Bewegung oder zum NS-Regime zwischen 1933 und 1945;
- e. die öffentliche Artikulation nationalsozialistischer Ideologie bzw. ihrer ideologischen Kernelemente, zum Beispiel des Antisemitismus;
- f. die Erlangung materieller und immaterieller Vorteile durch das Verhältnis zum NS-Regime zwischen 1933 und 1945 oder zur NSDAP und zu ihren Gliederungen;
- g. die bewusste Schädigung von anderen Personen zwischen 1933 und 1945 sowie aktive Teilnahme an der Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung einzelner Personen oder Personengruppen während des „Dritten Reiches“;
- h. die Verharmlosung und Relativierung der Verbrechen des NS-Regimes und der Umgang mit der eigenen Biografie nach 1945;
- i. die tatsächliche Hilfeleistung für Personen, die vom NS-Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt wurden und eine selbst erlittene Schädigung oder Verfolgung durch das NS-Regime;
- j. eine selbst erlittene Schädigung oder Verfolgung durch das NS-Regime.

In der weiteren Beratungsfolge wurde als Konkretisierung der Punkte f und g der Einsatz von Zwangsarbeitskräften, insbesondere auch zum eigenen Vorteil, als Indikator für die Erfüllung des Negativkriteriums durch die Historische Fachkommission herausgestellt.

Außerdem beschloss die Fachkommission in ihrer zweiten Sitzung, den Untersuchungszeitraum für die zu prüfenden Biografien auf die Zeit nach 1945 auszuweiten. Im Mittelpunkt stand hierbei die Frage, ob die jeweilige Person die Verbrechen des NS-Regimes verharmlost oder relativiert hat. Eine weitere Frage richtete sich darauf, wie die zu analysierenden Personen mit ihrer Vergangenheit im „Dritten Reich“ nach 1945 umgegangen waren.

## 1.8 Geschäftsgang und Kommissionssitzungen

Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich am 1. März 2021 in einer Videokonferenz konstituiert. Im Rahmen dieser ersten Sitzung wählte die Fachkommission Herrn Prof. Dr. Christoph Cornelißen zu ihrem Vorsitzenden und Frau Prof. Dr. Sabine Mecking zu ihrer stellvertretenden Vorsitzenden. Zudem verständigte sich die Kommission über den weiteren Verfahrensgang.

Die Fachkommission bewertete die 71 vorgelegten Biografien der Namensgeberinnen und Namensgeber nach den von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten fachlichen Kriterien (20-V-41-0015). Die Fachkommission hat insgesamt zehnmal, am 1. März 2021, 13. Juli 2021, 13. September 2021, 19. März 2022, 19. November 2022, 10. Dezember 2022, 4. Februar 2023, 18. März 2023, 3. Juni 2023 und 22. Juli 2023, getagt.

Im Vorfeld zu den Sitzungen wurden die vom Fachreferenten auf Grundlage der Archiv- und Literaturrecherchen erstellten biografischen Kurzgutachten zu den Namensgeberinnen und Namensgebern den Kommissionsmitgliedern zugesendet. Während der Sitzungen stellte der Fachreferent zunächst die zu prüfenden Personen vor. Es folgte eine offene Diskussion der Fachkommission zu den Einzelfällen. Im Anschluss an die Diskussion kam die Fachkommission entweder zu einer Entscheidungsfindung im Sinne des § 7 ihrer Geschäftsordnung oder beauftragte den Referenten mit Nachrecherchen, um weitere Sachverhalte prüfen zu lassen.

Am 16. Juli 2021 wurde die Öffentlichkeit über die Arbeitsaufnahme der Fachkommission durch eine städtische Pressemitteilung unterrichtet. Am 2. Dezember 2021 fand zudem ein Pressegespräch mit dem Vorsitzenden statt. Im Zuge dieser Pressekonferenz strahlte der Fernsehsender RheinMainTV einen Bericht über die Arbeit der Fachkommission aus, in dem der Kommissionsvorsitzende Prof. Dr. Cornelißen interviewt wurde. Am 3. Dezember 2021 berichtete der „Wiesbadener Kurier“ über die Einsetzung der Fachkommission und den an sie übertragenen Prüfauftrag. Am 29. Dezember 2021 stellte der „Wiesbadener Kurier“ Dr. Dirk Stolper als Referenten der Fachkommission in einem Porträt vor.

Die Fachkommission bot am 4. Oktober 2021 ein Informationsgespräch für die Ortsbeiräte an. An dieser Veranstaltung nahmen 15 Vertreterinnen und Ver-

treter von zehn Ortsbeiräten sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ämter 610240 (Stadtgestaltung/Öffentlicher Raum) und 1002 (Hauptamt/Geschäftsstelle Ortsbeiräte) teil. Anwesend waren Vertreterinnen und Vertreter der Ortsbeiräte Nordost, Mitte, Sonnenberg, Rheingauviertel/Hollerborn, Dotzheim, Schierstein, Mainz-Kastel, Mainz-Kostheim, Naurod und Nordenstadt.

## 1.9

### Statistische Auswertung der Entscheidungen

Die Historische Fachkommission bewertete alle 71 Biografien endgültig im Sinne einer Einstufungsentscheidung nach § 7 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Es handelt sich um 67 männliche und vier weibliche Personen. In 18 Fällen (eine weibliche und 17 männliche Personen) empfiehlt die Historische Fachkommission eine Umbenennung der Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen. In zwei der 18 Fällen empfiehlt die Historische Fachkommission eine Umwidmung anstelle einer Umbenennung. Im Falle der Gerhart-Hauptmann-Schule empfiehlt die Historische Fachkommission die Einbindung der Schulgemeinschaft in den weiteren Prozess. Von diesen Umbenennungsempfehlungen sind neun Stadtteile betroffen: Nordost mit vier Umbenennungsempfehlungen, Biebrich und Südost mit drei, Bierstadt und Mitte mit jeweils zwei und Mainz-Amöneburg, Naurod, Rheingauviertel/Hollerborn und Schierstein mit jeweils einer Empfehlung zur Umbenennung.

Des Weiteren empfiehlt die Historische Fachkommission in zwölf Fällen (ausschließlich männliche Personen) eine Kontextualisierung der Namensgebung. Von diesen Empfehlungen sind neun Stadtteile betroffen: Biebrich, Bierstadt und Mainz-Kastel mit jeweils zwei Kontextualisierungsempfehlungen, Auringen, Dotzheim, Erbenheim, Nordenstadt, Sonnenberg und Südost mit jeweils einer.

In den übrigen 41 Fällen empfiehlt die Historische Fachkommission eine Beibehaltung der Namensgeberschaft.





2

## Umbenennungsempfehlungen

## Bücher, Christian (1878–1949)

Ingenieur, Vorstandsvorsitzender der Wiesbadener Stadtwerke AG

**Verkehrsfläche:** Christian-Bücher-Straße, zuvor Verlängerung der Hafensstraße, umbenannt durch StVV-Beschluss vom 23. März 1950.

**Gebäude:** Christian-Bücher-Halle auf dem Gelände der ESWE, Weidenbornstraße 1, Wiesbaden, benannt 1990.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Schierstein.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Christian Bücher nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Christian-Bücher-Straße und der Christian-Bücher-Halle empfohlen.

**Zur Begründung:** Christian Bücher hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, NSV, RLSB, NS-Bund Deutscher Technik, Reichsbund Deutsche Jägerschaft) angehört. Christian Bücher hat durch eine Rede vor der Belegschaft des Wiesbadener Wasserwerks öffentlich nationalsozialistische Ideologie artikuliert.

Als Vorstandsvorsitzender der Wiesbadener Stadtwerke AG trug Bücher die Gesamtverantwortung für den Einsatz von mindestens 35 französischen Kriegsgefangenen. Hierdurch war Bücher an der bewussten Schädigung von anderen Personen zwischen 1933 und 1945 beteiligt.

### Biografische Skizze<sup>11</sup>

Christian Bücher wurde am 25. August 1878 in Kirberg geboren. Er war der Neffe des Leipziger Nationalökonomens Karl Bücher und älterer Bruder des langjährigen AEG-Vorstandsvorsitzenden Hermann Bücher. Christian Bücher besuchte zunächst die Volksschule seines Heimatortes und erhielt außerdem bis zu seinem 17. Lebensjahr Privatunterricht durch den Kirberger Dekan und Pfarrer Arnold Vogel.<sup>12</sup> Im Jahr 1899 nahm Bücher ein Ingenieurstudium am Rheinischen Technikum Bingen auf, welches er 1902 erfolgreich abschloss. Für das Jahr 1899 sind zusätzliche Tätigkeiten dokumentiert: Er arbeitete in Nürnberg als Modellbauer und Zeichner und in verschiedenen Brauereien als Maschinenmonteur und

Techniker. Es folgten im Jahr 1902 weitere Studien am Institut Fresenius in Wiesbaden, bevor Bücher eine Anstellung als Ingenieur bei den Wasserwerken Wiesbaden aufnahm.

Aufgrund seiner guten Leistungen beim Ausbau des Schiersteiner Wasserwerks hatte er sich bald einen hervorragenden Ruf erarbeitet und stieg kontinuierlich in der Hierarchie der Wasserwerke auf. 1922 wurde er schließlich Leiter der Wasserwerke. Christian Bücher war treibende Kraft bei der Umwandlung der Wiesbadener Städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft und der Gründung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG zur gemeinsamen Erzeugung von Gas und Strom.<sup>13</sup> Bücher wurde 1930 bzw. 1931 in beiden Unternehmen Direktor bzw. Generaldirektor und war damit ein einflussreicher Akteur der kommunalen Wirtschaft.

Vor der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten 1933 war Bücher keiner Partei beigetreten. Am 1. Mai 1937 trat er in die NSDAP ein, ohne in der Partei ein Amt zu übernehmen. Bücher war darüber hinaus Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, dem NS-Bund Deutscher Technik, dem Reichsluftschutzbund und im Reichsbund Deutsche Jägerschaft.<sup>14</sup> In den Jahren 1933 bis 1939 spendete Bücher mehrere hundert Reichsmark an den NS-Opferring.<sup>15</sup> Der NS-Opferring war eine auf Gauebene organisierte Einrichtung, die der Sammlung von Spenden und sonstigen Zuwendungen der NSDAP diente. Eine Parteimitgliedschaft war nicht erforderlich.<sup>16</sup> Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ versuchte Bücher, seine NSDAP-Mitgliedschaft zu relativieren:

„Nach dem am 1. April 1937 erfolgten Oberbürgermeisterwechsel in Wiesbaden wurde dem neuen Oberbürgermeister Dr. [Erich] Mix vom Gauleiter eröffnet, daß ein Mann in der Stellung, wie ich sie inne habe, wegen der Parteidisziplin Parteimitglied sein müsse. Dr. Mix teilte mir dies mit und vermittelte die Formalien und so wurde ich am 10.2.1939 mit Rückwirkung am 1. Mai 1937 Parteimitglied.“<sup>17</sup>

Die zeitliche Differenz zwischen Antrag auf Parteimitgliedschaft und dem eigentlichen Parteieintritt ergab sich durch den bis 1939 geltenden Aufnahmestopp in die NSDAP. Auch deutet die Studie des ehemaligen Chefs der Stadtwerke Wiesbaden, Klaus Kopp, aus dem Jahr 1986, in der eine Rede Büchers aus dem Jahr 1934 in Teilen überliefert ist, darauf hin, dass Bücher sich zumindest öffentlich voll auf Linie der neuen Machthaber befand:<sup>18</sup>

„Christian Bücher hatte ganz neuartige Anforderungen zu bewältigen, so beispielsweise Reden, wie die ‚zur Eröffnung der (zweiten) Arbeitsschlacht‘ am 21. März 1934, wobei er aber auf eigenes Gedankengut weitgehend verzichtete und stattdessen seitenlang Hitlersche Thesen zitierenderweise wiedergab. Es ist sicher keine Überinterpretation, wenn aus kommentierenden Sätzen wie ‚Ehre ist eiserne Pflichterfüllung. Daneben muß der Grundsatz beachtet werden, leben und leben lassen‘ oder ‚Die Berufsehre erfordert vorbildliche Kameradschaft und Wahrhaftigkeit, Fleiß und ordentliche Arbeit. Das läßt sich nicht durch Befehle erreichen, sondern hierzu muß sich jeder selbst erziehen‘ eine vorsichtige Distanzierung abgeleitet wird.“<sup>19</sup>

Aus Koppis zitierter Quelle lässt sich erkennen, dass Bücher regimekonforme Elemente in seinen Reden verwendete und sich in die propagandistische Inszenierung der Arbeit im Nationalsozialismus als Betriebsführer eingliederte. Inwieweit dies seinen persönlichen inneren Überzeugungen entsprach, bleibt mangels anderer Quellen ungeklärt.

Als Vorstandsmitglied der Wasser- und Elektrizitätswerke bzw. der Stadtwerke wies Bücher in einer Aufsichtsratssitzung im Juli 1941 explizit auf die Personalknappheit, insbesondere im Hinblick auf die stärkere Belastung der Kraftwerke in den Wintermonaten, hin.<sup>20</sup> Bücher benötigte aufgrund der Einberufung des Personals Arbeitskräfte, und den Stadtwerken wurden diese durch das Arbeitsamt zugeteilt, um die Versorgung mit Strom und Wasser sicherzustellen. Durch Koppis Arbeit ist belegt, dass im Jahr 1943 bei den Stadtwerken Wiesbaden 35 Kriegsgefangene zwangsweise arbeiten mussten.<sup>21</sup>

Hedwig Brüchert bestätigt in ihrem Aufsatz über Zwangsarbeit in Wiesbaden, dass Zwangsarbeitskräfte unter anderem zur Reparatur von beschädigten Wasser-, Gas- und Elektrizitätsleitungen eingesetzt wurden.<sup>22</sup> Laut Brüchert arbeiteten im Jahr 1943 „rund fünfzig ‚Zivilfranzosen‘“<sup>23</sup> beim städtischen Tiefbauamt und bei den Stadtwerken. Bei den Stadtwerken waren diese französischen Arbeitskräfte als Busfahrer, Kraftfahrzeugmechaniker und Schlosser eingesetzt.<sup>24</sup> Es ist allerdings unklar, ob es sich bei den französischen Arbeitskräften, wie Kopp vermutet, um Kriegsgefangene oder um zivile Arbeitskräfte gehandelt hat. Im Fall der Stadtwerke deuten die Arbeitsfelder der Franzosen, wie beispielsweise Busfahrer, eher daraufhin, dass es sich um Zivilarbeiter gehandelt hatte.

Als Vorstandsmitglied war Bücher für den Einsatz dieser Zwangsarbeitskräfte verantwortlich. Es kann allerdings nicht belegt werden, dass er die Arbeitskräfte selbst direkt anforderte. Auch waren nicht die Stadtwerke für die Unterbringung

der Zwangsarbeitskräfte verantwortlich, sondern die Stadt Wiesbaden. Die Arbeitskräfte waren in städtischen Lagern, beispielsweise in einer Dotzheimer Sporthalle oder im Lager Willy an der Mainzer Straße, untergebracht.<sup>25</sup>

Eine zentrale Quelle für die Bewertung Büchers in den letzten Tagen des NS-Regimes ist ein von ihm selbst kurz nach Kriegsende verfasster Bericht über die Situation in der Stadt Wiesbaden kurz vor der Eroberung durch US-Truppen am 28. März 1945. Um diesen Bericht ist eine Erzählung entstanden, die Bücher in einen widerständischen Kontext zu stellen versucht und die eine noch genauere historische Aufarbeitung verdient hätte.

In diesem Bericht schildert der Direktor der Wasserwerke jedenfalls seinen Einsatz gegen die von NSDAP-Bürgermeister Felix Piékarski angeordnete Zerstörung der Wasser- und Stromleitungen sowie die Stilllegung des Wasserwerks. Insbesondere geht Bücher in seinem Bericht auf eine persönliche Auseinandersetzung mit Piékarski kurz vor dessen Flucht aus der Stadt ein. Dieser habe mit der Zerstörungsanordnung einen Befehl des Gauleiters von Hessen-Nassau, Jakob Sprenger, in dessen Funktion als Reichsverteidigungskommissar umsetzen wollen. Er, Bücher, habe dagegen die Grundversorgung der Einwohner aufrecht erhalten wollen und sei zunächst für den Verbleib seiner Mitarbeiter in Wiesbaden eingetreten. Nach einer Besprechung mit seinen engsten Mitarbeitern habe er entschieden, dass die Belegschaft der Wasserwerke die Stadt nicht verlassen durfte. Bücher gibt zudem an, er habe „privat“ Gewehre beschafft, um die Werke vor Sabotageakten von Parteidienststellen zu schützen. Gemeinsam mit dem späteren Direktor der Stadtwerke Karl Stempelmann nahm Bücher nach eigener Darstellung am 27. März 1945 Kontakt zum Wiesbadener Wehrmacht-Kampfkommendanten Oberst Wilhelm Zierenberg auf. Bücher schildert die Besprechung mit Zierenberg wie folgt:

„Da Oberst von Zierenberg überbeschäftigt war, schlug ich vor, einen Befehl zur Sicherstellung unserer Werksanlagen und deren Betrieb auszuarbeiten. Wir begaben uns in mein Büro, wo wir diesen Befehl ausarbeiteten und unverzüglich durch Dr. Stempelmann wieder vorlegten, der ihn auch als bald unterschrieben zurückbrachte. Sofort wurde der Befehl durch Fotokopie vervielfältigt, mit besonderen Anweisungen für das Werkspersonal versehen und in den weitverzweigten Werksanlagen ausgehängt. Die betreffenden verantwortlichen Bediensteten wurden persönlich angewiesen, diesen Befehl unter allen Umständen durchzuführen.“<sup>26</sup>

In den Unterlagen des Stadtarchivs Wiesbaden befindet sich ein von Zierenberg verfasster Bericht, der Büchers Darstellung bestätigt. Aus Zierenbergs Bericht wird deutlich, dass das Verbot der Zerstörung der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke einer seiner beiden Hauptbefehle war.<sup>27</sup> Da der Kampfkommandant in Wiesbaden die Befehlsgewalt innehatte, handelte Bücher also im Einvernehmen mit der letzten deutschen Führung der Stadt. Für eine Widerstandshandlung im engeren Sinne gibt es keinen Beleg, zumal die NS-Führung die Stadtführung bereits an die Wehrmacht abgegeben hatte.

Bücher berichtet hingegen, dass es trotz seiner Unterredung mit Zierenberg Versuche von Parteidienststellen gegeben habe, die Werke zu sprengen. Um welche Sabotageeinheiten es sich gehandelt haben soll, zumal die NSDAP-Führungskräfte die Stadt bereits fluchtartig verlassen hatten, bleibt in dem Bericht unklar. Seine Mitarbeiter hätten jedenfalls Sabotageakte durch Vorzeigen des Zierenberg-Befehls verhindert. Nach der kurze Zeit später folgenden weitgehend kampflosen Besetzung Wiesbadens durch die U.S. Army koordinierte Bücher den Aufbau der zum Teil zerstörten Versorgungswerke.

Christian Bücher starb am 18. November 1949 in Wiesbaden.

## Dietz, Rudolf (1863–1942)

Lehrer, Heimatdichter

**Verkehrsfläche:** Rudolf-Dietz-Straße, zuvor Goethestraße, umbenannt im Zuge der Eingemeindung durch Beschluss der Gemeindevertretung vom 9. März 1976.

**Gebäude:** Rudolf-Dietz-Born/Brunnen.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Naurod.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Rudolf Dietz nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Rudolf-Dietz-Straße und des Rudolf-Dietz-Borns empfohlen.

**Zur Begründung:** Rudolf Dietz hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, Reichskulturkammer, NSLB, Reichsbund Volkstum und Heimat) angehört. Auch vor 1933 hat er sich mit seiner Mitgliedschaft im Deutschbund in einer völkisch-nationalistischen Gruppe betätigt. Rudolf Dietz hat durch Auftritte bei NS-Veranstaltungen und durch seine antisemitischen Gedichte die NS-Bewegung wirksam unterstützt und ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus als politischer Bewegung und zum NS-Regime abgelegt.

Zudem hat er durch das Verfassen und die Veröffentlichung antisemitischer und nationalistischer Gedichte sowie Vorträge im Rundfunk öffentlich nationalsozialistische Ideologie artikuliert. Durch seine antisemitische Agitation hat er zur Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung während des „Dritten Reiches“ beigetragen.

### Biografische Skizze<sup>28</sup>

Rudolf Dietz wurde am 22. Februar 1863 in Naurod geboren. Nach dem Besuch der Elementarschule in Naurod und der Präparandenanstalt in Herborn sowie des Lehrerseminars in Usingen diente Dietz als Kriegsdienstleistender in Mainz. Anschließend war er von 1883 bis 1898 Lehrergehilfe in Freindiez. In den Jahren 1890 und 1894 erfolgten Weiterbildungen an der Lehrerbildungsanstalt für Knabenarbeit in Leipzig. Von 1898 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1925 war

Dietz als Lehrer an der Volksschule auf dem Schulberg in Wiesbaden tätig. Zuletzt hatte er das Amt eines Konrektors inne. 1928 gründete er die Nassauische Familiengeschichtliche Vereinigung und war zudem Mitglied des Volksbildungsvereins.

Neben seiner pädagogischen Arbeit war Dietz als nassauischer Mundartdichter tätig. Er verfasste allerdings auch Schulbücher und Werbegedichte. Durch seine Mundartdichtung erlangte Dietz lokal eine gewisse Berühmtheit.

Während der Zeit der Weimarer Republik war Dietz Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP). Ein „stabil-positives Verhältnis“ zu dieser ersten deutschen Republik konnte Dietz nach Peter Steinbachs Einschätzung zwar nicht aufbauen, als „aktiver Gegner der Republik“ könne er allerdings auch nicht bezeichnet werden.<sup>29</sup> Dietz' Mitgliedschaft im völkischen Deutschbund vor 1933 belegt jedoch eine nationalsozialistische und antisemitische Haltung schon in dieser Zeit. Die Mitgliedschaft in der völkischen Vereinigung ist über das Vorwort des Herausgebers Walter Minor in einem Buch des Heimatdichters überliefert. Minor äußert sich dort wie folgt über seinen Freund Dietz und dessen politische Einstellung:

„1917 und 1918 war es. An den Fronten und Daheim geschah manches, was dem unverblendeten Auge immer wieder riesengroße Gefahr offenbarte: Deutschlands innere Zerrissenheit und den in die Wunde des deutschen Volkskörpers eingenisteten Schmarotzer, das Judentum, in seinen vielfachen Abwandlungen. Vielerlei Zusammenschlüsse Gleichgesinnter, die – leidend unter der gleichen Not, erfüllt von gleicher Sehnsucht nach Befreiung, zusammenkamen, hat es gegeben. Unter allen verdient eine Gesinnungsgemeinschaft ein dankbares Gedenken, der ‚Deutschbund‘: [...] 1917 und 1918 war es. Im ‚Deutschbund, Pflugschaft Königsondergau‘ in Wiesbaden, saß damals um den Familientisch ihrer Wohnungen mit seinen Deutschbundbrüdern, zu denen auch der Schreiber dieser Zeilen gehören durfte, der politische Rudolf Dietz, politisch im besten Sinne deshalb, weil er aktiv seine Dichtergabe in Mundart und Hochdeutsch, tapfer und treu damals wie heute, P[artei]-g[enosse], in den Kampf um Volk und Freiheit stellte.“<sup>30</sup>

Steinbach konstatierte in seinem Gutachten über Dietz zwar, dass dieser Minors Behauptungen „anscheinend akzeptierte“. Aufgrund fehlender Quellen wollte Steinbach jedoch keine endgültige Einschätzung über dessen Mitgliedschaft im Deutschbund abgeben:

„Weil wir diese Entwicklungen nicht nachvollziehen können, wäre es methodisch mehr als fragwürdig, Dietz durch Unterstellungen durch Annahmen zu belasten, er habe die Ziele des Deutschbundes geteilt. Hätte er sich intensiver mit ihnen identifiziert, hätte dies auch einen Niederschlag in den Quellen finden müssen.“<sup>31</sup>

Obwohl die aktive Mitgliedschaft in den Quellen also nicht zweifelsfrei belegt ist, erscheint sie durch die öffentliche Zuschreibung von einem engen Freund zumindest als sehr wahrscheinlich. Wie nahe Dietz der antisemitischen und völkischen Ideologie des Bundes stand, zeigt auf verstörend-scurrile Weise ein Buch aus der Bibliothek des Nauroder Lehrers, welches sich heute im Stadtarchiv Wiesbaden befindet.

Das Buch mit dem Titel „Die Nassauische Literatur. Eine Darstellung ihres gegenwärtigen Standes auf Grundlage des älteren Schrifttums“ stammt von Leo Sternberg, einem jüdischen Schriftsteller und Poeten, und war im Jahr 1913 in Wiesbaden erschienen.<sup>32</sup> Sternberg stammte ebenfalls aus Hessen-Nassau und hatte Dietz für seine Publikation um einen Teil seiner Schriften gebeten. In dem Band schreibt Sternberg, dass die von Dietz verfassten „drei hochdeutsche[n] Versbücher kaum Interesse beanspruchen [...]“. Insgesamt fiel Sternbergs Kritik an Dietz' Arbeit aber wohlwollend aus, wenn er dessen Mundartwerke als „witzig“, „pointiert“ oder „ungezwungen“ beschrieb.<sup>33</sup>

Auf Sternbergs Kritik reagierte Dietz zornig und forderte in einem Brief seine zugesandten Werke zurück. Eine Abschrift dieses Briefs und den Antwortbrief Sternbergs ließ Dietz dann in sein eigenes Exemplar von Sternbergs Buch einbinden und stempelte den Ausspruch: „Jud, Jud, Säujud! Hans Dietz“ auf.<sup>34</sup> Der Name Hans Dietz wird von zwei Davidsternen eingerahmt. Bei Hans Dietz handelt es sich höchstwahrscheinlich um den Sohn von Rudolf Dietz. Des Weiteren brachte Dietz auf dem Titelblatt des Buches unter Sternbergs Namen einen Klebestreifen mit der Beschriftung „Armloch und Stinkjud“ an<sup>35</sup> und klebte eine antisemitische Karikatur mit einem Gedicht von Karl Heinz Hill in die Innenseite des Buches.<sup>36</sup> Des Weiteren notierte Dietz 1919, also zu jener Zeit, in der laut Walter Minors Aussage „der politische Rudolf Dietz“ dem „Kampfbund Deutschland“ angehörte, in das Buch:

„Wenn der Jude Leo Sternberg auf S. 70 seiner ‚Nassauischen Literatur‘ schreibt, daß meine ‚drei hochdeutschen Versbücher kaum Interesse beanspruchen, so erlaube ich mir, frei von jedem lächerlichen Größenwahn, dies

für die beste Kritik meiner bescheidenen hochdeutschen Dichtungen zu halten, denn sie beweist mir, daß meine Verse deutsch sind. Ich danke Gott, daß ich den jüdischen Geschmack nicht getroffen habe.“<sup>37</sup>

Während Dietz' politische Agitation nach den Anfangsjahren der Weimarer Republik mangels Quellen unscharf bleiben muss, ist seine Mitgliedschaft in der NSDAP gesichert. Dietz trat zum 1. Mai 1933 der Partei bei. Zusätzlich trat Dietz zum 1. April 1937 dem NS-Lehrerbund bei und beantragte am 15. Juni 1938 die Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer. Bereits Steinbach stellte zu diesem Punkt fest: „Aus Karrieregründen war der Parteibeitritt ebenso wenig nötig wie der Beitritt zum Nationalsozialistischen Lehrerbund, weil Dietz als Lehrer nicht mehr aktiv war.“<sup>38</sup> Parteieintritt und Mitgliedschaft sind somit als Beleg der politischen Einstellung des Dichters zu werten, da opportunistische Motive ausfallen.

Durch die hier präsentierten Quellen wird deutlich, dass der Dichter bereits in den 1910er Jahren einen manifesten Antisemitismus zeigte, indem er seinen jüdischen Schriftstellerkollegen Sternberg antisemitisch beschimpfte und beleidigte. Eine starke Nähe zur Kernideologie des Nationalsozialismus, auch vor 1933, ist bei Dietz also klar zu erkennen, wenngleich er erst nach der „Machtergreifung“ der Hitler-Partei zu deren Mitglied wurde.

Textkritische Analysen zu den Mundartgedichten von Rudolf Dietz hat 2014 Martina Hartmann-Menz in einem Aufsatz vorgelegt.<sup>39</sup> Rudolf Dietz hat bis Mitte der 1920er Jahre 1.001 Gedichte geschaffen. 40 bis 50 dieser Gedichte haben einen antisemitischen Inhaltsschwerpunkt. Bei Verlegern oder bei Zeitschriften stieß Dietz' Antisemitismus nicht immer auf Begeisterung. 1916 bat die Redaktion der renommierten Zeitschrift „Jugend“ den Mundartdichter, eines seiner Gedichte abzuändern: „Wir danken Ihnen sehr für das Gedicht, das uns ausgezeichnet gefällt. Nur bitten wir Sie, das Wort ‚Eierjud‘ durch ein anderes zu ersetzen.“<sup>40</sup>

Daneben existieren auch Verse, in denen Dietz seinen Militarismus und seine Demokratiefindlichkeit zeigt. Weitere Gedichte sind durch einen aus heutiger Sicht befremdlichen, jedoch durchaus zeittypischen Chauvinismus und Frauenfeindlichkeit geprägt.

Steinbach betont, dass die meisten Mundartdichter des 19. und 20. Jahrhunderts tief in ein ländlich-konservatives und kleinbürgerliches Umfeld verwoben gewesen seien. Die Dichtungen seien daher auch von diesem Umfeld geprägt und

hätten oftmals keinen hohen dichterischen Anspruch. Die Verse wurden vielmehr in Zeitungen oder Anzeigenblättern abgedruckt und sollten in erster Linie das Publikum unterhalten. Dieser Humor, der durch seine Lokalität geprägt ist, könne heute oftmals nur noch schwer nachvollzogen werden.<sup>41</sup> Laut Steinbach beeinflusste diese tief verwurzelte provinzielle Prägung, „das Eigene im Fremden aufzuwerten, [...] indem das Fremde eben abgewertet und der Lächerlichkeit preisgegeben wird“<sup>42</sup>:

„Sie heizen aber nicht eine antisemitische ‚Hepp-Hepp-Gesinnung‘ an, [...]. Die Gedichte rufen nicht zur Gewalt gegen Juden auf, sondern mokieren sich aus der Absicht, die gesellschaftlich verbreitete antisemitische und judenfeindliche Haltung über zu ‚Typen‘ stilisierte Juden wiederzugeben. [...] Ich denke, man soll und darf angesichts des Völkermords an den europäischen Juden diese Gedichte nicht verharmlosen. Aber man darf sie auch nicht in die Nähe einer rassenantisemitischen Zeitung wie den von Schleicher herausgegebenen ‚Der Stürmer‘ rücken, dessen Leitspruch war: ‚Die Juden sind unser Unglück.‘“<sup>43</sup>

Dieser Einschätzung Steinbachs ist entgegenzuhalten, dass die antisemitische Ausrichtung der Gedichte Dietz' durch den gezielten Einsatz von antisemitischen Illustrationen noch verstärkt wurde.<sup>44</sup> Insbesondere in dem bebilderten Gedichtband „Du liebe Heimat“, der erstmals 1924 das poetische Gesamtwerk des Autors enthielt und bis 1938 mehrfach nachgedruckt wurde, wird dies deutlich. Die Illustrationen waren von Dietz autorisiert und wurden gezielt zur Herabwürdigung eingesetzt.<sup>45</sup> Die in den Gedichten bemühten Bilder bedienten die landläufigen antisemitischen Klischees. So wurden in einigen Gedichten und den dazugehörigen Illustrationen Juden als „vordergründig freundliche, raffinierte und systematische Lügner“ dargestellt, die arische Kinder um ihr Geld bringen, und es wurde gezielt zum Boykott von jüdischen Geschäften aufgerufen.<sup>46</sup>

Dietz veröffentlichte nicht nur Gedichte, sondern wurde in den 1930er Jahren auch in Rundfunksendungen eingeladen. Vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten trug er im noch jungen Rundfunk vor allem „heitere“ Gedichte vor, die sich an ein jüngeres Publikum, insbesondere Kinder, richteten.<sup>47</sup> Seine Anwesenheit in Rundfunksendungen nahm nach 1933 spürbar zu. Themen wurden nun der Zusammenhalt der Volksgemeinschaft und seit Kriegsbeginn 1939 der Krieg. Zur Begrüßung seiner Hörerschaft trug er beispielsweise am 3. Januar 1941 vor:

„Ihr lieben tapfern Kameraden  
 Da drauß im weit' und breiten Feld  
 Von Euern Kriegs- und Siegestaten,  
 Erzählt sich heut die ganze Welt.  
 Was habt ihr alles doch gesehen  
 Im Fahren, Reiten und im Gehen,  
 Im Kampf, im heldenhaften Streiten,  
 In stolzer Freud', im bitterm Leiden.  
 Ihr müßt uns alle nun mal lassen  
 An Eure treuen Herzen fassen;  
 Wir tuns mit frohem Sinn sofort  
 Mit einem alten Zauberwort,  
 Das nur uns Deutschen ist bekannt:  
 Das Zauberwort. Mein Heimatland!  
 ‚Mein Heimatland‘ im Sprachschatz  
 Kein andres Volk der Erde hat's,  
 Und Heimweh, diesen süßen Schmerz  
 Kennt nur das deutsche Heimatherz  
 Und ‚heimlich‘ – gibt's ein liebres Wörtchen –  
 Heimlicher Kuß am Gartenpörtchen! [...]“<sup>48</sup>

In anderen Gedichten ermutigt Dietz die Zuhörerinnen seines Programms, den Frontsoldaten zu schreiben: „Mein hochverehrter lieber Sender, Ich kam durch viele fremde Länder, Viel schöne Mädels sah ich da, Doch keine deutsche Erika!“<sup>49</sup> In einem anderen Beitrag, den Dietz in Mundart vortrug, verherrlichte er den Sieg über Frankreich: „Wohlsein, Herr Lehrer! Was macht Euer Heinrich? Der is in Baris ei'gezoge. Die schlechte Franzosemädche hawwe scharnweis am Weg gestanne un sich die Aage nach meim lange Heinrich aus em Kopp geguckt, awwer der hat sei' blond deutsch Maariche nit vergesse!“<sup>50</sup>

Schon im Jahr 1934 war der Mundartdichter vom Gaupropagandaleiter der NSDAP Hessen-Nassau beauftragt worden, eine Kurzparole für das Winterhilfswerk zu entwerfen, die ebenfalls im Rundfunk gesendet wurde:

„Kein Volk der Erde ist bereit,  
 Wie wir in Volksgemeinsamkeit,  
 Die Winternot zu zwingen.  
 Ob General, ob Musketier,

Vom Chef zum Pimpf all' helfen wir,  
 Drum muß es uns gelingen!  
 Die deutsche Treue kommandiert –  
 Das Winterhilfswerk – es marschiert.<sup>451</sup>

Auch hier zeigt sich die klare ideologische Nähe des Dichters zum Nationalsozialismus. Zusätzlich unterstützte Dietz mit solchen Rundfunkvorträgen seiner Gedichte das Regime. In diesen Zusammenhang ist insbesondere das sogenannte Reichslied zu stellen, welches Dietz kurz nach der „Machtergreifung“ Hitlers verfasst hatte:

„Tief im Rhein lag Schild und Wehre,  
 Und im Staub lag uns're Ehre,  
 Schwer bedrückt das Vaterland  
 Bittre Sorge, harte Hand.  
 Da verschwand die dunkle Wolke,  
 Da erstand im deutschen Volke  
 Jäh ein Aufstieg stolz und steil,  
 Unserm Führer Sieg und Heil.  
 Wo in träger Ruh' ohn' Ende  
 Lagen still Millionen Hände,  
 Regt sich froh beim Hitlergruß  
 Herz und Hirn und Faust und Fuß.  
 Und am Sonntag wir stehen  
 Hoch auf uns'rer Heimat Höhen,  
 Seh'n, wie über Berg und Tal  
 Bricht des Sieges Feuerstrahl.  
 Und es weh'n die alten Farben  
 Derer, die für uns einst starben,  
 In der Flagge, Heil, Hurrah,  
 Ist das Weiße wieder da!  
 Einig unterm Hakenzeichen  
 All' wir uns die Hände reichen,  
 Nie mehr trennt ein fremder Keil  
 Uns're Treuschar – Hitler Heil.“<sup>452</sup>

Dietz' „Reichslied“ kann ohne Zweifel als Anbiederung an Hitler und die NS-Bewegung gedeutet werden. Dietz begrüßte hier explizit das Ende der Weimarer

Demokratie. Auch Steinbach deutet das „Reichslied“ als eindeutig nationalsozialistisch, betont aber seinen frühen Entstehungszeitpunkt 1933:

„Dietz ist mit diesem Lied wie mit kaum einem anderen in den Sog seiner Zeit geraten, wie viele seiner Zeitgenossen auch, denen es erst nach einer Durchlaufphase innerer Übereinstimmung mit den Nationalsozialisten gelungen ist, Positionen zu überwinden, die sie zunächst intensiv und weitgehend mit den Nationalsozialisten geteilt hatten.“<sup>53</sup>

Steinbachs These steht entgegen, dass Dietz noch 1936 den Reichssender Frankfurt bat, sein „Reichslied“ ins Programm aufzunehmen. Auch wenn der Sender dankend ablehnte, zeigt dieser Versuch doch, dass Dietz auch drei Jahre nach der „Machtergreifung“ seine Einschätzung keineswegs geändert hatte.<sup>54</sup>

Bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts war Dietz auf Unterhaltungsveranstaltungen in ganz Hessen-Nassau zu Gast und trug Gedichte vor. Er wurde auch nach 1933 immer wieder zu Veranstaltungen im Nassauer Raum eingeladen. Meistens trug der Dichter „heitere“ Mundartgedichte vor. So nahm er 1933 am „Nassauischen Heimatabend“ in Wiesbaden-Biebrich teil und verwob das Kernthema Heimat bei dieser Gelegenheit mit einer Lobhudelei für die neue Regierung Adolf Hitlers. Dietz appellierte:

„Heimat‘ heißt das Losungswort für den heutigen Abend. – Was für einen wundersamen Klang hat das Wort ‚Heimat‘ in Deutschland wieder bekommen, seit unser großes Vaterland so sehr in die Tiefe gesunken ist! Und wir alle wissen, wenn der begonnene Aufbau unseres Reiches von Dauer sein soll, dann müssen wir für einen guten Baugrund und für ein unzerstörbares Fundament sorgen. Und diese Grundmauern sind die deutsche Familie und die deutsche Heimat, starker Familiensinn und innige Heimatliebe!“<sup>55</sup>

Im Anschluss an diesen Eröffnungsvortrag trug Dietz sein „Reichslied“ vor.

Dietz nahm in den folgenden Jahren auch regelmäßig als Mitwirkender an Veranstaltungen von NS-Organisationen teil, wie beispielsweise 1935 an einem „Bunten Abend zum Besten des Winterhilfswerks“. Der Veranstalter war der SA-Sturm 8/80 in Wiesbaden.<sup>56</sup> Dietz sprach u. a. folgende einleitende Worte:

„Unser drittes Reich [sic!] versteht es, neben der Vaterlandsliebe auch die Heimatliebe treu und tatkräftig zu fördern. Zur Heimatliebe gehört auch die Anhänglichkeit an die heimatliche Sprache und Mundart, und darum läßt die Leitung des heutigen Abends mit Recht auch unsere nassauische Mundart zu

Ehren kommen, die ich seit einem halben Jahrhundert durch ernste und heitere Gedichte meinen lieben nassauischen Volksgenossen lieb und wert zu machen bemüht bin.“<sup>57</sup>

Rudolf Dietz starb am 14. Dezember 1942 in Wiesbaden. Aufgrund seiner Bekanntheit als Mundartdichter wurde nicht nur eine Schule in seinem Geburtsort Naurod nach ihm benannt, sondern auch eine Straße und eine Schutzhütte mit Brunnen. Bei einem Sturm im Jahr 2017 wurde die nach Dietz benannte Schutzhütte durch einen umstürzenden Baum zerstört. Der Rudolf-Dietz-Born (Rudolf-Dietz-Brunnen) steht noch am Ort. An Dietz' Geburtshaus ist außerdem eine Tafel mit der Aufschrift „Rudolf-Dietz-Platz“ angebracht worden. Allerdings ist dieser Platz nicht offiziell gewidmet.

## Elmendorff, Karl (1891–1962)

Dirigent, Generalmusikdirektor

**Verkehrsfläche:** Elmendorffstraße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 14. April 1965.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Südost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Karl Elmendorff nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Elmendorffstraße empfohlen.

**Zur Begründung:** Karl Elmendorff hat der NSDAP und berufsbedingt der Reichskulturkammer angehört. Er hat durch einen Auftritt beim Reichsparteitag 1933 die NS-Bewegung wirksam unterstützt und ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus als politischer Bewegung und zum NS-Regime abgelegt. Durch sein enges Verhältnis zur Spitze des NS-Regimes gelangte Elmendorff in gutdotierte Positionen und profitierte dadurch materiell vom Regime.

### Biografische Skizze<sup>58</sup>

Karl Elmendorff wurde am 25. Oktober 1891 als Sohn eines Kaufmanns in Düsseldorf geboren. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums studierte er zunächst Klassische Philologie, Germanistik und Zahnmedizin in Freiburg, München und Münster. Von 1913 bis 1916 studierte Elmendorff Musikwissenschaften in Bonn und am Kölner Konservatorium.

In Köln wurde Elmendorff von Fritz Steinbach und Herrmann Abendroth im Dirigat ausgebildet. Seine berufliche Karriere startete er als Zweiter Kapellmeister am Stadttheater Düsseldorf. Es folgten Anstellungen als Erster Kapellmeister an der Oper in Mainz und Hagen und als Musikalischer Oberleiter in Aachen. Im Jahr 1925 wechselte er an die Staatsoper München, wo er als Generalmusikdirektor tätig war. 1932 wurde Elmendorff zum Generalmusikdirektor am Staatstheater Wiesbaden ernannt. Zwischen 1936 und 1942 war er in gleicher Position am Nationaltheater Mannheim tätig und daneben ständiger Dirigent der Staatsoper Berlin. 1938 wurde er von Hitler zum Staatskapellmeister ernannt. Seinen Karrie-

reihöhepunkt erreichte Elmendorff mit der Ernennung zum Musikalischen Oberleiter der Staatsoper Dresden im Jahr 1943.

1926 wirkte Elmendorff bei den Deutschen Festspielen in Weimar mit und fiel hierbei dem Bayreuther Festspielchef Siegfried Wagner auf, der ihn in der Folge zu den Bayreuther Festspielen einlud. In Bayreuth leitete Elmendorff mehrfach den „Ring des Nibelungen“ und andere bekannte Opern Richard Wagners. Insgesamt trat der Dirigent zehnmal in Bayreuth auf.<sup>59</sup>

Elmendorff dirigierte außerdem 1933 in Nürnberg anlässlich des NSDAP-Reichsparteitags eine Festaufführung der „Meistersinger“.<sup>60</sup> In den Unterlagen des Intendanten des Wiesbadener Staatstheaters findet sich eine Aktennotiz, die belegt, dass Elmendorff dieses Engagement auf besonderen Wunsch Adolf Hitlers erhielt. Die Organisation des Auftritts übernahm die Leiterin der Bayreuther Festspiele, Winifred Wagner:

„Frau Winfr. Wagner hat soeben von Bayreuth aus angerufen und lässt zunächst Herrn Intendanten viele Grüße ausrichten verbunden mit der herzlichen Bitte Herrn G[eneral-]M[usik-]D[irektor] Elmendorff doch unter allen Umständen zur Mitwirkung anlässlich des Parteitages in Nürnberg am 1. September d.Js. freizugeben, da der Reichskanzler ausdrücklich die Bayreuther Besetzung für diesen Tage gewünscht habe. Sie erwartet keinen weiteren Bescheid, da sie annimmt, dass der Wunsch des Herrn Reichskanzlers ohne weiteres erfüllt ist. Herrn Intendanten ergebenst vorgelegt.“<sup>61</sup>

Auch später pflegte Elmendorff enge Kontakte zur Spitze des NS-Regimes und nutzte diese für seine Karriere. So bat Elmendorff beispielsweise Hitlers Adjutanten Wilhelm Brückner schriftlich um ein Treffen mit dem „Führer“: „Es wäre mein sehnlichster Wunsch, unseren verehrten Führer in einer für mich sehr wichtigen Angelegenheit ganz kurz sprechen zu können.“<sup>62</sup> Weiter schrieb er Brückner:

„Soeben lese ich, direkt aus Vichy kommend, wo ich den ganzen Ring dirigierte, zum ersten Mal wieder eine deutsche Zeitung und das genaue Programm des Nürnberger Parteitages. Falls nicht Furtwängler am 10. September die ‚Meistersinger‘ dirigiert oder anderweitige Dispositionen getroffen sind, würde es mir eine große Ehre sein, die Meistersinger dirigieren zu dürfen wie vor zwei Jahren. Ich wäre Ihnen herzlich verbunden für einen diesbezüglichen Hinweis beim Führer. Bekanntlich dirigiert Furtwängler im nächsten Jahr sozusagen alles in Bayreuth und ich überhaupt nicht, für mich ein

nicht leicht zu tragendes Ergebnis der ganzen Furtwänglerkrise. Durch meine Direktion der ‚Meistersinger‘ am 10. September wäre von seiten der Führung des Staates Gelegenheit gegeben, mich in den Augen der musikalischen Welt in etwa zu rehabilitieren. Daran läge mir sehr viel.“<sup>63</sup>

Insbesondere von der engen Beziehung zu Gerdy Troost, der Ehefrau des Architekten Paul Ludwig Troost und engen Vertrauten Hitlers, profitierte Elmendorff. In der überlieferten Korrespondenz mit Troost versucht sich der Dirigent immer wieder für Auszeichnungen oder für hochrangige Positionen ins Gespräch zu bringen. Es wird aus der Korrespondenz auch deutlich, dass Elmendorff primär an seinem persönlichen Profit und weniger an den politischen Vorgängen interessiert war. Es ging ihm vor allem darum, sich gegen berufliche Konkurrenten wie die Dirigenten Furtwängler oder Herbert von Karajan zu behaupten und durchzusetzen.

Am 1. Mai 1937 trat Elmendorff der NSDAP bei.<sup>64</sup> Weitere Mitgliedschaften in NS-Parteiorganisationen bestanden wohl nicht. Berufsbedingt war Elmendorff Mitglied in der Reichskulturkammer.

Nicht alle Wünsche des ehrgeizigen Musikers gingen dabei in Erfüllung. In einem Schreiben an Troost 1941 schrieb Elmendorff, seine Ernennung zum Professor durch Hitler sei „im Hinblick auf so manche Enttäuschungen der letzten Jahre“ eine „kleine Entschädigung“.<sup>65</sup>

Seine Kontakte in die Entourage Hitlers nutzten Elmendorff auch bei seiner Bewerbung um die Leitung der Sächsischen Staatskapelle in Dresden. Immer wieder brachte sich der Dirigent durch Schreiben an Gerdy Troost ins Gespräch und bat sie um Hilfe:

„Es geht darum, sowohl den Führer als auch Goebbels für mich zu gewinnen. Denn je früher von höchster und allerhöchster Stelle ein Machtwort in dieser Sache gesprochen wird, desto schneller erledigen sich anderweitige Pläne. Ich selbst habe keine unbedingt zuverlässige, direkte Verbindung zum Minister. Wissen Sie, sehr verehrte gnädige Frau, jemanden? Halten Sie es für möglich, dass mich Dr. Goebbels auf Ihre Empfehlung hin zu einer Unterredung empfängt?“<sup>66</sup>

Elmendorffs hartnäckige Bemühungen waren schließlich erfolgreich. Im August 1942 wurde er an die Dresdner Staatsoper berufen und setzte sich dabei gegen Konkurrenten wie Karajan durch.

Künstlerisch galt Elmendorff im In- und Ausland als einer der wichtigsten und profiliertesten Wagnerinterpreten.<sup>67</sup> Sein beruflicher Erfolg wird auch an der Höhe seines Einkommens deutlich. Dieses stieg von jährlich 14.000 RM im Jahr 1932 auf 40.000 RM im Jahr 1937.<sup>68</sup> Sein beruflicher Erfolg, der auch durch die Regimenähe ermöglicht wurde, machte Elmendorff damit nicht nur finanziell unabhängig, sondern ermöglichte ihm, auch im Ausland aufzutreten. Insbesondere durch Auftritte in den von Deutschland besetzten Gebieten unterstützte Elmendorff das NS-Regime. So trat der Dirigent regelmäßig im besetzten und unbesetzten Teil Frankreichs sowie in Belgien und im faschistischen Italien auf. 1943 wurde ihm hierfür das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter verliehen.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war Elmendorff von 1948 bis 1951 Musikalischer Oberleiter des Staatstheaters Kassel. Von 1951 bis 1955 wurde er schließlich Musikalischer Oberleiter des Staatstheaters Wiesbaden. Ab 1955 war er als Musikberater des Magistrats der Landeshauptstadt Wiesbaden tätig. Er wurde 1956 mit der Goethe-Plakette des Landes Hessen ausgezeichnet. Karl Elmendorff starb am 21. Oktober 1962 in Hofheim am Taunus. Karl Elmendorff wurde auf dem Wiesbadener Nordfriedhof beigesetzt.

## Engelberg, Alexander von (1894–1960)

Unternehmensführer

**Verkehrsfläche:** Alexander-von-Engelberg-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 24. Februar 1966.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mainz-Amöneburg.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Alexander von Engelberg nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Alexander-von-Engelberg-Straße empfohlen.

**Zur Begründung:** Alexander von Engelberg hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSFK, Förderndes Mitglied der SS, DAF, NSV, NS-Opfering) angehört. Als Mitglied des Vorstandes des Unternehmens Dyckerhoff trug von Engelberg Verantwortung für den Einsatz von Zwangsarbeitskräften innerhalb des Unternehmens. In den Standorten des Unternehmens wurden zwischen 1939 und 1945 Zwangsarbeitskräfte aus Italien, Belgien, den Niederlanden, Polen, der Tschechoslowakei und sogenannte Ostarbeiter eingesetzt. Von Engelberg war somit an der bewussten Schädigung von anderen Personen zwischen 1933 und 1945 beteiligt.

### Biografische Skizze<sup>69</sup>

Alexander von Engelberg wurde am 20. Juni 1894 in Mannheim geboren. Sein Vater war der Jurist Friedrich von Engelberg, der als badischer Beamter u. a. 1892 bis 1909 das Landesgefängnis Mannheim leitete und anschließend als Ministerialrat im badischen Innenministerium tätig war. Alexander von Engelbergs Mutter Karoline stammte aus der Unternehmerfamilie Dyckerhoff. Ihr Vater war Rudolf Dyckerhoff, der 1864 zusammen mit seinem Vater Wilhelm Gustav Dyckerhoff und seinem Bruder Gustav Dyckerhoff die Portland-Cementfabrik Dyckerhoff & Söhne in Mainz-Amöneburg gründete.

Alexander von Engelberg besuchte von 1903 bis 1909 das humanistische Gymnasium in Mannheim. Nachdem sein Vater 1909 Ministerialrat im badischen Innenministerium wurde, wechselte er an das humanistische Gymnasium in Karlsruhe, wo er im Juli 1912 das Abitur ablegte. Am 1. Oktober 1912 trat er als Fahnenjunker in das Badische Leibdragoner-Regiment Nr. 12 ein.

1914 bestand von Engelberg an der Kriegsschule in Metz die Offiziersprüfung und wurde zum Leutnant befördert. Im Ersten Weltkrieg wurde er bei einer Kavallerieattacke in der Nähe von Landres in Ostfrankreich an der rechten Hand verwundet. Während seiner Genesung absolvierte von Engelberg in der Fliegerschule Freiburg im Breisgau eine Ausbildung zum Piloten. Bei einem Übungsflug, an dem er als Beobachter teilnahm, stürzte sein Flugzeug ab. Er erlitt eine Wirbelsäulenverletzung und brach sich beide Füße. Aufgrund dieser Verletzungen konnte von Engelberg nicht mehr an der Front eingesetzt werden. In der Rekonvaleszenz nahm er 1916 ein Studium der Geschichte, Literaturgeschichte und Dramaturgie in München auf.

Wegen des allgemeinen Mangels an Offizieren kehrte von Engelberg jedoch noch im gleichen Jahr in die Armee zurück und erhielt ein Kommando bei der politischen Polizei der Militärverwaltung in Bukarest. Aufgrund seines Gesundheitszustandes wechselte von Engelberg auf den Posten eines Kuriers im Büro des deutschen Militärattachés in Bern, wo er bis Kriegsende 1918 blieb. Für seine militärische Leistung wurde Alexander von Engelberg im Ersten Weltkrieg mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse und dem Orden vom Zähringer Löwen, einem Badischen Verdienstorden, ausgezeichnet. 1918 erhielt er das Badische Verwundetenabzeichen. 1935 wurde ihm zudem das Ehrenkreuz für Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges verliehen.<sup>70</sup>

Nach Ende des Ersten Weltkrieges nahm von Engelberg eine kaufmännische Tätigkeit auf. Nach einer vorübergehenden Anstellung im Bankgewerbe und in der Papierfabrikation trat er 1922 in das Unternehmen seines Großvaters, die Portland-Cementfabrik Dyckerhoff & Söhne GmbH, ein. Im Jahr 1928 wurde er zum Geschäftsführer ernannt. Das Unternehmen fusionierte 1931 mit der Wicking'schen Portland-Cement- und Wasserkalkwerke AG zur Portland-Zementwerke Dyckerhoff-Wicking AG, die ab 1936 unter Dyckerhoff Portland-Zementwerke AG firmierte. In dieser neu gegründeten Aktiengesellschaft war Alexander von Engelberg ordentliches Mitglied des Vorstandes.<sup>71</sup>

Dem Vorstand der neu gebildeten Aktiengesellschaft gehörten neben von Engelberg dessen Bruder Fritz von Engelberg als Vorstandsvorsitzender sowie Dr. Walter Dyckerhoff als weiteres ordentliches Mitglied, verantwortlich für die Produktion und technische Fragen, an. Hinzu kamen 1936 Josef Kellerwessel und Hans Dyckerhoff als stellvertretende Vorstandsmitglieder. Alexander von Engelberg verantwortete die Bereiche Finanz- und Verbandswesen innerhalb des Vorstandes. Er war gemäß der Geschäftsordnung von 1936 gemeinsam mit seinen Vorstandskollegen „für die Führung der Vorstandsgeschäfte“ verantwortlich, die

durch „engste Zusammenarbeit in allen Fragen“ gekennzeichnet war.<sup>72</sup> Darüber hinaus hielt Alexander von Engelberg in einem nicht unerheblichen Maße Anteile am Unternehmen.<sup>73</sup>

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten wurde Alexander von Engelberg Mitglied verschiedener NS-Organisationen. So war er als ehemaliger Militärpilot und Privatflieger von 1933 bis 1942 Mitglied des Nationalsozialistischen Fliegerkorps. Von 1934 bis 1945 war der Unternehmer Mitglied der Deutschen Arbeitsfront, also des Einheitsverbandes der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im NS-Staat und, seit 1935 zudem Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. In seinem Meldebogen in Vorbereitung eines Spruchkammerverfahrens nach dem Krieg gab Alexander von Engelberg zudem an, dass er zwischen 1935 und 1939 Mitglied des Opferringes der NSDAP-Gauleitung Hessen-Nassau war.<sup>74</sup> Der NS-Opferring war eine Einrichtung der Partei, die der Sammlung von Spenden und sonstigen Zuwendungen für die NSDAP diente. Eine Parteimitgliedschaft war nicht erforderlich.<sup>75</sup> Die Höhe der Zahlungen, die von Engelberg an den NS-Opferring leistete, ist unbekannt. Alexander von Engelberg wurde 1933 Förderndes Mitglied der SS, wie aus einem Eintrag in seiner Militärpersonalakte im Bundesarchiv Freiburg hervorgeht.<sup>76</sup> Die Fördernden Mitglieder der SS bildeten eine Unterorganisation der SS, der auch Nicht-NSDAP-Angehörige beitreten konnten und die der Spendensammlung für den Auf- und Ausbau der SS diente. Mit den in der Regel monatlich zu entrichtenden finanziellen Zuwendungen war kein Formaldienst in der SS verbunden.<sup>77</sup> Alexander von Engelberg gab 1938 im Rahmen der Erstellung seiner Wehrmachts-Personalakte selbst an, seit 1933 Förderndes Mitglied der SS zu sei. Hingegen gab er diese Mitgliedschaft im Fragebogen der Militärregierung in Deutschland von 1946 nicht an. Die Dauer der Mitgliedschaft und die Höhe der Beiträge sind nicht überliefert.<sup>78</sup>

Während Alexander von Engelberg das NS-Regime finanziell unterstützte, sind über seine persönliche Einstellung zur NSDAP und ihrer Politik in den 1930er Jahren auf der Grundlage der bisher verfügbaren Quellen keine Aussagen möglich. Gesichert ist, dass von Engelberg aufgrund der NS-Rassengesetze in eine Konfliktlinie zum NS-Staat geriet, da seine Ehefrau Hedwig aus Sicht der Nationalsozialisten „Halbjüdin“ bzw. „jüdischer Mischling ersten Grades“ war.

Dies zeigte sich beispielsweise 1938, als von Engelberg als ehemaliger Offizier beim Wehrbezirkskommando Wiesbaden einen Antrag auf Ernennung zum Offizier des Beurlaubtenstandes der Wehrmacht stellte. Teil des Antrags war auch eine Selbstauskunft zur „arischen Abstammung“ seiner Ehefrau. Auf Grund der Angabe, dass diese „nicht vollarisch“ sei, wurde von Engelberg vorzeitig aus einer

Wehrübung im Oktober 1938 entlassen. In Folge dessen wurde er auch nicht zum Offizier des Beurlaubtenstandes ernannt, die Pensionszahlung für seine frühere Militärzeit wurde hingegen fortgesetzt.<sup>79</sup> Neben seinem Lebenslauf ist in diesem Kontext eine zusätzliche Erklärung des Unternehmers überliefert, in der er sich zu seiner „halbjüdischen“ Ehefrau äußerte:

„Ich lernte meine Frau als badische Staatsschauspielerin im Zusammenhang mit meinem Studium der Literatur und Dramaturgie unter ihrem Bühnennamen Hedwig Holm kennen. Es war mir bei meiner Eheschließung bekannt, dass ihr Mädchenname Hedwig Hirsch lautete. Dagegen war weder meiner Frau noch mir bekannt, dass ihr Vater, der Kaufmann Wilhelm Hirsch, der im Jahr 1905 bereits verstorben war und sowohl bei seiner Eheschließung als auch in seinen sonstigen Papieren als der evangelischen Konfession angehörig bezeichnet war, vorher der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte. [...] Der Vater meiner Frau starb, wie oben erwähnt, im Jahr 1905, als meine Frau erst 11 Jahre alt war. Sie hat infolge der oben geschilderten Familienverhältnisse daher auch von einer jüdischen Abstammung ihres Vaters überhaupt nie etwas gewusst. Dieselbe hat sich erst herausgestellt, als im Jahr 1934 in eine Sippenforschung der Familie meiner Frau eingetreten wurde. Meine Frau hat noch zwei Schwestern, die ebenfalls mit rein arischen Männern verheiratet sind. Es besteht daher auch seitens der Familie meiner Frau und seitens meiner Schwiegermutter überhaupt kein Zusammenhang zu irgendwelchen jüdischen Kreisen.“<sup>80</sup>

Trotz dieser Erläuterungen musste Alexander von Engelberg die Militärübung wegen mangelnder „außerdienstliche[r] Eignung“ abbrechen.<sup>81</sup>

Im Deutschen Reich lebende „jüdische Mischlinge“ waren in geringerer Weise von der NS-Judenverfolgung betroffen als sogenannte Volljuden, insbesondere fand die systematische Deportation und Ermordung in den Vernichtungslagern der SS ab 1941 auf sie keine Anwendung. Auch mussten sie sich nicht als Juden kennzeichnen, etwa durch einen „Judenstern“. Gleichwohl bestanden auch gegen sie zunehmend verschärfte Diskriminierungen, etwa bei der Berufswahl. Diese wirkten sich auch auf Hedwig von Engelberg und ihre Kinder, die im NS-Rassesystem als „jüdische Mischlinge zweiten Grades“ galten, aus.<sup>82</sup> Hedwig von Engelberg und ihre drei Kinder lebten zwischenzeitlich in der Schweiz.

Alexander von Engelberg kam mit der NS-Judenverfolgung auch in einem anderen Zusammenhang in Berührung. Er war von 1932 bis 1945 ehrenamtlich Königlich-Schwedischer Vizekonsul.<sup>83</sup> Die Aufgaben und der Einfluss des schwe-

dischen Vizekonsulats in Wiesbaden waren naturgemäß beschränkt. Das schwedische Konsulat war in von Engelbergs Wohnhaus in Wiesbaden-Biebrich untergebracht und für eigentliche Konsularangelegenheiten, wie Einreisevisa nach Schweden, nicht zuständig. Diese Zuständigkeit lag beim schwedischen Konsulat in Frankfurt am Main. Außerdem bestand für „Reichsdeutsche“ kein „Einreise-sichtvermerkzwang“ für Schweden.<sup>84</sup>

Aus den Akten des schwedischen Konsulats in Frankfurt am Main, die heute im schwedischen Reichsarchiv in Stockholm aufbewahrt werden, geht hervor, dass Alexander von Engelberg nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 21. September 1939 einen Vermerk fertigte, in dem er über die Festnahme von „polnisch-jüdischen“ Staatsbürgern in Wiesbaden berichtete. So seien Ehefrauen polnischer Staatsangehöriger bei ihm vorstellig geworden und hätten um Unterstützung durch den neutralen Staat gebeten. Von Engelberg listet sechs Anfragen auf und gab an, dass er über diese Fälle mit einem Kriminalsekretär Schmidt von der Wiesbadener Gestapo gesprochen habe. Dieser habe von Engelberg versprochen, „im Rahmen seiner Kompetenzen jegliche Härten zu vermeiden, aber darauf hingewiesen [...], dass er generell an seine Vorschriften gebunden“ sei. Den Vermerk schloss von Engelberg mit dem Hinweis: „Die Schwedische Gesandtschaft gibt mit Schreiben vom 16.9.39 bekannt, dass es kaum möglich sein dürfte, im Interesse dieser festgenommenen Polen zurzeit etwas zu erreichen.“<sup>85</sup>

Die Dyckerhoff Portland-Zementwerke AG setzte während des Zweiten Weltkrieges zur Aufrechterhaltung ihrer Produktion infolge der zunehmenden Knappheit an Personal durch Einberufungen zur Wehrmacht Zwangsarbeitskräfte ein. Zwischen 1939 und 1945 waren mindestens 63 Zwangsarbeitskräfte aus Italien, 38 aus Belgien, vier aus den Niederlanden, 24 aus Polen, zwei aus der Tschechoslowakei und 59 sogenannte Ostarbeiter, das heißt Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion und des Baltikums, bei Dyckerhoff eingesetzt.<sup>86</sup> Die Unterbringung dieser Menschen erfolgte u. a. im Lager Kalle.<sup>87</sup>

Eine Stichprobenrecherche der Arolsen Archives ergab für die Firma Dyckerhoff mindestens 128 Zwangsarbeitskräfte, davon 105 sogenannte Ostarbeiter und 23 Zwangsarbeitskräfte aus Italien.<sup>88</sup> Die Dimension des Zwangsarbeitereinsatzes wird im Vergleich zur Belegschaftsstärke des Werks Amöneburg deutlich. Diese betrug 1943 im Jahresdurchschnitt 926 Personen, darunter 877 Männer. Allerdings waren von diesen rund 360, also ca. 40 Prozent, zur Wehrmacht eingezogen.<sup>89</sup>

Die tatsächliche Anzahl der eingesetzten Zwangsarbeitskräfte kann anhand der vorliegenden Quellen nicht abschließend bestimmt werden. In jedem Fall

stellte die Firma Dyckerhoff im Jahr 1943 einen Bauantrag bei der Stadt Mainz zur Errichtung von zwei Baracken zur Unterbringung von sogenannten Ostarbeitern auf dem Firmengelände. Die beantragten Baracken vom TYP RL IV/2 konnten mit maximal 70 „Ostarbeitern“ belegt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren wohl hauptsächlich die entsprechenden Unterkünfte der Firma Kalle mitgenutzt worden. Eine der beantragten Baracken wurde errichtet, jedoch bei einem Fliegerangriff im Sommer 1944 zerstört.<sup>90</sup>

Zwangsarbeitskräfte wurden nicht nur in der Beton- und Zementfertigung eingesetzt, sondern zusätzlich in der Landwirtschaft auf dem zum Firmen- und Dyckerhoff'schen Familienbesitz gehörenden Hofgut Hessler-Hof in Mainz-Amöneburg. In den Unterlagen der Arolsen Archives wurden insgesamt 25 sogenannte Ostarbeiter ermittelt, die auf dem Hessler-Hof zwangsweise in der Landwirtschaft eingesetzt waren.<sup>91</sup>

Die Zuteilung und der Einsatz von Zwangsarbeitskräften wurde wie alle zentralen Vorgänge im Unternehmen dem Vorstand und damit auch Alexander von Engelberg zur Kenntnis gebracht und letztgültig entschieden. Der Mangel an Arbeitskräften, das zeigt die Analyse der öffentlichen Geschäftsberichte der Firma für die Kriegsjahre,<sup>92</sup> war bis zu den ersten größeren Bombenschäden am Werk 1944 das zentrale Problem in der Produktion. Dies zeigen auch die von Alexander von Engelberg erstellten Wochenberichte für die Unternehmensleitung über die Situation im Werk, in denen im September 1943 auch der Einsatz neu zugeleiteter russischer „Ostarbeiter“ für das Betonwerk mit wenigen Worten dokumentiert wurde.<sup>93</sup> Allerdings lässt sich aus den Akten des Unternehmensarchivs nicht zweifelsfrei ermitteln, wer für die Anwerbung der Zwangsarbeitskräfte im Konzern zuständig war bzw. ob und welchen Einflussspielraum Alexander von Engelberg als Vorstand für Finanzen und Verbandswesen in diesem Kontext hatte. Ohne den individuellen Handlungsspielraum von Engelbergs abschließend beurteilen zu können, war er gleichwohl als Teil der obersten Unternehmensführung und relevanter Aktionär der Firma durch seine Funktion mittelbar für die kriegsbedingte Steigerung der Produktion auf Rekordwerte und den damit verbundenen Einsatz von Zwangsarbeitskräften mitverantwortlich.

Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 distanzierte sich Alexander von Engelberg sowohl unternehmensintern als auch gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht von der NS-Herrschaft. In den unternehmensinternen Wochenberichten zur Werkssituation hielt er fest:

„Es erfasst einem [sic!] als Deutschen doch ein jämmerlich deprimierendes Gefühl, feststellen zu müssen, dass man 12 Jahre lang von einem System be-

herrscht wurde, dessen Repräsentanten nicht nur aus innenpolitischen, weltanschaulichen, rassepolitischen und hygienischen Gesichtspunkten eine Menge Menschen sterben liessen, die ohne Beherrschung von Deutschland durch den Nationalsozialismus heute noch alle am Leben wären, die nicht nur diese sterben liessen, sondern mit ihrer Wahnsinnspolitik auch notwendigerweise den neuen Weltkrieg herbeigeführt haben.“<sup>94</sup>

Auch in seinem Entnazifizierungsverfahren positionierte sich Alexander von Engelberg als distanziert gegenüber dem NS-Regime und betonte vor allem die Situation seiner Ehefrau und seiner Kinder. Hierzu führte er gegenüber den US-Behörden aus:

„Meine Frau ist Halbjüdin. Auf Grund dieser Tatsache war ich, vor allen Dingen mit Rücksicht auf meine Frau und meine Kinder, genötigt, mich der grössten Zurückhaltung zu befleissigen, um diese nicht zu gefährden. Mit besonderer Rücksicht hierauf hielt ich mich von Anfang an von jeglichen Aemtern und Ehrenstellung zurück, insbesondere auch in der Organisation der Wirtschaft in der mir sonst ohne Zweifel auf Grund meiner Stellung in meinem Unternehmen und der Bedeutung desselben Aufgaben mannigfacher Art zugestanden hätten. Andererseits war ich mehr als andere gezwungen, mit der persönlichen Kritik an den ja langsam immer mehr um sich greifenden Misständen des Regimes zurückzuhalten, um auch hier wieder meine Familie nicht zu gefährden. Infolge dieser von Anfang an reservierten Haltung erfuhr ich selbst keinerlei persönliche Verfolgungen, abgesehen von den üblichen Dingen, wie Ausschluss aus dem Offizierstand, Nichtaufnahme in allen derartigen Vereinigungen oder Körperschaften, bei denen auch ein rein arischer Sippennachweis verlangt wurde. Als in der allerletzten Phase des Krieges nochmals die besondere Gefahr bestand, dass mit Halbjüdinnen verheiratete Männer in Arbeitslager verpflanzt werden sollten, was auch in einer Reihe von deutschen Gauen geschah, sah ich mich erneut genötigt, mich der allergrössten Vorsicht zu befleissigen, was so weit ging, dass ich auch so gut wie keine öffentlichen Versammlungen meines Berufszweiges mehr aufsuchte. Auch meine Ehefrau verdankt wohl hauptsächlich dem Umstand der äussersten Zurückhaltung, dass sie anlässlich einer Verfolgungswelle gegen Halbjuden in unserem Kreis unverfolgt blieb, vielleicht auch dem Umstand, dass man nicht gern Aufsehen erregte, sie als Frau eines Kgl. Schwedischen Vizekonsuls festzunehmen. Meine Kinder waren selbstverständlich in allen ihren Berufsmöglichkeiten so beschränkt, dass meine älteste Tochter, die In-

teresse für Presse, Film- oder Lichtbildausbildung hatte, diesen Plan aufgab. Sobald sie feststellte, dass alle Ausbildungsanstalten einen rein arischen Nachweis verlangten, und sich dem Beruf einer Telefonistin widmete, während meine zweite Tochter, die 2 Jahre lang sich zur Kindergärtnerin ausgebildet hatte, trotzdem sie die anerkannt beste Schülerin ihres Jahrganges war, plötzlich nicht zum Examen zugelassen wurde, und sich alsdann dem Roten Kreuz als Helferin zur Verfügung stellte. Die seelischen Belastungen, denen eine Familie auf Grund dieser Umstände in den abgelaufenen 12 Jahren ausgesetzt waren, dürfte hinreichend bekannt sein.“<sup>95</sup>

Von Engelbergs Verweis auf seine diplomatische Tätigkeit für das neutrale Schweden und seine familiäre Situation blieben nicht ohne Wirkung und relativierten aus Sicht der US-Besatzungsadministration seine NS-Mitgliedschaften und seine führende Position in einem rüstungswichtigen Betrieb. Auf dem von ihm eingereichten Meldebogen zur Entnazifizierung ist vermerkt, dass der Unternehmer als nicht vom „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ betroffen eingestuft und damit kein Spruchkammerverfahren gegen ihn eröffnet wurde.

In der Nachkriegszeit war Alexander von Engelberg bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 1959 Mitglied des Vorstandes der Dyckerhoff Portland-Zementwerke AG. Er gehörte zu den wichtigsten Akteuren in der deutschen Bauindustrie der Nachkriegszeit. Auf seine Initiative hin vereinigte sich die Zementindustrie im Jahr 1948 im Fachverband Zement Köln, dem er auch als Vorstandsmitglied angehörte. Zwischen 1948 und 1959 war er Vorsitzender des Bundesverbandes Steine und Erden. Darüber hinaus war von Engelberg Mitglied des beratenden Ausschusses der Montanunion in Luxemburg und Vorsitzender der Aufsichtsräte der Bonner Portland-Zement-Fabrik und der Chemischen Werke Albert in Wiesbaden. Er gehörte zudem den Aufsichtsräten der Dresdner Bank, der DAMCO Scheepvaart-Maatschappij NV Rotterdam und der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG an. Alexander von Engelberg war Ehrenpräsident des Fachverbandes Zement und der deutsch-niederländischen Handelskammer in Frankfurt am Main. Ihm wurde 1955 das Große Bundesverdienstkreuz und 1959 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern verliehen.<sup>96</sup> Alexander von Engelberg starb am 7. Januar 1960 auf seinem Altersruhesitz im schweizerischen Grindelwald.

## Hauptmann, Gerhart (1862–1946)

Schriftsteller, Dramatiker

**Einrichtung:** Gerhart-Hauptmann-Schule, Benennung am 17. Dezember 1970. Benennung auf Beschluss des Magistrats und des Hessischen Kultusministeriums 1957.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Rheingauviertel/Hollerborn.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Gerhart Hauptmann nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Gerhart-Hauptmann-Schule empfohlen.

**Zur Begründung:** Gerhart Hauptmann hat berufsbedingt der Reichskulturkammer angehört. Auch vor 1933 hat er sich mit seiner Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Rassenhygiene in einer völkisch-nationalistischen Gruppe betätigt. Gerhart Hauptmann hat durch seine Unterschrift des Revers der Mitglieder der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste das NS-Regime wirksam unterstützt und ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus als politischer Bewegung und zum NS-Staat abgelegt. Durch öffentliche Loyalitätsbekundungen hat Hauptmann die nationalsozialistische Ideologie artikuliert.

Die Historische Fachkommission traf diese Handlungsempfehlung vor dem Hintergrund, dass es sich bei der betroffenen Einrichtung um eine Schule handelt. Es wird zudem empfohlen, die Schule mit in einen möglichen Umbenennungsprozess einzubeziehen.

### Biografische Skizze<sup>97</sup>

Gerhart Hauptmann wurde am 15. November 1862 als Sohn eines Hotelbesitzers im schlesischen Bad Salzbrunn geboren. Nach dem Besuch der Dorfschule wechselte er an die Realschule in Breslau und absolvierte im Anschluss eine landwirtschaftliche Ausbildung. Zwischen 1880 und 1882 besuchte Hauptmann die Kunst- und Gewerbeschule in Breslau, um sich zum Bildhauer ausbilden zu lassen.

Diese Ausbildung brach er jedoch ebenso ab wie die anschließenden Studien in Jena, Dresden und Berlin, wo Hauptmann Philosophie, Literaturgeschichte, Geschichte und Zeichnen studierte. Zwischen 1883 und 1884 ließ er sich als Bildhauer in Rom nieder. Seine Arbeit blieb jedoch ohne kommerziellen Erfolg.

Seit dem Jahr 1889 verfasste der spätere Literaturnobelpreisträger Dramen. 1892 erschien das Stück „Die Weber“. Das Stück, das sich mit dem schlesischen Weberaufstand von 1844 befasst, machte Hauptmann in den folgenden Jahrzehnten weltbekannt. Er verfasste weitere sozialkritische Dramen.<sup>98</sup> Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden Hauptmann bereits zahlreiche Ehrungen zuteil: Er erhielt Ehrendoktorwürden der Universitäten Oxford (1905), Leipzig (1909), Prag (1921) und später der Columbia University, New York (1932). 1912 erhielt Hauptmann den Literaturnobelpreis.

Dem Kaiserreich und Wilhelm II. stand Hauptmann skeptisch gegenüber, „pfl egte aber ein Selbstbild als unpolitischer Künstler“<sup>99</sup>. Politisch war Hauptmann von einem kulturellen Nationalismus geprägt, „bei der [sic!] die Idee einer ‚deutschen Nation‘ eine zentrale Rolle spielte“<sup>100</sup>. 1905 trat Hauptmann der von Alfred Poetz gegründeten Gesellschaft für Rassenhygiene bei. Diese Gesellschaft wollte die „Rassenhygiene“ als Wissenschaft begründen und etablieren. Mit Poetz verband Hauptmann eine Jugendfreundschaft. Die historische Forschung konnte durch die Analyse der Tagebücher und Korrespondenz Hauptmanns herausarbeiten, dass das Verhältnis zu Poetz zu Beginn der 1930er Jahre abgekühlt war und sich der Dramatiker ideologisch von seinem Jugendfreund entfernt hatte: „Hauptmanns grundsätzlich individualistisches Selbstverständnis als Künstler verweigerte sich der als materialistisch verstandenen Rassenforschung und spätestens der mit ihr verbundenen Ideologie.“<sup>101</sup>

Den Ersten Weltkrieg begrüßte Hauptmann und veröffentlichte Kriegsgedichte wie „Komm, wir wollen sterben gehen“. Dort heißt es u. a.:

„Lebe wohl, mein junges Weib  
und du Säugling in der Wiege!  
Denn ich darf mit trägem Leib  
Nicht daheim bei euch verliegen.  
Diesen Leib, den halt’ ich hin  
Flintenkugeln und Granaten:  
eh’ ich nicht durchlöchert bin,  
kann der Feldzug nicht geraten.“<sup>102</sup>

Auch begrüßte Hauptmann die Expansionspolitik Deutschlands „und lehnte die These einer deutschen Kriegsschuld ab“<sup>103</sup>.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges und mit Beginn der Weimarer Republik war bei Hauptmann eine schnelle Anpassung an die neuen politischen Verhältnisse erkennbar. Er bekannte sich 1918 zur Republik, lehnte aber eine an ihn herangetragene Bitte zur Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten ab. „Er verortete sich ‚in der Mitte‘ oder ‚demokratisch‘, behielt aber einen positiven Bezug zu Deutschland als ‚starker Nation‘ bei. 1920 erklärte er: ‚Der Mensch im Deutschland steht mir [...] höher als der Deutsche im Menschen.‘“<sup>104</sup>

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten 1933 war Hauptmann erneut bereit, sich rasch den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen. Im März unterschrieb er ein Revers, „auf dem sich die Mitglieder der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste zur Loyalität gegenüber der neuen Regierung bekannten“<sup>105</sup>. Anlässlich des 1. Mai 1933, den die Nationalsozialisten zum Feiertag erklärt hatten, ließ Hauptmann auf seinem Anwesen auf Hiddensee die Hakenkreuzfahne hissen.<sup>106</sup> Im Oktober 1933 befürwortete er den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund: „Ich sage ‚Ja‘ – unter diesem nicht von Hauptmann gewählten Titel erschien damals in zahlreichen Tageszeitungen sein in der Tendenz eindeutiges Votum, das sich ausdrücklich auf die ‚vollkommene Überzeugungskraft‘ jener ‚weltgeschichtlichen Kundgebung‘ berief.“<sup>107</sup>

Hauptmann zeigte sich auch in der Folge von Hitler begeistert, den er auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge der Wehrmacht als „Weltgenie“ bezeichnete.<sup>108</sup> Der Schriftsteller war ebenfalls von Hitlers Programmschrift „Mein Kampf“ überzeugt, welche er als „hochbedeutsame Hitlerbibel“ beschrieb,<sup>109</sup> das Buch aber auch mit kritischen Anmerkungen versah.<sup>110</sup> Die von den Nationalsozialisten durchgeführten Bücherverbrennungen bezeichnete Hauptmann als „reine Albernheit, oder nur brenzlichen Geruch“<sup>111</sup>. Seine Anwesenheit bei der Eröffnung der Reichskulturkammer im November 1933 wurde ebenfalls als offene Loyalitätsbekundung gegenüber dem Regime gewertet. „Eine Unterzeichnung des ‚Treugelöbnisses‘ deutscher Schriftsteller auf Hitler hatte er jedoch zuvor abgelehnt.“<sup>112</sup> Hauptmanns öffentliche Loyalitätsbekundungen und seine Bewunderung für Hitler stand seine kritische Einstellung zur nationalsozialistischen Kultur- und Rassenpolitik entgegen. Auch das NS-Regime verhielt sich gegenüber dem Dramatiker ambivalent:

„So wurden 1933 Straßen und Schulen, die nach Hauptmann benannt waren, umbenannt. Während in der Presse zum Teil ein Bild völkisch-nationalistischer Kontinuität im Denken Hauptmanns gezeichnet wurde, wurden seine Werke eher akzeptiert als herausgestellt – einzelne Stücke wie ‚Die Weber‘ durften nicht aufgeführt werden. Während Alfred Rosenberg für ein generelles Verbot von Hauptmanns Werken und dessen Exilierung eintrat, nahm Goebbels eine differenzierte Position ein und notierte 1936, es sei ‚besser, er ist unser Freund als unser Feind‘. Die NS-Führung hatte dabei vor allem die Wirkung auf das Ausland im Blick. Das 1933 vollendete Stück ‚Die Goldene Harfe‘ wurde nach anfänglichem Verbot durch das Reichspropagandaministerium auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers am ‚Tag der Deutschen Kunst‘ aufgeführt und in die propagandistische Inszenierung des Regimes integriert. Hauptmann zeigte sich mitunter bereit, sich den neuen politischen Tendenzen anzupassen, etwa wenn er sich 1934 vergeblich um eine Aufführung seines als ‚nordisch‘ geltenden Stückes ‚Veland‘ bemühte. 1940 kam es zu Protesten von NS-Stellen gegen die Aufführung von Hauptmanns Stück ‚Elga‘, dem die ‚Verherrlichung nichtdeutscher Menschen‘ vorgeworfen wurde.“<sup>113</sup>

1944 wurde Hauptmann auf die Sonderliste der sogenannten Gottbegnadeten-Liste des Reichspropagandaministeriums aufgenommen.<sup>114</sup> Diese Liste enthielt die Namen von deutschen Künstlerinnen und Künstlern, die für das NS-Regime von hoher Bedeutung waren, und stellte diese unter Schutz. Sie mussten beispielsweise keinen Kriegsdienst leisten.

Als ambivalent sind auch Hauptmanns Äußerungen zum Judentum einzuordnen. Er hatte einerseits zahlreiche jüdische Bekannte und Freunde, die ihn vergeblich zu einer Emigration drängten. Einige seiner Freunde brachen auch mit Hauptmann aufgrund dessen Nähe zu den Nationalsozialisten.<sup>115</sup>

Die im Sommer 1935 verabschiedeten Rassegesetze lehnte Hauptmann im Privaten ab. Auch die von den Nationalsozialisten eingeführte Begriffskonstruktion des „lebensunwerten Lebens“ und die darauf fußenden „Euthanasie-Aktionen“ des NS-Regimes stießen bei Hauptmann auf Ablehnung. Für ein öffentliches Eintreten reichte diese Ablehnung allerdings nicht aus. Hauptmann versuchte vielmehr, die Lebensumstände der Verfolgten, insbesondere der jüdischen Bevölkerung, auszublenden. So schrieb er in sein Tagebuch: „Ich muss endlich diese sentimentale ‚Judenfrage‘ für mich ganz und gar abtun: es stehen wichtigere, höhere Deutsche [sic!] Dinge a[uf] d[em] Spiel.“<sup>116</sup> Die Einführung des „Judensterns“ im September 1941 löste bei Hauptmann Empörung aus.<sup>117</sup>

Unterschiedliche Einschätzungen bestehen bezüglich der Frage, wie weit Hauptmann zumindest im Privaten jüdische Freunde und Bekannte unterstützte. David Templin hält in seinem Gutachten fest:

„[Hauptmanns] Äußerungen gegenüber der Notlage emigrierter Juden zeigen sein Unverständnis und seine Verkennung der Situation, aber auch seine zunehmende Distanznahme. Nichtsdestotrotz unterstützte Hauptmann jüdische Emigranten wie Chapiro finanziell, und für den als Dozent entlassenen Maler Johannes Avenarius setzte er sich mit einem Schreiben ein. 1934 nahm er an den Beerdigungen seiner jüdischen Freunde Max Pinkus und Samuel Fischer teil. Fischer würdigte er mit einem Nachruf, auf den die NS-Presse mit scharfer Kritik reagierte.“<sup>118</sup>

Hauptmanns Biograf Sprengel geht in seiner Studie davon aus, dass Hauptmann keine finanzielle Unterstützung geleistet hatte:

„Sollten nicht anderslautende Dokumente auftauchen, muss man davon ausgehen, dass Hauptmann seine unversehens in Bedrängnis geratenen jüdischen Freunde zwar mit herzlichen Worten, aber doch nur verbal oder mit Empfehlungen an auswärtige Freunde unterstützt hat.“<sup>119</sup>

Die von Hauptmann zwischen 1933 und 1945 geschaffenen Dramen sind von einer weitgehenden politischen Distanz geprägt. Eine Ausnahme stellt das Werk „Die Finsternisse“ dar, „in dem das ‚jüdische Schicksal‘ mit Anteilnahme verhandelt wurde“<sup>120</sup>. In einem weiteren Stück wird Kritik am NS-Regime vermutet:

„Dabei griff Hauptmann [in ‚Die Finsternisse‘] aber auch auf stereotype und antijüdische Bilder wie die Gestalt des ‚Ewigen Juden‘ (Ahasver) zurück. Das Schauspiel wird nicht veröffentlicht und das Original 1942 aus Furcht vor der Entdeckung durch die Gestapo von Hauptmann vernichtet. Ein 1939 entstandenes Dramenfragment mit dem Titel ‚Die Isaurier‘, in dem eine Schreckensherrschaft in einer besetzten Stadt porträtiert wird, wurde in der Forschung als mögliche ‚KZ-Dichtung‘ und kritische Darstellung des NS-Terrors interpretiert.“<sup>121</sup>

Die Expansionspolitik der Nationalsozialisten unterstützte Hauptmann dagegen:

„1936 erklärte er in einer Stellungnahme zur Remilitarisierung des Rheinlandes, dass er sich ‚in diesem weltgeschichtlichen Augenblick mit dem ge-

schlossenen Willen von Führer und Volk durchaus einig fühle'. Mit einer Radioansprache ‚An die Deutschen in Übersee‘ stellte sich Hauptmann anlässlich seines 75. Geburtstages 1937 in den Dienst der NS-Propaganda. 1938 zeigte er sich begeistert vom Anschluss Österreichs und dem Einmarsch in die Tschechoslowakei. Zum Überfall auf Polen äußerte er sich im Tagebuch zunächst kritisch und sprach vom Rückfall ‚hinter das Mittelalter‘, schwenkte dann aber auf nationalistische Begeisterung ein. 1941 notierte er, der Nationalsozialismus habe ‚Deutschland gezeigt, welche Kraft es besitzt‘, und ‚die Schmach vernichtet‘, die mit dem Versailler Vertrag entstanden sei. Begeistert zeigte er sich auch von der deutsch-italienischen Achse. 1942 stellte er sich in den Dienst der Kriegspropaganda, indem er sich im Reichssender Breslau mit einem ‚Gruß an die Front‘ wandte.“<sup>122</sup>

So blieb Hauptmann insgesamt ambivalent zum Nationalsozialismus eingestellt, brach jedoch weder öffentlich mit dem System, noch nutzte er seine internationale Bekanntheit und Reputation als Nobelpreisträger für eine eindeutige Distanzierung.

Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ bot sich für Hauptmann ein letztes Mal die Gelegenheit, die neuen politischen Verhältnisse zu begrüßen. In seinem schlesischen Wohnort Agnetendorf erhielt er im Oktober 1945 Besuch von Johannes R. Becher, dem Präsidenten des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Becher wollte Hauptmann um Hilfe beim Wiederaufbau des Kulturbetriebes in der sowjetischen Besatzungszone bitten. „Hauptmann erklärte sich dazu bereit und nahm den Ehrenvorsitz des Kulturbundes an.“<sup>123</sup> Kurz vor seiner Ausreise aus Schlesien starb Hauptmann am 6. Juni 1946.

## Herbert, Adam (1887–1976)

Apotheker, Unternehmer, Wiesbadener Ehrenbürger (1962)

**Einrichtung:** Herbertanlage, aufgrund einer Stiftung Herberts von 1937 angelegt; Ehrengrab.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mitte.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Adam Herbert nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Herbertanlage empfohlen. Zudem wird die Aberkennung der 1962 erfolgten Verleihung der Ehrenbürgerschaft sowie des Ehrengrabes empfohlen.

**Zur Begründung:** Adam Herbert hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, NSV, NS-Altherrenbund, Reichsbund Deutsche Jägerschaft, RKB, RLSB) bzw. nationalsozialistisch gleichgeschalteten Organisationen (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) angehört.

Adam Herbert hat durch Großspenden an die NSDAP, die SS sowie andere NS-Organisationen in Höhe von insgesamt ca. 79.000 RM die NS-Bewerbung wirksam materiell unterstützt und ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus als politischer Bewegung und zum NS-Regime abgelegt. Zudem hat er durch die propagandistisch aufgeladene Einweihung der von ihm gespendeten Grünflächenanlage ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus als politischer Bewegung bzw. zum NS-Regime zwischen 1933 und 1945 abgelegt.

Adam Herbert hat sich außerdem durch den Ankauf einer Apotheke unter Wert von einem jüdischen Vorbesitzer („Arisierung“) und durch die ausbeuterische Beschäftigung von Zwangsarbeitskräften auf seinem privaten Hofgut sowie die aktive Beförderung der Einberufung seines Mitarbeiters zum Kriegsdienst aktiv an der Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung einzelner Personen oder Personengruppen während des „Dritten Reiches“ beteiligt.

### Biografische Skizze<sup>124</sup>

Adam Herbert wurde am 14. Juli 1887 in Groß-Gerau geboren. Nach dem Besuch der Bürgerschule in seinem Geburtsort und des Gymnasiums in Darmstadt stu-

dierte er Pharmakologie in München. Seinen Kriegseinsatz überlebte er mit einer schweren Verwundung. Herbert war ab 1915 als Apotheker in Wallau tätig. 1918 gründete er sein eigenes Laboratorium und zog 1927 mit seinem Unternehmen nach Bierstadt, das 1928 nach Wiesbaden eingemeindet wurde. In Wiesbaden stellte Herbert ein Nervenheilmittel her, welches er bald auch in mehreren europäischen Ländern und in Südamerika vertrieb. Durch seinen geschäftlichen Erfolg wurde Herbert zu einem der wohlhabendsten Bürger der Stadt.

Am 1. Mai 1933 trat Herbert der NSDAP, ein Jahr später der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt bei. Herbert war außerdem Mitglied im NS-Altherrenbund, dem Reichsbund Deutsche Jägerschaft, dem Reichskolonialbund und dem Verein für das Deutschtum im Ausland und dem Reichsluftschutzbund. Ein Amt innerhalb der NSDAP oder der anderen Organisationen übernahm er nicht. In Herberts Spruchkammerakte ist dokumentiert, dass er 1938 aus der evangelischen Kirche austrat und sich fortan als „gottgläubig“ bezeichnete, mithin die von den Nationalsozialisten präferierte religiöse Identifikationsformel wählte. Herbert selbst begründete seinen Kirchenaustritt nach dem Zweiten Weltkrieg mit steuerlichen Gründen.<sup>125</sup>

Herbert unterstützte das NS-Regime durch finanzielle Zuwendungen. Greifbar sind nur die Spenden, die Herbert nach dem Krieg in seinem Entnazifizierungsverfahren zugerechnet werden konnten, in der Hauptsache Spenden an das Winterhilfswerk der NSV in Höhe von 78.937 RM.<sup>126</sup> Zum Vergleich: Das Jahresdurchschnittsgehalt im Deutschen Reich betrug 1935 1.692 RM.<sup>127</sup> Hinzu kam eine Spende in Höhe von 10.000 RM an die NSDAP, die für die Beschaffung eines Sportflugzeugs für Gauleiter Jakob Sprenger vorgesehen war.<sup>128</sup> Weitere Geldspenden leistete er u. a. an die SS und andere NS-Organisationen. Insgesamt schätzte Herbert diese Beträge auf 5.000 bis 6.000 RM.<sup>129</sup>

Adam Herbert stiftete zudem 1937 der Stadt Wiesbaden eine Parkanlage, die seitdem seinen Namen trägt. Für die Errichtung der Gartenanlage spendete Herbert insgesamt 152.000 RM. Nach seinen Aussagen sollte die Anlage der arbeitenden Wiesbadener Bevölkerung als Erholungsort zur Verfügung stehen. Zudem sollte sie einen Anziehungspunkt für die Kurgäste darstellen.<sup>130</sup> Diese Herbertanlage befindet sich neben der sogenannten Reisingeranlage<sup>131</sup>, einer Parkanlage mit Wasserspielen direkt gegenüber dem Wiesbadener Hauptbahnhof. Die Herbertanlage bildet zusammen mit der Reisingeranlage im Nord-Süd-Verlauf eine direkte Verbindung zwischen der Wiesbadener Innenstadt und dem Hauptbahnhof.

Die Einweihung der Parkanlage 1937 wurde durch den Wiesbadener NSDAP-Oberbürgermeister Erich Mix unter großer Anteilnahme der Bevölkerung durchgeführt. Die Veranstaltung war ein gesellschaftliches Ereignis. Neben den wichtigsten städtischen Repräsentanten nahmen auch hochrangige Vertreter der NSDAP, der SS, der SA, des NSKK sowie der Hitlerjugend und des BDM an der Veranstaltung teil.<sup>132</sup> Zusätzlich wurden hohe Militärs und Persönlichkeiten der Stadtgesellschaft, wie etwa Wilhelm von Opel, eingeladen.

In seiner Eröffnungsrede betonte NSDAP-Oberbürgermeister Mix die lokale propagandistische Bedeutung der neu errichteten Grünanlage:

„Es kann keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, dass die Verschönerung des Stadtbildes für Wiesbaden eine Angelegenheit besonderer Bedeutung ist, und dass die hieraus kommenden Werte nicht bloss ideeller Natur sind. [...] In dem hier Geschaffenen sehen wir eine Ausprägung des Gemeingeistes und damit des Gemeinschaftsgedankens, der im neuen Reiche über dem Leben des Einzelnen, über dem Geschehen in der Gemeinde und über dem Schicksal des deutschen Volkes steht und der eine Wurzel der starken Kräfte ist, die sich überall in unserer Vaterlande heute regen und entfalten dürfen; und diese Überlegung führt uns zu dankbarem Gedenken an den Mann, der das Schicksal der deutschen Nation wendete, wir grüssen unseren Führer. Adolf Hitler Siegheil! Siegheil! Siegheil!“<sup>133</sup>

Nach der Rede des Oberbürgermeisters spielte das anwesende Kurorchester das „Horst-Wessel-Lied“, die Parteihymne der NSDAP.<sup>134</sup>

Nicht nur die Eröffnungsfeier kann als Propagandaveranstaltung für die NS-Machthaber gewertet werden, sondern auch die eigentliche Gartenanlage mit pseudoantiker Wandelhalle hatte in ihrer Gestaltung einen klaren NS-Bezug. Insbesondere eine 1,5 Tonnen schwere Muschelkalkskulptur griff typische Stilelemente der NS-Gestaltungsästhetik auf.<sup>135</sup> Die Herbertanlage diente so auch in ihrer Ikonografie der Darstellung des propagandierten Gemeinschaftsgefühls in der lokalen NS-„Volksgemeinschaft“.

Herbert verkehrte nicht nur gesellschaftlich, sondern auch privat mit zumeist lokalen und regionalen Funktionsträgern des NS-Staates. So bezeichnete Herbert beispielsweise Landeshauptmann Wilhelm Traupel als einen „besonders nahestehenden Bekannten“<sup>136</sup>. Traupel, seit 1930 NSDAP-Mitglied, war ab September 1933 Landeshauptmann des Bezirksverbandes Wiesbaden und ab 1936 in Personalunion auch Landeshauptmann des Bezirksverbandes Kassel.<sup>137</sup> In der SS

bekleidete er ab 1939 den Rang eines Oberführers. Traupel war ab 1940 im SD-Hauptamt der SS, in der Besatzungsverwaltung in Frankreich und im Reichssicherheitshauptamt der SS in Berlin tätig.<sup>138</sup>

Nachkriegsaussagen von Ernst Sternberger, einem bei Herbert angestellten Berufsjäger aus der Nachkriegszeit, belegen, dass Herbert außer mit Traupel mit weiteren hochrangigen nationalsozialistischen Funktionsträgern regelmäßig privat verkehrte. So waren u. a. auch der Staatssekretär im Reichspropagandaministerium und Hitler-Vertraute Herrmann Esser, der NSDAP-Gauleiter von Hessen-Nassau Jakob Sprenger, der Wiesbadener NSDAP-Bürgermeister Felix Piékarski, der SS-Standartenführer und Dezernent für Anstaltswesen des Bezirksverbandes Nassau Fritz Bernotat, der maßgeblich an den Krankenmorden in Hadamar beteiligt war, der Generalarbeitsführer des RAD Wilhelm Faatz, der Präsident der Landwirtschaftskammer Georg Hermann Sauerbier und der später in den Nürnberger Nachfolgeprozessen zum Tode verurteilte SS-Gruppenführer Richard Hildebrandt regelmäßig auf Herberts Hofgut bei Limburg zur Jagd.<sup>139</sup>

Herbert nutzte seine hervorragende Vernetzung auch zur persönlichen Bereicherung in den 1930er Jahren im Rahmen einer „Arisierung“. 1936 erweiterte er seine Apotheke mit Medikamentenherstellung um eine Filiale – die Einhorn-Apotheke in Bamberg. Herbert übernahm die Apotheke von dem jüdischen Vorbesitzer Dr. Otto Holzinger für 260.000 RM.<sup>140</sup> Durch die bei der Emigration zu entrichtende Reichsfluchtsteuer verlor die Familie Holzinger einen erheblichen Teil ihres Vermögens.<sup>141</sup> Jüdische Apotheker mussten auf Grundlage des „Gesetzes über die Verpachtung und Verwaltung öffentlicher Apotheken“ vom 26. März 1936 ihre Geschäfte verkaufen oder an einen „arischen“ Apotheker verpachten.<sup>142</sup> Wie Frank Bajor am Beispiel Hamburgs zeigt, waren die Profiteure dieser „Arisierungen“ im Apothekenbereich oftmals NS-Funktionäre oder dem Regime nahestehende Personen.<sup>143</sup>

Der Kauf der Bamberger Apotheke war nach dem Ende der NS-Herrschaft auch Gegenstand des Spruchkammerverfahrens gegen Herbert. Darin argumentierte dieser 1946, er habe für die Kaufabwicklung einen Makler engagiert,<sup>144</sup> „um keinen Pfennig gefeilscht und [...] das Geld sofort gegeben“. Holzinger „hatte dadurch die Möglichkeit zu emigrieren“<sup>145</sup>. Zudem sei der Kaufpreis „ausserordentlich hoch“ gewesen.<sup>146</sup>

Um diese Behauptung zu unterstreichen, verwies Herbert auch auf ein 1948 verfasstes Schreiben der Bayerischen Apothekenkammer an den von Herbert eingesetzten Pächter der Einhorn-Apotheke Lauch:

„Ich weiss, dass Herr Kollege Holzinger sich ungerne von seiner Apotheke und von Bamberg und überhaupt von Bayern trennte und dass es ihm ausserordentlich schwer gefallen ist damals auf Grund der politischen Verhältnisse zu verkaufen. Aber so wie eben die Lage war, musste auch ich ihm raten, möglichst bald seine liebgewordene Einhorn-Apotheke zu liquidieren und Deutschland zu verlassen. Damals als er mit mir sprach, hat er m.W. 110.000 Mk. Umsatz angegeben, der sich später noch erhöht haben dürfte. [...] Diesen [Käufer] hatte er auch später in Herrn Apotheker Herbert, Wiesbaden gefunden, der ihm weit mehr an Kaufpreis bezahlte als damals üblich war. Der Verkauf der Einhorn-Apotheke in Bamberg war geradezu eine Sensation [...] Ich weiss auch, dass Herr Dr. Holzinger nach dem Verkauf seine volle Zufriedenheit mit dem erzielten Verkaufspreis bei mir sowohl in schriftlicher als auch in mündlicher Form zum Ausdruck brachte. Unter den gegebenen Umständen war wirklich ein Preis erzielt worden, wie er höher nicht erwartet werden konnte.“<sup>147</sup>

Während Herbert also nach dem Krieg versuchte, den erzwungenen Verkauf im Rahmen der „Arisierung“ als Wohltat für den jüdischen Berufskollegen darzustellen, und dabei Unterstützung von den ebenfalls in die „Arisierungsgeschäfte“ mit Apotheken verwickelten berufsständischen Interessenverbänden erhielt, zeigen die Akten des Bayerischen Landesamtes für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung, dass aus Sicht der jüdischen Zwangsverkäufer der Verkaufspreis weit unter dem Wert der Apotheke lag. Diesen bezifferte 1946 die Witwe des in der Zwischenzeit verstorbenen Otto Holzinger in ihrem Antrag auf Entschädigung auf 975.000 RM. Dieser Berechnung lag folgende Argumentation zugrunde:

„Nach der allgemein geltenden Regel, daß der Kaufpreis von Realrecht-Apotheken den jährlichen Verkaufswert um das Siebeneinhalbfache übersteigt und da der jährliche Verkaufswert im Jahre 1932 (dem letzten Vor-Nazi-Jahr) RM 130.000.- betrug und sogar unter dem Nazi-Regime zwischen RM 90.000.- und 100.000.- lag (wie aus den Steuer-Unterlagen, besonders den Umsatzsteuer-Papieren des Bamberger Finanzamtes hervorgeht) war der im Jahre 1936 erhaltene Kaufpreis tatsächlich ein Zwangsverkaufspreis. Aus obigem Grunde wird der tatsächliche Wert des Vermögens z.Zt. des Verkaufs auf 975.000.- geschätzt, d.h. er war um RM 615.000.- höher als der Erlös aus dem Dr. Holzinger aufgezwungenen Verkauf, den die Nazis ins Werk gesetzt haben. Diese Schätzung des Vermögens wird gleicherweise durch die Tatsache gestützt, daß ungeachtet der von den Nazis organisierten Boykotte,

Drohungen gegen die Kundschaft usw. das jährliche Netto-Einkommen der Eigentümer – letzte Eigentümerschaft von Dr. Holzinger – noch RM 10,580.- betrug [...].<sup>148</sup>

Das Bayerische Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung orientierte sich bei der Bearbeitung des Falls 1946 schließlich an den Auskünften des Vorsitzenden des Apothekervereins Ortsgruppe Bamberg, der seinerseits einen Wert in Höhe des bis zum 2,5-Fachen des Jahresumsatzes und damit in etwa den von Herbert 1936 gezahlten Preis angab.<sup>149</sup>

Unabhängig von der Höhe des pekuniären Werts der Apotheke<sup>150</sup> bleibt der Verkauf eine Zwangsmaßnahme gegen den Willen des Eigentümers. Auch nach 1945 war Herbert nicht bereit, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. So betonte er 1946 in einem Antwortschreiben an das Amt für Vermögenskontrolle, dass er sich auf einen Vergleich nicht einlassen werde:

„Bemerken möchte ich noch, dass ich mich auf einen Vergleich nicht einlasse, zumal ja das Anwesen nicht durch meine Schuld, sondern durch feindliche Einwirkung zerstört wurde. [...] Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, dass ich mit Frau Dr. Holzinger keine gültige Regelung zu treffen habe, da ich ja den geforderten Preis von 260000.- sofort bezahlt habe. Ich bin nicht verantwortlich dafür, dass das damalige Reich Frau Holzinger den grössten Teil des Geldes fortnahm.“<sup>151</sup>

Auch wenn sich Herbert zunächst weigerte, einem Vergleich mit der Familie Holzinger zuzustimmen, zahlte er schließlich Anfang 1951 noch 25.000 DM Entschädigung an Gertraud Holzinger.<sup>152</sup> Er konnte die Apotheke wenig später wiedereröffnen und verpachtete sie an seinen Neffen Otto Herbert, der ebenfalls Apotheker war.

Die Bamberger Apotheke war nicht das einzige „Arisierungsgeschäft“, das Herbert zwischen 1933 und 1945 abwickelte. In seinem Spruchkammerverfahren nach dem Krieg erwähnte er außerdem den Kauf eines Ackers in Wiesbaden-Bierstadt von einem jüdischen Vorbesitzer mit Namen Dr. Kahn im Jahr 1938. Auf Vermittlung seines Wirtschaftsprüfers, Dr. Karl Kaiser, habe er den Acker für 39.000 RM erworben.<sup>153</sup> Karl Kaiser nahm hierzu ebenfalls nach dem Krieg wie folgt Stellung:

„Der Betroffene [Herbert] kannte den Juden Kahn nicht, sondern der Genannte [Kahn] kam zu mir und erzählte mir, dass er auswandern möchte. Ich habe damals noch mehrere jüdische Firmen vertreten bis es mir verboten

wurde. Kahn war ohne Vermögen, er hatte nur einen Acker im Werte von RM 1500.- bis 1800.- und er bat mich ihm zu helfen, dass er ins Ausland komme. Mir fiel niemand anderes ein als der Betroffene [Herbert] und ich wusste auch, dass er mir alle Bitten erfüllte. Ich habe ihm dieses unterbreitet und gesagt, dass dem Juden nicht mit RM. 3000.- bis RM. 4000.- gedient, sondern er müsste mindestens RM. 10000.- bis RM. 11000.- haben. Ich habe 1 Stunde mit dem Betroffenen [Herbert] gesprochen und er sagte mir, daraufhin, wenn Kahn wirklich ins Ausland geht, um sich eine sichere Existenz zu gründen, dann werde er ihm helfen, was will er denn, er darf 30 % seines Vermögens mitnehmen.“<sup>154</sup>

Daraufhin soll Herbert dem jüdischen Besitzer eine Summe von 39.000 RM bezahlt und das Grundstück, welches sich am Bierstadter Berg befand, der Stadt Wiesbaden geschenkt haben. In den verfügbaren Akten der Stadt Wiesbaden ist eine solche Schenkung allerdings nicht dokumentiert.

Da verlässliche Angaben zum Vorbesitzer und zu dessen weiterem Lebensweg fehlen,<sup>155</sup> lässt sich das „Arisierungsgeschäft“ nicht abschließend bewerten. Fest steht, dass sich Herbert an Zwangsverkäufen jüdischen Immobilieneigentums mehrfach beteiligte und in mindestens einem Fall hieraus finanziellen Vorteil schlug.

Adam Herbert beschäftigte auf seinem Hofgut zu Hausen im Ort Eisbach (Taunus) Zwangsarbeitskräfte. In seinem Spruchkammerverfahren nach dem Krieg gab der Apotheker an, dass er bis 1945 für eingezogenes Personal zwei polnische Familien mit zehn Kindern für die Bewirtschaftung seines Hofes einsetzte.<sup>156</sup> Aus einer in exkulpativer Absicht getätigten Nachkriegsaussage von Herberts Schwiegersohn Waldemar Neumann wird deutlich, dass es sich bei diesen beiden polnischen Familien um Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter handelte:

„Er [Herbert] sagte u. A. Sieh Dir die Polen an, die auf dem Hof arbeiten, diese unglücklichen Menschen, sie wurden von Haus und Hof verjagt und müssen hier für nichts arbeiten. Sie haben genau eine Mutter wie Du und ich. Verwahrlost haben sie sie hierher gebracht. Sowie die Polen, will man auch noch andere Länder unterjochen. Hitler will die Weltherrschaft und wenn er dieses Ziel erreichen sollte, das [sic!] ist es der Untergang der Welt.“<sup>157</sup>

Hintergründe des Zwangsarbeitereinsatzes auf Herberts Hof bleiben undeutlich.<sup>158</sup> Ein klares Schlaglicht auf Herberts persönliches Verhalten im „Dritten

Reich“ bietet die Affäre um seinen Gutsverwalter Heinrich Holdmann, den Herbert 1944 zur Wehrmacht einziehen ließ. Sie ist in den Spruchkammerverfahren gegen Herbert aus der Nachkriegszeit überliefert.

1933 wurde Heinrich Holdmann als Verwalter von Herberts Gutshof eingestellt. Aufgrund seiner beruflichen Erfahrungen wurde Holdmann im Zweiten Weltkrieg zunächst als „landwirtschaftlicher Sonderführer“ im besetzten Osteuropa eingesetzt. 1944 kehrte er nach Deutschland zurück und trat seine Stelle auf Herberts Hof wieder an.

In dieser Zeit kam es wohl des Öfteren zu Streitigkeiten zwischen Holdmann und Herbert. Der Apotheker soll aufgrund dieser Konflikte seine Kontakte genutzt haben, um Holdmann zur Infanterie einziehen zu lassen. Der zur Wiesbadener Wehrverwaltung eingezogene Fabrikdirektor Theo Hengstenberg, den Herbert über den Industriellen Wilhelm von Opel kennengelernt hatte, sagte im Spruchkammerverfahren aus:

„Im Laufe des Gesprächs sprachen wir auch über den immer stärker werden den Personalmangel und ich sagte, ich könnte mir ein Urteil darüber bilden, ich wäre trotz meines Alters und trotz des Einspruches der Handelskammer als Sachbearbeiter der Marine auf dem W[ehr-]B[ezirks-]K[ommando] in Wiesbaden tätig. Im Laufe des Gesprächs sagte der Betroffene [Herbert] zu mir: Können Sie mir vielleicht eine Auskunft geben über Leute, die eingezogen werden. Ich frug um wen es sich handelt, und der Betroffene nannte mir den Namen Holdmann, der Verwalter seines Gutes ist. [...] Er richtete an mich die Frage, ob die Möglichkeit bestände und die Aussicht vorhanden wäre, dass Holdmann wieder einberufen würde.“<sup>159</sup>

Bestätigt wird diese Aussage auch von einem weiteren Mitarbeiter des Wiesbadener Wehrbezirkskommandos, das für die Einberufungen zuständig war:

„Am Nachmittag desselben Tages sagte mir [mein Kollege] Ricker<sup>160</sup>, daß er vermute, daß aufgrund von Verleumdungen Holtmann [sic] zu einer Waffe[ngattung] einberufen werden sollte, die für diesen [...] jahrgangsmäßig nicht in Frage käme. Holdmann wurde daraufhin auf das W[ehr-]B[ezirks-]K[ommando] bestellt. Bei der Befragung stellte sich heraus, daß er mit seinem Arbeitgeber, dem Hofbesitzer Herbert sachliche Meinungsverschiedenheiten [...] habe. Der Eindruck von Holdmann war denkbar günstig. Hofbesitzer Herbert hat nach meinem Dafürhalten bei seinem Bekannten-

kreis (Gauleitung, Wehrmacht) versucht, Holtmann durch eine Einberufung zur Infanterie für Zeit, vielleicht auch für immer fernzuhalten.“<sup>161</sup>

Holdmann, der an einer „verkrüppelten Hand“ litt, wurde daraufhin zu einer Flak-Einheit nach Wackenheim einberufen. Alle ehemaligen Mitarbeiter des Wehrbezirkskommandos bestätigten, dass diese Einberufung Holdmanns auch ohne ein mögliches Zutun Herberts zustande gekommen wäre.<sup>162</sup> Herbert bestritt seine Beteiligung im Spruchkammerverfahren vehement.<sup>163</sup>

Zunächst wurde Herbert trotz seiner Relativierungs- und Verteidigungsstrategie durch die Spruchkammer 1946 in die Gruppe 1 („Hauptschuldige“) eingestuft. In Revisionsverfahren gelang es Herberts Anwälten schließlich am 3. März 1948, gegen eine Geldzahlung von 2.000 RM eine Einstellung des Verfahrens zu erreichen.<sup>164</sup> Seine wirtschaftliche Tätigkeit setzte Herbert nach dem Zweiten Weltkrieg fort.

1957 wurde Adam Herbert mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet und 1962 zum Ehrenbürger der Landeshauptstadt Wiesbaden ernannt.<sup>165</sup> Er starb am 2. September 1976 in Wiesbaden. Nach seinem Tod erhielt er von der Landeshauptstadt Wiesbaden ein Ehrengrab.

## Katsch, Gerhardt (1887–1961)

Arzt, Universitätsprofessor

**Verkehrsfläche:** Gerhardt-Katsch-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 23. Februar 1967.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Bierstadt.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Gerhardt Katsch nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Gerhardt-Katsch-Straße empfohlen.

**Zur Begründung:** Gerhardt Katsch hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, SA, Förderndes Mitglied der SS, Förderndes Mitglied des NSFK, NSV, RKB, RLSB) angehört. Er war als Oberscharführer und Sturmbannarzt Funktionsträger der SA und trat damit aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Vor 1933 hat er sich mit seiner Mitgliedschaft im „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ in einer völkisch-nationalistischen Gruppe betätigt.

Katsch artikulierte in Schriften und Reden öffentlich die nationalsozialistische Ideologie, indem er die Gesundheitspolitik bzw. die Rassenhygiene des NS-Regimes befürwortete. Er legte damit ein öffentliches Bekenntnis zum Nationalsozialismus ab.

Katsch wurde im Juni 1941 die ärztliche Aufsicht und Betreuung des Kriegsgefangenenlagers Stalag II C übertragen. Im Zuge dieser Tätigkeit führte er ab November 1941 sogenannte Auffütterungsversuche an 16 sowjetischen Kriegsgefangenen durch. Katsch war aus diesen Gründen an der bewussten Schädigung von anderen Personen zwischen 1933 und 1945 beteiligt.

### Biografische Skizze<sup>166</sup>

Gerhardt Katsch wurde am 14. Mai 1887 als Sohn des Bühnenautors und Kunstmalers Hermann Katsch und seiner Frau, der Dramaturgin Elisabeth Katsch, geborene Beutner, in Berlin geboren. Katsch besuchte von 1893 bis 1905 die Mittelschule und das Französische Gymnasium in Berlin. Anschließend studierte er Biologie, Physik und Philosophie in Paris.

Ab 1906 studierte Katsch in Marburg und Berlin Medizin und wurde 1912 in Berlin promoviert. Im gleichen Jahr wurde er Assistenzarzt im Städtischen Krankenhaus Hamburg-Altona und 1914 dort Oberarzt. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges leistete Katsch von August 1914 bis Januar 1917 und von August bis November 1918 Militärdienst als Bataillonsarzt der Reserve. 1917 wurde Katsch auf Betreiben seines akademischen Lehrers Gustav von Bergmann vom Heer beurlaubt und habilitierte sich an der Universität Marburg.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges blieb Katsch als Oberarzt bei seinem Mentor von Bergmann in Marburg und wechselte 1920 mit ihm an das Universitätsklinikum Frankfurt am Main, wo er zum außerplanmäßigen Professor ernannt wurde. 1926 wurde Katsch zum Chefarzt der Medizinischen Klinik des Heilig-Geist-Hospitals in Frankfurt am Main und 1928 zum Direktor der Medizinischen Klinik in Greifswald sowie zum Professor für Innere Medizin der Universität Greifswald berufen.

Katschs Arbeits- und Forschungsschwerpunkt war Diabetes mellitus. Zur besseren Erforschung und Behandlung der Zuckerkrankheit erfolgte unter der Mitwirkung Katschs die Gründung der „Arndt-Stiftung Garz-Diabetikerheim“ auf der Insel Rügen. 1937 verfasste der Mediziner mit den „Garzer Thesen“ eine Behandlungsmethode für Diabetes und leitete einen Paradigmenwechsel bei der Charakterisierung der Krankheit ein:

„Man darf den Diabetiker nicht zum unheilbaren Stoffwechsel-Krüppel machen, sondern ihm die großen Möglichkeiten zeigen, seine Mängel auszugleichen. Er soll begreifen, dass er bedingt gesund ist.“<sup>167</sup>

Katsch setzte bei der Behandlung auf ein Vier-Säulen-System: Diät, Insulin, Arbeit und Gemeinschaftsleben. Dieses Konzept versuchte Katsch in seinem Rügener Diabetikerheim auch praktisch umzusetzen.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 diskutierte die medizinische Forschung, ob Diabetiker in das nationalsozialistische Erbgesundheitsprogramm aufgenommen und sterilisiert werden sollten.<sup>168</sup> Im Rahmen dieser Debatte wiederholte Katsch seine „Garzer Thesen“ und vertrat die Position, dass Diabetiker zwar krank seien, aber die Erkrankung behandelbar sei. Eine grundsätzliche Sterilisierung lehnte er ab, im Einzelfall schloss er sie jedoch keineswegs aus, wie er in einem Vortrag 1935 ausführte:

„Für die Bekämpfung des Diabetes als Volkskrankheit ergeben sich daher eugenische, national-ökonomische und fürsorgerische Fragen und Gesichts-

punkte. Wie soll sich nun diese Bekämpfung gestalten? Es liegt in der Luft, daß viele dem Problem in erster Linie mit eugenischen Maßnahmen zu Leibe gehen möchten. Man hört Vorschläge die auf möglichst ausgiebiger Anwendung des Sterilisationsgesetzes bei Diabetikern abzielen. [...] [D]ie Erblichkeitsfragen [liegen jedoch] zu kompliziert [...], als daß wir in großem Stil mit Sterilisationen gegen den Diabetes und seine Vererbung vorgehen könnten. Es gibt Einzelfälle die die Anwendung der Sterilisationen herausfordern und in denen sie wohl nach sorgfältiger Prüfung angewendet werden dürften. Aber der allgemeinen und undifferenzierten Anwendung von Sterilisationsmaßnahmen stehen zunächst noch ernste Bedenken gegenüber. Diabetes verbindet sich in keiner Weise zwangsläufig mit sozialer Minderwertigkeit, etwa Anlage zur Kriminalität und dergleichen. Man hat im Gegenteil den Eindruck, daß unter den Diabetikern recht viele gut begabte Menschen mit ordentlicher Charakteranlage zu treffen sind, so daß der Schaden mit dem sie die Allgemeinheit bedrohen in erster Linie eine materielle Kostenfrage ist. Eine sehr großzügige Anwendung der Sterilisation bei Diabetikern würde auch gegen den obersten Grundsatz für ärztliches Handeln verstoßen, daß in erster Linie kein Schaden angerichtet werden darf. [...] Auch ein allgemeines Eheverbot für Diabetiker geht zu weit. Die Eheberatung des Diabetikers ist nicht einfach geworden. Unsere Stellungnahme [sic!] ist, abgesehen davon daß im Einzelfall sorgfältig zu prüfen ist, etwa die: daß wir Sterilisationen empfehlen wenn 2 Diabetiker einander heiraten; daß wir 2.) den Diabetiker warnen einen Partner zu wählen aus einer Familie in der die diabetische Erb-anlage vorhanden ist, gleichviel ob der in Betracht kommende Partner selbst einen manifesten Diabetes hat. Daß wir 3.) einem Diabetiker empfehlen oder nicht abraten seinen Partner zu erwählen der aus einer von diabetischer Erb-anlage freien Familie stammt. Zu weit geht es, wenn erklärt wird, man wolle die Diabetiker aussterben lassen, indem man dem Einzelnen Fürsorge und ärztliche Hilfe versagt. Solche Ansichten werden jetzt stellenweise von Laien geäußert die gehört haben, daß Diabetes eine Erbkrankheit ist, [...]. Auch wenn ich heute Volksarzt sein will, kann ich nicht aufhören als Arzt Helfer für Hilfsbedürftige [sic!] Kranke zu sein, solange dieses Helfen dem Volk nicht ernststen Schaden bringt. Bei der Diabetesfürsorge ist die Aufgabe so zu stellen, daß Ziele und Pflichten des Volksarztes nicht in Einklang gebracht werden müssen mit der ärztlichen Einzelfürsorge.<sup>169</sup>

Katsch argumentierte also trotz seiner Vorbehalte gegen die generelle Sterilisierung von Diabetes-Kranken grundsätzlich innerhalb der Paradigmen der NS-Rassenhygiene und des Volksgesundheitskonzepts der Nationalsozialisten. In einer weiteren Rede aus dem Jahr 1940 vertiefte Katsch seine Position zu den Grundsätzen der Gesundheitspolitik des „Dritten Reiches“:

„Vom Standpunkt einer nationalsozialistischen Menschenökonomie ist es nicht gleichgültig, ob wir mit sozialen Aufwendungen kümmernde Rentner dürftig am Leben erhalten oder arbeitende Menschen, produktive, leistungsbewusste Volksgenossen gewinnen. Die Arbeit des deutschen Menschen ist nach einem Wort des Führers das deutsche Gold. Ob die im großdeutschen Reich vorhandenen 200 000 bis 300 000 Diabetiker arbeitsfähig erhalten werden oder nicht, ob sie Werte schaffen, statt Rentengänger zu sein, das ist eine durchaus zeitgemäße Frage. [...] Die Krankheit beruht in einer Vielzahl von Fällen [...] auf einer ererbten Anlage. Wollen wir radikal vorgehen, so müßten wir die Diabetiker ausrotten. Das ist nicht angängig 1. wegen ihrer Zahl, 2. weil wir ererbten und durch Organerkrankten erworbenen Diabetes nicht immer unterscheiden können, 3. weil durch dieses Vorgehen mehr gesunder als diabetischer Nachwuchs vernichtet würde, 4. weil die Zuckerkranken nicht in dem Maße Schädlinge für den Volkskörper sind wie die Kranken, die unter das Sterilisierungsgesetz fallen.“<sup>170</sup>

In der Diskussion um die Einbeziehung von Diabetikern in Zwangssterilisierungsprozesse setzten sich Katschs Argumente schließlich durch. Die Betroffenen fielen nicht generell unter das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933.

Katsch wurde 1937 Parteianwärter der NSDAP und erhielt das Parteibuch im Jahr 1943. Katsch wurde zudem als Mitglied des „Stahlhelms – Bund der Frontsoldaten“ 1933/34 in die SA überführt, in der er den Rang eines Oberscharführers hatte. Zudem nahm Katsch in der SA wohl auch die Funktion eines Sturmbannarztes wahr.<sup>171</sup> Gerhard Katsch war auch Förderndes Mitglied der SS und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps. Die Fördernden Mitglieder der SS bildeten eine Unterorganisation der SS, der auch Nicht-NSDAP-Angehörige beitreten konnten und die der Spendensammlung für den Auf- und Ausbau der SS diente. Mit den in der Regel monatlich zu entrichtenden finanziellen Zuwendungen war kein Formaldienst in der SS verbunden.<sup>172</sup> Zusätzlich sind Mitgliedschaften in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, im Reichsluftschutzbund und Reichskolonialbund dokumentiert.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit, wahrscheinlich 1946, ging Katsch in einer schriftlichen Begründung auf sein Verhältnis zur NSDAP und zum NS-Regime ein. In dieser Stellungnahme betonte er, dass es aufgrund seines Festhaltens an einem jüdischen Assistenten, dem Mediziner Alfred Lublin, zu Konflikten mit der Partei gekommen sei:

„1933 war ein Jude mein 1. Assistent (Hintermann des Oberarztes), Professor Lublin. Er war durch das sogenannte Berufsbeamten-gesetz, das die Juden aus amtlichen Stellen entfernte, als Ausnahme geschützt, da er Kriegsteilnehmer des ersten Weltkrieges war. Darauf wurde lebhafter Druck auf mich ausgeübt, Lublin unter Vorwänden zu entlassen, vom Kreisleiter, auch von dem damals neuernannten Dekan. Ich lehnte das ab, weil Professor Lublin tüchtig war und sich nichts hatte zuschulden kommen lassen. Auf dem Kongress für Innere Medizin [...] setzte [ich] durch, dass Lublin dennoch sprach. [...] Als kurz darauf mein Oberarzt Professor Wichels aus meiner Klinik ausschied [...], beantragte ich, Lublin zum Oberarzt der Klinik zu ernennen. Mein Antrag ging zwar merkwürdigerweise durch, jedoch setzte nun ein Gehetz gegen mich ein. Es wurde behauptet, ich sei selbst Jude, ich oder mein Vater hätten ursprünglich Katz geheissen. Begünstigt wurde diese nicht zutreffende Behauptung dadurch, dass ich kein ‚nordischer Typ‘ bin und dieselbe Verleumdung schon zur Verhinderung meiner Berufung nach Greifswald von konkurrierender Seite verbreitet worden war. Das ‚Rassenpolitische Amt (beim Innenministerium)‘ mischte sich ein und verbot mir, in Vorträgen oder Vorlesungen irgendwie erbbiologische und Rassefragen zu berühren.“<sup>173</sup>

Katsch erwähnte nach Kriegsende außerdem, dass er aus dem „Gutachterausschuss für das deutsche Krankenhauswesen“ ausgeschlossen worden sei.<sup>174</sup> In Katschs Personalakte ist eine Anfrage des Universitätskurators der Universität Greifswald aus dem Jahr 1935 enthalten, kurzfristig einen Abstammungsnachweis vorzulegen.<sup>175</sup> Zudem ist eine Aufforderung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Oktober 1938 überliefert, den Abstammungsnachweis seiner Ehefrau zur Vervollständigung der Personalakte nachzureichen.<sup>176</sup> Katsch übermittelte den Ahnenpass seiner Ehefrau daraufhin.<sup>177</sup>

Auch im Bundesarchiv haben sich in der Parteikorrespondenz zu Katsch Hinweise erhalten, dass dieser tatsächlich wegen seiner angeblich „nichtarischen“ Abstammung Angriffen aus dem Kollegenkreis ausgesetzt war. Paul Rostock, der Beauftragte für medizinische Wissenschaft und Forschung des NS-Generalkom-

missars für das Sanitäts- und Gesundheitswesen, erkundigte sich 1944 bei mehreren Kollegen des Mediziners und dem NS-Dozentenbund der Uni Greifswald über den Internisten. Grund hierfür war die Frage, „ob er [Katsch] geeignet erscheint, ein Ordinariat für Innere Medizin an einer größeren Universität zu versehen“<sup>178</sup>. Der Greifswalder NS-Dozentenführer Günther Schultze antwortete Ende März 1944 auf die Anfrage:

„Um die arische Abstammung des Herrn Katsch ist vielerlei gemunkelt worden. Ich habe mich, obgleich ich wusste, dass die Sache längst erledigt war, noch einmal durch persönliche Einsichtnahme überzeugt, dass seine Eltern, ebenso wie seine vier Grosseltern, evangelisch getauft sind. Da immer wieder dunkle Angriffe gegen ihn gerichtet wurden, hat der seinerzeitige Kurator der Universität ein Protokoll aufgesetzt, dass ihm persönlich die Originalgeburts- und Taufscheine vorgelegt seien. Es fehlte allein der Geburtsschein des Grossvaters mütterlicher Seite, für den die Unterlagen bei einem Kirchenbrand in Lobositz verloren gingen. Es lag von diesem Grossvater nur der Trauschein vor, in dem er als evangelisch bezeichnet wurde. Seitdem sind alle Angriffe verstummt, es wird über diese Angelegenheit in den Personalakten nichts weiteres [sic!] berichtet. Auch der arische Nachweis seiner Ehefrau, einer geb. Gräfin Holck. Ist erbracht.“<sup>179</sup>

In Katschs Personalakte konnten keine Hinweise auf die Angriffe oder beruflichen Nachteile identifiziert werden. So kam Katsch 1944 auch für eine Professorenstelle an einer größeren Universität infrage. Es bleibt zugleich unklar, ob die universitätsinternen Angriffe gegen Katsch auch ein Grund für die Vielzahl seiner Beitritte zu NS-Organisationen waren.<sup>180</sup>

Es bleibt zudem fraglich, ob Katschs angebliche Hilfestellung für seinen Assistenten Lublin tatsächlich ursächlich für die Anfeindungen aus dem Kollegium der Universität Greifswald war. In zeitgenössischen Dokumenten finden sich jedenfalls keine Anzeichen für eine aktive Hilfestellung für Lublin.<sup>181</sup> In einem Schreiben Katschs aus dem Jahr 1935 über das nun angeordnete Ausscheiden Lublins aus dem Dienst – die „Privilegien“ ehemaliger „jüdischer Frontkämpfer“ waren durch die „Nürnberger Gesetze“ von 1935 außer Kraft getreten – äußert sich der Internist neutral über die Situation seines Kollegen.<sup>182</sup> Ein schriftlicher Protest gegen das Ausscheiden Lublins liegt hingegen nicht vor.

Der beginnende Zweite Weltkrieg beeinflusste auch Katschs medizinische Tätigkeit. So schlug er 1940 seinem Dekan vor, „mit sofortiger Wirkung den Unterricht für die klinischen Semester Greifswalds an ein grosses Kriegs-Lazarett in

Belgien oder Nordfrankreich zu verlegen<sup>183</sup>. Dem Vorschlag wurde nicht gefolgt. Katsch selbst wurde Beratender Internist des Sanitätsdienstes im Wehrkreis II und für die Leitung der Greifswalder Reservelazarette zuständig. Als Militärarzt wurde Katsch im Laufe des Krieges mehrfach frontnah auf dem Balkan und in der Ukraine eingesetzt. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde Katsch im Juni 1941 die ärztliche Aufsicht und die Betreuung des Kriegsgefangenenlagers Stalag II C übertragen. Zudem arbeitete Katsch als Beratender Internist eng mit der Heeressanitätsinspektion, insbesondere mit dem Leitenden Beratenden Internisten bei der Heeressanitätsinspektion Kurt Gutzeit, zusammen.<sup>184</sup> Im Zuge dieser Tätigkeit wirkte Katsch auch an militärischen Forschungsprojekten mit und nahm an Tagungen wie der im März 1943 von der Heeressanitätsinspektion durchgeführten „Arbeitstagung Ost“ teil. Auf dieser Tagung stellten Karl Gerhardt und sein Mitarbeiter Fritz Fischer die Ergebnisse ihrer Experimente mit Sulfonamid an absichtlich verletzten Insassinnen des Konzentrationslagers Ravensbrück vor. Damit war Katsch spätestens ab diesem Zeitpunkt über verbrecherische Menschenexperimente im deutschen Konzentrationslagersystem informiert.<sup>185</sup>

An der Greifswalder Medizinischen Klinik führte Katsch zusammen mit seinem Oberarzt Martin Gülzow ab November 1941 selbst sogenannte Auffütterungsversuche an sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem ihm zugeordneten Kriegsgefangenenlager durch. „Die Versuche standen [...] im Zusammenhang mit den von der Heeressanitätsinspektion angeregten (und zum Teil auch direkt in Auftrag gegebenen) Untersuchungen zu Stoffwechselstörungen infolge von Unterernährung, zum Einfluss von Eiweiß und Vitaminen sowie zu Art und Umfang der Kalorienzufuhr.“<sup>186</sup> Diese Experimente wurden an 16 Kriegsgefangenen durchgeführt, „die an schweren Durchfallerkrankungen, Hungerödemen und Erschöpfungszuständen litten, mehrere auch an Tuberkulose“<sup>187</sup>. Drei Kriegsgefangene verstarben „trotz der eingeleiteten Behandlung und ‚überkalorischen Ernährung‘, bei den dreizehn anderen gelang eine Genesung“<sup>188</sup>. Mehrere dieser genesenen Kriegsgefangenen wurden nach ihrer Behandlung als Zwangsarbeitskräfte in der Greifswalder Klinik und in der Landwirtschaft eingesetzt.<sup>189</sup>

Bei diesen „Auffütterungsversuchen“ ging es Gerhardt Katsch nicht alleine um die Rettung von Menschenleben, sondern „um das Gewinnen von ernährungsphysiologischen Erkenntnissen, die von mittelbarem Interesse der Wehrmacht und der Militärmedizin waren und als kriegswirtschaftlich relevant angesehen wurden“<sup>190</sup>.

Als bei Kriegsende die Rote Armee auf Greifswald vorrückte, gehörte Katsch einer siebenköpfigen deutschen Kapitulationsdelegation an, die in Anklam Verhandlungen über die kampflose Kapitulation der Stadt Greifswald führte. Nach dem Krieg, wohl im Oktober 1945, verfasste Katsch einen Bericht, in dem er die Situation folgendermaßen schilderte:

„[...] [Ich] habe [...] mich in dem Augenblick unter persönlicher Lebensgefahr gegen die Partei aufgelehnt, als der Einsatz sich lohnte. Dadurch, dass ich den Stadtkommandanten Oberst Petershagen in seinem Entschluss, die Stadt Greifswald kampflos zu übergeben, moralisch unterstützte, ihn in meinem Hause mit dem damaligen Rektor zusammenbrachte und persönlich Herrn Wurmbach aus dem Stabe von Oberst Petershagen in der Nacht des 29. April als Parlamentär durch das brennende Anklam zum russischen General fuhr [...], brach ich meinen Fahneneid gegen Hitler und war ungehorsam gegen strikte Befehle von Himmler und Hitler, die die Verteidigung von Greifswald ‚bis zum letzten Stein‘ verlangten und jedes Hinarbeiten auf kampflose Übergabe mit dem Tode bestrafte. [...] Ich glaube, dass durch meine Tat, durch die ich in erheblichen Umfang daran beteiligt bin, dass die Stadt mit ihrer Universität dem nazistischen Zerstörungswahnsinn glücklich entzogen wurde, mehr als eine entschlossene Abkehr von der NSDAP vollzogen habe, der ich nie ohne ganz ehrliche innere Reserven und somit nur formell angehörte. Ich glaube auch bewiesen zu haben, dass ich der Goebbels-Propaganda über die Rote Armee keinen Glauben schenkte und für eine Zusammenarbeit mit Sowjetrußland selbst den ersten Schritt getan habe.“<sup>191</sup>

Welche Rolle Katsch bei der Übergabe der Stadt genau spielte, ist unklar. Der Einsatz eines ranghohen Sanitätsoffiziers bei einer der in den letzten Tagen des „Dritten Reiches“ zahlreichen dezentralen Kapitulationsverhandlungen von Wehrmachtsverbänden und -einheiten war jedenfalls keineswegs unüblich. Die zentralen Schilderungen der Nachkriegszeit, insbesondere auch die drastische Schilderung der vermeintlichen Gefahr für die eigene Person, stammen größtenteils von Katsch selbst. Fotos belegen seine Anwesenheit bei einer Besprechung mit der Roten Armee, welche Funktion Katsch bei diesen Verhandlungen genau übernahm, lässt sich allerdings nicht mehr rekonstruieren.

Gesichert ist hingegen, dass Katsch ein Engagement bei der Kapitulation Greifswalds immer wieder selbst ins Gespräch brachte und schließlich 1952 zum Ehrenbürger von Greifswald ernannt wurde.<sup>192</sup> In der Deutschen Demokratischen Republik konnte Katsch seine Forschungen fortsetzen und wurde intensiv

gefördert. Er verfasste zahlreiche Studien, betreute mehrere hundert Dissertationen und Habilitationen, erhielt zusätzliche Gehälter und Aufwandsentschädigungen und reiste zu Vorträgen und Kongressen ins Ausland. 1952 erhielt er den Nationalpreis der DDR, 1953 wurde Katsch ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, 1954 wurde er zum Rektor der Universität Greifswald ernannt. Das Amt hatte er bis 1957 inne. Im Jahr 1955 wurde er in die Leopoldina aufgenommen. Katsch fungierte mehrfach als Vorsitzender des deutschen Internisten-Kongresses in Wiesbaden und wurde 1953 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin, die bis 1959 als gesamtdeutscher Verband auftrat. Zudem erhielt Katsch zahlreiche Ehrungen. 1951 wurde ihm in der DDR der Ehrentitel „Verdienter Arzt des Volkes“ verliehen. 1953 verlieh ihm die Universität Greifswald die Ehrensensatorwürde. 1956 wurde ihm der Titel „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“ verliehen. Ein Jahr später verlieh ihm die Universität Greifswald die Ehrendoktorwürde und die Ehrenkette der Universität. Er starb am 7. März 1961 in Greifswald.

Über die Rolle Gerhardt Katschs während des „Dritten Reiches“ wird seit Mitte der 1990er Jahre kontrovers diskutiert. Bereits 1994 kam es während des Diabetikertages in Berlin zu einer Demonstration gegen die weitere Verleihung der 1979 geschaffenen Gerhardt-Katsch-Medaille durch die Deutsche Diabetes-Gesellschaft.<sup>193</sup> Im Jahr 2001 lehnte der Diabetologe Michael Berger die Ehrung mit der Gerhardt-Katsch-Medaille ab. Berger kritisierte nicht nur Katschs Rolle im „Dritten Reich“ sondern forderte auch eine realistischere Einschätzung von Katschs Beitrag zur deutschen Diabetesforschung.<sup>194</sup> Bergers Kritik führte zur Einberufung einer Historischen Kommission durch die Deutsche Diabetes-Gesellschaft.<sup>195</sup>

Die Kommission, die ausschließlich mit Medizinern besetzt war,<sup>196</sup> bewertete vornehmlich die medizinischen Leistungen Katschs. Bei der Frage nach seiner Beziehung zum Nationalsozialismus und dessen Gesundheitspolitik folgte das Gutachten hingegen den Einlassungen Katschs aus der Nachkriegszeit.<sup>197</sup> Das Gutachten stellt insbesondere heraus, dass sich Katsch gegen die Einbeziehung der Zuckerkranken in die Erbgesundheitspolitik ausgesprochen habe.<sup>198</sup> Unmittelbare Folgen hatte das Gutachten zunächst nicht.

Die Gerhard-Katsch-Medaille wurde mit der Verleihung 2023 in Ehrenmedaille der Deutschen Diabetes-Gesellschaft umbenannt, nachdem neuere medizinhistorische Studien aus Sicht der Deutschen Diabetes-Gesellschaft „nicht mehr ausschließen können“, dass Katsch in der Zeit des Nationalsozialismus „unethisch agiert“ habe.<sup>199</sup>

## Opel, Wilhelm von (1871–1948)

Unternehmer, Wiesbadener Ehrenbürger (1941)

**Einrichtung:** Freibad Opelbad, eröffnet 1934.

**Gebäude:** Wilhelm-von-Opel-Hütte im Stadtwald (Teufelsgraben, oberhalb Leichtweißhöhle).

**Zuständiger Ortsbeirat:** Nordost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Wilhelm von Opel nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Namensentwidmung des Opelbades empfohlen sowie eine Umbenennung der Wilhelm-von-Opel-Hütte. Zudem wird die Aberkennung der 1941 erfolgten Verleihung der Ehrenbürgerschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Wilhelm von Opel hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, DAF, NSV, SA, Förderndes Mitglied der SS, Reichsbund Deutsche Jägerschaft, Akademie für Deutsches Recht) angehört. Auch vor 1933 hat er sich mit seiner Mitgliedschaft im „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ in einer völkisch-nationalistischen Gruppe betätigt. Er hat durch Spenden an die NSDAP, die SS sowie andere NS-Organisationen in erheblicher Höhe die NS-Bewegung wirksam materiell unterstützt. Im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen, u. a. mit Adolf Hitler, und bei seiner Rede aus Anlass der Ernennung zum Ehrenbürger Wiesbadens 1941 hat er ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus als politischer Bewegung und zum NS-Regime abgelegt. Durch die Aufrüstungspolitik der Nationalsozialisten hat Opel unmittelbar materielle und immaterielle Vorteile aufgrund seines Verhältnisses zum NS-Regime zwischen 1933 und 1945 erfahren.

### Biografische Skizze<sup>200</sup>

Wilhelm von Opel wurde am 15. Mai 1871 als Sohn des Industriellen Adam Opel in Rüsselsheim am Main geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Rüsselsheim und der Realschulen in Offenbach und Mainz begann Opel eine Ausbildung an der Maschinenbauschule der Technischen Hochschule Darmstadt. Die Ausbil-

derung brach er 1890 ab. Opel wechselte in den väterlichen Betrieb. Das Kerngeschäft der Firma Opel konzentrierte sich zu diesem Zeitpunkt auf die Herstellung von Nähmaschinen. Auf Drängen von Wilhelm von Opel und seinen Brüdern erweiterte das Unternehmen seine Produktpalette zunächst um Fahrräder.

1893 vertrat Wilhelm von Opel sein Unternehmen auf der Weltausstellung in Chicago, wo er erstmals mit neu entwickelten Motorwagen in Berührung kam. Nachdem die Fahrradproduktion im Jahr 1897 in eine Krise geraten war, regte Wilhelm von Opel die Produktion von Motorwagen an. Das Unternehmen erwarb entsprechende Patente und prüfte Unternehmensübernahmen. 1898 kaufte Opel schließlich die Anhaltinische Motorwagenfabrik Dessau und produzierte in Rüsselsheim Motorwagen nach Dessauer Vorbild.<sup>201</sup> In den folgenden Jahren entwickelte die Firma Opel ihre Fahrzeuge stetig weiter.

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges stieg die Nachfrage nach Fahrzeugen und Motoren durch Rüstungsaufträge sprunghaft an. In Rüsselsheim wurden nun vor allem Last- und Lazarettwagen sowie Melde- und Spähfahrzeuge produziert.<sup>202</sup> Wilhelm von Opel wurde 1917 geadelt. Zuvor war er bereits 1908 zum Großherzoglich Hessischen Kommerzienrat und 1916 zum Geheimen Kommerzienrat ernannt worden.<sup>203</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg stellte Opel seine Produktion auf eine Serienproduktion im modernen Sinne um. Durch diese Umstellung sanken die Herstellungskosten und Verkaufspreise, die Firma Opel entwickelte sich zum größten Fahrzeugproduzenten im Deutschen Reich. 1928 wurde das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und im März 1929 vom amerikanischen Konzern General Motors übernommen. Im Zuge dieser Übernahme wechselte Wilhelm von Opel aus der operativen Leitung auf den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden, die Geschäftsführung lag nun in amerikanischer Hand.

1928 ließ sich Wilhelm von Opel in Wiesbaden nieder. In Wiesbaden betätigte er sich auch als Mäzen. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise hatte die Stadt Wiesbaden mit einer schwierigen Finanzlage zu kämpfen. Opel gewährte ihr großzügige Darlehen zur Realisierung von Verschönerungs- und Bauprojekten, mit denen diese an die Kurtradition vor dem Ersten Weltkrieg anknüpfen und sich als moderne Kur- und Badestadt positionieren wollte.<sup>204</sup>

In diesen Kontext fielen auch die Planungen für ein modernes Freibad auf dem Wiesbadener Neroberg. Für die Realisierung des bereits seit längerer Zeit geplanten Neubaus stiftete Opel der Stadt 100.000 RM, weitere 150.000 RM überließ er der Stadt als zinsloses Darlehen. Das Schwimmbad, das nach Wilhelm

von Opel benannt wurde, konnte 1934 eröffnet werden und galt als eines der modernsten und schönsten Freibäder Deutschlands.

1938 spendete Opel für die Errichtung einer Schutzhütte im Wiesbadener Stadtwald, die vom Verschönerungsverein Wiesbaden den Namen Wilhelm-von-Opel-Hütte erhielt. Weitere Spenden Opels dienten der Einrichtung von Hockey-, Tennis- und Golfanlagen Wiesbadener Vereine.<sup>205</sup>

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten trat Wilhelm von Opel am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein.<sup>209</sup> Während der Weimarer Republik hatte er bis 1930 der Deutschen Volkspartei (DVP) angehört. Zwischen 1930 und 1933 stand er der Deutschen Zentrumspartei nahe.<sup>207</sup> Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten wurde Opel ebenfalls Mitglied der Deutschen Arbeitsfront, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des Reichsbundes Deutscher Jägerschaft und der Akademie für Deutsches Recht. Als Mitglied des „Stahlhelms – Bund der Frontsoldaten“ wurde Opel 1934 in die SA überführt. Er war zudem förderndes Mitglied der SS mit einer jährlichen Spende von 1.200 RM.<sup>208</sup> Die Fördernden Mitglieder der SS bildeten eine Unterorganisation der SS, der auch Nicht-NSDAP-Angehörige beitreten konnten und die der Spendensammlung für den Auf- und Ausbau der SS diente. Mit den in der Regel monatlich zu entrichtenden finanziellen Zuwendungen war kein Formaldienst in der SS verbunden.<sup>209</sup> Wilhelm von Opel war zudem Förderer des 1933 von Adolf Hitler in Auftrag gegebenen Hauses der Deutschen Kunst in München. Für weitere Bauprojekte stellte Wilhelm von Opel der NSDAP 21.000 RM zur Verfügung.<sup>210</sup>

Die organisatorische Anpassung der Adam Opel AG an die nationalsozialistische Betriebsverfassung trug Wilhelm von Opel als Aufsichtsratsvorsitzender voll mit. So wurde ab 1933 der Betriebsrat in die Deutsche Arbeitsfront überführt, die Werke wurden nach dem Führerprinzip organisiert und jüdische Inhaber von Opel-Niederlassungen aus dem Konzern gedrängt. Als Aufsichtsratsvorsitzender und Sohn des Firmengründers war Opel in der NS-Zeit oberster Repräsentant des Unternehmens, die Mitglieder der amerikanischen Geschäftsführung traten in der Öffentlichkeit in den Hintergrund. Opel unterhielt so auch in seiner beruflichen Funktion enge Kontakte zur NS-Führung und begrüßte beispielsweise für den Konzern Hitler auf Automobilmessen.<sup>211</sup> Als 1936 gegen Wilhelm von Opel aufgrund eines Steuerdelikts ermittelt wurde, billigte Hitler, dass das Reichswirtschaftsministerium dafür sorgte, dass die Strafzahlung von 3,5 Millionen RM auf 750.000 RM reduziert wurde.<sup>212</sup>

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939 stellte die Adam Opel AG ihre Produktion auf Kriegswirtschaft um, nachdem sie bereits in den

1930er Jahren erheblich von Aufträgen im Zuge der Aufrüstung der Wehrmacht profitiert hatte. In Rüsselsheim wurde die Produktion von Personenwagen auf Flugzeugkomponenten umgestellt. Der Problematik der amerikanischen Eigentümerschaft wurde durch strukturelle Veränderungen begegnet:

„Es wurde [...] ein Sonderausschuss des Aufsichtsrats [eingerrichtet], dem auch Wilhelm von Opel angehörte. Dieses Exekutiv-Komitee hatte die Aufgabe, die von den Nationalsozialisten erzwungene Einsetzung einer rein deutschen Geschäftsleitung zu konterkarieren. Mit Hilfe des Sonderausschusses, ohne dessen Zustimmung die neue deutsche Firmenleitung nicht handlungsfähig war, konnte der Einfluss der Amerikaner auf die Opel AG weiterhin aufrecht erhalten [sic!] werden. Dass Opel diesem Gremium angehörte, lässt darauf schließen, dass er durchaus nicht gewillt war, sich allen Anweisungen der NS-Regierung bedingungslos zu unterwerfen. Es ist allerdings fraglich, ob es primär politische Überzeugungen waren, die ihn zu seinem Handeln motivierten, oder ob nicht andere Gründe, vor allem wirtschaftlicher Natur und Zwang aus den USA, dahinter standen [sic!].“<sup>213</sup>

Die Firma Opel setzte während des Zweiten Weltkrieges mehrere tausend Zwangsarbeitskräfte ein.<sup>214</sup> Als Aufsichtsratsvorsitzender war Wilhelm von Opel über die größtenteils desolate Behandlung und Unterbringung dieser Arbeitskräfte informiert. Inwieweit Opel Einfluss auf Lebensumstände hatte, ist beim aktuellen Forschungsstand unklar.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde Wilhelm von Opel durch das NS-Regime mehrfach geehrt. Im Oktober 1939 erhielt Opel von Adolf Hitler für seine Verdienste um die deutsche Kriegswirtschaft das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse:

„Wilhelm von Opel, dem eigenen Angaben zufolge seit 1933 rund 18 Orden verliehen worden waren, machte auch in der Folgezeit deutlich, dass die Adam Opel AG größtes Interesse daran habe, ‚einen wesentlichen Beitrag zur militärischen Erstarkung‘ zu leisten, ‚damit der Endsieg im augenblicklich schweren Ringen baldigst zuteil wird‘. Diese Hoffnung, der Opel um die Jahreswende 1942/43 Ausdruck verlieh, hatte nicht nur patriotische Gründe, sondern auch handfeste wirtschaftliche, denn Umsatz und Gewinn der Opel AG hatten sich in den vergangenen Jahren spürbar erhöht, und das sollte sich bis Kriegsende nicht ändern.“<sup>215</sup>

Am 8. August 1941 wurde Opel im Festsaal des Rathauses von Wiesbaden die Ehrenbürgerwürde der Stadt verliehen. In seiner Dankesrede verwies Wilhelm von Opel auf die Aufbauleistung des „Führers“, insbesondere darauf, „daß er [Hitler] in aller Stille ein mächtiges, großes Heer geschaffen“ habe.<sup>216</sup>

Die politische Note der Ansprache war eine frei gewählte Akzentuierung Opels. Der NSDAP-Bürgermeister Felix Piékarski, der Oberbürgermeister Erich Mix vertrat, hatte in seiner Festrede Opel persönlich angesprochen und auf dessen Verdienste um die Verschönerung der Stadt abgehoben. „Bei dem Grußwort Opels handelte [es] sich demnach nicht um eine von ihm als notwendig erachtete Reaktion auf markige Ausführungen des Wiesbadner Bürgermeisters.“<sup>217</sup>

In Einzelfällen scheint der Industrielle auch kritisch gegenüber der NS-Politik eingestellt gewesen zu sein. So gibt es Hinweise, dass Wilhelm von Opel sich bemühte, hohe Funktionäre der Firma, die entweder selbst nicht „vollarisch“ waren oder eine jüdische Ehefrau hatten, vor einer Entlassung zu bewahren.<sup>218</sup> Nach 1945 behauptete Opel gegenüber der Besatzungsmacht, er habe 1935 den Ausschluss von Juden vom Badebetrieb im Opelbad abgelehnt, jedoch seine Haltung später aufgegeben.<sup>219</sup>

Wilhelm von Opel hat im Rahmen seines Spruchkammerverfahrens nach dem Krieg behauptet, dass er sich zusammen mit Christian Bücher, dem Chef der Wiesbadener Wasserwerke, für die kampflose Übergabe Wiesbadens in den letzten Kriegstagen 1945 eingesetzt und damit die Stadt „gerettet“ habe. Bücher, der dies auch in seinem Spruchkammerverfahren angeführt hatte,<sup>220</sup> war als Zeuge in Opels Verfahren geladen und bestätigte dessen Aussagen.<sup>221</sup> In Büchers Bericht über die Situation zum Kriegsende in Wiesbaden wird auch die Rolle Opels in den letzten Kriegstagen geschildert:

„Nachmittags besuchte mich Herr Geheimrat Wilhelm von Opel, um sich über den Stand der Maßnahmen gegen die Verteidigung Wiesbadens zu unterrichten. Wir kamen überein, daß er in der Eigenschaft als Ehrenbürger der Stadt Wiesbaden auch seinerseits Schritte bei [Kampfkommandant] Oberst v. Zierenberg gegen die Verteidigung von Wiesbaden unternehmen würde.“<sup>222</sup>

Welchen Einfluss Opel wirklich auf den Kampfkommandanten von Zierenberg genommen hat, bleibt in Büchers Bericht unklar. Unerwähnt bleibt auch, ob der völlig kampfunerfahrene und zudem nur mit völlig unzureichenden Kräften ausgestattete von Zierenberg seinerseits überhaupt ernsthaft eine kämpfende Verteidigung Wiesbadens vorbereitete. Zu Kampfhandlungen kam es jedenfalls nicht und die Amerikaner konnten Wiesbaden am 28. März 1945 besetzen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges musste Opel sich also der Entnazifizierung unterziehen. Das Spruchkammerverfahren gegen Opel endete am 8. Januar 1947 mit einer Einteilung in die Gruppe der „Mitläufer“. Opel sollte als „Sühneleistung“ eine Strafe von 2.000 RM zahlen und zusätzlich die Kosten des Verfahrens tragen. Im Vorfeld versuchten Opel und sein Rechtsanwalt, die Mitgliedschaften des Industriellen in NS-Organisationen zu rechtfertigen. In einem Schreiben an den Landrat des Kreises Groß-Gerau erklärte Opel seinen Eintritt in die Partei wie folgt:

„Ich war Mitglied der NSDAP seit 1.5.1933. Wer die Verhältnisse in Deutschland kannte, weiß, daß Großindustrielle zu jener Zeit den Eintritt in die Partei erklären oder sich ins Privatleben bzw. Konzentrationslager zurückziehen mußten. Ich bin Mitglied der Partei geworden nach Rücksprache mit den in Rüsselsheim damals tätigen amerikanischen Vertretern der General Motors, da allgemein eingesehen wurde, daß mit diesem Schritt den Interessen der General Motors und der deutschen Automobilindustrie besser gedient sei, als als einziges großindustrielles amerikanisches Unternehmen gegen den Strom zu schwimmen.“<sup>223</sup>

Gegenüber der Spruchkammer Groß-Gerau ging Opels Rechtsanwalt Heinrich Winter auf die Mitgliedschaft seines Klienten in der SS ein:

„Herr Geheimrat Dr. Wilhelm von Opel wurde förderndes Mitglied der SS dadurch, dass sämtliche Mitglieder des freiwilligen Automobil-Korps ohne Befragung als förderndes Mitglied in die SS aufgenommen wurden. Die Richtigkeit dieser Mitteilung wird ausdrücklich versichert und kann durch eine Bescheinigung erforderlichenfalls bewiesen werden.“<sup>224</sup>

Unter anderem die Recherchen von Zibell zeigen, dass es sich bei dieser Exkulpationsstrategie um einen unhaltbaren Versuch handelte, die fördernde SS-Mitgliedschaft und weitere Mitgliedschaften in NS-Organisationen zu rechtfertigen. So war Opel bei seinem Eintritt in die SS schon nicht mehr Mitglied des Deutschen Freiwilligen Automobil-Corps. Diese Vereinigung wurde bereits nach dem Ersten Weltkrieg aufgelöst. Die „Gleichschaltung“ des Automobilclubs erfolgte zudem unter Führung des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK), einer eigenständigen Parteigliederung, die nicht zur SS gehörte.<sup>225</sup>

Durch seine geschickt agierenden Anwälte und durch die Aufbietung von Leumundszeugen gelang es Opel gleichwohl, seine Rolle im „Dritten Reich“ zu relativieren. Die Spruchkammer folgte seiner Argumentation. Als vermeintlichen

Beweis dafür, dass ihm die Ehrenbürgerschaft verliehen worden sei, da er sich stets für die Interessen der Stadt und ihrer Bürger eingesetzt habe, führte er die Beibehaltung dieser nach 1945 an. Ehrenbürger sei er folglich nicht geworden, weil er in der Gunst des NS-Staates stand. Eine Bestätigung des wiedereingesetzten Oberbürgermeisters von Wiesbaden, Georg Krücke, dass Opel auch ohne das NS-Regime Ehrenbürger geworden wäre, stütze seine Darstellung.<sup>226</sup>

Die Spruchkammer wies in ihrem Urteil darauf hin, dass Opel zwar das Ansehen der NSDAP aufgrund seiner Mitgliedschaft erheblich gesteigert habe. Das Ausmaß seines Beitritts sei ihm jedoch nicht klar gewesen.<sup>227</sup> Die Kammer folgte damit der Argumentation von Opels Anwälten, dass der NSDAP-Beitritt nicht aus Überzeugung, sondern aus wirtschaftlichen Interessen erfolgt sei und die Beitritte in die SS und die SA aus früheren Mitgliedschaften erwachsen seien.<sup>228</sup> Die Spendentätigkeit Opels an NS-Organisationen wurde von der Spruchkammer mit seiner sonstigen Spendentätigkeit aufgewogen:

„Die Verhandlung hat ergeben, dass er es verstanden hat, erheblichen Stiftungen für die Partei, die ihm wiederholt zugemutet wurden, auszuweichen. Er hat lediglich ein Darlehen von RM 20.000.-, um das er zum Bau eines Gauhause in Frankfurt/Main angegangen worden war, und einmal einen Betrag von RM 1000.- zum Bau eines Parteihauses gegeben. Wenn berücksichtigt wird, dass Herr v. Opel fast 1 Million Mark für soziale Zwecke und Spenden im Interesse der Allgemeinheit gestiftet hat, ist das, was er finanziell für die Partei getan hat, so unbedeutend, dass er nicht als finanzieller Förderer angesehen werden kann.“<sup>229</sup>

Auch Opels Rolle bei der Aufrüstung sowie der Kriegswirtschaft des nationalsozialistischen Deutschlands relativierte die Kammer im Sinne der anwaltlichen Argumentation: „Jedes Land, auch das demokratischste, wie zum Beispiel die USA sucht sein Heer so tüchtig und schlagkräftig wie nur möglich zu gestalten. Das ist nicht nationalistisch oder militaristisch, sondern liegt ganz einfach im vaterländischen Interesse.“<sup>230</sup>

In Bezug auf die ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen argumentierte die Kammer, dass Opel als Aufsichtsratsvorsitzendem nicht die Fürsorge für die Arbeitskräfte im Betrieb oblag, sondern die Betriebsführung. Opel hätte vom Ausmaß des „Ausländereinsatzes“ erst im Spruchkammerverfahren erfahren. Es wurde ihm sogar bescheinigt, dass er anderenfalls aufgrund seiner „sozialen Haltung“ sicherlich gegen die „Missstände“ beim Einsatz ausländischer Arbeitskräfte vorgegangen wäre.<sup>231</sup>

Gegen den Spruch der Kammer und damit die Einordnung Opels in die Gruppe der „Mitläufer“ legte nicht nur der öffentliche Kläger Einspruch ein, sondern auch der Betriebsrat der Adam Opel AG durch ein Protestschreiben an den hessischen Staatsminister für Wiederaufbau und politische Befreiung:

„Wilhelm von Opel stellt den Typ eines der deutschen Wirtschaftsführer dar, ohne deren Bereitwilligkeit die Naziregierung niemals imstande gewesen wäre, die Voraussetzungen für ihren imperialistischen Raubkrieg zu schaffen. [...] Die Belegschaft des Opelbetriebes beklagt Hunderte von Todesopfern des Krieges und der Luftangriffe, viele Todesopfer des Naziterrors, Hunderte von Einweisungen in Kzs. und Arbeitslager, Zuchthäuser und Gefängnisse, unsägliche Mißhandlungen an deutschen und ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen, für die letzten Endes diejenigen verantwortlich sind, die als Betriebsführung des Opelwerks ebenfalls die Motorisierung Deutschlands als willkommene Gelegenheit zur Befriedigung ihres kapitalistischen Profitstrebens im Rahmen der Hitlerschen Expansionspolitik betrachteten.“<sup>232</sup>

Zu einer erneuten Verhandlung vor der Spruchkammer kam es nicht. Unter anderem der Betriebsrat hatte seinen Einspruch zurückgezogen, woraufhin am 26. April 1948 die Anordnung erging, das Berufungsverfahren einzustellen. Wilhelm von Opel hatte kurz vor Einstellung des Verfahrens einen Schlaganfall erlitten.<sup>233</sup> Wenige Tage später, am 2. Mai 1948, starb Wilhelm von Opel in Wiesbaden.

## Overbeck, Friedrich Theodor (1897–1972)

Werbegrafiker, Künstler

**Verkehrsfläche:** Overbeckstraße, zuvor Teil der Holsteinstraße, umbenannt durch StVV-Beschluss vom 14. September 1978.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Südost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Friedrich Theodor Overbeck nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Overbeckstraße empfohlen.

**Zur Begründung:** Friedrich Overbeck hat der NSDAP, berufsbedingt der Reichskulturkammer und der NSKOV angehört. Er war als Block- und Propagandaleiter Funktionsträger der NSDAP und trat damit aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Zudem unterstützte Overbeck durch seine Tätigkeit in der Kreispropagandaleitung Wiesbaden wirksam das NS-Regime und äußerte sich bekenndend zur NS-Bewegung. In seiner kriegsdienstlichen Verwendung als Abteilungsleiter für den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen beim Kommandeur für die Kriegsgefangenen im Wehrkreis XII nahm er an der bewussten Schädigung von Kriegsgefangenen teil.

### Biografische Skizze<sup>234</sup>

Friedrich Theodor (genannt Fred) Overbeck wurde am 23. März 1897 in Bremen geboren. Overbeck stammte aus einer Kaufmannsfamilie. Von 1903 bis 1905 besuchte er in Bremen die Vorschule. Später verzog die Familie mehrfach, u. a. nach Berlin.

Da Overbeck eine militärische Karriere zgedacht worden war, besuchte er ab 1909 die Kadettenanstalt Bensberg im Bergischen Land. Ostern 1912 wechselte er an die Kadettenhauptanstalt Lichterfelde in Berlin. Im Herbst 1913 erkrankte Overbeck an einer Lungen- und Rippenfellentzündung und musste aufgrund dieser Erkrankung das Kadettenkorps verlassen und langfristig Heil- und Kuraufenthalte antreten.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges meldet sich Overbeck als Freiwilliger, wurde aber aufgrund seines Gesundheitszustandes nicht angenommen. Erst im März 1915 konnte er als Kriegsfreiwilliger in das Feldartillerie-Regiment Nr. 60 in Schwerin eintreten. Im Winter 1915/16 wurde Overbeck als Fahnenjunker zum 2. Westpreußischen Feldartillerie-Regiment Nr. 36 versetzt. Während eines kurzen Urlaubs in Berlin absolvierte er sein Fähnrichsexamen und wurde im Dezember 1916 zum Leutnant befördert. In seinem Regiment wurde Overbeck als Batterieoffizier, Batterieführer, Ordonnanzoffizier und stellvertretender Abteilungsadjutant eingesetzt.

Während des Krieges erlitt Overbeck eine Gasvergiftung. Durch einen Granatschuss wurde er zudem so stark am linken Bein verletzt, dass es in der Folge gelähmt war. Nach seiner Verwundung erlebte Overbeck das Kriegsende in einem Lazarett in Güstrow, aus dem er 1919 entlassen wurde. Während des Krieges wurde Overbeck mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse sowie dem Bremer Hanseaten-Kreuz ausgezeichnet.

Fred Overbeck blieb nach dem Krieg zunächst in Mecklenburg und erholte sich von seiner Verwundung. Hier setzte er ein privates Kunststudium fort, welches er während seiner Kadettenzeit in Berlin zunächst durch Unterricht bei einem Tiermaler und in der Folge bei den bekannten Malern Arthur Kampf und Heinrich Wilke begonnen hatte.

In den Folgejahren war Overbeck als selbstständiger Künstler tätig. Nach seiner Heirat im Jahr 1922 nahm er eine Stellung im kaufmännischen Bereich an.<sup>235</sup> In der Folge arbeitete Overbeck auf verschiedenen Gebieten. So war er als Kistenfabrikant, Generalvertreter für orientalische Tabakwaren sowie bei einer Reklameagentur tätig.<sup>236</sup> Im Jahr 1928 gewann er den ersten Preis bei einem Plakat- und Logowettbewerb der Stadt Wiesbaden. Dieser Erfolg führte maßgeblich dazu, dass er sich als Grafiker selbstständig machte.

Bis zum Beginn der 1930er Jahre hatte Overbeck vier Plakate im Auftrag der Stadt Wiesbaden entworfen. Zentrales Element der Plakate war ein von Overbeck entworfenes Logo.<sup>237</sup> Seit Ende der 1920er Jahre war Overbeck auch in Wiesbaden-Sonnenberg ansässig und arbeitete u. a. als Werbegrafiker für verschiedene Sektkellereien.<sup>238</sup> Gemeinsam mit seiner zweiten Ehefrau Julie von Kleinschmit eröffnete Overbeck ein Atelier und war fortan hauptsächlich für die Sektkellerei Henkell & Co tätig,<sup>239</sup> für die er zahlreiche Werbeplakate entwarf.<sup>240</sup> Oftmals arbeitete Overbeck mit seiner Ehefrau zusammen.<sup>241</sup>

Der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten im Jahr 1933 stand Overbeck positiv gegenüber. In einem Schreiben an den Staatskommissar im preußischen Kulturministerium charakterisierte sich Overbeck selbst:

„Ich bin deutscher Künstler, Parteimitglied und habe mich in Wort und Schrift seit langen Jahren kämpfend für den Begriff und die Wesensart der deutschen Kunst eingesetzt.“<sup>242</sup>

Overbeck sah sich – wie aus dem Brief weiter hervorgeht – als Teil einer von den Nationalsozialisten propagierten deutschen Kulturrevolution. Overbeck war im Frühjahr 1933 in die NSDAP eingetreten.<sup>243</sup> Zwischen 1935 und 1937 übernahm er innerhalb der Partei das Amt eines Blockleiters.<sup>244</sup>

Overbeck verknüpfte seine politische und seine berufliche Aktivität in den 1930er Jahren auch, indem er das Amt eines Propagandaleiters auf Kreisebene übernahm. In der Kreispropagandaleitung Wiesbaden der NSDAP war Overbeck für den Arbeitsschwerpunkt Ausschmückungswesen zuständig. Unter dem Ausschmückungswesen verstand man die Dekoration von Gebäuden, Räumlichkeiten oder Straßen, die für nationalsozialistische Veranstaltungen genutzt wurden. Bei mehreren Großveranstaltungen, wie beispielsweise im Rahmen der Reichstagswahl 1936 zum 1. Mai 1936 oder des Erntedankfestes im selben Jahr, entwarf Overbeck den Straßen- und Platzschmuck, etwa für die Sportanlage Kleinfeldchen.<sup>245</sup> Overbeck war ebenfalls beim Besuch des „alten Führerkorps der NSDAP“ unter Führung von Rudolf Heß in Wiesbaden am 9. Oktober 1936 für die „Straßen- und Saalschmückung“ zuständig.<sup>246</sup>

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges meldete sich Overbeck im Februar 1940 freiwillig zum Militärdienst.<sup>247</sup> Aufgrund seiner Kriegsverletzungen aus dem Ersten Weltkrieg wurde er als Sachbearbeiter beim Stellvertretenden Generalkommando XII in Wiesbaden eingesetzt. Aus Overbecks Personalakte geht hervor, dass er für das Kriegsgefangenenwesen beim Kommandeur für die Kriegsgefangenen im Wehrkreis XII zuständig war. In einer Beurteilung heißt es, er sei „[s]ehr gewandt im Umgang mit den für den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen einschlägigen Zivilbehörden“<sup>248</sup> gewesen.

Die Quellenlage zu den Kriegsgefangeneneinrichtungen im Wehrkreis XII ist unbefriedigend. Gleichwohl ist durch Overbecks Personalakte belegt, dass er eng mit den Zivilstellen für den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen zusammengearbeitet hat. Die Stadt Wiesbaden und Unternehmen, die Kriegsgefangene als Arbeitskräfte einsetzten, forderten diese über das Arbeitsamt und nicht direkt über die Wehrmacht an. Overbecks Einsatz erfolgte an dieser Schnittstelle zwischen

den Kriegsgefangenenlagern und der Zuteilung über die Arbeitsämter. Während des Krieges wurde Overbeck für seinen Einsatz mit dem Kriegsverdienstkreuz I. und II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet.

Fred Overbeck wurde kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges bei einem Autounfall schwer verletzt. Er erlebte das Kriegsende in einem Lazarett und geriet daher nicht in Kriegsgefangenschaft.<sup>249</sup>

In seinem Spruchkammerverfahren nach dem Krieg versuchte sich Overbeck in einer schriftlichen Erläuterung zu entlasten. So schrieb er, er habe der Familie eines früheren sozialdemokratischen Stadtrates und Gewerkschaftssekretärs „unter eigenen Schwierigkeiten“ über Jahre Hilfe geleistet. Die Ehefrau des Politikers sei so vor dem Konzentrationslager bewahrt worden. Zudem will Overbeck einer anderen Familie, in der die Mutter „Volljüdin“ gewesen sei, dadurch geholfen haben, dass er beide Söhne „militärisch vor einer Behandlung bewahrte, die ihnen aus rassistischen Gründen zgedacht und fortgesetzt versucht wurde“. Des Weiteren gab der Grafiker an, er habe „gegen Quittung jüdischen Kunstbesitz sichergestellt“ und diesen „unversehrt zurück gegeben“.<sup>250</sup> Bei keiner dieser angeblichen Handlungen gab Overbeck Namen oder Belege an.

Overbecks Spruchkammerverfahren wurde aufgrund der Weihnachtsamnestie 1947 eingestellt.<sup>251</sup> In der Nachkriegszeit arbeitete Overbeck weiter als selbstständiger Werbegrafiker, unter anderem für Henkell, Uhu und die Maschinenbaufirma Noris. Für die Landeshauptstadt Wiesbaden erstellte er u. a. Werbeplakate für die Internationalen Maifestspiele. Overbeck wandte sich in der Nachkriegszeit auch vermehrt der Malerei zu.<sup>252</sup> Fred Overbeck starb am 9. November 1972 in Wiesbaden.

## Pette, Heinrich (1887–1964)

Arzt, Universitätsprofessor

**Verkehrsfläche:** Heinrich-Pette-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 23. Februar 1967.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Bierstadt.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Dr. Heinrich Pette nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Heinrich-Pette-Straße empfohlen.

**Zur Begründung:** Heinrich Pette hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, NSDÄB, NSV, NS-Altherrenbund) angehört. Er übernahm als stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft deutscher Neurologen und Psychiater Ämter und Funktionen in nationalsozialistisch gleichgeschalteten berufsständischen Organisationen innerhalb des NS-Staates.

Durch sein Eintreten für die und sein Mitwirken an der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik, insbesondere als Gutachter bei sogenannten Erbgesundheitsverfahren im Sinne des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1933, unterstützte Pette das NS-Regime und bekannte sich wahrnehmbar zum Nationalsozialismus. Durch seine Mitwirkung an Sterilisationsverfahren schädigte er bewusst andere Personen und nahm aktiv an der Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung von Personengruppen während des „Dritten Reiches“ teil. Nach dem Ende der NS-Herrschaft relativierte und verharmloste Pette die Verbrechen des NS-Regimes und relativierte seine eigene Rolle in beschönigender und exkulpativer Absicht.

### Biografische Skizze<sup>253</sup>

Heinrich Pette wurde am 23. November 1887 in Eickel geboren. Er studierte in Marburg, Berlin, München und Kiel Medizin und legte in Kiel 1912 sein Erstes Staatsexamen ab. Ein Jahr später folgte die Promotion, ebenfalls in Kiel. Während des Ersten Weltkrieges war Pette als Sanitätsoffizier bei der Marine tätig. Nach

dem Krieg arbeitete er zunächst als Assistenzarzt in Leipzig und Essen und nahm anschließend eine weitere Assistenzarztstelle in der Neurologischen Klinik am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf an.

1923 habilitierte Pette sich in Hamburg, vier Jahre später wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. In den Jahren 1929 und 1930 war er als Direktor der Nervenklinik Magdeburg tätig und wechselte 1930 als Leitender Oberarzt an das Hamburger Allgemeine Krankenhaus St. Georg, wo er bis 1934 blieb.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten trat Heinrich Pette zum 1. Mai 1933 der NSDAP bei. Axel Schildt und Malte Thießen sehen Pettes Parteintritt vor allem in dessen Karriereambitionen begründet.<sup>254</sup> Tatsächlich übernahm Pette im Juli 1934 die Leitung der Neurologischen Klinik des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf. Im Folgejahr wurde er zum Zweiten Vorsitzenden der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater (GDNP) gewählt. Außer in der NSDAP wurde Pette auch Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, dem NS-Altherrenbund und dem NS-Ärztebund. In keiner dieser Organisationen bekleidete er ein Amt.<sup>255</sup>

Den von den Nationalsozialisten eingeleiteten gesundheitspolitischen Maßnahmen stand Pette positiv gegenüber. Besonders unterstützte er bis Mitte der 1930er Jahre „rassenhygienische“ Ansätze.

„So entwarf Pette bis 1935 in mehreren programmatischen Vorträgen und Veröffentlichungen ‚zeitgemäße‘ Ansätze einer Neurologie und gab die entsprechenden Schlagwörter aus der Erbbiologie vor: ‚Sippe‘ statt ‚Individuum‘, ‚Erblichkeit‘ als Krankheitsfaktor sowie ‚Auslese‘ als Optimierungsmaßnahme für das ‚Volksganze‘ – das waren Begriffe, mit denen Pette den Beitrag zur Neurologie für die NS-Gesundheitspolitik demonstrierte.“<sup>256</sup>

Zum Ende der 1930er Jahre wandelte sich Pettes Einstellung allerdings. Er stellte sich nun offen gegen „eine allzu inflationäre Anwendung der ‚Erbbiologie‘, wenn diese seinen Forschungsansätzen widersprach“<sup>257</sup>.

Schildt und Thießen weisen nach, dass Pette wissenschaftliche Argumente gegen die Erbbiologie ins Feld führte, seine Kritik also wissenschaftlicher und nicht politischer Natur war. Als zweiter Vorsitzender der GDNP pflegte Pette politische Kontakte und bekannte sich öffentlich mehrfach zum NS-Regime. So hielt er 1938 eine überschwängliche Lobrede auf Adolf Hitler und das „neue Denken“ in der Gesundheitspolitik.<sup>258</sup> Als Fazit kann daher festgehalten werden:

„Von einer ‚scharfen Beobachtung‘ durch Reichsbehörden oder Parteidienststellen, wie sie nach 1945 von Pette [...] behauptet wurde, kann [...] nicht die Rede sein. Selbst von einem Rückzug, einer Art ‚inneren Emigration‘, kann man angesichts der bis zuletzt guten Kontakte und anhaltenden Förderung Pettes durch staatliche und Parteidienststellen nicht sprechen.“<sup>259</sup>

Nach einer stichprobenartigen Auswertung der Unterlagen der Erbgesundheitsobergerichte der Jahre 1934 und 1937 kamen Brinckmann und Schmiedebach zu dem Ergebnis, dass Pette mindestens bei zwei Beschlüssen von Zwangssterilisationen beteiligt war.<sup>260</sup> Schildt und Thießen werteten alle Beschlüsse der Erbgesundheitsobergerichte und der Erbgesundheitsgerichte der Jahre 1934 bis 1936 und 1940 aus und kamen zu dem Ergebnis,<sup>261</sup> dass Pette insgesamt an 16 Beschlüssen beteiligt war.<sup>262</sup> Das Gutachten der Historiker kam zu dem Schluss, dass Pette im Jahr 1940 bei drei Beschlüssen dem Widerspruch von Betroffenen nachgab und die Sterilisation abschließend nicht befürwortete. Somit hatte Pette einen Spielraum bei seinen Entscheidungen und setzte ihn dort ein, wo Entscheidungen zur Sterilisation seinen wissenschaftlichen Überzeugungen widersprachen, etwa bei Fällen von Epilepsie. Bei anderen „Erkrankungen“ befürwortete Pette hingegen eine Sterilisation, etwa bei „Schwachsinn“ oder „Trunksucht“:

„Obwohl der wissenschaftlich valide Nachweis der Erblichkeit dieser ‚Krankheiten‘ selbst in zeitgenössischer Perspektive kritisch diskutiert wurde, scheute Pette in diesen Fällen nicht vor eindeutigen Diagnosen zurück, die eine Zwangssterilisation zur Folge hatten.“<sup>263</sup>

In manchen Fällen setzte Pette seine Diagnose einer Erbkrankheit auch gegen die Ansicht des Erbgesundheitsobergerichts und damit eine Sterilisation durch. Insgesamt konnten vier solcher Fälle rekonstruiert werden.<sup>264</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg behauptete Pette in seinem Entnazifizierungsverfahren, dass er aufgrund seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Erbgesundheitsgesetz in Konflikt mit dem Vorsitzenden des Erbgesundheitsgerichts geraten und von der Gutachtertätigkeit ausgeschlossen worden sei.<sup>265</sup> Die Ergebnisse der umfassenden Studien zu Pette belegen allerdings das Gegenteil. Pette wurde von den Verfahren weder ausgeschlossen noch boykottierte er sie. In seinem Entnazifizierungsverfahren versuchte Pette vielmehr, sein persönliches Handeln im Rahmen der Erbgesundheitsverfahren durch Lügen zu verschleiern.

Nach Beendigung seines Entnazifizierungsverfahrens konnte Pette auf seine Position als Leiter der Neurologischen Klinik in Hamburg zurückkehren. Zusätz-

lich forschte er ab 1948 an einem Stiftungsinstitut über spinale Kinderlähmung und Multiple Sklerose. Das Stiftungsinstitut wurde 1965 in Heinrich-Pette-Institut umbenannt.<sup>266</sup>

In der Nachkriegszeit setzte Pette seine Exkulpationsstrategie auch jenseits des Entnazifizierungsverfahrens fort. Er entwarf ein Selbstbild, welches ihn zunächst als Kritiker des NS-Regimes, dann sogar als Oppositionellen und schließlich in einer Widerstandsrolle darstellte. Ein Höhepunkt dieser Selbstviktimisierung war Pettes Aussage im Heyde/Sawade-Untersuchungsausschuss des Landtages von Schleswig-Holstein 1961. Der Ausschuss untersuchte, ob Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesregierung und mehrere Mediziner Werner Heyde (alias Fritz Sawade), einen der Hauptverantwortlichen der T4-Aktion, über Jahre gedeckt hatten.

„Während dieser Verhandlungen kam auch ein Treffen zwischen Pette und Heyde/Sawade am 13. Mai 1952 zur Sprache, was Pette im Untersuchungsausschuss den Vorwurf einbrachte, die wahre Identität Heydes nach 1952 nicht öffentlich bekannt gemacht zu haben.“<sup>267</sup>

In seiner Befragung vor dem Untersuchungsausschuss fand „die kumulative Heroisierung ihren End- und Höhepunkt“:

„Hatte Pette seit 1945 mit unterschiedlichen Argumenten von einer ‚scharfen Beobachtung‘ und Bedrohung durch Reichsministerien sowie Kritik an Sterilisationen berichtet, verwandelte er sich in seiner Selbstdarstellung im Juni 1961 sogar zum Verfolgten und Vorkämpfer gegen die ‚Euthanasie‘. Nachvollziehbar wird dieses Selbstbild mit seiner Entlastungsfunktion in einem Verfahren, das für Pette strafrechtliche Konsequenzen hätte haben können.“<sup>268</sup>

Heinrich Pette starb am 2. Oktober 1964 in Meran (Italien). Als Neurologe hatte er auf dem Gebiet der spinalen Kinderlähmung und der Multiplen Sklerose internationale Bekanntheit und Bedeutung erworben. Er wurde hoch geehrt, u. a. erhielt er 1957 das Große Bundesverdienstkreuz. Im Jahr 1963 wurde ihm die Medaille für Kunst und Wissenschaft der Freien und Hansestadt Hamburg verliehen. Sein Verhältnis zum Nationalsozialismus lag hingegen lange im Dunkeln. Das nach ihm benannte Fachinstitut sah sich erst 2012 veranlasst, eine Untersuchung der Vergangenheit Heinrich Pettes zu beauftragen.<sup>269</sup>

Dieses Gutachten hatte allerdings aufgrund des kurzen Bearbeitungszeitraums von acht Wochen, in dem nicht alle Quellenbestände gesichtet werden konnten, kein eindeutiges Bild zur Person Pette geben können.<sup>270</sup> Das Heinrich-

Pette-Institut entschied sich aus diesem Grund, ein Zweitgutachten in Auftrag zu geben. 2014 wurden die beiden Historiker Axel Schildt und Malte Thießen mit diesem Nachfolgeprojekt beauftragt.<sup>271</sup> Schildt und Thießen erschlossen in ihrer Studie neue Quellenbestände und lieferten ein umfassenderes Bild von Pette. Auf Grundlage ihrer Ergebnisse kam das Heinrich-Pette-Institut zu der Entscheidung, auf seinen Namensgeber zu verzichten und sich bis zum Ende eines Namensfindungsprozesses Leibnitz-Institut für Experimentelle Virologie zu nennen.

## Preußen, Viktoria Luise von (1892–1980)

Tochter Kaiser Wilhelms II.

**Verkehrsfläche:** Viktoria-Luise-Straße, Benennung durch Magistratsbeschluss vom 14. März 1903.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Südost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Viktoria Luise von Preußen nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Viktoria-Luise-Straße empfohlen.

**Zur Begründung:** Viktoria Luise von Preußen hat durch ihr außenpolitisches Engagement, insbesondere in Großbritannien, und durch die Bereitstellung ihres Anwesens in Österreich für nationalsozialistische Zusammenkünfte das NS-Regime immateriell unterstützt und ist aktiv für die NS-Bewegung eingetreten. Durch ihre repräsentative Funktion bei deutsch-britischen Treffen und bei den Olympischen Spielen 1936 hat Viktoria Luise von Preußen nationalsozialistische Ideologie öffentlich artikuliert.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft relativierte und verharmloste Viktoria Luise von Preußen in ihren autobiografischen Schriften die Verbrechen des NS-Regimes und relativierte ihre eigene Rolle in beschönigender und exkulpativer Absicht.

### Biografische Skizze<sup>272</sup>

Viktoria Luise von Preußen wurde am 13. September 1892 als jüngstes Kind und einzige Tochter von Kaiser Wilhelm II. und seiner Frau Auguste Viktoria in Potsdam geboren. Die Erziehung der Prinzessin gaben die Eltern in die Hände von Lehrern und Gouvernanten. 1913 heiratete Viktoria Luise Ernst August von Hannover, der im gleichen Jahr zum regierenden Herzog von Braunschweig ernannt wurde. Viktoria Luise wurde damit Herzogin von Braunschweig-Lüneburg, Herzogin von Hannover und Prinzessin von Großbritannien und Irland.

Über das Leben der Herzogin ist nur wenig bekannt. Insbesondere Äußerungen zu politischen Themen sind kaum erhalten. Eine der wenigen Aussagen, die

Rückschlüsse auf Viktoria Luises Haltung erlauben, ist die vehemente Ablehnung des Versailler Friedensvertrages von 1919 nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei überrascht es wenig, dass Viktoria Luise als Tochter des nun im Exil lebenden Kaisers und infolge ihres eigenen Titelverlusts die Nachkriegsordnung ablehnte. In der unter ihrem Namen veröffentlichten Publikation „Im Strom der Zeit“ wird der Versailler Friedensvertrag als Hauptgrund für die Radikalisierung in Deutschland genannt. Als Beleg werden kritische Zitate von bekannten (demokratischen) Politikern wie dem späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss oder dem britischen Premierminister Winston Churchill angeführt.<sup>273</sup> Die Darstellung konstruiert den Versailler Vertrag als ursächlich für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands, die ihrerseits Nährboden für den Nationalsozialismus unter Hitler gewesen seien.<sup>274</sup>

Wie Stephan Malinowski in seiner Studie „Die Hohenzollern und die Nazis“ zeigt,<sup>275</sup> kooperierten die Hohenzollern ab 1933 mit dem NS-Regime. Zwar lehnte der ehemalige Kaiser Wilhelm II. die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung als „Radauantisemitismus“ ab, ein öffentliches Einsteigen gegen die Pogrome fand von Seiten des Ex-Kaisers aber nicht statt.<sup>276</sup> Im Kern richtete sich die Ablehnung des ehemaligen Kaisers gegen die Art und Weise, wie das NS-Regime gegen Juden vorging, nicht aber gegen die Verfolgung im Allgemeinen. Malinowski zeigt auch die breite Unterstützung der Brüder Viktoria Luises, Kronprinz Wilhelm und August Wilhelm, für Adolf Hitler und das NS-Regime auf.

Wenn auch die autobiografischen Schriften den Eindruck entstehen lassen, Viktoria Luise habe sich zu Vertretern des NS-Regimes eher distanziert verhalten, geben Zeitzeugenberichte einen anderen Eindruck. Viktoria Luise wird von ihrem Ghostwriter über ihre erste Begegnung mit Adolf Hitler in den Mund gelegt:

„Ich bin Hitler zum ersten Mal 1933 begegnet. Er hatte meinen Mann und mich zu einem Gespräch nach Berlin eingeladen. Daraus, daß Herr v. Ribbentrop, der zu jener Zeit außenpolitischer Berater Hitlers war, die Einladung veranlaßt hatte, läßt sich schon ersehen, welchem Zweck das Gespräch dienen sollte. Es ging um das deutsch-englische Verhältnis.“<sup>277</sup>

Weiter heißt es: „Kein Zweifel, Hitler hatte uns beeindruckt. Gleichwohl war er uns fremd.“<sup>278</sup> In der Folge des Gesprächs mit Hitler haben sich Viktoria Luise und ihr Mann für eine Annäherung zwischen England und Deutschland eingesetzt.<sup>279</sup> Damit unterstützten sie die außenpolitischen Ziele des NS-Regimes. Karina Urbach hat mit Quellen aufgezeigt, dass Viktoria Luise zu dieser Zeit von

Zeitgenossen wie der Journalistin Sigrid Schultz, die für die Chicago Tribune in Berlin arbeitete, als fanatische Anhängerin Hitlers beschrieben wurde.<sup>280</sup> Über Viktoria Luise schrieb Schultz Anfang der 1930er Jahre:

„Plötzlich in den frühen Tagen des Regimes tauchte das Paar wieder in der Berliner Gesellschaft auf. [Viktoria Luise] war eine fanatische Nazisse [...] mit den ambitioniertesten Plänen[.] [...] [S]ie huschte ständig in die britische Botschaft für mysteriöse Besuche. Bei offiziellen Empfängen rannte sie auf Hitler zu, der gerne Prinzessinnen um sich hat. Einige Monate lang war Hitlers Umgebung ernsthaft alarmiert, weil er über eine Restauration einer der deutschen Monarchien sprach[.] [...] Viktoria Luise war sich sicher, es würde ihre Dynastie [die Hannoveraner] sein.“<sup>281</sup>

Wie Urbach weiter aufzeigt, haben Viktoria Luise und ihr Mann die Nationalsozialisten auch finanziell unterstützt. Das Ehepaar „unternahm viel, um in Hitlers Gunst zu bleiben“<sup>282</sup>:

„Anfang der 1930er Jahre führten sie Gespräche mit dem britischen Luftfahrtminister Lord Londonderry, um ihn für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Viktoria Luise vertrat sogar die Ansicht, es sei ihr Mann gewesen, der die entscheidenden Hinweise für das deutsch-britische Flottenabkommen 1935 gegeben habe. Sie arbeitete mit Verve für Ribbentrop, der sie für Werbedinner der Anglo-German Fellowship in London einsetzte. Auch bei den Nürnberger Parteitag und den Olympischen Spielen 1936 übernahm Viktoria Luise die ideologische Rundumbetreuung der britischen VIP-Gäste. Aber sie war nicht nur eine Werbeikone für die Nazis. Laut [Sigrid] Schultzens Bericht stellte Viktoria Luise vor dem ‚Anschluss‘ Österreichs 1938 den Nazis ihren Besitz im österreichischen Gmunden für geheime Treffen zur Verfügung: ‚Es war eine Brutstätte von Naziagenten‘. Im Zweitwohnsitz Braunschweig zeigte man von Anfang an Flagge. Hier konnte die Bevölkerung Fotos und Postkarten der Familie in verschiedenen Naziuniformen kaufen. Viktoria Luisens Tochter Friederike wurde in der NS-Presse besonders gelobt, da sie im Arbeitsdienst ihre Pflicht tat, wie eine ganz gewöhnliche Deutsche‘. Hitler und Ribbentrop hofften, die enthusiastische Arbeitsmaid mit dem Prinzen von Wales zu verheiraten, aber der hatte andere Präferenzen. Am Ende fand man für Friederike 1938 einen griechischen Prinzen.“<sup>283</sup>

Der Norddeutsche Rundfunk machte mit der Dokumentation „Die Welfen – Adel ohne Skrupel“ öffentlich, dass Herzog Ernst August von Hannover während

der NS-Zeit an „Arisierungen“ und der Ausbeutung von Zwangsarbeitskräften beteiligt war. Es bleibt jedoch mangels Quellen unklar, ob und wie weit Viktoria Luise ihren Mann aktiv dabei unterstützte.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges bewohnte Viktoria Luise das Schloss Marienburg bei Hannover. Nach dem Tod ihres Mannes im Jahr 1953 zog sie in eine Braunschweiger Villa. In der Folge standen ihr weniger finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung. Um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, begann Viktoria Luise mit der Veröffentlichung autobiografischer Schriften. Insgesamt entstanden sieben Publikationen, die zwischen 1965 und 1974 erschienen. Die Bücher erreichten ein Millionenpublikum. Die vom Ghostwriter Leonhard Schlüter verfassten Veröffentlichungen, die Urbach als „Märchenerzählungen“ bezeichnet, sind in hohem Maße geschichtsverfälschend und klammern die Rolle der Familie von Hannover und damit auch der Herzogin selbst während des Nationalsozialismus entweder aus oder beschönigen sie. Viktoria Luise starb am 11. Dezember 1980 in Hannover.

## Preußen, Wilhelm von (1882–1951)

Sohn Kaiser Wilhelms II., Kronprinz (1882–1918)

**Verkehrsfläche:** Kronprinzenstraße, Benennung durch Magistratsbeschluss vom 14. März 1903.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mitte.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Wilhelm von Preußen nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Namensentwidmung der Kronprinzenstraße empfohlen.

**Zur Begründung:** Wilhelm von Preußen hat dem NSKK und der Motor-SA angehört. Auch vor 1933 hat er sich mit seiner Mitgliedschaft im „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ und der Gesellschaft zum Studium des Faschismus in völkisch-nationalistischen Gruppen betätigt.

Wilhelm von Preußen unterstützte durch öffentliche Auftritte im In- und Ausland und durch seinen Auftritt beim „Tag von Potsdam“ das NS-Regime immateriell. Er verharmloste die antisemitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten in der nationalen und internationalen Presse und artikulierte dadurch öffentlich die nationalsozialistische Ideologie.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft relativierte und verharmloste Wilhelm von Preußen die Verbrechen des NS-Regimes und relativierte seine eigene Rolle in beschönigender und exkulpativer Absicht.

### Biografische Skizze<sup>284</sup>

Wilhelm von Preußen wurde am 6. Mai 1882 in Potsdam als Sohn des damaligen Kronprinzen Wilhelm und seiner Ehefrau Kronprinzessin Auguste Viktoria geboren. Ab dem Besuch der Untersekunda im Jahr 1896 bewohnte er das sogenannte Prinzenhaus in Plön. Von 1901 bis 1903 studierte Wilhelm von Preußen Staats- und Verwaltungsrecht in Bonn. 1911 übernahm er das Kommando des 1. Leib-Husaren-Regiments Nr. 1 in Danzig. Während des Ersten Weltkrieges war er nominell Kommandeur der 5. Armee. Nach der deutschen Kapitulation 1918 war Wilhelm von Preußen in den Niederlanden ansässig und kehrte 1923 als Privatmann nach Deutschland zurück.

Stephan Malinowski kommt zu dem Ergebnis, dass der Kronprinz schon seit ca. 1910 eine Nähe zum Alldeutschen Verbund pflegte. Bereits in frühen Stellungnahmen nach der Revolution von 1918 sind antisemitische und antidemokratische Äußerungen von Wilhelm von Preußen überliefert. Im März 1919 nannte etwa der ehemalige Kronprinz den „Großstadtпöbel und Teile des Judentums“<sup>285</sup> als die Verantwortlichen am Niedergang des Deutschen Reiches und der Revolution.

Gleichzeitig unterhielt er bis mindestens 1933 Beziehungen zur jüdischen Oberschicht. Malinowski konstatiert, dass diese Beziehungen jedoch nicht dazu führten, dass Wilhelm öffentlich die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung von Juden ablehnte. Nach der Abdankung seines Vaters war der ehemalige Kronprinz bereits seit seiner Zeit im niederländischen Exil dem rechten Rand zuzuordnen. Wilhelm von Preußen war spätestens mit dem Aufkommen des italienischen Faschismus ab 1924 davon überzeugt, „dass letzten Endes nur ein Diktator den Karren aus dem Dreck ziehen“<sup>286</sup> könne. Malinowski ordnet dieses Denken folgendermaßen ein:

„Eindeutig [...] war die frühe Fixierung [Wilhelms] auf militärisch geprägte, am Faschismus orientierte und auf Gewalt setzende Modelle mit einem Diktator als Zentralfigur. Die Vorstellung, ‚dass letzten Endes nur ein Diktator den Karren aus dem Dreck ziehen‘ könne, bleibt seit den frühen 1920er Jahren stabil.“<sup>287</sup>

Ein weiterer Indikator für die Begeisterung des ehemaligen Kronprinzen für den Faschismus war seine Mitgliedschaft in der profaschistischen Gesellschaft zum Studium des Faschismus, „in der neben Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha und Waldemar Pabst weitere Führer der rechtsradikalen Szene den Ton angaben, Netzwerke geknüpft und Konzepte hochkarätiger antidemokratischer Intellektueller debattiert wurden“<sup>288</sup>.

Die politische Agenda Wilhelms von Preußen war durchgängig von einer Restauration der Hohenzollern-Monarchie getragen, auch wenn es für dieses Vorhaben keine konkreten und realistischen Planungen gab.<sup>289</sup> 1929 trat von Preußen dem „Stahlhelm“ bei. Bereits zuvor hatte er sich immer mehr der Organisation von alten Frontkämpfern angenähert, die als größter republikfeindlicher Wehrverband der Weimarer Republik galt. Wilhelm von Preußen trat außerdem regelmäßig bei öffentlichen Veranstaltungen des „Stahlhelms“ auf.

Vom konservativen Milieu wurde der Kronprinz seit spätestens 1930 für eine Reichstagskandidatur ins Spiel gebracht. Er verfügte über ein großes Netzwerk

und gute Kontakte in die Reichswehrführung und die Deutschnationale Volkspartei (DNVP).<sup>290</sup> Im Laufe der 1930er Jahre intensivierte Wilhelm von Preußen auch seine Beziehungen zu der politisch aufsteigenden NSDAP. Er pflegte beispielsweise Kontakte mit Hermann Göring und traf Adolf Hitler wohl bereits im Jahr 1926 im Schloss Cecilienhof.<sup>291</sup>

Im Wahlkampf 1932 ließ sich Wilhelm von Preußen neben NSDAP-Mitgliedern mit NS-Propagandaplakaten fotografieren. Außerdem setzte er sich bei Reichswehr- und Innenminister Wilhelm Groener (parteilos) gegen das Verbot von SA und SS ein: „Er lobte ‚das wunderbare Menschenmaterial, das [...] dort eine wertvolle Erziehung genießt‘, und betonte seine stetige Vermittlungsarbeit zwischen Reichswehr und NSDAP.“<sup>292</sup>

Lothar Machtan fasst das Handeln des ehemaligen Kronprinzen in der Endphase der Weimarer Republik folgendermaßen zusammen:

„Ab 1930 möchte Wilhelm eine politische Rolle spielen – als Systemveränderer in eigener Sache. Doch er hat keine Bühne, kein Drehbuch und keinen Regisseur. Und er ist kein Star, nicht einmal ein prince charming. Das alles versucht er proaktiv zu ändern, durch Inanspruchnahme diverser Akteure, die dem Zentrum der Macht in der Endphase der Weimarer Republik nahe- und zugleich politisch weit rechts stehen. Mit ihnen teilt er die Ansicht, dass der Wiederaufstieg Deutschlands zur veritablen Großmacht nur zur [sic!] erreichen ist, wenn die parlamentarische Demokratie zerschlagen und stattdessen eine autoritäre Herrschaft errichtet wird. Als sein wichtigster Freund und Helfer tritt dabei der politische General von Schleicher auf den Plan. Wilhelm möchte einen neuen deutschen Machtstaat durch eine monarchische Spitze bekrönen: in der idealisierten Gestalt seiner selbst.“<sup>293</sup>

Machtan betont, dass bei diesem Vorhaben „zwangsläufig“ auch Adolf Hitler als Führer der Nationalsozialisten in das Blickfeld des Kronprinzen geraten sei.<sup>294</sup> Das Verhältnis zwischen Hitler und Wilhelm von Preußen bezeichnet Machtan als „Anbandeln“ und „Flirt“. Der Kronprinz habe Hitler aber nicht als einzige politische Option für seine Agenda gesehen, sondern sei auch zu einer Zusammenarbeit mit den konservativen Politikern Papen, Hindenburg und Schleicher bereit gewesen. Wilhelm von Preußen habe diese Optionen „durch Unvorsichtigkeit und Fehlentscheidungen, aber auch mangelnder Integrität“<sup>295</sup> verspielt. Das Verhalten des Kronprinzen nach dem 30. Januar 1933 bezeichnet Machtan als „unaufgeforderte“ Andienung als „royales Aushängeschild“ des „Dritten Reiches“.<sup>296</sup>

Das neue Selbstverständnis Wilhelms von Preußen nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten wurde insbesondere beim sogenannten Tag von Potsdam am 21. März 1933 deutlich, als das Regime öffentlich den Schulterchluss zwischen den Eliten des alten Kaiserreichs, der Reichswehr und dem neuen Hitler-Deutschland inszenierte:

„Am 21. März 1933 nahm der Kronprinz mit seiner Familie am ‚Tag von Potsdam‘ teil, einem Staatsakt zur Eröffnung des am 5. März gewählten Reichstags. In der Potsdamer Garnisonkirche waren er und seine Familie prominent in der Kaiserinloge platziert. Auch während des nachfolgenden Aufmarsches der Verbände von Reichswehr, SA und SS stand er herausgehoben auf einer Ehrentribüne. Später, bei der Eröffnung des Reichstags in der Berliner Kroll-Oper, nahm er in der Diplomatenloge Platz. Die Rolle des Kronprinzen und der Familie Hohenzollern gehörte zu den wichtigen, landesweit deutlich wahrgenommenen Zeichen, die am Tag von Potsdam gesetzt wurden. Die symbolische Präsenz des Kronprinzen griffen die Medien wiederum national und international auf [...]. Wilhelm von Preußen selbst verfasste Ende des Jahres 1933 den Beitrag ‚Ewiges Preußentum‘, der im Januarheft 1934 der bereits vor 1933 dem Nationalsozialismus nahestehenden Kulturzeitschrift *Der Türmer* veröffentlicht wurde. Dort resümiert er: ‚Daß in Geist und Tradition des Preußentums die stärkste dieser Kräfte [der nationalen Erneuerung] ruht, hat der Führer des neuen Deutschlands an jenem unvergeßlichen Potsdamer Tage bekannt, als er an der Gruft des Großen Königs der Welt sein Programm verkündete.“<sup>297</sup>

Öffentliche Werbung für Hitler und die Nationalsozialisten betrieb Wilhelm von Preußen aber auch im Ausland. In seiner Korrespondenz finden sich Belege, dass er gegenüber ausländischen Politikern und Prominenten die antisemitischen „Maßnahmen“ des NS-Regimes verteidigte und Hitler als einen „genialen Führer“ bezeichnete.<sup>298</sup> Ähnlich positiv äußerte sich von Preußen beispielsweise auch in der amerikanischen Presse.<sup>299</sup>

Wilhelm von Preußen trat nicht nur öffentlich für Hitler und das Regime ein, er engagierte sich auch in NS-Organisationen. Er trat im Mai 1933 dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) bei. Im Januar 1934 wurde er Mitglied der Motor-SA, „einer motorisierten Untereinheit der SA. Aus diesem Grund war er formal eine Zeitlang Mitglied der SA.“<sup>300</sup> Der ehemalige Kronprinz absolvierte als Mitglied dieser Organisationen eine Reihe von öffentlichen Auftritten, bei

denen er sich mit Hakenkreuzbinde ablichten ließ und sich neben NS-Größen wie SA-Chef Ernst Röhm und SS-Reichsführer Heinrich Himmler präsentierte.<sup>301</sup>

Trotz dieser Anbiederung verlor Wilhelm von Preußen nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und mit der „Gleichschaltung“ sowie dem Rückdrängen der alten Machteliten aus den Schaltstellen der Staatsverwaltung an politischer Bedeutung. Öffentliche Auftritte wurden immer seltener.

Nach Kriegsende wurde Wilhelm von Preußen in Österreich verhaftet und nach Hechingen gebracht, wo er von den Alliierten über mehrere Jahre unter Arrest gestellt wurde. Von Preußen wurde im Rahmen der Nürnberger Prozesse vom amerikanischen Anklagevertreter Robert Kempner verhört, aber juristisch nicht belangt. In Nürnberg, aber auch in Pressegesprächen präsentierte sich der ehemalige Kronprinz nun als strikter Gegner Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus. So behauptete er, er habe „[d]ie Aufrüstung nach 1933 [...] kaum bemerkt“, dass „die Automobilindustrie mit Rüstungsanstrengungen verbunden war“, sei ihm nicht klar gewesen. Zudem behauptete Wilhelm von Preußen nun, „[i]n seinen Gesprächen mit Hitler [sei] ihm deutlich geworden, dass der Nationalsozialismus auf ein ‚bolschewistisches System‘ hinauslaufen werde“<sup>302</sup>. Wilhelm von Preußen starb am 20. Juli 1951 in Hechingen.

## Sauerbruch, Ernst Ferdinand (1875–1951)

Arzt, Universitätsprofessor

**Verkehrsfläche:** Sauerbruchstraße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 3. Dezember 1964.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Biebrich.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Ernst Ferdinand Sauerbruch nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Sauerbruchstraße empfohlen.

**Zur Begründung:** Als Vorsitzender der Sektion Medizin des Reichsforschungsrates genehmigte Sauerbruch verbrecherische Experimente an Insassen von Konzentrationslagern. Zudem war er an der Entlassung des jüdischen Personals der Chirurgischen Klinik der Charité beteiligt. Dadurch war Sauerbruch an der bewussten Schädigung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung einzelner Personen oder Personengruppen während des „Dritten Reiches“ beteiligt. Ferdinand Sauerbruch unterstützte darüber hinaus das NS-Regime durch öffentliche Reden immateriell und artikulierte dadurch öffentlich die nationalsozialistische Ideologie.

### Biografische Skizze<sup>303</sup>

Ernst Ferdinand Sauerbruch wurde am 3. Juli 1875 in Barmen (heute Wuppertal-Barmen) geboren. Im Jahr 1895 legte er am Realgymnasium Elberfeld das Abitur ab. Zwischen 1895 und 1901 absolvierte Sauerbruch ein Studium der Naturwissenschaften und der Medizin in Marburg, Göttingen, Jena und Leipzig. Nach seinem Studium war er 1901 kurzzeitig als Landarzt in Thüringen tätig, bevor er zwischen 1902 und 1903 als Assistenzarzt in Kassel, Erfurt, Berlin und Breslau arbeitete. In Breslau erfolgte 1905 seine Habilitation.

1905 ging Sauerbruch nach Greifswald, wo er als Oberarzt am dortigen Universitätsklinikum arbeitete. Drei Jahre später wurde er Erster Chirurgischer Oberarzt und Extraordinarius für Chirurgie in Marburg. 1910 wechselte er nach Zürich, wo er Ordinarius und Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik wurde. Nach Ende des Ersten Weltkrieges 1918 ging Sauerbruch zurück nach

Deutschland und wurde Ordinarius und Leiter der Chirurgischen Universitätsklinik München. 1927 wechselte Sauerbruch an die Berliner Charité, wo er bis 1949 Ordinarius und Direktor der Chirurgischen Klinik war.

In der Weimarer Republik artikulierte Sauerbruch öffentlich eine deutsch-nationale Haltung. Den Ersten Weltkrieg bezeichnete er in der „Neuen Züricher Zeitung“ als „eine Notwendigkeit“, als „ein Ereignis“ wie „große Naturgewalten“, an dessen großem Geschehen „menschliche Überlegungen und menschliche Veröffentlichungen“ nichts würden verändern können.<sup>304</sup> Die Kapitulation und die Revolution in Deutschland 1918 lehnte er ebenso vehement ab wie die Münchner Räterepublik 1919.<sup>305</sup> Sauerbruch beteiligte sich seit 1920 an Veranstaltungen völkisch-nationaler Kreise. Aufgrund seiner Sympathien für die national-völkische Politik hatte Sauerbruch 1920 auch erste Kontakte zur NSDAP, die im Februar des Jahres in München gegründet worden war. Auch Hitler lernte er persönlich kennen.<sup>306</sup>

Der Kontakt zwischen Sauerbruch und Hitler war in der Zeit des sogenannten Hitler-Putsches im November 1923 durchaus eng.<sup>307</sup> Der spätere Diktator ließ sich von Sauerbruch im Januar 1923 auch medizinisch beraten.<sup>308</sup> Nach dem gescheiterten Putsch und dem vorübergehenden Verbot der NSDAP nahm Sauerbruchs Kontakt zur Partei offenbar ab. Seine medizinische Karriere setzte Sauerbruch hingegen Ende der 1920er Jahre fort. Spätestens ab seinem Wechsel an die Charité galt er als führender Chirurg seiner Zeit.

Ab 1933 profitierte die NSDAP von Sauerbruchs mittlerweile gewachsener Bekanntheit. Der Mediziner demonstrierte immer wieder öffentlich seine Nähe zum Nationalsozialismus. So unterzeichnete er 1933 gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern das „Bekennnis der deutschen Professoren zu Adolf Hitler“. Im Oktober und November 1933 hielt Sauerbruch zwei Rundfunkansprachen, in denen er sein Bekenntnis zur neuen Regierung erklärte und das „Erwachen“ Deutschlands begrüßte.<sup>309</sup> Sauerbruch betonte, dass jeder deutsche Staatsbürger bei der kommenden Reichstagswahl die Möglichkeit zu einem „freien Bekenntnis“ habe, obwohl im Zuge der Machtausweitung der NSDAP alle demokratischen Parteien bis November 1933 verboten oder in die Selbstauflösung getrieben worden waren. Sauerbruch begrüßte außerdem den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.<sup>310</sup>

Umgekehrt verlieh das NS-Regime Sauerbruch zahlreiche Titel und Preise: 1934 wurde er zum Staatsrat und 1942 zum Generalarzt ernannt. 1943 wurde ihm das Ritterkreuz zum Kriegsverdienst für seine Tätigkeit als beratender Arzt der Wehrmacht und Leiter der medizinischen Abteilung des Reichsforschungsra-

tes verliehen. 1938 erhielt er außerdem als einer der ersten fünf Preisträger den Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft, der von Hitler als Reaktion auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky ins Leben gerufen wurde.

In seiner Dankesrede, die über den Reichsrundfunk gesendet wurde, bedauerte Sauerbruch das Scheitern des Hitler-Putsches vom 9. November 1923, „[als] die erste nationale Mutprobe scheiterte und Enttäuschungen und Verzweiflung unsere Hoffnungen begruben. [...] Damals wurde die Grundlage geschaffen für Werk und Leistung, die heute durch den Führer höchste Anerkennung fanden.“ Die „Machtergreifung“ 1933 bezeichnete Sauerbruch 1938 als

„entscheidende Wendung für unser Vaterland durch den Führer. [...] Mit dem Nationalsozialismus vollzog sich eine Umgestaltung des völkischen Lebens auf allen Gebieten, von der auch die Medizin lebendige Wirkungen empfing. Sie musste das bewährte Alte erhalten und wenn möglich verteidigen, musste aber auch aufgeschlossen sein, für Neues und Großes, das aus dem Gedankengut hervorging.“<sup>311</sup>

Trotz des mehrfachen öffentlichen Bekenntnisses zu Hitler und dem NS-Regime engagierte sich Sauerbruch weder in der NSDAP noch in ihren Gliederungen oder anderen NS-Organisationen.

Die Entlassung des jüdischen Personals der Charité trug Sauerbruch ab März 1933, u. a. als Mitglied einer dafür zuständigen Personalkommission und bei Besprechungen im Professorium, mit. Den Prozess selbst trieb Sauerbruchs Kollege Gustav von Bergmann als Prodekan voran.<sup>312</sup> Zugleich ist belegt, dass sich Sauerbruch privat für mehrere jüdische Kollegen und Freunde einsetzte. So unterstützte er die Emigration seines jüdischen Assistenten Rudolf Nissen und verhalf ihm zu einer Professur in Istanbul. Zu nennen sind u. a. Hilfestellungen für den Chemie-Nobelpreisträger Richard Martin Willstätter, der ein enger Freund Sauerbruchs war, und den Juristen Robert Kempner.<sup>313</sup> Gleichzeitig soll Sauerbruch gegenüber seinem jüdischen Kollegen Hermann Zondek geäußert haben, dass die deutschen Krankenhäuser zum Teil „verjudet“ gewesen seien. Aufgrund dieser Aussage schloss Zondek nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine Rückkehr nach Deutschland aus. In seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen äußerte sich Sauerbruch nie abfällig über Juden oder jüdische Kollegen.<sup>314</sup>

Zu diesem ambivalenten Verhalten passt auch Sauerbruchs Teilnahme an der sogenannten Berliner Mittwochsgesellschaft, einem bereits im 19. Jahrhundert gegründeten elitären Gesprächskreis hochrangiger Persönlichkeiten aus Wissen-

schaft, Kunst und Politik, der auch in den 1930er Jahren tagte. Aufgrund der Teilnahme verschiedener späterer Akteure des Attentatsversuchs vom 20. Juli 1944, unter anderem des ehemaligen Generalstabschefs Ludwig Beck, wurde Sauerbruch nach dem Zweiten Weltkrieg von der biografischen Forschung mit konservativen Widerstandskreisen in Verbindung gebracht. Christian Hardinghaus deutet die Mittwochsgesellschaft beispielsweise als „Kreis von Gegnern der Nazis“. Er begründet dies mit dem Einsatz des Gesprächskreises für den entlassenen jüdischen Kunsthistoriker Werner Weisbach.<sup>315</sup> Der Annahme entgegen steht die Mitgliedschaft Eugen Fischers, eines nationalsozialistischen Rassehygienikers,<sup>316</sup> sodass der Forschungsstand heute davon ausgeht, dass die Mittwochsgesellschaft „keineswegs ein gegen das Regime gerichteter ‚Verschwörerclub‘ oder gar eine permanente ‚Widerstandszelle‘ war“<sup>317</sup>.

Die Protokolle der Mittwochsgesellschaft zeigen, dass Sauerbruch bei allen Vorträgen von Johannes Popitz, Ludwig Beck und Ulrich von Hassel, die dem Kreis des Attentatsversuchs vom 20. Juli 1944 zuzurechnen sind, anwesend war. Nicht teilgenommen hatte der Mediziner an Vortragsabenden des Anthropologen Eugen Fischer und des Kunsthistorikers Wilhelm Pinder.<sup>318</sup> Sauerbruch äußerte innerhalb der Mittwochsgesellschaft nach Beginn des Zweiten Weltkrieges offenbar gelegentlich Kritik an Hitler und dem NS-Regime, was zu Konflikten mit Fischer und Pinder führte. Die offen geäußerte Kritik innerhalb des Gesprächskreises machte Sauerbruch gleichwohl nicht zu einem Gegner des Nationalsozialismus oder gar Widerstandskämpfer. In die Widerstandsplanungen der Gruppe um Beck und die Vorbereitungen auf den Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 war Sauerbruch weder eingebunden noch war er darüber informiert.<sup>319</sup>

Trotz zuweilen kritischer Einstellungen im Privaten stellte sich Sauerbruch dienstlich voll in den Dienst der NS-Medizin und der nationalsozialistischen Kriegsanstrengungen ab 1939. So war er von 1933 bis 1945 medizinischer Gutachter des Reichsforschungsrates und von 1937 bis 1945 Fachspartenleiter Medizin des Gremiums. Zudem war er Mitglied des wissenschaftlichen Senats der Akademie der Militärärzte. Sauerbruch nahm in dieser Funktion auch an der dritten Arbeitstagung der beratenden Ärzte der Akademie der Militärärzte im Jahr 1943 teil. Dort stellten Karl Gebhardt, Leiter der Heilanstalt Hohenlychen und Leibarzt Heinrich Himmlers, und sein Kollege Fritz Fischer ihre Experimente zur Untersuchung der Auswirkungen von Sulfonamid an Insassen des Konzentrationslagers Ravensbrück vor. Sauerbruch nahm an der Diskussion teil, ohne sich mit dem Vorgehen seiner Kollegen kritisch auseinanderzusetzen oder

es im Plenum gar infrage zu stellen. Beide Mediziner standen im Nürnberger Ärzteprozess vor Gericht und sagten aus, dass allen anwesenden Medizinern klar gewesen sei, dass die Experimente an Insassen von Konzentrationslagern durchgeführt worden waren.<sup>320</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte Sauerbruch, seine Teilnahme an der Tagung zu relativieren. 1947 sagte er etwa zu entsprechenden Vorwürfen, die gegen ihn in einer Publikation erhoben worden waren: „Es gibt keinerlei Grund, uns vorzuwerfen, dass wir durch unzulässiges Schweigen Menschenrechtsverletzungen Vorschub geleistet haben.“<sup>321</sup> Sauerbruch leistete eine eidesstattliche Versicherung, dass keinem der Teilnehmer der Tagung klar gewesen sei, dass es sich um Experimente an Gefangenen gehandelt habe. Sauerbruchs Anwälte setzten vor Gericht durch, dass Sauerbruchs Teilnahme an der Tagung nicht mehr im Sinne einer Zustimmung zu den Experimenten interpretiert werden durfte. Das Schweigen ihres Mandanten 1943 rechtfertigten sie damit, dass es für „Herrn Geheimrat Sauerbruch aus Gründen des Taktes und seiner militärischen Dienststellung unmöglich gewesen“ sei, Kritik am Vorgehen der Kollegen zu äußern.<sup>322</sup>

Ab 1937 genehmigte Ernst Ferdinand Sauerbruch als Fachgruppenleiter Medizin des Reichsforschungsrates selbst Experimente an KZ-Häftlingen. So reichte Otmar Freiherr von Verschuer, der Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, im Oktober 1943 ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Spezifische Eiweißkörper“ bei Sauerbruch ein. Dahinter verbarg sich die Arbeit von Verschuers Assistenten Josef Mengele, der im Konzentrationslager Auschwitz Experimente an Zwillingen durchführte. Ob Sauerbruch über die Details informiert war, so zum Beispiel darüber, dass die verschleppten Zwillinge nach den Experimenten getötet wurden, ist unklar.<sup>323</sup> Gleichwohl trägt Sauerbruch Verantwortung für die Förderung dieser Experimente, die er im Jahr 1944 auch verlängern ließ. In seiner Stellung als Vorsitzender des Reichsforschungsrates hätte Sauerbruch Gelegenheit gehabt, diese Experimente zu verhindern bzw. zu unterbinden.

Kritik übte Sauerbruch hingegen an der „Aktion T4“, der systematischen Ermordung von rund 70.000 Behinderten 1940/41. Zusammen mit Paul Gerhard Braune und Friedrich von Bodelschwingh protestierte Sauerbruch beim Reichsjustizminister gegen die Morde an geistig und körperlich behinderten Menschen. Wenig später stoppte Hitler das „Euthanasieprogramm“.<sup>324</sup> Die Bedeutung von Sauerbruchs Protest ist nicht abschließend durch die Forschung geklärt, es ist

aber zumindest wahrscheinlich, dass Sauerbruchs Missbilligung und die öffentliche Ablehnung kirchlicher Vertreter, etwa des Münsteraner Bischofs von Galen, zum Abbruch des Mordprogramms in der bis dahin betriebenen Form führte.

In der Nachkriegszeit ist Sauerbruchs Umgang mit den Verbrechen des NS-Regimes und der Ärzteschaft ebenfalls als ambivalent zu bezeichnen. Zwei Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands wurde Sauerbruch von der sowjetischen Militäradministration zum Berliner Stadtrat für das Gesundheitswesen ernannt. In der Eröffnungsrede zur ersten Tagung der Chirurgen der Sowjetischen Besatzungszone im Juli 1947 ging Sauerbruch auch auf die Kriegsniederlage und die Schuld des deutschen Volkes ein:

„Zweieinhalb Jahre nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches wird unser Volk immer noch hart, ablehnend und einseitig beurteilt. Wir verstehen Zurückhaltung, vermissen aber den Versuch, unsere Fehler, Übergriffe und Entgleisungen wenigstens zu einem angemessenen Teil als Schicksalsfolge aufzufassen. [...] Rücksichtsloser Zwang, der sich bis zur Vergewaltigung des Volkes steigerte, bedrohte viele, die darum ihr Vaterland verließen. Aufrechte Männer, die die Gefahr der drohenden Entwicklung erkannten, standen unter einer Diktatur, die Widerstand und Abwehr grausam unterdrückte. Was unter diesem unglücklichen Regime an Katastrophen geschah, wird Deutschland wieder gutmachen. Es ist dazu verpflichtet und bereit.“<sup>325</sup>

Ähnlich äußerte sich Sauerbruch in einem Gnadengesuch für seinen ehemaligen Assistenten Karl Brandt, dem Begleitarzt Adolf Hitlers und Beauftragten für die „Aktion T4“. Sauerbruch war über Brandts Todesurteil 1947 durch den Internationalen Gerichtshof in Nürnberg im sogenannten Ärzteprozess „sehr betroffen“. Sauerbruch gab in seinem Gnadengesuch an, dass Brandt „Fehler und Entgleisungen nicht aus schlechten Motiven, sondern durch Zwangsmaßnahmen Hitlers und seiner Mitarbeiter oder durch falsche Auffassungen ausführte“<sup>326</sup>. Brandt, der der höchstrangige Angeklagte unter den Medizinern des Ärzteprozesses war, wurde trotz Sauerbruchs Interventionsversuch im Juni 1948 für die von ihm verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit hingerichtet.

Ernst Ferdinand Sauerbruch starb am 2. Juli 1951 in Berlin. Seine medizinischen Leistungen als Chirurg, insbesondere auf dem Feld der Thoraxchirurgie, durch die Entwicklung der Unterdruckkammer und im Bereich der Handchirurgie blieben auch in den folgenden Jahrzehnten nicht nur in Fachkreisen populär.<sup>327</sup>

## Schmelzeisen, Otto (1892–1983)

Justizvollzugsbeamter, Sportlehrer

**Einrichtung:** Otto-Schmelzeisen-Dojo (in der Sporthalle am 2. Ring).

**Zuständiger Ortsbeirat:** Biebrich und Empfehlung an Judo-Club Wiesbaden.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Otto Schmelzeisen nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung des Otto-Schmelzeisen-Dojos empfohlen.

**Zur Begründung:** Otto Schmelzeisen hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, SA, RDB, NSV, NSRL, NS-Kriegerbund, NSLB) angehört. Auch vor 1933 hat er sich mit seiner Mitgliedschaft im „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ in einer völkisch-nationalistischen Gruppe betätigt. Schmelzeisen war als SA-Scharführer und als Gauobmann für Judo im Gau XIII Südwest, Fachamtsleiter für Schwerathletik im Bezirk 2 Wiesbaden, Gauübungslehrwart, Reichsübungslehrwart, Reichskampfrichter und stellvertretender Jugendobmann im NSRL Funktionsträger. Hierdurch trat er aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Durch sein Engagement in der Hitlerjugend und die Schulung der politischen Elite des NS-Regimes unterstützte Schmelzeisen zudem den NS-Staat immateriell und gab ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus ab.

### Biografische Skizze<sup>328</sup>

Otto Schmelzeisen wurde am 10. April 1892 als Sohn eines Kellners in Mainz geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Mainz absolvierte er zwischen 1906 und 1909 eine Ausbildung zum Destillateur und besuchte die Fortbildungsschule in Mainz. Im Jahr 1913 leistete Schmelzeisen beim Großherzoglich Hessischen Feldartillerie-Regiment Nr. 25 Militärdienst und nahm mit diesem Regiment am Ersten Weltkrieg teil. 1920 schied Schmelzeisen aus der Armee aus. Während des Ersten Weltkrieges wurde er zweimal verwundet und verlor infolgedessen zwei Finger.<sup>329</sup> Zusätzlich erkrankte er an Malaria. Aufgrund seiner Verwundungen konnte Schmelzeisen nicht mehr in seinen erlernten Beruf zurückkehren.

Nach Kriegsende war Schmelzeisen für einige Monate als Feldwebel bei der Demobilisierung der deutschen Truppen in einem Darmstädter Durchgangslager tätig. Im Jahr 1920 wurde Schmelzeisen als Hilfsaufseher im Landgerichtsgefängnis Mainz angestellt. Nach einer zweijährigen Probezeit wurde er zum Strafanstaltsoberwachtmeister ernannt.<sup>330</sup> Hier arbeitete Schmelzeisen bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1957.

Während seiner Ausbildung für den Polizei- und Vollzugsdienst kam Schmelzeisen mit der Kampfsportart Jiu-Jitsu in Berührung. In der Folge betrieb er Jiu-Jitsu und Judo als Leistungssportler und fungierte als Ausbilder in dieser Kampfsportart für alle Beamten in den Justizvollzugsanstalten auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz. Zudem bildete Schmelzeisen die Geldzustellerbeamten der Post in Mainz und Wiesbaden in der Kampfsportart aus.<sup>331</sup>

Im Jahr 1922 gründete Schmelzeisen den Jiu-Jitsu-Klub Wiesbaden, der später in Judo-Club Wiesbaden 1922 umbenannt wurde. Schmelzeisen gilt neben Alfred Rhode in Frankfurt am Main als Pionier des deutschen Judosports. Rhode hatte im Jahr 1932 die „1. Judo-Sommerschule“ in Frankfurt am Main mit japanischen Lehrern durchgeführt. Bei dieser Veranstaltung wurde er von Schmelzeisen unterstützt.<sup>332</sup>

Otto Schmelzeisen wurde am 8. November 1935 Mitglied der SA, zuvor war er Mitglied des „Stahlhelms – Bund der Frontsoldaten“ gewesen und wurde von diesem Verband bei der Fusion mit der SA in die Parteiorganisation überführt. In der SA nahm Schmelzeisen den Rang eines Scharführers ein und war außerdem Sportreferent. Am 24. Januar 1939 trat er in die NSDAP ein, nachdem er seit 1. Mai 1937 Parteianwärter gewesen war.<sup>333</sup> Zudem war Schmelzeisen Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des NS-Lehrerbundes, des Reichskriegerbundes, des Reichsbundes Deutscher Beamter und des Reichsluftschutzbundes.

Außer in verschiedenen NS-Organisationen engagierte sich Schmelzeisen stark für den Judosport: Seit 1933 war er Gauobmann des NSRL für Judo im Gau XIII Südwest und seit 1935 Fachamtsleiter für Schwerathletik im Bezirk 2 Wiesbaden. 1938 wurde Schmelzeisen zudem zum Gebietsfachwart für Judo in der Hitlerjugend (HJ) ernannt. In dieser Position leitete er die Lehrgänge für Judo in der HJ. 1941 war Schmelzeisen Lehrer beim 2. Reichsjugendlehrgang der Reichsbesten für Judo in Leipzig.<sup>334</sup> Außerdem war er Gauübungslehrwart, Reichsübungslehrwart und Reichskampfrichter. Im Jahr 1941 erhielt er den Reichseh-

renbrief des NSRL.<sup>335</sup> Durch ein überliefertes Schreiben Schmelzeisens an Fritz Brehm, den Vizepräsidenten der Europäischen Judo-Union, ist außerdem dokumentiert, dass er stellvertretender Reichsjugendobmann des NSRL war.

Otto Schmelzeisen sah seine wichtigste Aufgabe in der Etablierung der in Europa jungen Sportart Judo im nationalsozialistischen Deutschland. In einem überlieferten Brief an Fritz Brehm wird deutlich, dass Schmelzeisen seinem Ziel sehr nahegekommen war:

„Hat doch unser Sport sich jetzt den Platz erkämpft, dass nun künftighin ‚Deutsche-Judo-Meisterschaften‘ ausgetragen werden und dass man nicht mehr so einfach an unserem schönen Sport vorbei gehen kann. Dafür sind wir nun doch zu stark geworden [...]. So [...] freuen [wir] uns, dass wir die uns schon viele Jahre vorher gesteckten Ziele dank des III. Reiches erreicht errungen und erkämpft haben.“<sup>336</sup>

Der Erfolg Schmelzeisens bei der Etablierung des Judosports gründete auch auf dem hohen Stellenwert, den die NS-Bewegung dem Sport und besonders dem Kampfsport zubilligte.<sup>337</sup> Jiu-Jitsu bzw. Judo waren daher Sportarten, die stark in den Fokus des NS-Regimes rückten. Hitler hatte in seiner 1925 veröffentlichten Schrift „Mein Kampf“ die Wichtigkeit des Kampfsports betont:

„Soweit die Mitglieder [der SA] dabei körperlich zu ertüchtigen sind, darf der Hauptwert nicht auf militärisches Exerzieren, als vielmehr auf sportliche Betätigung gelegt werden. Boxen und Jiu-Jitsu sind mir immer wichtiger erschienen als irgendeine schlechte, weil doch nur halbe Schießausbildung.“<sup>338</sup>

Schmelzeisen hatte die sich daraus ergebende Chance für eine hervorgehobene Stellung des Kampfsports unter dem NS-Regime verinnerlicht, insbesondere durch die Vermittlung von Judo in der HJ. Dies wird in einem weiteren Schreiben an Brehm aus dem Jahr 1943 deutlich:

„Wenn der Krieg herum ist und wir wieder unsere Judo Sommer Schulen starten, dann wirst Du ein HJ Lager dabei erleben, wo Du nur so Staunen wirst [...] [D]er Jap. Botschafter [hat uns] wenn sich die Möglichkeit bietet 1000 Judo Anzüge versprochen für die HJ [...]. Nun soll ich einen Lehrgang an einer Ordensburg halten. Dass der ganz Gross wird kannst DU Dir sicher vorstellen. Du ersiehst aus all dem kurz geschilderten, dass gerade die HJ alles tut zur Förderung unseres Sports [...]. So glaube ich, [...] dass ich mein

Teil und alles was in meinen Kräften steht dazu beitrage für eine Ertüchtigung unserer Jugend und unseres Wehrhaften Volkes, das nur in erster Linie durch die Leibesübungen gesundet und erstarkt.“<sup>339</sup>

Bei der Schulung auf der Ordensburg Falkenburg am Krössinsee in Pommern (heute: Żłocieniec in Polen)<sup>340</sup> handelte es sich um einen Kurs für die zukünftigen Führungskader der NSDAP.<sup>341</sup> Zur „Erziehung“ dieser zukünftigen politischen Führungsschicht gehörte auch ein starker Fokus auf sportliche Betätigung.

In seinen Tätigkeitsberichten ist auch Schmelzeisens enge Zusammenarbeit mit der HJ dokumentiert. So sind mehrere Judo-Lehrgänge mit dem HJ-Bann 115 aus Darmstadt und dem HJ-Bann 80 aus Wiesbaden aus dem Jahr 1943 aufgeführt.<sup>342</sup>

Das starke Engagement für den Judosport und die Hitlerjugend wurde auch von Schmelzeisens beruflichem Umfeld gewürdigt. Als er aufgrund eines Streites mit einem Richter eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht hatte, wurde er in einem Schreiben des Landgerichtspräsidenten Mainz an den zuständigen Oberlandesgerichtspräsidenten dienstlich und persönlich beurteilt. In der Beurteilung hieß es:

„Oberwachtmeister Schmelzeisen [...] soll im Judo-Sport internationalen Ruf besitzen, ist stellvertretender Obmann für diesen Sport bei der Gebietsleitung der HJ., rühmt sich, von dem früheren Reichsjugendführer Baldur von Schirach und seinem Nachfolger ins Gespräch gezogen worden zu sein und opfert, wie er glaubhaft angibt, jede freie Minute als Ausbilder im HJ-Sport und in der Wehrtüchtigung. Dienstlich wird ihm das allerbeste Zeugnis ausgestellt, während des ersten Luftterrorangriffs soll er wahre Heldentaten verrichtet haben.“<sup>343</sup>

Im März 1945 war Schmelzeisens Dienststelle in Mainz aufgrund der amerikanischen Besatzung des linken Rheinuferes nicht mehr erreichbar. Schmelzeisen meldete sich daraufhin freiwillig zur Wehrmacht und nahm in den letzten Kriegswochen noch aktiv an den Kampfhandlungen teil. Er wurde als Wachtmeister einer Artillerieeinheit bei Würzburg an die Front geschickt und noch zum Feldwebel befördert, bevor er am 6. Mai 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet, aus der er nach 52 Tagen entlassen wurde.<sup>344</sup>

Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft kehrte Schmelzeisen nach Wiesbaden zurück und wurde im Januar 1946 erneut in den Justizdienst

übernommen. Wenige Monate später, im Juni 1946, wurde er durch die Zentrale Säuberungskommission der Militärregierung jedoch entlassen.<sup>345</sup> Laut Wiesbader Wahlausschlusskartei war seine SA-Mitgliedschaft Grund für diese Entlassung.<sup>346</sup>

Schmelzeisen und seine Vorgesetzten im Mainzer Gefängnis bemühten sich in den folgenden Monaten um eine Wiedereinstellung des Wachtmeisters.<sup>347</sup>

In der Spruchkammerakte legte Schmelzeisen eine ganze Reihe von eidesstattlichen Erklärungen vor, die besagten, dass er sich insbesondere gegenüber politischen Gefangenen korrekt verhalten habe. Es wird ebenfalls immer wieder betont, dass er besonderen Einsatz bei Luftangriffen gezeigt und die Gefangenen in den Sicherheitsraum gebracht habe, was allerdings auch seinen dienstlichen Aufgaben entsprach.<sup>348</sup>

Schmelzeisen war nach seiner Entlassung in einer finanziell schwierigen Lage und versuchte, sich in mehreren Schreiben an die Spruchkammer Wiesbaden als unpolitischen Sportler darzustellen: „Ich betonte immer, Sport hat mit Politik nichts gemein und vertrat diese Überzeugung. Nie habe ich Vorteile in finanzieller Art oder persönlich gehabt.“<sup>349</sup> In einem weiteren Schreiben führte Schmelzeisen aus:

„Durch meine Tätigkeiten und Fähigkeiten wurde die Reichsleitung auf mich aufmerksam gemacht und wurde, obwohl ich meine Ansicht vertrat, dass Sport mit Politik nichts zu tun habe, kurzerhand zum Gauobmann für Judo bestimmt, die mir eröffnete, dass ich diesen Posten anzunehmen hätte. Auch hier habe ich keine politische Funktion noch Tätigkeit ausgeübt noch mich an einer diesbezl. Schulung usw. beteiligt. [...] Ähnlich verhielt es sich mit meinem Eintritt in die SA 1935, da vorgeschrieben wurde, dass ich zumindest SA-Angehöriger sein müsse. Ich legte darauf Wert denn zu einem SA Dienst hatte ich keine Zeit und hatte mir auch vorgenommen keinen diesbezl. Dienst zu tun. So habe ich kaum einen Dienst mitgemacht, noch irgend etwas geführt und bin als Sa-Mann nicht vereidigt. Durch meine ständige Abwesenheit wurde ich im Jahre 1940/41 für den Sport abgestellt, das meine Mitgliedschaft für verlustig erklärt und verfeinert heraus geschmissen [.] Die Sa war im Jahre 1938 geschlossen in die Partei überführt worden. So wurde ich ungewollt einem Zwang gehorchend in die Partei gepresst.“<sup>350</sup>

Schmelzeisen versuchte also, insbesondere seine Mitgliedschaften in der SA und der NSDAP zu relativieren, obwohl er aktiv in die NSDAP eintrat, wie er seinem Dienstherrn schriftlich mitgeteilt hatte.<sup>351</sup> Eine Überführung als SA-Mitglied in

die NSDAP kann ausgeschlossen werden. Zudem nahm Schmelzeisen eine Führungsfunktion in der SA ein. Seine Aussagen bezüglich des Ausscheidens aus der SA lassen sich durch andere Quellen nicht belegen. Auch eine von Schmelzeisen angeführte Tätigkeit für den jüdischen Sportverein HaKoah<sup>352</sup> lässt sich nicht durch andere Dokumente bestätigen.

Die Spruchkammer folgte Schmelzeisens Angaben schließlich und ordnete sein sportliches Engagement als unpolitisch ein. Die Kammer stufte ihn in Gruppe 4 („Mitläufer“) ein. Das Verfahren wurde jedoch aufgrund der einsetzenden Amnestie am 25. Februar 1947 eingestellt.<sup>353</sup>

Nach Einstellung des Spruchkammerverfahrens kehrte Schmelzeisen in den Justizvollzugsdienst zurück und war weiterhin im Judoport engagiert. Für dieses Engagement erhielt er zahlreiche Auszeichnungen, u. a. die Ehrenteller und die Ehrenplaketten der Städte Mainz und Wiesbaden und 1973 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Otto Schmelzeisen starb am 11. März 1983 in Wiesbaden.

## Schmidt, Jonas (1885–1958)

Zoologe, Universitätsprofessor

**Verkehrsfläche:** Jonas-Schmidt-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 1. Juli 1965.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Nordost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Jonas Schmidt nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Jonas-Schmidt-Straße empfohlen.

**Zur Begründung:** Jonas Schmidt hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (SA-Reiterstandarte 57 in Göttingen, NS-Reichskriegerbund, NS-Alt Herrenbund, NSV, NSDDB) angehört. Er unterstützte das NS-Regime durch seine öffentlichen Bekenntnisse und öffentlichen Reden sowie mit seinen Forschungen immateriell und artikulierte öffentlich nationalsozialistische Ideologie.

Durch die Unterstützung seiner Forschungen und Förderung seiner wissenschaftlichen Karriere erlangte Schmidt immaterielle Vorteile. Als Institutsdirektor in Berlin und Dummerstorf forderte Schmidt mindestens 242 polnische, ukrainische, russische, kroatische, amerikanische, französische und niederländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeitskräfte an und war dadurch an der bewussten Schädigung von Personen beteiligt.

### Biografische Skizze<sup>354</sup>

Jonas Schmidt wurde am 7. Oktober 1885 in Wiesbaden geboren. Die Familie Schmidt lebte bereits über Generationen in Wiesbaden und führte hier einen großen landwirtschaftlichen Betrieb, der um 1900 geschlossen und abgewickelt wurde.<sup>355</sup>

1903 legte er in seiner Geburtsstadt das Abitur ab und studierte anschließend Landwirtschaft an der Königlich Preußischen landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf und der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin sowie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. 1907 bestand Schmidt in Bonn das Staatsexamen zum Diplomlandwirt. Ein Jahr später erfolgte die Promo-

tion mit einer Studie über die „Beziehungen zwischen Körperform und Leistung bei den Milchkühen“ an der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn.<sup>356</sup>

Zwischen 1908 und 1912 war Schmidt in der Landwirtschaft tätig. 1910 übernahm er für kurze Zeit die Direktorenstelle an der Landwirtschaftsschule Geisberg in Wiesbaden. Es schloss sich eine Reise in die deutschen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent an.<sup>357</sup> 1913 habilitierte er sich an der Königlich Preussischen landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf mit der Arbeit „Die mitteldeutsche Rotviehzucht“ und wurde zum Privatdozenten ernannt. Zwischen 1914 und 1917 war er Teilnehmer am Ersten Weltkrieg.

Nach dem Krieg wurde Schmidt 1919 zum außerordentlichen, 1920 zum ordentlichen Professor für Tierzucht und Taxationslehre an die Universität Jena berufen. 1921 wechselte Schmidt an die Universität Göttingen, wo er die Professur für Tierzucht und Tierernährung übernahm. Damit verbunden war eine Vorstandstätigkeit am Institut für Tierzucht und Molkereiwesen und am Institut für Tierernährungslehre.

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten wurde Jonas Schmidt 1933 Mitglied der SA-Reiterstandarte 57 in Göttingen. Aufgrund seines Alters versah Schmidt keinen aktiven SA-Dienst, sondern förderte den Verband mit monatlich zwei RM. 1936 schied er beim beruflichen Wechsel nach Berlin aus der Reiter-SA aus.<sup>358</sup>

Schmidt unterstützte den Ausschluss jüdischer Hochschullehrer aus den deutschen Universitäten 1933 aktiv. So unterzeichnete er im April 1933 eine Erklärung von 42 Göttinger Hochschullehrern, die im „Göttinger Tageblatt“ erschien und Maßnahmen gegen den jüdischen Physiker und Nobelpreisträger James Franck forderte. Franck war von der Entlassungswelle nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 nicht betroffen, da er ein sogenannter jüdischer Frontkämpfer war. Dennoch war Franck freiwillig öffentlich zurückgetreten. Diese öffentliche Erklärung Francks erzeugte großes Interesse im In- und Ausland.<sup>359</sup> Schmidt war im November 1933 auch Unterzeichner des „Bekennnisses der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“.<sup>360</sup>

Schmidts eigene berufliche Karriere in der Zeit des Nationalsozialismus verlief erfolgreich. Innerhalb der nationalsozialistischen Agrarwissenschaften nahm Jonas Schmidt eine herausragende Stellung ein. Neben seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde wurde er Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft Tierzucht im Forschungsrat für Landwirtschafts-

wissenschaften. Der Leiter dieses Forschungsrates war Konrad Meyer, der als SS-Oberführer hauptverantwortlich für den Generalplan Ost war. Meyer, der ebenfalls Agrarwissenschaftler war, kannte Schmidt bereits aus seiner Zeit an der Universität Göttingen und war maßgeblich dafür verantwortlich, dass Schmidt nach Berlin wechselte.<sup>361</sup>

1936 wurde Schmidt zum Ordinarius für Tierzucht und Haustiergenetik an die Landwirtschaftliche Fakultät der Preußischen Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin berufen. Nach dem unerwarteten Tod von Gustav Frölich, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für Tierzuchtforschung in Dummerstorf bei Rostock, übernahm Jonas Schmidt zugleich mit seiner Berliner Tätigkeit 1940 geschäftsführend die Leitung des Instituts.

Neben Meyer „hat wohl kaum ein anderer deutscher Agrarwissenschaftler eine so reichhaltige und einflußreiche Fülle von Ämtern im Bereich der Landbauwissenschaften des ‚Dritten Reiches‘ in seiner Hand vereinigt wie Schmidt [...]“<sup>362</sup>. Jonas Schmidt galt neben Meyer und dem Hohenheimer Tierzüchter Peter Carstens als einer der Vertreter des Prinzips der „Bodenständigkeit“ in der deutschen Tierzuchtforschung:

„Nach dieser anfänglich umstrittenen Maxime sollten Rinderrassen gezüchtet werden, die sich durch besonders gute Futtermittelverwertung auszeichneten und vor allem dadurch, daß sie auch ohne importiertes Kraftfutter dauerhafte Höchstleistungen vollbrachten und diese Leistungsfähigkeit an ihre Nachkommen vererbten.“<sup>363</sup>

Die Tierzucht und insbesondere die Haustiergenetik waren die Hauptforschungsgebiete von Jonas Schmidt. Seine Forschungen an Rinderzwillingen fanden auch Interesse bei Wissenschaftlern aus dem Bereich der Humangenetik und Eugenik.<sup>364</sup> Mit seiner Forschung konnte Schmidt außerdem einen Beitrag zum Streben des NS-Regimes nach Autarkie für die Nahrungsmittelproduktion leisten.

Außer im beruflichen Bereich engagierte sich Schmidt auch in weiteren NS-Organisationen. 1940 trat Schmidt dem NS-Reichskriegerbund, dem NS-Altherrenbund und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt bei. Ab 1942 wurde er Mitglied des NS-Dozentenbundes.<sup>365</sup> Zudem stellte er schon Ende der 1930er Jahre einen Aufnahmeantrag in die NSDAP. Dieser wurde jedoch 1940 abgelehnt, da Schmidt 1910/11 kurzzeitig Mitglied der Freimaurerloge „Hohenzollern“ in Wiesbaden gewesen war.<sup>366</sup>

Nach Kriegsbeginn verblieb Schmidt in Dummerstorf und unterstützte die deutsche Expansionspolitik im besetzten Osteuropa durch seine Forschungen.

So erhielt sein Institut eine Etaterhöhung für den Aufbau einer Schafszucht für „Besiedlungsprojekte“ im Osten.<sup>367</sup> Das zugehörige ideologische Gedankengut propagierte Schmidt u. a. in seiner Eröffnungsrede auf der zweiten gemeinsamen Tierzuchttagung des Forschungsdienstes, des Reichsnährstandes und der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde 1940:

„Wenn in diesen Kriegsmonaten zu einer landwirtschaftlichen Tagung zusammengerufen wird, so mag das zunächst vielen als unnötig, manchem sogar als unangebracht erscheinen. Draußen kämpfen unsere Kameraden in dieser größten Zeit, die Deutschland je erlebt hat. Sie schaffen durch ihren Einsatz und Sieg die Voraussetzungen für eine gesunde kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Europas, die auf friedlichem Wege nicht zu erreichen war. Was bedeutet im Vergleich zu derartigen gewaltigen Aufgaben und Leistungen unsere gemeinsame Arbeit? Sie läßt sich ja in dieser Zeit nur rechtfertigen unter dem Gesichtspunkt, daß sie zum großen Werk des Führers und unserer Armee dadurch beiträgt, daß sie mithilft, diejenigen Gefahren endgültig zu bannen, denen wir den Verlust des Weltkrieges zuzuschreiben hatten. [...] Wir beginnen die Tagung mit heißem Dank an Führer und Wehrmacht für die gewaltigen Taten der letzten Wochen, durch die unsere deutsche Wirtschaft und unser deutsches Vaterland von dem Druck einer Invasion befreit, mit ganzer Kraft seiner Arbeit nachgehen kann. Wir geloben auch zu unserem Teil weitestgehenden Einsatz auf dem Platz, auf den wir gestellt wurden. In dieser Arbeit wollen wir uns so bewähren, wie es den Leistungen unserer Soldaten würdig ist, bis zum endgültigen Sieg! Ich fordere Sie auf, unseres Führers und seiner Wehrmacht zu gedenken: Führer und Herr: Sieg Heil!“<sup>368</sup>

1942 wurde Schmidt zum ordentlichen Direktor des KWI für Tierzuchtforschung in Dummerstorf ernannt. Ein Jahr später wurde er zusätzlich zum Professor für Tierzucht an die Universität Rostock berufen. Spätestens in dieser Funktion lässt sich Schmidt als wissenschaftlicher Zuarbeiter der landwirtschaftlichen Führung des NS-Staates bezeichnen.<sup>369</sup> Als Direktor des KWI in Dummerstorf und zuvor schon in Berlin verwaltete Jonas Schmidt große Anbauflächen. In den jeweiligen Instituten mussten außerdem hunderte von Tieren betreut werden. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden wegen der Einberufung des Institutspersonals zur Wehrmacht die Arbeitskräfte knapp. Jonas Schmidt forderte daher schon im Winter 1939/40 Kriegsgefangene für die Arbeit auf dem Versuchsgut Koppnhof bei Berlin an:

„Die ersten Kriegsgefangenen, es handelte sich um zehn polnische Soldaten, wurden bereits im Winter 1939/40 auf dem Versuchsgut Koppehof, das zum Institut für Tierzucht und Haustiergenetik (Direktor Prof. Dr. Jonas Schmidt) gehörte, beschäftigt. [...] Ebenfalls ab 1939 waren auf dem Kopphof 20 italienische Wanderarbeiter beschäftigt. Auch für das Landwirtschaftsjahr 1940/41 teilte der Direktor des Versuchsgutes Koppehof die Einstellung italienischer Wanderarbeiter für längere Zeit mit und berichtete über den zeitweiligen Einsatz von Kriegsgefangenen für Erntearbeiten wegen ungünstiger Witterungsverhältnisse im Sommer und Herbst [...]. Auch im folgenden Jahr 1940/41 [1941/42] wurden als Ersatz für die zum Heeresdienst eingezogenen Arbeitskräfte erneut Kriegsgefangene, jetzt sechs französische, ‚behalten‘. In der Haupthackfruchernte wurden 18 zusätzliche französische Kriegsgefangene ‚gehalten‘ und für die Hauptarbeiten der Feldpflege und Ernte 29 italienische Wanderarbeiter eingestellt.“<sup>370</sup>

Als Schmidt 1940 als kommissarischer Leiter des KWI nach Dummerstorf wechselte, wurden ihm zahlreiche Zwangsarbeitskräfte zur Verfügung gestellt:

„Im Kaiser-Wilhelm-Institut für Tierzuchtforschung in Dummerstorf, zu dem 1941 noch das Versuchsgut Hohen Scharfs hinzukam, wurden zwischen Sommer 1940 und 5/1945 insgesamt 224 polnische, ukrainische, russische, kroatische, amerikanische, französische und niederländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter beschäftigt, und zwar sowohl beim Aufbau als auch beim Betrieb des Instituts. Das heißt: Während in allen 1944 bestehenden 45 Kaiser-Wilhelm-Instituten nach vorsichtiger Schätzungen etwa 1.000 Personen Zwangsarbeit leisteten, beanspruchte allein das Institut in Dummerstorf ein Viertel davon.“<sup>371</sup>

Der weitere Kriegsverlauf minderte Schmidts Forschungsaktivitäten kaum. Im Jahr 1944 erhielt der Agrarwissenschaftler vom Reichsforschungsrat Gelder zur „Züchtung eines schweren gängigen Pferdes für Wehrmacht und Landwirtschaft“ und zur „Prüfung des Verfahrens der künstlichen Besamung zwecks möglichst schneller Verbreitung besonders wertvoller Tierrassen.“<sup>372</sup>

Nach Kriegsende setzte sich Schmidt nach Süddeutschland ab. In Hechingen (Hohenzollern) übernahm er einen landwirtschaftlichen Betrieb. 1946 wurde er Direktor des nach Mariensee bei Neustadt am Rübenberge verlagerten KWI für Tierzuchtforschung. Nach Streitigkeiten mit Otto Hahn, dem Direktor des KWI, nahm Schmidt 1946 einen Ruf an die Landwirtschaftliche Hochschule Hohen-

heim an. Zuvor musste sich Schmidt einem Entnazifizierungsverfahren stellen. Die Spruchkammer Stuttgart 3 ordnete Schmidt im September 1947 zunächst in Gruppe 4 („Mitläufer“) ein. Er musste eine „Sühneleistung“ von 300 RM bezahlen. Gegen diesen Spruch legte Schmidt jedoch erfolgreich Einspruch ein. Entlassend wirkte sich aus, dass Schmidt nicht Mitglied der NSDAP geworden war.<sup>373</sup> Schmidts Eingruppierung in die Gruppe 4 und die „Sühneleistung“ wurden aufgehoben.

Von 1949 bis 1951 war Schmidt Rektor der Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim. 1950 wurde ihm die Hermann-von-Nathusius-Medaille in Gold der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde verliehen. Ab 1952 war Schmidt Vorstandsmitglied der Europäischen Vereinigung für Tierzucht in Rom. Das Institut für Tierzuchtlehre in Hohenheim leitete er bis zur Emeritierung 1953. Im Jahr 1956 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Kiel zuerkannt. Jonas Schmidt starb am 13. März 1958 in Wiesbaden.

## Schulte, Alfred (1872–1957)

Verwaltungsbeamter, Wiesbadener NSDAP-Oberbürgermeister

**Gebäude:** Alfred-Schulte-Hütte.

**Einrichtung:** Ehrengrab (aufgehoben, jedoch nicht aberkannt).

**Zuständiger Ortsbeirat:** Nordost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Alfred Schulte nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Alfred-Schulte-Hütte empfohlen. Zudem wird die Aberkennung des Ehrengrabes empfohlen.

**Zur Begründung:** Alfred Schulte hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, Förderndes Mitglied der SS, RDB, NSV, RKB, NS-Rechtswahrerbund, NS-Altherrenbund und NS-Bund Deutscher Technik) bzw. nationalsozialistisch gleichgeschalteten Organisationen (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) angehört. Als Wiesbadener Oberbürgermeister war er Amtsträger innerhalb des NS-Staates und trat damit aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Durch seine Reden in der Wiesbadener Stadtverordneten- und Ratsherrenversammlung artikulierte Schulte öffentlich die nationalsozialistische Ideologie.

### Biografische Skizze<sup>374</sup>

Alfred Schulte wurde am 17. Februar 1872 in Iserlohn geboren. Von 1878 bis 1882 besuchte er die Elementarschule Iserlohn. Nach dem Abitur im Jahr 1891 auf dem Realgymnasium Iserlohn arbeitete er für ein Jahr in der Eisenbahnhütte in Dortmund. Anschließend zog Schulte nach Hannover und begann ein Studium an der Königlichen Technischen Hochschule, welches er nach bestandenen Vorexamen in Berlin weiterführte. In Berlin schloss er 1895 sein Studium mit dem Regierungsbauführerexamen ab und trat eine Stelle im Büro für Bahnen und Bauten der Firma Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft (AEG) in Berlin an.

Nach zwei Jahren wechselte Schulte zur Eisenbahndirektion Berlin und ließ sich in der Eisenbahnwerkstätte Potsdam zum Lokomotivführer aus- und weiterbilden. Parallel absolvierte er ein Studium an der Technischen Hochschule Berlin

in „elektronischen und handelswissenschaftlichen Fächern“. 1897 zog er nach Dresden, wo er die nächsten fünf Jahre als Oberingenieur bei der Aktiengesellschaft Elektrizitätswerke tätig war. 1903 bewarb sich Schulte auf die Stelle „des Elektro-Ingenieurs und Vorstand(s) der Abteilung Elektrizität Verwaltung“ der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke Wiesbaden, die er 1904 antrat. Vier Jahre später leitete Schulte für knapp zwei Jahre kommissarisch die Wiesbadener Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke.<sup>375</sup>

Am 10. September 1913 wurde Schulte als besoldeter Stadtrat in den Magistrat der Stadt Wiesbaden gewählt. Er wurde stellvertretender Vorsitzender „der Deputation der Wasser- und Lichtwerke“. Zusätzlich wurde er zum Stadtkämmerer ernannt.<sup>376</sup> Am 20. März 1920 wurde Schulte von der Stadtverordnetenversammlung zum Zweiten Beigeordneten gewählt. Er blieb auch Stadtkämmerer. Wiesbaden wurde nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge der Rheinlandbesetzung von alliierten Truppen besetzt. Nachdem die Besatzungsverwaltung den Wiesbadener Oberbürgermeister Fritz Travers 1923 ausgewiesen hatte, leitete Schulte bis 1924 kommissarisch die Stadtverwaltung. Travers konnte im November 1924 sein Amt wieder aufnehmen. Im gleichen Jahr wurde Schulte Erster Beigeordneter, 1925 Bürgermeister. Er leitete, nachdem Travers 1929 verstorben war, bis zur Nachwahl des liberalen Politikers Georg Krücke (DVP) am 28. März 1930 erneut kommissarisch die Stadtverwaltung.<sup>377</sup>

Nach der „Machtübernahme“ Hitlers im Januar 1933 entließen die Nationalsozialisten eine große Anzahl politisch andersdenkender Beschäftigter im öffentlichen Dienst. Die von Reichspräsident Hindenburg am 28. Februar 1933 erlassene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ setzte auch in Wiesbaden elementare Grundrechte außer Kraft. Nachdem die NSDAP im März 1933 die Kommunalwahl für sich entschieden hatte, wurde Oberbürgermeister Georg Krücke noch am Wahltag festgenommen, kurz darauf wieder freigelassen und unter Polizeiaufsicht gestellt. Am 3. Juni 1933 trat Krücke aufgrund des auf ihn ausgeübten Drucks vom Amt des Oberbürgermeisters zurück. Alfred Schulte unterstützte diese Vorgänge nicht aktiv, trat allerdings am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein, zuvor war er parteilos gewesen. Auch wurde Schulte Förderndes Mitglied der SS und zahlreicher weiterer NS-Organisationen.<sup>378</sup> Die Fördernden Mitglieder der SS bildeten eine Unterorganisation der SS, der auch Nicht-NSDAP-Angehörige beitreten konnten und die der Spendensammlung für den Auf- und Ausbau der SS diente. Mit den in der Regel monatlich zu entrichtenden finanziellen Zuwendungen war kein Formaldienst in der SS verbunden.<sup>379</sup>

Nach Krückes Rücktritt sollte das Amt des Wiesbadener Oberbürgermeisters zunächst durch ein altgedientes Mitglied der NSDAP besetzt werden. Die Nationalsozialisten verfügten allerdings über keinen fachlich geeigneten Kandidaten.<sup>380</sup> So geriet Schulte ins Blickfeld von Felix Piékarski, dem Kreisleiter und Fraktionsvorsitzenden der Wiesbadener NSDAP. Piékarski unterstützte Schultes Kandidatur zum Oberbürgermeister, die ihm selbst den Aufstieg zum Bürgermeister ermöglichte.

Die Ernennung Schultes zum Oberbürgermeister am 6. Oktober 1933 stellte seinen Karrierhöhepunkt dar. Da Schulte aus Altersgründen nur eine kurze Amtszeit bevorstand, kann er als Übergangskandidat für die Suche nach einem jüngeren geeigneten NSDAP-Kandidaten gesehen werden. Zur Förderung seiner Karriere sah Schulte auch in den kommenden Wochen und Monaten über die Gewalt gegen politisch Andersdenkende, insbesondere betroffen waren Mitglieder der KPD und SPD, und Morde an Juden durch die SA in Wiesbaden hinweg. In der Parteipolitik der NSDAP engagierte er sich nicht.<sup>381</sup>

Am 8. August 1933 wurde Schulte in der 7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählt. Aus diesem Anlass hielt er eine kurze Rede.

„Darin führte er aus, dass er im Jahr 1929 ein Jubiläum habe feiern können, nämlich 25 Jahre im Dienst der Stadt Wiesbaden. Damals sei er kommissarischer Oberbürgermeister gewesen. Doch statt mit ihm zu feiern, habe ihn die damalige Stadtverordnetenversammlung scharf angegangen. Wörtlich erklärte Schulte: ‚Die damalige [Stadtverordnetenversammlung] hat mir allerdings eine eigentümliche Überraschung zu diesem Jubiläum bereitet, indem sie einen energischen Kampf gegen mich in Szene setzte. An diesem Kampf haben sich nicht beteiligt die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. Im Gegenteil, diese Parteien haben, obwohl sie selbst angefeindet wurden, mich in jeder Beziehung unterstützt. Diese Unterstützung hat mir die Kraft zum Durchhalten gegeben.‘ Worum es bei den Anfeindungen ging, bleibt unklar. Möglicherweise ging es um die desolante Haushaltslage der Stadt, die natürlich Anlass zu Konflikten und Diskussionen gab. Schulte blieb also im Vagen. Wichtig war nur, dass er die Nationalsozialisten lobend erwähnte und darauf verwies, dass er nicht erst nach der Machtübernahme, sondern längst vorher gut mit der NSDAP zusammengearbeitet habe.“<sup>382</sup>

In den Sitzungsprotokollen der Stadtverordnetenversammlung und der Ratsherren haben sich von Schulte vorgetragene Bekenntnisse zum NS-Regime und

Adolf Hitler erhalten. In der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der „Machtergreifung“ sagte Schulte im März 1933 einleitend:

„Was die Fahnen mit den Farben schwarz-weiß-rot und mit dem Hakenkreuz Ihnen sagen wollen, das wissen Sie alle, die Sie den 21. März, den Tag der nationalen Erhebung, miterlebt haben. Dieser unvergeßliche Tag hat die Herzen aller Deutschen höher schlagen lassen und mit froher Hoffnung auf eine bessere Zukunft erfüllt. [...] Reich, Staat und Gemeinde sind durch die Not Deutschlands zu einem Ganzen zusammengeschweißt. Diese Not des Ganzen kann nur dann überwunden werden, wenn ein einheitlicher Wille aller Glieder des Ganzen beherrscht. An diesem einheitlichen Willen hat es jedoch uns Deutschen bis zum Tage der nationalen Besinnung gefehlt. Heute aber besitzen wir ihn, und daß wir ihn besitzen, das verdanken wir unserem Reichskanzler Adolf Hitler.“<sup>383</sup>

In den Jahren 1933 bis 1937 hatte Schulte durch sein politisches Amt Anteil an der Etablierung und Festigung des NS-Regimes und seiner Strukturen auf kommunaler Ebene. Schulte war zwar nicht direkt an Verbrechen oder an der Entrechtung etwa der jüdischen Bevölkerung oder von Sinti und Roma beteiligt, er war jedoch über sie informiert und trug sie mit. Auch die Unterdrückung und Verfolgung politischer Gegner der Nationalsozialisten fand mit Kenntnis und unter passivem Einverständnis des Oberbürgermeisters statt.

Bei der Vereidigung neuer Ratsherren im Jahr 1935 dankte Schulte der NS-Regierung und Hitler:

„Als Nationalsozialisten sind Sie auch von dem Bewußtsein durchdrungen, daß ein Arbeiten für das Wohl der Bürger einer Gemeinde auch ein Arbeiten für das Wohl des deutschen Volkes ist, das ja die Gemeinschaft der Bürger aller Gemeinden des Deutschen Reiches ist. So lassen Sie uns zum Abschluß dieser Stunde geloben, jederzeit mit unserer ganzen Kraft für unsere Wiesbadener Bürgerschaft und für unser deutsches Volk zu wirken. Den Gefühlen aber, die uns in dieser Stunde bewegen, wollen wir Ausdruck geben durch ein dreifaches Sieg-Heil auf den Mann, dem wir die Neuordnung der deutschen Gemeinden ebenso verdanken wie die Neuordnung des Deutschen Reiches. Unser Führer Adolf Hitler.“<sup>384</sup>

In der Amtszeit Alfred Schultes als Oberbürgermeister erholte sich die Wiesbadener Wirtschaft im Kontext des allgemeinen Konjunkturaufschwungs. Sichtbare Ergebnisse dieses Aufschwungs war die Eröffnung des Opelbades auf dem Ner-

oberg im Jahr 1934 „sowie die sogenannte braune Messe im Paulinenschlösschen, [auf der] ‚rein arisches‘ Handwerk präsentiert wurde (Oktober 1933)“<sup>385</sup>. Die Nationalsozialisten setzten auch im kulturellen Bereich in Schultes Amtszeit neue Akzente:

„Den kulturellen Bedürfnissen der Einwohner trugen Ereignisse wie der Festumzug zum fiktiv festgesetzten 2000-jährigen Jubiläum der Stadt (1934), die Durchführung von Gaukultur- und Musikwochen, allerlei Vorträge und Sommerfeste Rechnung. Die antijüdische und antisozialistische Schmähausstellung ‚Entartete Kunst‘ mit Kunstwerken der Dresdener Galerie wurde im März 1937 im Landesmuseum gezeigt. Daneben häuften sich die Militärparaden, Aufmärsche und Fackelzüge, mit denen alle Ereignisse von nationalem Rang begangen wurden.“<sup>386</sup>

Als oberster Repräsentant der Stadt empfing Schulte im März 1935 auch den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler in Wiesbaden, dem zu Ehren ein Festkonzert im Wiesbadener Kurhaus veranstaltet wurde.

Alfred Schulte schied aus Altersgründen am 31. März 1937 aus dem Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Wiesbaden aus. Seine Nachfolge trat der bisherige NSDAP-Oberbürgermeister von Tilsit, Erich Mix, an. Schulte lebte fortan als Pensionär in Wiesbaden und trat nicht mehr öffentlich in Erscheinung.

Nach 1945 versuchte Schulte, sein Handeln gegenüber der zuständigen Wiesbadener Spruchkammer zu rechtfertigen. Er erklärte, niemals ein „Nazi-Aktivist oder Nutzniesser“ gewesen zu sein. Er sei vielmehr „ein unbeirrbarer Streiter für saubere Gesinnung in allen Fragen des Lebens, für Gerechtigkeit, für Menschlichkeit, und für Freiheit im Geist“ gewesen.<sup>387</sup> Schulte verklärte sein Handeln als NSDAP-Politiker durch Verweise auf die schwierige wirtschaftliche Lage der Stadt Wiesbaden zu Beginn der 1930er Jahre:

„Ihm beispielsweise sei es zu verdanken, dass es in Wiesbaden keine ‚ungehemmte, demagogische Nazifizierung‘ gegeben habe. Er erklärte auch, wie ihm das gelungen war, nämlich dank seiner ‚auf ein langes pflichterfülltes Leben begründete[n] Autorität‘, die niemand außer ihm gehabt habe. Folglich konnte Wiesbaden froh sein, dass er das Amt des Oberbürgermeisters übernommen hatte und kein anderer.“<sup>388</sup>

Schulte gab in seinem Entnazifizierungsverfahren zudem an, dass er sich der nationalsozialistischen Personalpolitik widersetzt und fünf oder sechs Beamte in Schlüsselpositionen geschützt habe. Laut Stephanie Zibell handelte es sich hierbei

u. a. um Christian Bücher, den Chef der Wasserwerke. Dieser habe angegeben, dass er „dauernd Schwierigkeiten“ mit „Vertretern[n] der Stadt Mainz“ gehabt habe.<sup>389</sup> Des Weiteren behauptete Schulte nach 1945, dass er im Zuge des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ im April 1933 die Entlassung von unliebsamen Angestellten, Beamten und Arbeitern verhindert habe: „Möglicherweise gelang es ihm tatsächlich, den einen oder anderen Mitarbeiter, also Einzelpersonen, zu schützen. Das Gros der Betroffenen jedoch verlor den Arbeitsplatz.“<sup>390</sup> Schultes Wirken in diesen Personalangelegenheiten kann also als Form der persönlichen Unterstützung langjähriger Weggefährten, nicht als Form der Opposition oder gar des Widerstandes gegen die NS-Politik betrachtet werden.<sup>391</sup> Die Spruchkammer stufte Schulte am 22. März 1948 schließlich in die Gruppe 4 („Mitläufer“) ein. Als „Sühneleistung“ musste er 1.000 RM bezahlen.

Schulte lebte nach dem Krieg als Pensionär in Wiesbaden. Die Stadt Wiesbaden zeichnete ihn mit ihrer Goldenen Ehrenplakette aus. Schulte starb am 14. Oktober 1957 in Wiesbaden und erhielt ein städtisches Ehrengrab.

## Strauss, Richard (1864–1949)

Komponist

**Verkehrsfläche:** Richard-Strauß-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 26. Januar 1956.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Nordost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Richard Strauss nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Richard-Strauß-Straße empfohlen.

**Zur Begründung:** Richard Strauss war als Präsident der Reichsmusikkammer Funktionsträger und trat damit aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Er unterstützte durch öffentliche Ansprachen das NS-Regime immateriell und artikuliert öffentlich die nationalsozialistische Ideologie. Strauss profitierte durch die Verleihung von Ehrungen und Preisgeldern sowie durch seinen Auftritt bei den Olympischen Spielen 1936 materiell und immateriell von der Kulturpolitik des „Dritten Reiches“.

### Biografische Skizze<sup>392</sup>

Richard Strauss wurde am 11. Juni 1864 in München als Sohn eines Berufsmusikers geboren. Zwischen 1870 und 1882 besuchte er dort die Schule. Parallel erhielt er Musikunterricht und begann bereits früh, selbst zu komponieren, und erhielt Kompositionsunterricht. 1882 legte Strauss sein Abitur ab. Anschließend studierte er an der Universität München für zwei Semester Philosophie, Ästhetik und Kunstgeschichte. Zwischen 1883 und 1885 begab sich Strauss auf eine Künstlerreise und wurde anschließend Musikdirektor der Meininger Hofkapelle.

Im Jahr 1886 wurde Richard Strauss dritter Kapellmeister an der Münchner Hofoper. In den folgenden Jahren wechselte er mehrfach die Stelle und war zugleich als Komponist, vornehmlich von Opern und Orchesterwerken, tätig, die er mit zunehmendem Erfolg veröffentlichte und zur Aufführung brachte. In den Jahren bis 1905 erarbeitete er sich zunächst im deutschsprachigen Raum und bis zur Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts internationale Bekant-

heit. 1889 wechselte er nach Weimar, wo er zwischen 1889 und 1894 Kapellmeister am Hoftheater war. 1894 übernahm Strauss erstmals ein Dirigat bei den Bayreuther Festspielen und wurde erster Hofkapellmeister in München. 1898 wurde er zum Kapellmeister der Berliner Hofoper berufen. 1901 wurde Strauss Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Musikvereins. Im Jahr 1908 erfolgte die Ernennung zum Generalmusikdirektor und Leiter der Konzerte der Hofkapelle in Berlin. 1910 erhielt er den Bayerischen Maximiliansorden, dem in den Folgejahren zahlreiche weitere Auszeichnungen folgten.

Während des Ersten Weltkrieges blieb Strauss künstlerisch schaffend, im Revolutionsjahr 1918 verließ er jedoch Berlin. 1919 wurde er gemeinsam mit Franz Schalk zum Direktor der Wiener Staatsoper ernannt. Seit 1924 war Strauss als freischaffender Dirigent und Komponist tätig. Er galt zu dieser Zeit bereits als „Klassiker“ und wurde national und international sehr geschätzt. Er war im Opernsaal und im Radio der meistgespielte Komponist und seine Werke wurden allein zwischen den Jahren 1933 und 1942 etwa 4.000-mal in den deutschen Opern aufgeführt.<sup>393</sup>

Zu Beginn der NS-Herrschaft 1933 zeigte sich Strauss gegenüber den neuen NS-Machthabern als linientreu. So war er Unterzeichner des „Protests der Richard-Wagner-Stadt München“ aus dem April 1933, der sich gegen eine von Thomas Mann gehaltene Rede an der Münchner Universität richtete. Mann hatte das Vereinnahmungsbestreben der Nationalsozialisten in Bezug auf Richard Wagner kritisiert, was u. a. vom „Völkischen Beobachter“ scharf angefeindet worden war.<sup>394</sup>

Zugleich übernahm Strauss 1933 Dirigate jüdischer Kollegen. So ersetzte er Bruno Walter, der aufgrund massiver Drohungen von Seiten des Propagandaministeriums einen Auftritt in der Berliner Philharmonie absagte:

„Obwohl sich Strauss zunächst weigerte, entschied er sich schließlich doch für eine Zusage. Die Beweggründe dieses Lavierens, dessen Ergebnis von verschiedenen Seiten als kompromittierender bzw. ‚bedenklicher Akt der Anbiederung‘ beurteilt wurde, sind bis zum heutigen Tag umstritten und reichen von der These, Strauss habe einst eingewilligt, nachdem seine Mitarbeiter und NSDAP-Mitglieder Hugo Rausch und Julius Kopsch ihn davon überzeugt hätten, sein Auftritt sei der ausdrückliche Wunsch der Regierung, bis hin zur Vermutung, Strauss habe den Auftrag lediglich zur finanziellen Unterstützung des Berliner Orchesters und auf Ersuchen Walters selbst übernommen. Der ‚Völkische Beobachter‘ kommentierte die Angelegenheit in fol-

gender Weise: Strauss sei nicht ‚verpflichtet worden‘, sondern habe ‚im Gegenteil das Konzert als Gruß an das neue Deutschland nur unter der Bedingung übernommen, daß das für Herrn Bruno Walter ausgesetzte Honorar restlos dem Orchester zufließt‘.<sup>395</sup>

In ähnlicher Form handelte Strauss im Falle des italienischen Dirigenten Arturo Toscanini, den er bei den Bayreuther Festspielen 1933 ersetzte. Toscanini hatte sich an einem schriftlichen Protest gegen Hitler beteiligt und das Ende der politischen und religiösen Verfolgungen insbesondere von Künstlern gefordert. Nach einem Briefwechsel mit Hitler, der ihn von einer Absage abhalten wollte, entschied sich Toscanini, das Bayreuther Dirigat aufzugeben.

Strauss äußerte sich auch in Artikeln positiv über das NS-Regime.<sup>396</sup> Seine Auftritte und Äußerungen im jungen „Dritten Reich“ entfalteten Außenwirkung, was ihm insbesondere im Ausland Kritik einbrachte. Im NS-Regime selbst stieg Strauss' Ansehen durch die Übernahmen der Dirigate, was ihm in den Folgejahren persönliche Vorteile einbrachte. So wurde er 1933 zum Ehrenpräsidenten der Deutschen Musik-Premieren-Bühne ernannt und trat im selben Jahr in Verhandlungen mit Propagandaminister Goebbels über die Präsidentschaft der neu gegründeten Reichsmusikkammer.

Im November 1933 erfolgte Strauss' Ernennung zum Präsidenten der Reichsmusikkammer, dem nunmehr einflussreichsten Amt in der Musikpolitik im Deutschen Reich. Während seiner Präsidentschaft bis 1935 wurde u. a. beschlossen, dass „Nichtariern“ die Aufnahme in die Kammer versagt wurde, was die Auftritts- und Verdienstmöglichkeiten stark einschränkte.<sup>397</sup> An der Forcierung der sogenannten Entjudung des deutschen Kulturlebens, welche ab 1935 durchgeführt wurde, war Strauss allerdings nicht mehr beteiligt.

Für seine Ernennung zum Präsidenten der Reichsmusikkammer bedankte sich Strauss bei Propagandaminister Goebbels mit einem Lied, das eine Überarbeitung des Gedichts „Das Bächlein“ war:

„Drum hab' ich frohen Kindersinn,  
es treibt mich fort, weiß nicht wohin.  
Der mich gerufen aus dem Stein,  
der, denk' ich, wird mein Führer,  
mein Führer, mein Führer sein!“<sup>398</sup>

Auch in den Dankesreden zur Eröffnung der ersten Tagung der Reichsmusikkammer im Februar 1934 und zum ersten Komponistentag der Kammer lobte

Strauss die Kulturpolitik der Nationalsozialisten. Die erste Tagung der Reichsmusikkammer eröffnete er mit den Worten:

„Die Reichsmusikkammer – seit Jahrzehnten der Wunschtraum und das Ziel der gesamten deutschen Musikerschaft – ist am 15. November 1933 errichtet und damit die wichtigste Etappe auf dem Wege zum Neubau unseres gesamten deutschen Musiklebens erreicht worden. Ich fühle mich verpflichtet, an dieser Stelle Herrn Reichskanzler Adolf Hitler und Herrn Reichsminister Dr. Goebbels für die Schaffung des Kulturkammergesetzes den herzlichsten Dank der gesamten deutschen Musikerschaft auszusprechen. [...] Wenn seit der Machtübernahme durch Adolf Hitler sich nicht nur auf dem politischen, sondern auch auf dem Kulturgebiet schon so vieles in Deutschland geändert hat, und wenn schon nach wenigen Monaten der nationalsozialistischen Regierung ein Gebilde wie die Reichsmusikkammer ins Leben gerufen werden konnte, so beweist das, daß das neue Deutschland nicht gewillt ist, die künstlerischen Angelegenheiten wie bisher mehr oder weniger auf sich selbst beruhen zu lassen, sondern daß man zielbewußt nach Mitteln und Wegen sucht, um zumal unserem Musikleben einen neuen Auftrieb zu vermitteln.“<sup>399</sup>

Auf dem ersten Deutschen Komponistentag im Februar 1934 sagte Strauss:

„Die Führer der großen revolutionären, nationalsozialistischen Bewegung, die es übernommen haben, das Schicksal des deutschen Volkes neu und glücklich zu gestalten, haben verkündet, daß die Pflege der lebendigen Kunst keine Angelegenheit ist, die neben dem Staat liegt und von ihm bestenfalls unter dem Gesichtspunkt einer gönnerhaften Wohltätigkeit behandelt wird, sondern daß sie zum Wesen und zum Zweck der Staatsführung gehört. Und daß diese Führer ihr Wort wahr machen, haben sie bereits bewiesen. [...] In der Organisation wird das Führerprinzip überall durchgeführt. [...] Mit dem nochmaligen Dank an den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, unsern lieben Minister, verbinde ich die herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche für den Führer des deutschen Volkes, den Schirmherrn der Künste, den Volkskanzler Adolf Hitler, damit er das große von ihm begonnene Werk vollende.“<sup>400</sup>

Strauss bekannte sich nicht nur durch solche Aussagen zur Kulturpolitik des NS-Regimes, er unterstützte auch die allgemeinpolitischen Entwicklungen des „Dritten Reiches“ und unterhielt enge persönliche Beziehungen zur neuen Machtelite.

So unterstützte er nach dem Tod Hindenburgs im August 1934 die Absicht Hitlers, das Amt des Reichskanzlers mit dem des Reichspräsidenten zu vereinen, und nahm an der Hochzeit Hermann Görings 1935 teil. Strauss überreichte dem Reichsluftfahrtminister eine handgeschriebene Fassung seiner Oper „Arabella“.<sup>401</sup> 1934 wurde Strauss auch mit dem renommierten Adlerschild des Deutschen Reiches ausgezeichnet.

Strauss' Stellung im „Dritten Reich“ erlebte im Sommer 1935 durch die sogenannte Zweig-Affäre jedoch einen empfindlichen Dämpfer. Strauss hatte mit dem jüdischen Schriftsteller Stefan Zweig als Librettisten für seine Oper „Die schweigsame Frau“ zusammengearbeitet. Als diese 1935 uraufgeführt werden sollte, kam es zu einem Eklat, da Strauss darauf beharrte, dass Zweig als Librettist auf den Ankündigungsplakaten genannt werden sollte. Daraufhin sagten Hitler und Goebbels ihren Besuch der Premiere kurzfristig ab. Zweig hatte Strauss im Vorfeld für dessen enge Beziehung zum Regime kritisiert und eine weitere Zusammenarbeit infrage gestellt. Strauss antwortete dem Schriftsteller in einem Brief:

„Wer hat Ihnen denn gesagt, daß ich politisch so weit vorgetreten bin? Weil ich für den schmierigen Lauselumpen Bruno Walter ein Concert dirigiert habe? Das habe ich dem Orchester zu Liebe – weil ich für den anderen ‚Nichtarier‘ Toscanini eingesprungen bin – das habe ich Bayreuth zu Liebe getan. Das hat mit Politik nichts zu tun. Wie es mir die Schmierantenpresse auslegt, geht mich nichts an und Sie sollten sich auch nicht darum kümmern. Daß ich den Präsidenten der Reichskulturkammer mime? Um Gutes zu tun und größeres Unglück zu verhüten. Einfach aus künstlerischem Pflichtbewußtsein! Unter jeder Regierung hätte ich dieses ärgerreiche Ehrenamt angenommen. Aber weder Kaiser Wilhelm noch Herr Rathenau hat es mir angeboten.“<sup>402</sup>

Der Brief des Komponisten erreichte Zweig allerdings nicht, weil er von der Dresdner Gestapo abgefangen und über die Gauleitung an Goebbels weitergeleitet wurde. Dieser war über Strauss' Äußerungen zutiefst empört, wie er in seinem Tagebuch notierte:

„Richard Strauss schreibt einen besonders gemeinen Brief an den Juden Stefan Zweig. Die Stapo fängt ihn auf. Der Brief ist dreist und dazu saudumm. Jetzt muß Strauss auch weg. Stiller Abschied. [...] Diese Künstler sind doch

politisch alle charakterlos. Von Goethe bis Strauss. Weg damit! Strauss ,mimt den Musikkammerpräsidenten'. Das schreibt er an einen Juden. Pfui Teufel!<sup>403</sup>

In der Folge wurde Strauss von Goebbels zum Rücktritt vom Amt des Präsidenten der RMK gedrängt. Gegenüber der Öffentlichkeit wurde der Rücktritt im gegenseitigen Einverständnis gesundheitlich begründet.

Wenngleich der Topos von Strauss' Wirken als RMK-Präsident, „um Schlimmeres zu verhindern“, auch in der Nachkriegszeit immer wieder bemüht worden ist,<sup>404</sup> zeigen die zeitgenössischen Quellen, dass Strauss durchaus versuchte, eine Rehabilitation bei den NS-Machthabern zu erreichen. So schrieb er nach dem Rücktritt an Hitler:

„Ich halte diesen Umstand meiner Enthebung von der Reichsmusikkammer doch für so beachtlich, daß ich Ihnen, mein Führer, ganz kurz den Werdegang vorzutragen verpflichtet fühle. [...] In dem genannten Brief sind drei Stellen beanstandet und mir so ausgelegt worden, als ob ich wenig Verständnis für den Antisemitismus sowie für den Begriff der Volksgemeinschaft und die Bedeutung meiner Stellung als Präsident der Reichsmusikkammer hätte. Leider hat man es mir gegenüber unterlassen, mir Gelegenheit zu irgendeiner Form der unmittelbaren persönlichen Erklärung über Sinn, Inhalt und Bedeutung dieses Briefes zu geben, der, ganz kurz gesagt, in einem Augenblick der Verstimmung gegen Stefan Zweig selbst, ohne weitere Überlegung rasch hingeworfen wurde. Ich brauche angesichts der für mich als deutschen Komponisten sprechenden Reihe meiner Lebenswerke wahrlich nicht zu beteuern, daß dieser Brief und alles, was an improvisierten Sätzen er birgt, nicht irgendeine weltanschauliche oder auch für meine wahre Gesinnung charakteristische Darlegung bedeutet. Mein Führer! Mein ganzes Leben gehört der deutschen Musik und unermüdlichen Bemühungen um Hebung der deutschen Kultur – als Politiker habe ich mich niemals betätigt oder auch nur geäußert, und so glaube ich bei Ihnen als dem großen Gestalter des deutschen Gesamtlebens Verständnis zu finden, wenn ich in tiefster Erregung über den Vorgang meiner Entlassung [...] Sie ehrfurchtsvoll bedeute, daß auch die wenigen, mir vom Leben noch zugeteilten Jahre nur den reinsten und idealsten Zielen dienen werden. Im Vertrauen auf Ihren hohen Gerechtigkeitssinn bitte ich Sie, mein Führer, ergebenst, mich zu einer persönlichen Aussprache empfangen zu wollen und mir dadurch Gelegenheit zu geben, zum Abschied von

meiner Tätigkeit [...] meine Rechtfertigung Ihnen persönlich vortragen zu dürfen.“<sup>405</sup>

Hitler ignorierte diesen Brief, er ließ in Abstimmung mit Goebbels Strauss aber auch nicht gänzlich fallen, zumal Strauss nach wie vor erhebliche künstlerische Reputation besaß.

So durfte Strauss am 1. August 1936 im Rahmen der Eröffnungsfeier für die Spiele der XI. Olympiade in Berlin die von ihm komponierte „Olympische Hymne“ uraufführen, mit der er 1932 beauftragt worden war. Es folgten weitere Tätigkeiten mit kulturpolitischer Bedeutung, an denen Strauss für das NS-Regime beteiligt war. Zu nennen sind etwa seine Teilnahme an den ersten Reichsmusiktagen im Mai 1938 und seine 1940 im Auftrag des Propagandaministeriums erstellte Komposition zum 2.600-jährigen Bestehen des Kaiserreichs Japan.

Das Verhältnis zwischen Strauss und Goebbels besserte sich so bis zu Beginn der 1940er Jahre wieder erheblich. Goebbels notierte im Dezember 1941 in sein Tagebuch: „[Strauss] hat meine damalige Auseinandersetzung mit ihm gänzlich überwunden [...]“ und Strauss sei „[...] unser größter, wertvollster, repräsentativster Musiker“.<sup>406</sup>

Trotz dieser Annäherung gab es auch immer wieder Spannungen zwischen dem Regime und Strauss. Ein Auslöser war die Weigerung des Komponisten, auf Anordnung der NSDAP-Kreisleitung Garmisch Flüchtlinge und Ausgebombte in seiner 19 Zimmer großen Villa aufzunehmen. Hitler erließ daraufhin 1943 eine Weisung, die „allen Parteigenossen in führenden Positionen gebot, ihre persönlichen Beziehungen zu Strauss abzurechnen“, und „eine Presserichtlinie, die dazu anhielt, Strauss' Aufführungen nur noch in äußerst knapper Form anzukündigen und ihm keine ausgedehnten Artikel anlässlich seines 80. Geburtstages im folgenden Jahr zu widmen“.<sup>407</sup>

Zu der ambivalenten Beziehung zwischen Strauss und der NS-Führung trug auch die Tatsache bei, dass Strauss' einziger Sohn Franz mit einer jüdischen Frau verheiratet war. Franz Strauss hatte seine Frau Alice im Jahr 1924 in Wien geheiratet. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten im Jahr 1933 hatten Alice Strauss und die gemeinsamen Kinder immer wieder unter antisemitischen Angriffen der Nationalsozialisten zu leiden. Die guten Kontakte von Strauss verhinderten jedoch eine Verfolgung seiner Schwiegertochter oder seiner Enkel. So bedankte er sich 1938 beim Generalintendanten der Preußischen Staatstheater, Heinz Tietjen, für dessen Bereitschaft, sich bei Hermann Göring für seine Familie einzusetzen.<sup>408</sup>

Die Situation für Strauss' Familie blieb jedoch durch die Rassenverfolgung bedroht. Seine Schwiegertochter Alice stand in Garmisch unter Hausarrest. Sein Enkel Richard wurde von Mitschülern als „Jude“ beschimpft. Einen weiteren Vorfall schilderte Strauss' Sohn Franz nach dem Krieg in einem Spruchkammerverfahren gegen den zuständigen NSDAP-Kreisleiter Hans Hausböck:

„Am 10. November 1938 kamen SA-Leute in das Haus meines Vaters, um meine Frau abzuholen, die Jüdin ist. Ich war aber mit meiner Frau nicht zu Hause [...] Einer telefonierte und sagte, der Vogel sei ausgeflogen [...] Meine Kinder kamen dann zu uns und erzählten [...], daß sie auf dem Weg zur Schule von der SA angehalten worden seien und aufgefordert wurden, zur Kreisleitung zu kommen, wo sich eine große Menge Menschen befand. Es wäre nun bald so weit gekommen, daß sie ihre eigene Mutter hätten anspucken sollen.“<sup>409</sup>

Alice und Franz Strauss wurden im Winter 1943/44 von der Wiener Gestapo verhaftet und verhört. Erst im März 1945 erhielt die Familie ein Telegramm, in dem bestätigt wurde, dass die bayerische Staatsregierung auf eine Deportation von Alice Strauss in ein Arbeitslager verzichtete.<sup>410</sup> Tatsächlich ging mit der Prominenz von Richard Strauss ein Schutz für seine Familie einher.

„Im Mai 1945 resümierte er [Strauss] im Hinblick auf die nun vergangene Zeit des ‚Dritten Reiches‘ Klaus Mann gegenüber jedoch: ‚Von ein paar dummen Zwischenfällen abgesehen, hatte ich nicht zu klagen.‘“<sup>411</sup>

Strauss selbst vertrat seit seiner Jugendzeit immer wieder selbst antisemitische Positionen und Stereotype. Dies zeigt sich beispielsweise in Briefen an Cosima Wagner<sup>412</sup> Auch in einem Brief an den Komponisten Hans Sommer ist ein rassistischer bzw. ein völkischer Antisemitismus bei Strauss abzulesen.<sup>413</sup>

Strauss' Biograf Dietrich Kröncke, der sich intensiv mit der Einstellung des Komponisten zum Judentum auseinandergesetzt hat, charakterisiert Strauss als „Salon-Antisemiten“, der antisemitische Positionen anlass- und empfängerbezogen eingenommen habe.<sup>414</sup> Strauss unterschied dabei zwischen „den Juden“ im Allgemeinen und seinen persönlichen Bekannten, Freunden und Familienmitgliedern. Antisemitische Äußerungen wurden immer dann von Strauss verwendet, wenn er entweder Konflikte mit jüdischen Kollegen wie beispielsweise Bruno Walter hatte oder sich Themen um „die Juden“ im allgemeinen Kontext drehten. Als Beispiel kann eine Aufzeichnung Strauss' aus dem Jahr 1935 dienen:

„Man verdächtigte mich als servilen, eigennütigen Antisemiten, während ich im Gegenteil so oft ich konnte, bei den hiesigen maßgeblichen Leuten [...] stets betont habe, daß ich die Streicher – Goebbelsche Judenhetze [in den Zeitungen „Stürmer“ und „Angriff“] für eine Schmach für die deutsche Ehre, für ein Armutszeugniß für das niedrigste Kampfmittel der talentlosen, faulen Mittelmäßigkeit gegen höhere Geistigkeit u. größere Begabung halte. Ich bekenn hier offen, daß ich von Juden so viel Förderung, so viel aufopfernde Freundschaft, großmütige Hilfe u. geistige Anregungen genossen habe, daß es ein Verbrechen wäre, dies nicht in aller Deutlichkeit anzuerkennen.“<sup>415</sup>

Im Hinblick auf eine mögliche antisemitische Haltung des Komponisten kann festgehalten werden, dass Strauss im Laufe seines Lebens eine Vielzahl von antisemitischen Äußerungen in Briefen getätigt hat. Dies trifft vor allem auf seine Jugendzeit zu:

„Eine antisemitische Einstellung kann beim jungen Strauss durchaus festgestellt werden. Besonders in Briefen an seinen Vater und an seinen Jugendfreund Thuille sind antisemitische Äußerungen zu finden, die einen solchen Schluss zulassen. Die Redewendungen und Herabsetzungen von Juden scheinen aber der Zeit geschuldet. Am Ende des 19. Jahrhunderts waren sie gang und gäbe. Sein Vater und ganz besonders sein Mentor Alexander Ritter, Cosima Wagner und vor allem ihr Sohn Siegfried hatten wie der Vater Richard Wagner eine wesentlich stärkere antijüdische Haltung als der junge Strauss.“<sup>416</sup>

Auch in der Kriegszeit blieb Strauss komponierend und dirigierend tätig. 1942 erhielt er den von Gauleiter Baldur von Schirach gestifteten Beethoven-Preis der Stadt Wien. Im August 1944 wurde Strauss auf die „Gottbegnadeten-Liste“ des Propagandaministeriums gesetzt, hier sogar auf die „Sonderliste der unersetzlichen Musiker“. Neben Strauss wurden nur noch Hans Pfitzner und Wilhelm Furtwängler mit dieser Auszeichnung bedacht.

Nach Kriegsende lebte Strauss, dessen Gesundheitszustand sich verschlechtert hatte, zeitweise in der Schweiz. In seinem Entnazifizierungsverfahren wurde er zunächst in die Gruppe 1 („Hauptschuldiger“) eingestuft, im Revisionsverfahren 1948 jedoch entlastet. Er starb nach letzten Auftritten in München im Sommer 1949 am 8. September 1949 in Garmisch-Partenkirchen.

## Todt, Adolf (1886–1960)

Kaufmännischer Direktor

**Verkehrsfläche:** Adolf-Todt-Straße, zuvor Adolfstraße, umbenannt durch StVV-Beschluss vom 25. Mai 1972. Durch StVV-Beschluss vom 10. Oktober 1974 Einbeziehung des Adolfsplatzes.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Biebrich.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Adolf Todt nicht haltbar ist, da sie das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschädigen würde. Es wird die Umbenennung der Adolf-Todt-Straße empfohlen.

**Zur Begründung:** Adolf Todt hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, NSV, DAF, RKB) angehört. Als Leiter der kriegswichtigen Cellophan-Abteilung innerhalb der Firma Kalle war Adolf Todt am Einsatz von Zwangsarbeitskräften beteiligt. Insgesamt beschäftigte die Firma mindestens 105 französische Kriegsgefangene und 609 sogenannte Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter. Adolf Todt setzte zudem eine unbekannte Zahl französischer Kriegsgefangener für Aufräumarbeiten an seinem privaten Haus ein. Dadurch war er an der bewussten Schädigung von Personen zwischen 1933 und 1945 beteiligt.

### Biografische Skizze<sup>417</sup>

Adolf Todt wurde am 29. März 1886 in Oestrich am Rhein geboren. Seit 1892 war Todt in Wiesbaden ansässig und besuchte bis 1895 die Volksschule. Von 1895 bis 1901 besuchte er das Gymnasium, das er mit der mittleren Reife verließ.<sup>418</sup> Anschließend war Todt als Lehrling und Korrespondent bei der Wiesbadener Chemikalien- und Drogen-Großhandelsfirma Gottfried Glaser tätig.<sup>419</sup> Ab 1906 war Todt als Handlungsgehilfe beim Wiesbadener Chemieunternehmen Kalle angestellt und stieg zum Leiter einer Exportgruppe auf.<sup>420</sup>

Einen großen Einfluss auf seine Karriere nahm die Abtretung der Lizenz zur Herstellung von Cellophan der Farbwerke Hoechst an die Firma Kalle in den 1920er Jahren. Die Weiterentwicklung, Vermarktung und der Verkauf des Cellophans wurden zur Hauptaufgabe Todts bei Kalle. Er war maßgeblich für den Auf-

bau der Abteilungen „Cellophan“ und „Kunstdärme“ der Firma verantwortlich. Im Jahr 1923 wurde ihm Prokura erteilt. Todt war in der Weimarer Republik Mitglied der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) und vertrat die Partei vor 1926 als Stadtverordneter im damals noch nicht zu Wiesbaden gehörenden Biebrich.<sup>421</sup>

1934 wurde er kaufmännischer Direktor als Chef der Sparte „Cellophan“ bei Kalle. Über Todts Einstellung zum Nationalsozialismus nach der „Machtübernahme“ ist nichts bekannt. Todt trat 1937 in die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt und die Deutsche Arbeitsfront ein<sup>422</sup> und beantragte zur Zeit der Lockerung des Aufnahmestopps am 29. März 1939 seine Aufnahme in die NSDAP. Er wurde nach den Angaben der NSDAP-Zentralkartei am 1. Januar 1940 in die Partei aufgenommen.<sup>423</sup> Neben Todt traten auch die Direktoren Anderhub und Schmidt 1941 bzw. 1942 in die Partei ein. Jedoch waren nicht alle führenden Manager des Unternehmens Parteimitglied.<sup>424</sup>

Todt besaß während der NS-Zeit mehrere Häuser in Wiesbaden. Die Überprüfung dieser Immobilien, insbesondere eines Einfamilienhauses in der Wiesbadener Humboldtstraße, das Todt von dem jüdischen Kaufmann Josef Sender 1936 erwarb, ergab keine Hinweise auf eine „Arisierung“.<sup>425</sup> Sein Haus in der Wielandstraße nutzte Todt zur Vermietung. Mit dem Psychiater Erich Friedländer und dem Kaufmann Karl Daniel lebten zwei jüdische Mietparteien in dem Haus. Nach dem Krieg sagte Todt aus, er habe diese geschützt:

„Mit den jüdischen Mietsparteien [sic!] in meinem Hause stand ich im freundschaftlichen Verhältnis bis zu ihrer freiwilligen Auswanderung im Jahre 1939 (Prof. Friedländer und Kaufmann Daniel). Ich musste sie dabei wiederholt gegen Anfeindungen anderer Mieter in Schutz nehmen, ebenso wie Frau Alma Meyer, Wiesbaden, die ich mit Vertrag vom 1.3.1936 als Hausverwalterin eingestellt hatte.“<sup>426</sup>

Durch den Abgleich mit der im Stadtarchiv Wiesbaden vorhandenen Datenbank „Jüdische Bürger in Wiesbaden“ kann die Angabe bestätigt werden, dass Friedländer und Daniel bis 1939 in Todts Mietshaus wohnten. Eine Hauswirtin mit dem Namen Alma Meyer war in Wiesbaden in der Taunusstraße 74 gemeldet und zog 1941 nach Frankfurt, von wo sie im selben Jahr nach Polen deportiert wurde.<sup>427</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges wurde bei der Firma Kalle eine Vielzahl von Zwangsarbeitskräften eingesetzt: Neben mindestens 105 französischen

Kriegsgefangenen wurden auch Arbeitskräfte aus anderen besetzten Gebieten zur Arbeit gezwungen. So lag die Anzahl der sogenannten Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter bei der Firma Kalle bei mindestens 609.<sup>428</sup>

Adolf Todt war über den Einsatz dieser Zwangsarbeitskräfte genau informiert und setzte selbst Zwangsarbeitskräfte in seiner Abteilung ein. In einem Bericht Todts mit dem Titel „Cellophan‘ in der Kriegswirtschaft“ aus dem Jahr 1941 betonte er die Kriegswichtigkeit von Cellophan für die qualitativ hochwertige Konservierung von Lebensmitteln an der Front:

„Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Verpackung, insbesondere bei Lebensmitteln, so wichtig ist, wie die Ware selbst. Ohne eine zweckmäßige Verpackung, die die Ware vor Verlust und Verderb bewahrt und sie transportfähig macht, wäre die Versorgung des Heeres im Kriege nicht durchführbar.“<sup>429</sup>

Er führte weiter aus, dass während einer sogenannten Auskämmkommission<sup>430</sup> Todts Verantwortungsbereich überprüft und Cellophan als „kriegsentscheidend wichtig“ eingestuft worden sei. Die Kalle-Gesamtleitung habe „die Beschaffung der benötigten Arbeitskräfte zugesprochen“<sup>431</sup>.

Todt nutzte die ihm unterstellten Zwangsarbeitskräfte allerdings nicht nur betrieblich, sondern auch privat. So gab er gegenüber der Wiesbadener Spruchkammer nach dem Krieg an:

„Auch französische Kriegsgefangene, die in meinem Hause nach Bombenschäden mir von der Firma Kalle zur Verfügung gestellt wurden und meiner Familie und mir längere Zeit bei den Aufräumarbeiten halfen, haben wir, wie sie selbst dankbar anerkannten, besonders gut behandelt, ihnen Lebensmittel, Wein, Kleidungsstücke usw. gegeben und die Mahlzeiten mit ihnen eingenommen.“<sup>432</sup>

Für seine Tätigkeit bei der Firma Kalle erhielt Todt 1941 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse.<sup>433</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Besetzung Wiesbadens wurde Todt auf Anweisung der amerikanischen Besatzungstruppen aufgrund seiner Parteimitgliedschaft bei Kalle entlassen. In den folgenden Monaten bereitete er sich auf sein Spruchkammerverfahren vor und legte zahlreiche eidesstattliche Versicherungen vor, die seine integre Haltung während des „Dritten Reiches“ bestätigen sollten.

Im Oktober 1945 begründete Adolf Todt seinen Parteibitritt in einem Schreiben an den Wiesbadener Oberbürgermeister folgendermaßen:

„Ich wurde am 16.7.1945 wegen Mitgliedschaft in der Partei entlassen. Hierzu möchte ich hervorheben, dass ich erst im September 1941 Parteimitglied geworden bin und niemals irgendwelche aktive Tätigkeiten ausgeübt habe. Mein Eintritt erfolgte s. Zt. unter dem Druck der Partei, die unserer Firma die grössten Schwierigkeiten machte, weil keiner der Direktoren der Partei angehörte. Um den wachsenden Einfluss radikaler Elemente auszuschalten, war ich gezwungen, geschlossen mit der ganzen Direktion in die Partei einzutreten. Dieser Schritt, der also nur im Interesse der Firma lag, fiel mir nicht leicht, da ich von jeher Demokrat war und schon 1923 für die demokratische Partei als Stadtverordneter in Biebrich kandidiert hatte und zwar auf besonderen Wunsch der Belegschaft, deren Interesse ich im ersten Betriebsrat der Firma wahrnahm.“<sup>434</sup>

Dr. Wilhelm Maus bestätigt zusammen mit einem zweiten Mitglied des Vorstandes gegenüber der Spruchkammer, dass die Direktion der Firma Kalle gemeinsam beschlossen hatte, der NSDAP beizutreten, „um so Schlimmeres zu verhüten“<sup>435</sup>.

In seinem Entnazifizierungsverfahren behauptete Todt, den jüdischen Bewohnern seines Hauses sowie „andere[n] religiös Bedrängten“ geholfen zu haben. So will er der „Christen-Gemeinde“ Wiesbaden sein Mietshaus für Gottesdienste zur Verfügung gestellt haben.<sup>436</sup> Belege für diese Hilfeleistung liegen nicht vor. Auch brachte Todt zahlreiche Ehrenerklärungen bei, die ihn entlasten sollten. So charakterisierte Todts ehemaliger Mitarbeiter Werner Molsberger in einem Schreiben an die Spruchkammer Wiesbaden seinen ehemaligen Vorgesetzten wie folgt:

„Seine politische Einstellung ist fraglos tolerant, d.h. demokratisch. Daran hat sich auch nichts geändert, als er 1941 mit anderen Direktionsmitgliedern den immer stärker werdenden Druck seitens des Herrn Sprenger [gemeint ist Gauleiter Jakob Sprenger], der NSDAP beirat. Herr Todt hat seine Kritik an der politischen Entwicklung wiederholt in Besprechungen mit mir zum Ausdruck gebracht und dabei im Sinne seiner kosmopolitischen Einstellung betont, dass wir doch bald wieder zu einer freundschaftlichen Einstellung zum Ausland kommen müssten, wo er – wie auch ich – doch manche Freunde hätten. Er ist, als ich wegen meiner politischen Einstellung in Schwierigkeiten mit der Gestapo geriet, bis zum äussersten [sic!] für mich eingetreten und

war sich auch der damit verbundenen persönlichen Gefahr durchaus bewusst und hat denn auch grosse Schwierigkeiten seitens der Gestapo hinnehmen müssen. Besonders hervorzuheben ist, dass ich nicht entlassen wurde, sondern dass von seiner Seite ernsthaft versucht wurde, die zum Teil in der Firma sitzenden Denunzianten zu entfernen [...].<sup>437</sup>

Todt behauptete sogar, selbst durch die Gestapo überwacht worden zu sein, wofür sich keine zeitgenössischen Belege finden lassen:

„Tatsächlich erhob die Gestapo Anklage gegen mich selbst, machte es mir unmöglich, die von mir vorgesehene Entfernung der Denunzianten durchzuführen und setzte mich nach allen möglichen Drohungen unter Überwachung. Dadurch wurde ich in meiner Bewegungsfreiheit gehemmt und geschädigt.“<sup>438</sup>

Die von Todt vorgebrachten Entlastungsargumente blieben nicht unwidersprochen. So äußerte sich Adam Eich, ebenfalls Mitarbeiter der Firma Kalle, im März 1946 äußerst kritisch über Todt und dessen Entlastungszeugen Molsberger:

„P. Molsberger ist alter Parteigenosse und überzeugter Anhänger des Hitlerismus gewesen. Er ist der Typ eines Konjunkturritters, der sich immer dahin schlägt, wo er glaubt persönliche Vorteile zu erringen. So glaubt er m.E., dass er jetzt für eine Entlastung des Herrn Todt eintreten muss, um gegebenenfalls zu einer gegebenen Zeit von Herrn Todt die Leitung des Cellophanhauses in Berlin übertragen zu bekommen, die früher in anderen Händen lag. Es ist hier der bei den Nazis bekannte Fall, sich gegenseitig die Bälle zuzuwerfen, um gewisse Vorteile zu erringen.“<sup>439</sup>

Im Vorfeld des Spruchkammerverfahrens versuchte Todts Anwalt Karl Weber in einem Schreiben an die Spruchkammer Wiesbaden, seinen Mandanten sogar mit Widerstandshandlungen in Zusammenhang zu bringen. Hierzu zählte er etwa „die Aufrechterhaltung des Verkehrs mit jüdischen Privat- und Geschäftsfreunden im In- und Ausland sowie deren geldliche Unterstützung“<sup>440</sup>. Zum Beleg wurde eine eidesstattliche Erklärung von Alfred Schädlich aus Göppingen vorgelegt. Schädlich war seit Ende 1924 als Außendienstmitarbeiter in Todts Abteilung bei Kalle tätig:

„Bevor ich meine Auslandsreisen antrat [...], hatte ich in Biebrich lange Besprechungen und einen intensiven Gedankenaustausch mit Herrn Todt, um

die einzuschlagenden geschäftlichen Richtlinien festzulegen. Dabei kam von seiner Seite immer zum Ausdruck, dass er Wert darauf legte, die Verbindungen mit den jüdischen Kunden (d.i. wohl die Mehrzahl unserer Abnehmer in jenen Ländern) und Vertretern aufrechtzuerhalten und sie in keiner Weise gegenüber anderen zu benachteiligen.“<sup>441</sup>

Schädlich behauptete auch, dass Todt den in Hamburg tätigen Exportvertreter der Firma Kalle, Heinrich Josef, „mit einer grösseren Abfindungssumme ausstattete, um ihm dadurch die Gründung einer Existenz in Südafrika zu ermöglichen“<sup>442</sup>.

Zeitgenössische Belege für Todts Behauptungen fehlen. Dass er als Verkaufsleiter der Cellophan-Abteilung seines Unternehmens in den 1930er Jahren weitere Umsätze mit jüdischen Geschäftspartnern der Kalle AG im Ausland machen wollte, entsprach aber sicherlich der Unternehmenspolitik und lässt sich nicht als politische Widerstandshandlung interpretieren. Auch die vermeintliche finanzielle Unterstützung seines entlassenen jüdischen Mitarbeiters in Hamburg kann mit den verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

Darüber hinaus war das Bild, welches die Zeugen in Todts Spruchkammerverfahren von ihm zeichneten, keineswegs eindeutig. Paul Strackholder, ein Mitarbeiter Todts, gab in einer Ermittlungsvernehmung ein ganz anderes Bild seines Vorgesetzten zu Protokoll:

„Er [Todt] ist als Direktor sehr spät in die Partei gegangen, hat sich aber in jeder Weise zuvor schon für die Idee eingesetzt. Es war bei seinen Untergebenen allgemein bekannt, daß man keine Meinung gegen die Nazi-Politik haben konnte oder aussprechen durfte. Ich selbst wurde von ihm zweimal zum Personalchef geschickt, um mich zu einem Eintritt in die NSV zu zwingen. Der Angestellte Karl Müller [...] wurde von ihm gezwungen, in die DAF einzutreten. Todt hielt unter anderem vor der versammelten Belegschaft seiner Abteilung eine Neujahrsansprache, die absolut pro-nationalsozialistisch gehalten und mit einem Heil auf den Führer geschlossen wurde. Wir alle waren sehr darüber erstaunt, daß Todt eine solche Rede hielt. Zur Zeit des deutschen Rückzuges in Frankreich schilderte mir ein Chargierter der Wehrmacht [...], wie wenig günstig die Verhältnisse an der Front in Frankreich waren. [...] [I]ch [trug] diesen Bericht mündlich Herrn Todt vor, der sofort unter großer Empörung die Schilderung der Tatsachen als Sabotage bezeichnete und mit giftigen Worten sagte: ‚Das muss gemeldet werden, der Mann

gehört an den Galgen oder sofort erschossen!' Einer Beantwortung der Frage des Herrn Todt nach dem Namen und der Einheit des Wehrmachtangehörigen wich ich mit dem Bemerkten aus, unbekannt.“<sup>443</sup>

Adolf Todt bestritt wiederum, Mitarbeiter zum Eintritt in eine NS-Organisation gezwungen zu haben, gab allerdings zu, Strackholder in Anwesenheit von „Gefolgschaftsmitgliedern“ aufgrund seiner Schilderungen „zurechtgewiesen“ zu haben.<sup>444</sup>

Ebenfalls kein eindeutiges Bild ergibt sich für einen weiteren von Todt angeführten Entlastungszeugen. Der ehemalige Major der Luftwaffe Richard Drekmann, der im Sommer 1941 in einer von Todts Immobilien einquartiert worden war, bezeugte in einem Schreiben vom 28. Oktober 1946, dass ihn Adolf Todt bei einem Verfahren vor einem Militärgericht unterstützt habe. Drekmann behauptete, sich zugunsten seiner Soldaten eingesetzt zu haben und daher in Konflikt mit seinen Vorgesetzten geraten zu sein. Todt habe sich für ihn eingesetzt, indem er ihm einen Anwalt stellte und die Kosten übernahm. Auch habe ihn Todt im Gefängnis besucht und sich um die Aufhebung des Urteils bemüht. Drekmann war zu Arrest verurteilt und degradiert worden.<sup>445</sup>

Drekmanns Tochter, Helga Schwenk, hat hingegen nachgewiesen, dass die Angaben ihres Vaters gegenüber der Spruchkammer in Teilen falsch waren. Während Drekmann seine Verurteilung in einem widerständischen Licht erscheinen ließ, war die Ursache ein tatsächliches disziplinarisches Fehlverhalten. Drekmann wurde wegen Ungehorsams und persönlicher Machtausübung in Form von Druck auf Untergebene verurteilt. Er hatte ein Wehrmachtfahrzeug zum privaten Amusement benutzt und den Fahrer zu falschen Angaben genötigt.<sup>446</sup> Drekmann war auch kein Gegner des Nationalsozialismus: Er war 1932 in die NSDAP eingetreten. Zudem war er Mitglied der SA und des „Stahlhelms“. Noch vor Kriegsende war Drekmann voll rehabilitiert und in seinen ursprünglichen Rang eines Majors wiederaufgestiegen.<sup>447</sup> Schwenk bestätigte allerdings, dass Todt tatsächlich die Familie bis weit in die Nachkriegszeit unterstützt habe, da er mit ihrem Vater gut befreundet gewesen sei.<sup>448</sup>

Die Spruchkammer folgte schließlich den Argumenten Todts und dessen Anwalts und stellte heraus, dass er sich für viele Menschen, wie Major Drekmann oder seinen Mitarbeiter Molsberger, eingesetzt hatte. Adolf Todt wurde in Gruppe 5 („Entlasteter“) eingeordnet und das Verfahren gegen ihn eingestellt.<sup>449</sup> Bereits seit 1946 war Todt wieder Mitarbeiter bei Kalle und Mitglied der Geschäftsführung.

1952 stieg er in den Vorstand des Unternehmens auf und war später Mitglied des Aufsichtsrates. Neben seiner Tätigkeit bei Kalle war Todt Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Chemie und verwandter Industrien für das Land Hessen e. V. und „Mitglied des erweiterten Vorstandes der Vereinigung der Chemischen Industrie Hessen e. V.“<sup>450</sup> 1953 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Die Universität Mainz verlieh Todt 1956 eine Ehrenpromotion.<sup>451</sup> Adolf Todt starb am 10. August 1960 in Wiesbaden.

3

## Kontextualisierungsempfehlungen

## Bergius, Friedrich (1884–1949)

Chemiker, Unternehmer

**Verkehrsfläche:** Friedrich-Bergius-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 3. Dezember 1964.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Biebrich.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Friedrich Bergius diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Durch sein öffentliches Werben für die Zusammenlegung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten am 19. August 1934 legte Friedrich Bergius ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus ab. Bergius erhielt durch die finanzielle Unterstützung seiner Forschungen von Seiten des NS-Regimes materielle Vorteile.

### Biografische Skizze<sup>452</sup>

Friedrich Bergius wurde am 11. Oktober 1884 als Sohn des Fabrikanten Heinrich Bergius in Goldschmieden bei Breslau geboren. Nach dem Abitur am Realgymnasium in Breslau 1903 studierte er Chemie an den Universitäten Breslau und Leipzig. In Leipzig wurde er im Jahr 1907 mit einer Arbeit über Schwefelsäure promoviert. 1912 erfolgte seine Habilitation an der Universität Hannover. Zuvor war Bergius mehrere Jahre in Forschungsinstituten in Karlsruhe, Berlin und Hannover tätig.

1913 gab der Chemiker seine Lehrtätigkeit als Privatdozent auf und wechselte in die Chemiewirtschaft. Im selben Jahr meldete Bergius ein Patent für ein Verfahren zur Kohleverflüssigung an. 1914 wurde er Leiter der Forschungslaboratorien der Theodor Goldschmidt AG in Essen. Zwei Jahre später, 1916, wurde Bergius stellvertretendes Vorstandsmitglied des Unternehmens. Zum Kriegsdienst wurde er nicht herangezogen.

Zwischen 1918 und 1924 war Bergius Generaldirektor der Erdöl- und Kohleverwertung AG. Im Jahr 1920 übernahm er zusätzlich den Posten des Generaldi-

rektors des neu gegründeten Konsortiums Deutsche Bergin AG. In den 1920er Jahren verkaufte Bergius sein Patent zur Kohleverflüssigung an die I.G. Farben AG, „die das ‚Bergius-Verfahren‘ weiterentwickelte und in den Leuna-Werken mit der industriellen Umwandlung von Kohle in Benzin begann“<sup>453</sup>. Parallel zu dieser praktischen Anwendung seines Verfahrens forschte Bergius an einer Methode zur Umwandlung von Holz in Kohlenhydratfuttermittel.

1927 richtete er eine Versuchsanlage für dieses Verfahren ein und wurde ein Jahr später Vorsitzender des Aufsichtsrates der Holzhydrolyse AG. Im Jahr 1931 erhielt Bergius zusammen mit Carl Bosch den Nobelpreis für Chemie.<sup>454</sup>

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten war Bergius’ Methode zur Zuckergewinnung aus Holz ein wichtiger Bestandteil der Autarkiebestrebungen der Nationalsozialisten. Bergius wurde nicht Mitglied der NSDAP, sprach sich aber öffentlich für das NS-Regime aus:

„Vor der Volksabstimmung über die Zusammenlegung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten am 19. August 1934 warb Bergius in der Öffentlichkeit für ein ‚Ja‘ und ließ sich in der NS-Presse mit der Erklärung zitieren. Die ‚moralischen und geistigen Kräfte‘ des deutschen Volkes könnten ‚nur zur Auswirkung kommen unter der einheitlichen starken Führung durch einen Mann an den jeder glaubt: Adolf Hitler‘. In Vorträgen, u.a. bei der vom NSDAP-Gau Hamburg (Amt für Technik) veranstalteten ‚Gautagung der Techniker‘ im Oktober 1937, stellte Bergius seine Erfindung der Kohleverflüssigung in den Kontext nationalsozialistischer Autarkiepolitik. Sie sichere die nationale Rohstoffversorgung auch im Falle einer ausländischen Blockade und mache das Deutsche Reich vom ‚Monopol der erdölreichen Länder‘ unabhängig.“<sup>455</sup>

Das NS-Regime unterstützte Bergius’ Forschungen und Verfahren. 1934 wurde durch eine Reichsbürgerschaft von zwei Millionen RM eine Holzhydrolyse-Anlage in Mannheim errichtet. Die Forschungsförderung des NS-Regimes finanzierte Bergius in Heidelberg auch ein Laboratorium. 1936 wurde das Holzverzuckerungsverfahren in den Vierjahresplan zur Rohstoffsicherung aufgenommen. Diese Maßnahmen sicherten die Fortführung von Bergius’ Arbeit.

Bergius verkaufte zwar in den Folgejahren seine Aktienanteile an der Deutschen Bergin AG an die Rentenbank-Kreditanstalt, blieb aber weiterhin Mitglied des Aufsichtsrates und bis 1942 Generaldirektor der AG. In der nationalsozialistischen Presse wurde er dafür gelobt, dass er durch seine Forschungen die alliierte Wirtschaftsblockade bekämpfen würde.<sup>456</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges soll Bergius außerdem in der Auslands-  
spionage tätig gewesen sein:

„Während des Krieges war Bergius laut der Nachkriegsaussage eines SS-  
Sturmbannführers einer von sechs Chemikern, die für das Reichssicherheits-  
hauptamt (RSHA) als Kontakt- und V-Leute im Bereich der Auslandsspio-  
nage tätig waren. Eine für ihn vorgesehene Kontaktaufnahme mit zwei  
Professoren in Schweden und geplante Spionagetätigkeiten kamen dieser  
Quelle zufolge nicht zustande.“<sup>457</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges versuchte Bergius, sein Verfahren zur  
Holzverzuckerung als Teillösung für die herrschende Nahrungsmittelknappheit  
anzubieten. In Österreich stieß der Chemiker hierbei auf großes Interesse. Im  
Oktober 1945 erhielt er die österreichische Staatsangehörigkeit und gründete die  
Dr. Friedrich Bergius Fabrikationsges. m.b.H.:

„Im Sommer 1946 wurden jedoch etliche seiner Mitarbeiter aufgrund von  
Wirtschaftsdelikten sowie ihrer NS-Vergangenheit verhaftet. In den österrei-  
chischen Medien war daraufhin von ‚Prof. Bergius und sein[em] Nazistab‘ die  
Rede, und die Regierung beendete die Kooperation.“<sup>458</sup>

Bergius verließ daraufhin Österreich und war in der Folge in mehreren Ländern,  
darunter auch Argentinien, als Berater tätig. Friedrich Bergius starb am 30. März  
1949 in Buenos Aires.

## **Bosch, Carl (1874–1940)**

Chemiker, Techniker, Nobelpreisträger, Vorsitzender der I.G. Farben AG, Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

**Verkehrsfläche:** Carl-Bosch-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 3. Dezember 1964.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Biebrich.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Carl Bosch diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Carl Bosch genehmigte als Vorstandsvorsitzender der I.G. Farben AG Geldspenden an die NSDAP und unterstützte dadurch das NS-Regime. In einem 1933 veröffentlichten Papier bekannte sich Bosch zudem zu Adolf Hitler und zum NS-Staat und artikulierte zeitweise öffentlich die nationalsozialistische Ideologie.

Bosch unterstützte jedoch auch öffentlich und finanziell jüdische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und leistete dadurch tatsächlich Hilfe für Personen, die vom NS-Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt wurden. Nach einer 1939 gehaltenen Rede, in der Bosch die politischen, rassistischen und weltanschaulichen Beschränkungen des NS-Regimes gegenüber der Wissenschaft kritisierte, wurde er gezwungen, von seinen Ämtern zurückzutreten. Hierdurch erlitt er selbst eine Schädigung durch das NS-System.

### **Biografische Skizze<sup>459</sup>**

Carl Bosch wurde am 27. August 1874 in Köln geboren. Nach dem Abschluss an der Oberrealschule in Köln absolvierte Bosch ein praktisches Jahr in der schlesischen Hüttenindustrie. Anschließend studierte er von 1894 bis 1896 Hüttenkunde und Maschinenbau an der Technischen Hochschule Charlottenburg (heute Berlin). Ab 1896 studierte Bosch Chemie an der Universität Leipzig und schloss sein Studium 1898 mit der Promotion ab.

Ein Jahr später trat Bosch in die Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) in Ludwigshafen ein. 1909 erhielt er den Auftrag, die von Fritz Haber entwickelte Ammoniaksynthese zur Herstellung von Stickstoffdünger mit einer großtechnischen Lösung für den BASF-Konzern anzuwenden.<sup>460</sup> Vier Jahre später eröffnete in Oppau die erste Ammoniakfabrik. „Bosch war es damit gelungen, in wenigen Jahren eine neue Großindustrie zu schaffen.“<sup>461</sup> Für die Entwicklung dieses Verfahrens, welches als Haber-Bosch-Verfahren bezeichnet wurde, wurde Carl Bosch zusammen mit Friedrich Bergius mit dem Chemienobelpreis des Jahres 1931 ausgezeichnet.

Bosch wurde bei der BASF 1912 zum Abteilungsleiter und 1914 zum Direktor befördert. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges machte Bosch 1914 dem Kriegsministerium das sogenannte Salpetersprechen. In der Folge wurde die Produktion von Düngemitteln auf Salpeter umgestellt, das zur Herstellung von Sprengstoffen notwendig war. Bosch wurde 1916 ordentliches Vorstandsmitglied der BASF und drei Jahre später zum Vorstandsvorsitzenden ernannt.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges

„setzte sich Carl Bosch mit seiner persönlichen Verantwortung auseinander und warf sich selbst vor, durch die Bereitstellung von Synthesestoffen zur Verlängerung des Konflikts beigetragen zu haben, stellte aber schließlich fest, dass ‚sich der Fortschritt in Wissenschaft und Technik nicht aufhalten‘ ließe. Bei den Friedensverhandlungen von Versailles, an denen der Industrielle als Sachverständiger teilnahm, avancierte er ‚zum Verhandlungsführer auf deutscher Seite‘ und verhinderte mit Hilfe seines diplomatischen Geschicks die Zerschlagung der deutschen chemischen Industrie.“<sup>462</sup>

Auf Boschs Betreiben hin schlossen sich 1925 acht Chemieunternehmen zur Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG (I.G. Farben) zusammen, deren Vorstandsvorsitzender Bosch wurde.

Carl Bosch hielt sich während der Weimarer Republik bei tagespolitischen Fragen bewusst zurück, war aber Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die er auch finanziell unterstützte. Zu Beginn der 1930er Jahre war Bosch „Anhänger einer aktiven Konjunkturpolitik, die zur Beendigung der Wirtschaftskrise die staatliche Einflußnahme auf die Marktwirtschaft befürwortete“<sup>463</sup>. In diesem Zusammenhang warnte der Industrielle in einem 1932 erschienenen Aufsatz mit dem Titel „Handelspolitische Notwendigkeiten“ vor der von Hitler propagierten Autarkiepolitik. Andererseits bediente sich Bosch im gleichen Jahr des nationalsozialistischen Vokabulars:

„Unter der Überschrift ‚Das deutsche Industrieproblem‘ schrieb er 1932 von den ‚volkreichen Ländern Westeuropas‘ und dem ‚immer enger werdenden Lebensraum‘, der auch darauf zurückzuführen sei, daß Deutschland mit seiner ‚Kolonialpolitik erst spät begonnen‘ hatte. Er sprach sich aber dagegen aus, ‚die Welt auf die Dauer in autarke Einzelstaaten aufzulösen.‘“<sup>464</sup>

Das Projekt der I.G. Farben zur Öl-Hydrierung arbeitete Anfang der 1930er Jahre defizitär. Teile des Vorstandes wollten gegen Boschs Willen das Projekt ganz einstellen. Nachdem die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 erstmals stärkste Partei geworden war, brachte Bosch die Einstellung der Nationalsozialisten zu dem Projekt in Erfahrung.<sup>465</sup> Hitler empfing den Technischen Direktor der Leuna-Werke und sicherte bei diesem Treffen der I.G. Farben seine finanzielle und politische Unterstützung im Falle einer Regierungsübernahme zu.<sup>466</sup> Die Aufgeschlossenheit der NSDAP für die Forschungen der I.G. Farben ließ sich der Konzern auch etwas kosten. Bosch bewilligte eine Spende von 400.000 RM in den Wahlkampffonds der NSDAP und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 und langen Verhandlungen unterzeichneten die I.G. Farben und das Deutsche Reich den sogenannten Benzin-Vertrag. „Bosch hatte die Finanzierung seines geliebten Großprojektes gesichert. Hitler erhielt die Unabhängigkeit von ausländischen Ölimporten.“<sup>467</sup> Im Aufsichtsrat der I.G. Farben erklärte Bosch am 7. April 1933, „daß es die Pflicht eines jeden verantwortungsbewußten Unternehmers sei, an der neuen Entwicklung mitzuarbeiten“<sup>468</sup>.

Bosch selbst führte seine Tätigkeit als Chemieindustriefunktionär auch unter den Vorzeichen des jungen „Dritten Reiches“ und des auch im Bereich der Wirtschaft durchgesetzten „Führerprinzips“ fort. So war er Mitglied des kurzlebigen Generalrates der Deutschen Wirtschaft 1933. Zudem wurde Bosch Mitglied des Senats des Reichsstandes der Deutschen Industrie und Vorsitzender der Fachgruppe Chemische Industrie in der Wirtschaftsgruppe Chemie.

In einem Papier mit dem Titel „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ gab Bosch im November 1933 ein Bekenntnis zum NS-Regime ab und begrüßte ausdrücklich die Regierungsübernahme Adolf Hitlers, „weil er überzeugend zum Ausdruck gebracht hatte, daß privatwirtschaftliches Eigentum unangetastet bleiben würde. Zudem gingen die Interessen der I.G. Farben konform mit den wirtschaftspolitischen Zielen Hitlers.“<sup>469</sup>

Bei einem ersten Treffen zwischen Hitler und Bosch im Mai 1933 sprach Bosch die Judenverfolgung an, weil er dadurch die Zukunft der deutschen chemi-

schen und physikalischen Forschung in Gefahr sah. Hitler soll darauf Folgendes entgegnet haben: „Dann arbeiten wir eben einmal hundert Jahre ohne Physik und Chemie.“<sup>470</sup> Nach dem Treffen lehnte Hitler Bosch als Sprecher des Generalrates der Deutschen Wirtschaft ab. Bei der ersten und einzigen Sitzung dieses Rates hatte sich Bosch zur Wahl als Ratssprecher bereiterklärt, nachdem sich kein anderer Kandidat gefunden hatte.

So blieb Boschs Einstellung zu den Nationalsozialisten ambivalent. Einerseits versprach er sich von den Nationalsozialisten eine wirtschaftsfreundliche Politik, andererseits lehnte er den Antisemitismus und die einsetzende Judenverfolgung ab und setzte sich auch in den Folgejahren für jüdische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein:

„Mehrfach verwandte er [Bosch] sich für jüdische Forscher und Forscherinnen, unter anderem für den Chemiker Fritz Haber oder die Kernphysikerin Lise Meitner, die er noch als Präsident der KWG [ab 1937] unterstützte. Auch soll Bosch verärgert auf das versuchte Verbot einer Gedächtnisveranstaltung für Fritz Haber [1934] reagiert und mit Mitarbeitern und Direktoren demonstrativ an der Feierlichkeit teilgenommen haben.“<sup>471</sup>

Allerdings zog Bosch zunächst keine persönlichen Konsequenzen aus der von ihm kritisierten Politik. Im Gegenteil übernahm er weitere Ehrenämter, insbesondere nachdem er 1935 auf eigenen Wunsch vom Vorstand in den Aufsichts- und Verwaltungsrat der I.G. Farben gewechselt war, deren Vorsitzender er nun wurde. So wurde Bosch Gründungspräsident der 1936 eingerichteten Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung und ab 1937 Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Zu dieser Zeit erhielt er zudem weitere Auszeichnungen, ein Reigen von Ehrungen hatte bereits nach der Nobelpreisverleihung 1931 eingesetzt.

Bereits in dieser Zeit litt der Industrielle an Depressionen und an einer Alkoholsucht. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes konnte Bosch seiner neuen Tätigkeit zwischen Mitte September 1937 und März 1938 nicht nachgehen.<sup>472</sup>

Insbesondere die politische Entwicklung in Deutschland und die steigende Kriegsgefahr stürzten den Unternehmer in Depressionsschübe. 1939 übte Bosch in einer Rede anlässlich der Jahresversammlung des Ausschusses des Deutschen Museums München scharfe Kritik am NS-Regime. Bei seiner Rede, die nur in Form eines Gedächtnisprotokolls überliefert ist, stand Bosch unter Alkoholeinfluss:

„Geheimrat Bosch war wohl sehr erregt, er sprach schnell, manchmal schwer verständlich, leidenschaftlich anklagend. Er sprach wie ein Mann, den – vielleicht im Bewußtsein des nahenden Endes – die Sorge um sein Werk und um sein Vaterland zwingt, ohne Rücksicht auf die Folgen für ihn zu sagen, was seiner Meinung nach gesagt werden mußte und was in jenen Tagen zu sagen längst niemand mehr wagte: Daß Wissenschaft und Staat eine untrennbare Einheit seien, daß Wissenschaft nur frei und ohne Bevormundung gedeihen könne und daß Wirtschaft und Staat unfehlbar zugrunde gehen müßten, wenn die Wissenschaft in so würgende politische, weltanschauliche und rassische Beschränkungen gezwungen werde wie unter dem Nationalsozialismus.“<sup>473</sup>

Aufgrund dieser Rede wurde Bosch zu einer Persona non grata innerhalb des NS-Regimes.

Er durfte sein Amt als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zwar behalten, den Aufgaben konnte er in dieser Zeit aber kaum noch nachkommen. Andere Ämter, wie die Präsidentschaft der Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung, verlor Bosch jedoch. 1939 unternahm er einen Suizidversuch, der scheiterte. Carl Bosch starb am 26. April 1940 in Heidelberg. Nach Bosch sind zahlreiche Straßen und Gebäude, u. a. Schulen, sowie ein Mondkrater benannt.

## Dörr, Gottfried (1893–1963)

Lehrer

**Verkehrsfläche:** Gottfried-Dörr-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 10. Oktober 1974.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mainz-Kastel.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Gottfried Dörr diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Gottfried Dörr hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSV, NSLB, NSRL, RLSB, Reichskriegerbund, Gemeinnütziger Bauverein für H.J.-Heime, NS-Frontkämpferbund) bzw. nationalsozialistisch gleichgeschalteten Organisationen (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) angehört. Er war als Blockwalter und Untergruppenführer niederrangiger Funktionsträger in der NSV und im RLSB. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>474</sup>

Gottfried Dörr wurde am 27. September 1893 als ältester Sohn des Lokführers Johann Dörr und seiner Ehefrau Elisabeth in Mainz-Kastel, das seit 1945 zu Wiesbaden gehört, geboren. Von 1898 bis 1903 besuchte er die katholische Volksschule Mainz-Kastel. Nach einem dreijährigen Besuch der Bischöflichen Marienschule in Mainz wechselte Dörr an das staatliche Realgymnasium in Mainz, wo er 1912 seine Reifeprüfung ablegte.

Zwischen 1912 und 1913 besuchte er den Pädagogischen Kursus in Darmstadt und legte 1913 die erste Lehrprüfung ab. Zwischen den Jahren 1913 und 1933 war Dörr Lehrer an der Bischöflichen Marienschule in Mainz. Seine berufliche Karriere wurde durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen, an dem er als Pionieroffizier teilnahm.<sup>475</sup>

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten 1933 musste die katholische Marienschule schließen und Dörr wurde vom Volksstaat Hessen als Lehrer für die Volksschule in Mainz-Kastel eingestellt. Hier wurde er allerdings als Beamtenanwärter übernommen, was für ihn ein deutlich geringeres Einkommen bedeutete.<sup>476</sup>

Dörr war während des „Dritten Reiches“ Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, in der er nach eigenen Angaben von Februar bis September 1935 das Amt eines „Blockwarts“ innehatte.<sup>477</sup> Er war außerdem von 1934 bis 1944 Mitglied des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, von 1933 bis 1939 Mitglied im Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen und von 1938 bis 1939 Mitglied des Reichskriegerbundes. Im gleichen Zeitraum war er auch Mitglied des Reichsluftschutzbundes und im Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (ab 1933 Volksbund für das Deutschtum im Ausland).<sup>478</sup>

Aus dem Jahr 1939 liegt eine dienstliche Beurteilung durch das Stadtschulamt vor. Das Amt bescheinigte Dörr, dass seine „weltanschauliche Haltung [...] nationalsozialistisch bestimmt“ sei. „[D]ie Festigung des Schulverwalters G[ottfried] D[örr] im Nationalsozialismus ist als gegeben zu betrachten.“<sup>479</sup> Des Weiteren stellte das Stadtschulamt Mainz fest: „D[örr] ist eine Erzieherpersönlichkeit, die eines militärischen Zuges nicht entbehrt, aber von echtem kameradschaftlichen Geiste erfüllt ist.“<sup>480</sup> Bereits in einer Beurteilung aus dem Jahr 1938 wurden Dörrs militärischer Habitus, sein Einsatz als „Kameradschaftsführer der Pionierkameradschaft des Soldatenbundes“ sowie sein Einsatz für den Nationalsozialismus hervorgehoben.<sup>481</sup>

Trotz dieser im Sinne der Zeit „positiven“ Beurteilungen durch seinen Dienstherrn galt Dörr nicht vollumfänglich als politisch zuverlässig. In einem Schreiben des Amtes des Reichsstatthalters, des ständigen Vertreters der Reichsregierung im Volksstaat Hessen, an das Stadtschulamt Mainz aus dem August 1938 hieß es über Dörr:

„Schulverwalter [...] Dörr in Mainz-Kastel ist kein Parteimitglied. Er gehört der N.S.V. und dem N.S.L.B. an. Er war als Walter für die N.S.V. eingesetzt; sein Versprechen zur Mitarbeit hat er jedoch nach einigen Wochen wieder rückgängig gemacht. Obwohl Charakter und Leumund als gut geschildert werden, ist die politische Zuverlässigkeit zweifelhaft. Ich gebe Ihnen hiervon vertraulich Kenntnis und empfehle Ihnen, in geeigneter Weise Dörr nahezu legen, sich in einer der Gliederungen der Partei aktiv zu betätigen. Ferner ist seine politische Haltung von Ihnen zu beobachten.“<sup>482</sup>

Dörres Personalakte dokumentiert, dass der Lehrer daraufhin im September 1938 in den Reichsluftschutzbund eintrat und dort als Untergruppenführer und Ausbilder fungierte.<sup>483</sup> Zudem wurde Dörr vom Schulamt bezüglich seines mangelnden Engagements in der NSV zur Rede gestellt. Dörr begründet gegenüber dem Stadtschulamt die Beendigung seiner Tätigkeit bei der NSV als Folge seiner Einberufung zu Wehrübungen:

„Als ich im September [1935] zu einer militärischen Übung einberufen wurde, teilte ich es meinem Zellenleiter mit und bekam von der Ortsgruppenleitung folgendes Schreiben: Gemäss Mitteilung [...] nehmen Sie [...] für längere Zeit an Übungen der Wehrmacht teil, wodurch Sie verhindert sind, Ihre Dienste als Blockwalter weiter zu versehen. Wir bitten daher, die Blockkarteikarten usw. noch vor Ihrer Abreise dem Zellenleiter zurückzugeben, damit wir einen neuen Blockwalter [...] einsetzen können [...]. Daraufhin betrachtete ich mich meines Amtes entbunden. [...] Zudem hatte ich in dieser Zeit auf militärischen Befehl hin die Führung einer Pionierkameradschaft im Soldatenbund übernommen, die ich bis zur Auflösung des Bundes [1938] geführt habe.“<sup>484</sup>

Mit Kriegsbeginn 1939 wurde Dörr erneut als Pionier im Rang eines Hauptmanns eingesetzt und leistete bis 1945 Kriegsdienst.<sup>485</sup> Dörr verblieb über die gesamte Dauer des Zweiten Weltkrieges an der Front. Er geriet bei Kriegsende in britische Kriegsgefangenschaft, aus der er am 1. August 1945 entlassen wurde.

Anschließend nahm er seinen Dienst an der Volksschule Mainz-Kastel wieder auf, wurde aber am 1. Dezember 1945 auf Befehl der amerikanischen Militärregierung entlassen. Im April 1947 wurde Dörr als „entlastet“ entnazifiziert. Am 13. Mai 1947 wurde er wieder eingestellt und leitete ab September 1947 kommissarisch die Schule. Am 20. Juni 1949 wurde Gottfried Dörr zum Rektor der Schule ernannt.<sup>486</sup>

Neben und nach seiner Tätigkeit als Lehrer, die er bis April 1959 ausübte, war Dörr in Mainz-Kastel als Heimatforscher bekannt. Seine wichtigste Veröffentlichung „Geschichte von Kastel“ erschien 1960. In dem Buch beschrieb Dörr die unmittelbare Nachkriegszeit in Mainz-Kastel und seine persönliche Situation. Er folgt darin der zeitgenössischen Selbstviktimsierung der deutschen Bevölkerung als Opfer der NS- und Kriegszeit.<sup>487</sup> Auf das Schicksal der jüdischen Bevölkerung während der NS-Zeit ging Dörr hingegen nur sehr kurz ein: „In der ‚Christallnacht‘ demolierten übereifrige SA-Männer die Wohnungen der wenigen Juden von Kastel, ihre Synagoge war schon längst in Privatbesitz übergegangen, sonst

wäre sie auch ein Raub der Flammen geworden.“<sup>488</sup> Damit reihte sich die Veröffentlichung Dörrs in die Vergangenheitspolitik ihrer Veröffentlichungszeit ein.<sup>489</sup>

In Mainz-Kastel war Dörr auch im Vereinsleben stark engagiert. Er war Mitbegründer des Kasteler Vereinsrings. Er war ebenfalls Mitglied im örtlichen Ruderverein und im katholischen Männerverein.<sup>490</sup> Gottfried Dörr starb am 27. Mai 1963 in Wiesbaden.

## Gronau, Wolfgang von (1893–1977)

Flugpionier, Luftwaffenoffizier

**Verkehrsfläche:** Gronaustraße, Benennung durch Beschluss des Ältestenausschusses vom 23. Juli 1981.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Erbenheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Wolfgang von Gronau diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Wolfgang von Gronau hat einer nationalsozialistischen Organisation (NSDAP) angehört. Auch vor 1933 hat er sich mit seiner Mitgliedschaft im „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ in einer völkisch-nationalistischen Gruppe betätigt. Von Gronau nahm als Luftwaffenattaché ein militärisch-diplomatisches Amt ein, welches er in Japan, dem engsten Verbündeten des Deutschen Reiches, ausübte. Eine Kontextualisierung sollte insbesondere diese Tätigkeit aufgreifen.

### Biografische Skizze<sup>491</sup>

Wolfgang von Gronau wurde am 25. Februar 1893 in Berlin als Sohn des Generals der Artillerie Hans von Gronau geboren. Er wuchs in Ostpreußen auf und besuchte ein Gymnasium. Im Jahr 1911 wurde er Seekadett an der Marineschule Kiel. Während des Ersten Weltkrieges wurde von Gronau als Leutnant und Oberleutnant auf verschiedenen Kriegsschiffen eingesetzt.

Ab 1915 war von Gronau als Seeflieger an verschiedenen Stabs- und Frontstellungen im Einsatz. Ein Jahr später wurde er als Referent der Seeflugzeugversuchs- und Abnahme-Kommission nach Warnemünde versetzt. Hier erprobte von Gronau einen Kreiselhörizont, was den Beginn des Instrumentenfluges markierte. Nach Ende des Ersten Weltkrieges verließ von Gronau das Militär im Rang eines Kapitänleutnants.

In der Nachkriegszeit bewirtschaftete von Gronau sein Gut Schönwäldchen bei Gilgenburg in Ostpreußen. Politisch engagierte sich von Gronau offenbar nur kurz. Er war von 1923 bis 1925 Mitglied der Veteranenorganisation „Stahlhelm“. Der Fliegerei ging er hingegen weiter nach. Im Jahr 1926 nahm von Gronau am „1. Deutschen Seeflugwettbewerb“ in Warnemünde teil, den er gewann. Mit einem Schwimmflugzeug vom Typ Heinkel 5 stellte er Anfang November 1926 „die erste deutsche Welt-Bestleistung nach dem Kriege mit 1 000 Kilo Nutzlast und 4 492 m Höhe auf“<sup>492</sup>. Knapp einen Monat später wurde er Ausbildungsleiter und Vorstandsmitglied bei der neu gegründeten Deutschen Verkehrsfliegerschule in Warnemünde.

Ab 1929 erlangte Wolfgang von Gronau als Flugpionier internationale Bekanntheit. In diesem Jahr flog er innerhalb eines Tages von Deutschland nach Island, was zu dieser Zeit eine außerordentliche fliegerische Leistung war.<sup>493</sup> Am 18. August 1930 flog von Gronau mit einem Wasserflugzeug vom Typ Dornier Wal von Sylt über Island, Grönland und Labrador nach New York. Es handelte sich hierbei um die erste Atlantiküberquerung mit einem Flugboot.<sup>494</sup> In New York erlebte von Gronau einen begeisterten Empfang und wurde von US-Präsident Hoover im Weißen Haus begrüßt.

Im Jahr 1932 erkundete Wolfgang von Gronau mit einem Flugzeug die sogenannte Nordroute. Hierfür überflog er das grönländische Inlandseis und entdeckte einen neuen Gebirgszug. Die dänische Regierung nannte dieses Gebirge in der Folge Gronau Nunatakker. Sein Flug endete in Chicago. Im gleichen Jahr brach Wolfgang von Gronau zu einem Weltflug auf, der Krönung seiner fliegerischen Laufbahn. In einer Dornier Wal überflog er ab Sylt mit zahlreichen Zwischenstopps den Atlantik, den amerikanischen und den asiatischen Kontinent und kehrte dann nach Europa zurück. Am 9. November 1932 erreichte von Gronau die Dornierwerke am Bodensee. Abschließend flog er nach List zurück, wo er daraufhin zum Ehrenbürger ernannt wurde. Er hatte insgesamt mehr als 44.000 Flugkilometer zurückgelegt.<sup>495</sup>

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde die Zivilluftfahrt unter dem neu ernannten Reichsluftfahrtminister Hermann Göring aufgewertet. Wolfgang von Gronau wurde in die neu gegründete Behörde berufen und war dort bis 1934 für das gesamte Ausbildungswesen für Seeflieger zuständig. Von Gronau trat am 1. Mai 1933 der NSDAP bei.<sup>496</sup> Von 1934 bis 1938 war er Vorsitzender des Aeroclubs von Deutschland und Vizepräsident der Fédération Aéronautique Internationale.

Mit Gründung der deutschen Luftwaffe 1936 wurde Gronau Reserveoffizier der Waffengattung und in diesem Status mehrfach befördert. Am 1. Januar 1939 wurde von Gronau reaktiviert und zunächst einem Ausbildungsgeschwader im Rang eines Oberstleutnants zugeordnet. Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde von Gronau zum Luftwaffenattaché an die deutsche Botschaft in Tokio berufen. Im Juni 1939 wurde er zudem Luftwaffenattaché für den japanischen Marionettenstaat Mandschukuo in der Mandchurei.<sup>497</sup> Die Aufgaben eines Militärattachés, es existierten neben den eigentlichen Militärattachés Attachés für die einzelnen Waffengattungen, waren klar bestimmt:

„In einer Dienstanweisung waren 1933 die Aufgaben der Militärattachés festgelegt worden. Sie hatten ‚sich ein klares Bild und Urteil über die Wehrmacht des Empfangsstaates zu verschaffen. Zu diesem Zweck haben sie einen zutrauererweckenden Verkehr mit den zuständigen Behörden sowie kameradschaftlichen und geselligen Verkehr mit den in Betracht kommenden Personen zu pflegen, rege an Truppenübungen teilzunehmen, militärische Einrichtungen zu besuchen sowie die Fachliteratur und die Presse zu verfolgen. Über ihre Beobachtungen haben sie nach pflichtgemäßem Ermessen zu berichten.“<sup>498</sup>

In seiner Funktion in Japan wurde von Gronau weiter befördert. Bei Kriegsende hatte er den Dienstgrad eines Generalmajors d. R. und war mehrfach dekoriert. Nach der Kapitulation Deutschlands wurde von Gronau interniert und geriet nach der japanischen Kapitulation in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Aus dieser kehrte er 1947 nach Deutschland zurück. In der Nachkriegszeit war er als Vertreter eines nordamerikanischen Flugzeugwerks tätig und widmete sich auf seinem Hof am Chiemsee der Landwirtschaft.<sup>499</sup>

Über seine Erlebnisse als Flugpionier und Luftwaffenattaché verfasste Wolfgang von Gronau 1955 eine Autobiografie mit dem Titel „Weltflieger“. Bereits in den 1930er Jahren hatte Gronau Reiseerinnerungen veröffentlicht. In dem Buch von 1955 schilderte er insbesondere seinen Weltflug 1932.<sup>500</sup> Auf die Politik des NS-Regimes ging von Gronau in seiner autobiografischen Schrift hingegen nicht ein. Wolfgang von Gronau berichtete in den Folgejahren immer wieder über seine fliegerischen Leistungen. Er starb am 17. März 1977 in Frasdorf.

In verschiedenen Städten wurden Straßen nach Wolfgang von Gronau benannt. In List auf Sylt, wo von Gronau Ehrenbürger ist, erhielt er ein Ehrengrab.

## Günther, Anton (1876–1937)

Volksdichter, Sänger, Komponist

**Verkehrsfläche:** Anton-Günther-Straße, zuvor Kleine Wilhelmstraße, umbenannt durch StVV-Beschluss vom 5. September 1963.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Bierstadt.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Anton Günther diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Anton Günther trug 1935 anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung der Sudetendeutschen Partei ein Gedicht vor und bekannte sich öffentlich zu Konrad Henlein und dessen revanchistischer und nationalsozialistischer Bewegung. Hierdurch gab Günther ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus ab und artikulierte öffentlich die nationalsozialistische Ideologie. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>501</sup>

Anton Günther wurde am 5. Juni 1876 in Gottesgab (heute Boží Dar in der Tschechischen Republik) im Erzgebirge als Sohn des Weißwarenstickers und Zeichners Hans Günther geboren.

In seinem Heimatort besuchte Günther zunächst die Volksschule und wechselte 1888 an die Bürgerschule in Joachimsthal (Jáchymov). Diese schloss er im Jahr 1892 ab. Anschließend absolvierte er eine dreijährige Ausbildung zum Lithografen im sächsischen Buchholz. 1895 zog Günther nach Prag und war an der Hoflithographie-Anstalt A. Haase tätig.

In diesem Jahr begann er mit dem Verfassen eigener Heimatlieder in Mundart, die er in Prag auf Abendveranstaltungen aufführte. Darunter auch eines seiner bekanntesten Lieder mit dem Titel „Drham is’ drham“ („Daheim ist da-

heim“). Aufgrund der großen Aufmerksamkeit, welche dieses Lied auslöste, begann Günther, seine Texte auf selbstgestaltete Postkarten zu drucken und diese im Selbstverlag herauszugeben. Durch diese Liedpostkarten erlangte der Sänger überregionale Bekanntheit.

Nach dem Tod seines Vaters kehrte Günther 1901 in seinen Heimatort zurück und übernahm den landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern. Neben seiner Arbeit trat Günther weiterhin bei Liederabenden auf und schrieb weitere Lieder. Signifikant für Günthers Liedtexte war ihr starker Bezug zur Heimat, dem Erzgebirge, weshalb sie nationalistische Elemente aufweisen. Die rund 200 von ihm komponierten Lieder wurden in Mundart verfasst und auf sogenannten Erzgebirgsabenden in ganz Sachsen von ihm aufgeführt. Günthers Texte waren bereits vor dem Ersten Weltkrieg geprägt von einem starken deutschen Nationalismus.

„In seinem wohl berühmtesten Lied ‚Deitsch on frei woll’n mer sei‘ [„Deutsch und frei wollen wir sein“] von 1908 heißt es unter anderem: „..denn’s is ja doch es beste, es allerhöchste Gut, onnrer alten deitschen Haamit gilt dr letzte Tropfen Blut. Deitsch on frei woll’n mer sei on do bleib’mer ah derbei, weil mer Erzgebirger sei!‘ (Es ist ja doch das beste, das allerhöchste Gut. Unserer alten deutschen Heimat gilt der letzte Tropfen Blut. Deutsch und frei wollen wir sein und da bleiben wir auch dabei, weil wir Erzgebirger sind.)“<sup>502</sup>

Günthers Heimat gehörte 1914 zu Österreich-Ungarn. Aus diesem Grund nahm der Musiker als österreichischer Soldat am Ersten Weltkrieg teil.<sup>503</sup> Während des Krieges verfasste Günther Marschlieder wie den „Landstrom-Marsch“ und „Hurra!‘s geht lus“. Die Lieder „überschlagen sich förmlich in ihrer Aggressivität“, wie Günthers Biografen Manfred Günther und Lutz Walther feststellen.<sup>504</sup>

Infolge des Krieges und der europäischen Nachkriegsordnung von Versailles wurde Günthers Heimat Teil der neu gegründeten Tschechoslowakei. Günther kann in der Folgezeit als literarischer Exponent der „heimattreuen“, deutschnationalen Strömung innerhalb der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei gelten.

Gleichwohl wird Günther in der Literatur zumeist als „unpolitischer Künstler“ dargestellt, der unter seiner Vereinnahmung durch die „heimattreue“ Henlein-Bewegung und die Nationalsozialisten gelitten habe.<sup>505</sup> Tatsächlich trat Anton Günther 1935 auf einer Wahlkampfveranstaltung für Konrad Henlein und seine nationalsozialistische Sudetendeutsche Partei auf. Günthers Biograf Gott-

hard B. Schicker zitiert aus zweiter Hand auf Grundlage des Vorworts zur Günther-Gesamtausgabe von 1937:

„Im Frühling 1935 hat er sich auf denkwürdiger Weise zu dieser [NS-]Bewegung bekannt. Ihr Führer Konrad Henlein (NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter im Sudetengau) sprach erstmalig im oberen Erzgebirge auf einer mächtigen Kundgebung in Joachimsthal. Anton Günther war begeistert.“<sup>506</sup>

Gleichwohl betonen die bisher zu Günther erschienenen Schriften, dass er durch die Henlein-Bewegung „vereinnahmt“ worden sei:

„Sie [die Henlein-Bewegung] benutzen also Anton-Günther-Lieder für ihre politischen Ziele. Das erweckt den Eindruck, als ob Anton Günther jetzt mit ihnen marschiert. Die Lieder Anton Günthers werden nun missbraucht für die Ziele einer Partei, die sich immer offener zum Nationalsozialismus bekennt. Das Welt- und Menschenbild, das damit verbunden ist, ist für den nun fast 60jährigen Anton Günther unannehmbar! So greift er in diesem Jahr 1935 wieder zum Stift und Papier und schreibt ein Lied, mit dem er versucht, sich gegen das bedrohlich wachsende ‚Herrenmenschentum‘ zu stemmen: ‚Bild dir nischt ei! Bist när e Mensch, kast wetter nischt sei. Gruß oder klaa, arm oder reich, ben Afang on ben End sei mir alle z’samm gleich!‘“<sup>507</sup>

Auch Dieter Herz ging in der „Sächsischen Biografie“ 2004 von einer „Vereinnahmung“ von Günthers Liedern durch die Henlein-Bewegung und Nationalsozialisten aus, die öffentliche Unterstützung der Henlein-Bewegung durch Günther 1935 wird hier gänzlich ausgeklammert:

„Besondere Resonanz fand im sich verschärfenden Nationalitätenkonflikt nach Gründung der Tschechoslowakei das 1908 entstandene ‚Deitsch on frei wolln mer sei!‘: Das Lied wurde in völkischen Gruppen, in der sudetendeutschen Henlein-Bewegung wie von den Nationalsozialisten gleichermaßen geschätzt. Einige von G[ünther]s Liedern, die zuvor gleichsam ‚naiv‘ die Heimat thematisiert hatten, mutierten im Dienste demonstrativ völkischer und nationalistischer Rezeption zum aggressiven Bekenntnis, zu politisch-agitatorischen Gebrauchs-Texten. Ein möglicher Erklärungsansatz für G[ünther]s Freitod, über dessen Gründe die Familie stets Stillschweigen bewahrt hat, wäre, dass sich der im Grunde apolitische G[ünther] der gesellschaftlichen und politischen Radikalisierung seit 1933 nicht gewachsen gefühlt haben könnte.“<sup>508</sup>

Tatsächlich liegen die Ursachen für Günthers Freitod am 29. April 1937 im Unklaren. Offenbar litt der Sänger unter finanziellen Problemen und depressiven Verstimmungen.<sup>509</sup>

Bis heute haben seine Lieder eine gewisse Popularität behalten. „Deitsch on frei woll'n mer sei“ ist laut einem Bericht des Mitteldeutschen Rundfunks bis heute die „heimliche Hymne des Erzgebirges“, wurde aber auch von der nationalistischen NPD bei Wahlkampfauftritten genutzt.<sup>510</sup> Im Erzgebirge und im Vogtland wurden zahlreiche Verkehrsflächen nach Günther benannt. Durch die Vertriebenenvertreter wurde die Erinnerung an Günther nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Westdeutschland wachgehalten. So sind in Westdeutschland sowie in Österreich ebenfalls Verkehrsflächen nach Günther benannt.

## Hebach, Konrad (1898–1980)

Direktor der Städtischen Bühnen Mainz, Heimatforscher

**Verkehrsfläche:** Kurt-Hebach-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 19. November 1981.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mainz-Kastel.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Konrad Hebach diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Konrad Hebach hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, SA, NSV, RDB, NSRL, Reichskriegerbund) angehört. Er war als Scharführer Funktionsträger in der SA und trat damit aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>511</sup>

Konrad (genannt Kurt) Hebach wurde am 2. September 1898 in Mainz-Kastel, das seit 1945 zu Wiesbaden gehört, geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Handelsschule absolvierte Hebach eine Ausbildung und war anschließend als kaufmännischer Angestellter tätig. Ab 1920 arbeitete er für die städtische Verwaltung in Mainz. Hebach war als Hilfskraft und Büroanwärter tätig. Nachdem er im Jahr 1923 die Verwaltungsprüfung abgelegt hatte, wurde er Beamtenanwärter. Nach seiner Verbeamtung war er ab 1925 in verschiedenen Ämtern der Kommunalverwaltung Mainz tätig. Sein Haupttätigkeitsort war das Schulamt.

Hebach war nach eigenen Aussagen praktizierender Katholik. Er war von 1927 bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei. Nach eigenen Angaben hat er für die Partei noch im Jahr 1933 Wahlkampf betrieben.<sup>512</sup> Des Weiteren war Hebach in den 1920er Jahren Mitglied des katholischen Männervereins Mainz-Kastel, der Ketteler Arbeitsgemeinschaft, des katholischen Kaufmanns-Vereins Mainz und des Caritasverbandes.<sup>513</sup>

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten trat Hebach 1933 in die SA ein und wurde Teil der SA-Reserve II von Mainz-Kastel. Hier bekleidete er den Rang eines Scharführers. In der Spruchkammerakte ist eine beglaubigte Abschrift einer Beurlaubung Hebachs durch die SA von Februar 1939 überliefert. Darin heißt es: „Der Scharführer Hebach wird mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres vom SA-Dienst beurlaubt. Hebach steht im Verdacht, die Interessen der SA geschädigt zu haben.“<sup>514</sup> 1946 führte Hebach als Begründung für diese Beurlaubung u. a. an:

„Man hat mir vorgeworfen, dass ich mich in gehässiger Weise über den SA-Sport und die sportliche Ausrichtung geäußert und als Sachbearbeiter bei der Städt. Schulverwaltung bei der Vergebung der städt. Turnhallen den Turn- u. Sportvereinen der SA gegenüber den Vorzug gegeben habe. Ich war dieserhalb mehreremale [sic!] zur SA-Führung und Kreisleitung in Mainz zur Vernehmung vorgeladen.“<sup>515</sup>

Am 18. Juni 1937 beantragte Hebach außerdem die Mitgliedschaft in der NSDAP und wurde rückwirkend zum 1. Mai 1937 in die Partei aufgenommen.<sup>516</sup>

Nach seinem Wehrdienst (1939–1945) und seiner Gefangenschaft (1945–1946) wurde Hebach zwischen 1946 und 1948 wegen seiner Parteimitgliedschaft aus „politischen Gründen“ suspendiert.<sup>517</sup>

In seinen Einlassungen gegenüber der Wiesbadener Spruchkammer relativierte Hebach seine Zugehörigkeiten zur SA und NSDAP und behauptete wahrheitswidrig<sup>518</sup>, „automatisch und ohne jedes eigene Zutun“<sup>519</sup> von der SA in die NSDAP überführt worden zu sein. Zudem bestritt Hebach, als SA-Scharführer tätig gewesen zu sein,<sup>520</sup> und gab an, enge Kontakt zu seinem jüdischen Zahnarzt unterhalten<sup>521</sup> sowie NS-kritische Briefe des Münsteraner Bischofs Clemens August von Galen in seinem Bekanntenkreis verteilt zu haben.<sup>522</sup>

Insgesamt legte Hebach der Spruchkammer Wiesbaden 17 Eidesstattliche Erklärungen und Bescheinigungen sowie eine Liste zusätzlicher 37 möglicher Zeugen vor, die sein vermeintlich schlechtes Verhältnis und seine Distanz zum NS-Regime belegen sollten. Der öffentliche Kläger beantragte schließlich, Hebach in die Gruppe 4 („Mitläufer“) einzustufen. Er begründete diese Entscheidung mit Hebachs beigebrachten und vorgetragenen Erklärungen.<sup>523</sup> Hebach wurde zu einem Sühnebetrag von 500 RM verurteilt.<sup>524</sup> Hebachs Spruchkammerverfahren wurde im April 1948 beendet.<sup>525</sup> Anschließend konnte er seinen Dienst bei der Stadt Mainz wieder aufnehmen.

Ab den späten 1940er Jahren war Konrad Hebach vor allem im kulturellen Bereich der Mainzer Stadtverwaltung tätig. Hebach stieg bis zum Direktor und Verwaltungsrat der Städtischen Bühnen auf. Somit war er für den Betrieb und das Programm der städtischen Theater zuständig und gehörte zu den wichtigsten Akteuren des Mainzer Kulturbetriebs.

Konrad Hebach war in der Nachkriegszeit auch als Heimatforscher tätig und wurde Ehrenvorsitzender der Gesellschaft für Heimatforschung und Kulturpflege.<sup>526</sup> Hebach war weiterhin stark in seiner Kirchengemeinde engagiert und arbeitete ehrenamtlich im Kasteler Krankenhausverein. Des Weiteren war er Ehrenmitglied der Turn- und Sportgemeinschaft Kastel und organisierte regionale, nationale und internationale Turnfeste.<sup>527</sup> Konrad Hebach starb am 31. Januar 1980 in Mainz.

## Köhler, Alban (1874–1947)

Arzt

**Verkehrsfläche:** Alban-Köhler-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 12. Mai 1961.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Bierstadt.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Alban Köhler diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Alban Köhler hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, SA, DAF, NSFK, NSRL, NSDÄB, NSDAP-Hauptamt für Volksgesundheit, NS-Altherrenbund, Kraft durch Freude und berufsbedingt der Reichsschrifttumskammer) angehört. Er war als Sanitätstruppführer Funktionsträger in der SA und im NSFK. Er setzte sich damit aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Auch hat er sich mit seiner Mitgliedschaft im „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ in einer völkisch-nationalistischen Gruppe betätigt. Alban Köhler übernahm eine Führung für SA-Männer durch die Ausstellung „Volk und Rasse“ und artikulierte dadurch öffentlich die nationalsozialistische Ideologie. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>528</sup>

Alban Köhler wurde am 1. März 1874 in Petsa bei Altenburg (Thüringen) als Sohn eines Landwirts geboren. Nach dem Besuch der Dorfschule Monstab wechselte Köhler zunächst an das Realgymnasium und später an das humanistische Gymnasium in Altenburg, welches er 1893 mit dem Abitur verließ. Anschließend studierte Köhler Medizin in Freiburg, Leipzig, Berlin und Erlangen. 1897 wurde er in Freiburg promoviert und bestand ein Jahr später das Staatsexamen.

Nach seinem Studium war Köhler 1898 Assistent des Pathologen Christian Schmorl in Dresden. Anschließend leistete er seinen Wehrdienst jeweils ein halbes Jahr in Freiburg und Dresden ab.<sup>529</sup> In Freiburg war Köhler beim Infanterie-Regiment 113 eingesetzt. In Dresden war er Unterstabsarzt beim Pionier-Bataillon 12.<sup>530</sup> Auch nach seinem Militärdienst blieb Köhler Reservist und wurde bis in den Rang eines Stabsarztes der Reserve befördert.<sup>531</sup>

Zwischen 1899 und 1902 war Köhler Assistenzarzt beim Chirurgen Friedrich Cramer am St. Josefs-Spital in Wiesbaden. 1902 ließ er sich mit einer eigenen Praxis in der Wiesbadener Paulinenstraße nieder. Köhler war der erste deutsche Mediziner, der sich Facharzt für Röntgenologie nannte.<sup>532</sup> Er gilt als Pionier der Radiologie. 1905 war er Mitbegründer der Deutschen Röntgengesellschaft, 1912 wurde er zu deren ersten Vorsitzenden gewählt.

Neben seiner Tätigkeit als Facharzt forschte Köhler in seiner Praxis. Er war nicht nur Diagnostiker, sondern nutzte Röntgenstrahlung auch zur Therapie. Hierfür entwickelte er Techniken, die eine Tiefenbestrahlung ermöglichten.<sup>533</sup> Seine Forschungsergebnisse publizierte er mit großem Erfolg. Insbesondere sein Buch „Grenzen des Normalen und Anfänge des Pathologischen im Röntgenbilde“ ist bis heute in 14 Auflagen erschienen und in viele Sprachen übersetzt worden.<sup>534</sup> 1913 verlieh ihm Herzog Ernst zu Sachsen für seine wissenschaftliche Arbeit den Professorentitel der medizinischen Fakultät der Universität Jena.

Während des Ersten Weltkrieges war er „vom ersten bis letzten Moment an den Reservelazaretten Wiesbadens als Röntgenarzt tätig“<sup>535</sup>. Im Oktober 1915 war Köhler zudem für einige Wochen als Radiologe im Großen Hauptquartier eingesetzt.

Nach dem Krieg nahm er seine Praxistätigkeit in Wiesbaden wieder auf.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten trat Köhler verschiedenen NS-Organisationen bei.<sup>536</sup> So war Köhler seit 1933 Mitglied des „Stahlhelms – Bund der Frontsoldaten“ und wechselte am 8. November 1933 in die SA.<sup>537</sup> In der SA nahm er das Amt eines Sanitätstruppführers ein. Er war auch Mitglied der DAF und des NSFK. Im NSFK hatte er ebenfalls das Amt eines Sanitätstruppführers inne.<sup>538</sup>

Alban Köhler beantragte am 9. Juni 1937 den Beitritt zur NSDAP und wurde am 1. März 1939 in die Partei aufgenommen. Zudem war Köhler zwischen 1938 und 1945 Mitglied des NS-Reichsbundes für Leibesübungen, der Organisation „Kraft durch Freude“, des NS-Altherrenbundes und des NS-Ärztebundes.

Aus einer Akte der Reichsschrifttumskammer geht zudem hervor, dass Köhler zumindest zeitweise Mitglied des NSDAP-Hauptamtes für Volksgesundheit war. Diese Ämter waren sowohl auf Reichs- als auch auf Gau- und Kreisebene angesiedelt. In Wiesbaden war das Amt im Landeshaus untergebracht. Die Ämter für Volksgesundheit wurden als „parteiämtliche Alternativstruktur“ zur „Aufwertung des öffentlichen Gesundheitsdienstes“ gegründet.<sup>539</sup>

„Spätestens im Herbst 1933 zeigte sich, daß die führenden NS-Ärztelfunktionäre mit der Aufwertung des öffentlichen Gesundheitsdienstes zum entscheidenden Aktionsfeld rassenhygienisch bestimmter Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik nicht einverstanden waren. Vielmehr versuchten sie, eine parteiämtliche Alternativstruktur aufzubauen, von der die eigentliche ‚Gesundheitsführung des deutschen Volkes‘ ausgehen sollte. In Hinblick auf die hohe Zahl von Ärzten und Zahnärzten, die Mitglieder von NS-Organisationen waren, konnte es auf den ersten Blick als aussichtsreich erscheinen, die Gesundheitsführung (mindestens die Gesundheitsförderung) aus der staatlichen Kompetenz herauszunehmen und direkt der ‚Bewegung‘ zu übertragen.“<sup>540</sup>

Die Ämter für Volksgesundheit verfügten über eine breite Basis. Die insgesamt 620 Ämter verfügten über ca. 30.000 Mitglieder. In der Verwaltungsstelle des Amtes Wiesbaden waren 107 Ärzte zugelassen.<sup>541</sup> Die Kernaufgabe der im Amt für Volksgesundheit registrierten Ärzte bestand in der Untersuchung der Parteikader auf Kreis- und Ortsebene. „Dabei kam den 1935 vom Hauptamt für Volksgesundheit eingeführten Gesundheitsstammbüchern eine zentrale Rolle zu. Sie waren entscheidende Ansatzpunkte für eine Gesundheitsführung und Erbpflege im Sinne rassenbiologischer Zielsetzungen.“<sup>542</sup>

Durch ein Mitgliedsverzeichnis des NSDAP-Hauptamtes für Volksgesundheit in Wiesbaden aus dem Dezember 1935 ist gesichert, dass Köhler für das Amt tätig war.<sup>543</sup> In dieser Funktion führte Köhler auch Gruppen durch die Ausstellung „Volk und Rasse“, die im Oktober 1936 in Wiesbaden gezeigt wurde. Köhler war für die Gruppenführungen der SA eingeteilt.

Im August 1938 meldete sich Alban Köhler mit 64 Jahren als Sanitätsoffizier der Reserve zum Militärdienst. Er reichte bei seiner Einberufung im November 1939 Empfehlungsschreiben von Kollegen ein. In einem Schreiben des Oberarztes Dr. Fritz heißt es u. a.: „Er [Köhler] ist ein lauterer Charakter, begeisterter Anhänger des 3. Reiches, hat noch in seinem hohen Alter Funktionen als Arzt bei

der S.A. übernommen.<sup>544</sup> Zum aktiven Dienst in der Wehrmacht kam es jedoch nicht, da Köhler „unabkömmlich“ gestellt wurde, weil er für die medizinische Versorgung der Zivilbevölkerung benötigt wurde.<sup>545</sup>

Nach dem Kriegsende 1945 versuchte Köhler in seinem Spruchkammerverfahren insbesondere, seine Mitgliedschaften in der SA und der NSDAP zu rechtfertigen. In einem Schreiben an die Spruchkammer begründete Köhler seine SA-Mitgliedschaft folgendermaßen:

„1937 oder 38 wurde im Kurhaus nach einem Vortrag eines jungen N.S. Arztes, der komisch wirkte, von einigen Kollegen u. mir verabredet, nicht der Partei beizutreten, sondern dem Stahlhelm, der damals als Gegenpol der NSDAP galt, wie dem auch sein dortiger Führer Buttersack [gemeint ist der Rechtsanwalt Hans Buttersack]<sup>546</sup> nach Dachau überführt wurde, wo er umgekommen ist. Aber kaum waren wir einige Monate im Stahlhelm, da wurden wir ungefragt der SA einverleibt.“<sup>547</sup>

Seine Mitgliedschaft in der NSDAP stellte der Radiologe nach dem Krieg als Zwangsmitgliedschaft dar, die er eingegangen sei, „um nicht brotlos zu werden“<sup>548</sup>. Er habe befürchtet, dass ihm ohne Parteimitgliedschaft keine Patienten mehr zugeteilt worden wären, eine Schutzbehauptung ohne jede Grundlage.<sup>549</sup> Köhlers Mitgliedschaft im NSDAP-Hauptamt für Volksgesundheit wurde im Spruchkammerverfahren nicht thematisiert. Die Spruchkammer reihte den Radiologen schließlich in die Gruppe 4 („Mitläufer“) ein und verurteilte ihn zu einer „Sühneleistung“ von 100 RM.<sup>550</sup> Alban Köhler starb am 26. Februar 1947 in Niederselters.

## Rieser, Georg (1900–1989)

Lehrer, Mundartdichter

**Verkehrsfläche:** Georg-Rieser-Straße, Benennung durch Magistratsbeschluss vom 23. Juli 1991.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Auringen.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Georg Rieser diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Georg Rieser hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, Reichsschrifttumskammer, NSLB, NSV) angehört. Er war als Blockleiter, Gemeinde-Gruppenführer und Schulungsbeauftragter niederrangiger Funktionsträger in der NSDAP und trat damit aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>551</sup>

Georg Rieser wurde am 11. Februar 1900 in Auringen, das 1977 nach Wiesbaden eingemeindet wurde, als Sohn des Gastwirts Karl Rieser und seiner Ehefrau Helene geboren. Von 1906 bis 1914 besuchte er die Volksschule in Auringen. Nach dem Schulabschluss ließ sich Rieser am Lehrerseminar der Präparandenanstalt Usingen zum Volksschullehrer ausbilden.

Riesers Lehrerausbildung wurde durch einen Kriegseinsatz 1918 unterbrochen. Im Jahr 1920 schloss Rieser seine Ausbildung mit dem Examen ab und war zunächst als Volksschullehrer in Nied am Rhein tätig. Es folgten sechs weitere Stationen an unterschiedlichen Volksschulen im heutigen Rhein-Main-Gebiet, bis Rieser Lehrer an der Volksschule seines Heimatortes Auringen wurde.<sup>552</sup> Hier lehrte er bis zu seiner Pensionierung 1965.

Neben seiner Tätigkeit als Volksschullehrer veröffentlichte Rieser 1928 und 1930 zwei Gedichtbände in nassauischer Mundart.<sup>553</sup> Insbesondere der Band mit

dem Titel „Dorch de Taunuswald maschiern Besatzungsdrubbe“ („Durch den Taunuswald marschieren Besatzungstruppen“) setzt sich mit der alliierten Besatzung durch die französische Armee nach Ende des Ersten Weltkrieges im Taunus auseinander. Teilweise wurden die Gedichte auch vom Ersten Weltkrieg selbst inspiriert. Dies wird besonders durch das Gedicht „Modder“ („Moder“ bzw. „Schlick“) deutlich, in dem Rieser auf das Leben der deutschen Frontsoldaten in den Schützengraben eingeht.<sup>554</sup> Antisemitische Tendenzen enthielten die Gedichte von Rieser nicht.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten trat Georg Rieser zum 1. Mai 1933 der NSDAP bei. In der Partei bekleidete er das Amt eines Blockleiters. Zusätzlich agierte Rieser als Schulungsbeauftragter und Gemeinde-Gruppenführer.<sup>555</sup> Weiterhin war Rieser Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und im NS-Lehrerbund. Im Dezember 1937 beantragte Rieser außerdem die Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer und wurde aufgenommen.<sup>556</sup>

Schulungsbeauftragte wurden in verschiedenen NS-Berufsverbänden wie dem NS-Lehrerbund, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und der Hitlerjugend benannt.<sup>557</sup> Die Aufgabe dieser Beauftragten war die „weltanschauliche Schulung“ der jeweiligen Verbandsmitglieder im Zuständigkeitsbereich. Der NSDAP-Gauleiter von Hessen-Nassau, Jakob Sprenger, betonte in einer Rede auf der Gauschulungstagung in Frankfurt am Main 1942 „die entscheidende Bedeutung der Schulungsarbeit auf dem Gebiet der geistig-seelischen Kriegsführung“<sup>558</sup>. Als Schulungsbeauftragter sei, so Sprenger, nur heranzuziehen, „wer selber den Höchstwerten des Nationalsozialismus mit eigenem Tun und Handeln gerecht werde“<sup>559</sup>. Mithin kann zumindest angenommen werden, dass Rieser als Blockleiter und Schulungsbeauftragter ein exponierter Nationalsozialist in der Gemeinde Auringen war.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Rieser nicht zum Kriegsdienst herangezogen, sondern war weiterhin als Lehrer in Auringen tätig. Nach dem Ende des Krieges wurde Georg Rieser von der Spruchkammer Bad Schwalbach im August 1947 in Gruppe 4 („Mitläufer“) eingestuft. Er erhielt ein zweijähriges Berufsverbot als Lehrer, das 1948 ausgesetzt wurde. Zudem musste er 2.000 RM an den Wiedergutmachungsfonds zahlen.<sup>560</sup> Rieser arbeitete weiter als Lehrer und veröffentlichte in den 1980er Jahren einen weiteren Gedichtband.<sup>561</sup> Er starb am 27. Oktober 1989 in Wiesbaden-Auringen.

## Schuricht, Carl (1880–1967)

Dirigent, Generalmusikdirektor, Ehrenbürger der Landeshauptstadt Wiesbaden (1957)

**Verkehrsfläche:** Verkehrsfläche: Carl-Schuricht-Straße, zunächst Neudorfer Straße (Benennung am 6. April 1893), seit 1937 Martinthaler Straße, Umbenennung durch Beschluss des Ältestenausschusses vom 2. August 1973.

**Einrichtung:** Im Kurhaus Wiesbaden erinnern der Salon „Carl Schuricht“ und ein Denkmal vor dem Christian-Zais-Saal an den Dirigenten; Ehrengrab.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Südost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Carl Schuricht diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Carl Schuricht hat berufsbedingt der Reichsmusikkammer angehört. Schuricht unterstützte durch ein Geburtstagskonzert zu Ehren Heinrich Himmlers in Stuttgart das NS-Regime immateriell und erlangte u. a. durch diesen Auftritt materielle Vorteile. Zugleich unterstützte Schuricht seine jüdische (Ex-)Frau finanziell und gab hierdurch eine tatsächliche Hilfeleistung für Personen, die vom NS-Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt worden sind. Aufgrund seiner Ehe mit einer Jüdin durfte Schuricht das Festkonzert zu Ehren Adolf Hitlers im Wiesbadener Kurhaus im Jahr 1935 nicht leiten.

### Biografische Skizze<sup>562</sup>

Carl Schuricht wurde am 3. Juli 1880 als Sohn des Orgelbauers und Organisten Carl Conrad Schuricht und dessen Ehefrau, der polnischen Pianistin und Oratoriensängerin Amanda Ludowika Alwine Schuricht, geborene Wusinowska, in Danzig geboren. Sein Vater starb drei Wochen vor seiner Geburt. Mit seiner Mutter zog er zuerst nach Berlin und später nach Wiesbaden. In Berlin besuchte Schuricht das Friedrichs-Realgymnasium, später in Wiesbaden das Königliche Realgymnasium.

Zwischen 1901 und 1903 absolvierte Schuricht ein Studium an der Musikhochschule Berlin, wo er Klavier bei Ernst Rudorff und Komposition bei Heinrich van Eyken belegte. Parallel zu seinen Studien war er zwischen 1901 und 1902 als Korrepetitor am Staatstheater Mainz tätig. Die folgenden Jahre waren für Schuricht von gesundheitlichen Schwierigkeiten geprägt, sodass er erst ab 1906 wieder eine Stelle als Dirigent an der Dortmunder Philharmonie annahm. In der Saison 1907/08 wurde er Operettenkapellmeister am Staatstheater Zwickau. Ein Jahr später wurde Schuricht als Dirigent des Kurorchesters Bad Kreuznach verpflichtet. Zwischen 1909 und 1912 übernahm er die Leitung des Rühl'schen Oratorienvereins in Frankfurt am Main.

Ab 1912 war Schuricht als Musikdirektor am Staatstheater in Wiesbaden tätig. 1922 wurde er dort zum Generalmusikdirektor ernannt, ein Amt, welches er bis 1944 innehatte. Schuricht setzte neben musikalischen „Klassikern“ auch moderne und zeitgenössische Komponisten auf den Wiesbadener Spielplan.

Im Zuge der „Gleichschaltung“ des Kulturlebens im „Dritten Reich“ ab 1933 wurde Schuricht Mitglied der Reichsmusikkammer. Weitere Mitgliedschaften in NS-Organisationen konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden. Neben seiner Tätigkeit in Wiesbaden leitete Schuricht in der Saison 1933/34 als erster Gastdirigent das Radio-Sinfonie-Orchester Frankfurt am Main.

In den 1930er Jahren feierte Schuricht einerseits künstlerische Erfolge im gleichgeschalteten Musikbetrieb des „Dritten Reiches“. So führten ihn Gastdirigate unter anderem zu den Wiener und zu den Berliner Philharmonikern. 1935 leitete er das Rundfunkorchester Stuttgart in einem Festkonzert der SS-Standarte 13 aus Anlass des Geburtstages von Reichsführer-SS Heinrich Himmler.<sup>563</sup> Schuricht beteiligte sich als Dirigent zudem zwischen 1933 und 1939 mehrfach an Konzerten zugunsten von „Kraft durch Freude“ und des Winterhilfswerks.

Andererseits geriet Schuricht in den 1930er Jahren mehrfach mit der NS-Propagandapolitik aneinander. So trennte sich Carl Schuricht im September 1933 von seiner dritten, „jüdischstämmigen“ Ehefrau, die dann ins Exil ging. Der Vorgang wurde unter anderem in einem Bericht des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda aus dem September 1933 aktenkundig:

„Schuricht hat in der Angelegenheit hier vorgesprochen und erklärt, dass er mit einer Nichtarierin verheiratet sei. Nach der nationalen Revolution in Deutschland sei ihm von befreundeter nationalsozialistischer Seite in Wiesbaden, wo er als Dirigent der ständigen städtischen Konzerte angestellt sei, privatim gesagt worden, es könnten ihm später wegen dieser Ehe Schwierig-

keiten erwachsen; er hätte diese Unterhaltung seiner Frau mitgeteilt, die darauf in übergrosser Opferbereitschaft verlangt hatte, dass er sich von ihr trennte. Tatsächlich hatte seine Frau ihn darauf verlassen und sei zu ihrer Mutter gezogen, worauf er die Scheidungsklage eingereicht hatte.“<sup>564</sup>

Offenbar vollzog Schuricht die Trennung zu seiner „nichtarischen“ Ehefrau jedoch nicht vollständig, was der NSDAP in Wiesbaden nicht verborgen blieb. Bei Beratungen über die Durchführung einer „Nordischen Musikwoche“ im Jahr 1935 ging NSDAP-Bürgermeister Felix Piékarski auf Schuricht ein:

„Man könne über Dr. Thierfelder [der Organisator der „Nordischen Musikwoche“] denken was man wolle; man könne ihn aber nicht jetzt beiseiteschieben und schließlich für ihn G[eneral-]M[usik-]D[irektor] Schuricht, der sich von Anfang an um diese Angelegenheit nicht gekümmert habe, herausstellen. Das Herausstellen von Schuricht sei überhaupt in Hinblick darauf, daß dieser mit einer Jüdin verheiratet sei eine fragliche Angelegenheit. So hätte man doch Schuricht auch nicht bei dem Konzert, das anlässlich der Anwesenheit des Führers im Kurhaus [am 22. März 1935] stattfand, dirigieren lassen.“<sup>565</sup>

Zu Meinungsverschiedenheiten kam es auch bezüglich der Zusammenarbeit Schurichts mit „nichtarischen“ deutschen Exilmusikern im Rahmen von Sommerkonzerten, die er seit 1930 in den Niederlanden gab. Die Reichstheaterkammer meldete dem Reispropagandaministerium im September 1939, dass „Schuricht [...] seit längeren Jahren ständig in Scheveningen (Holland) als Konzertdirigent verpflichtet“ sei.<sup>566</sup> In Bezug auf die Kooperation mit exilierten deutschen Musikern habe Schuricht mitgeteilt,

„dass er seit Jahren in Scheveningen darauf hingearbeitet habe, dass eine für Operaufführungen geeignete Bühne eingerichtet würde, um hier ein neues Tätigkeitsfeld für die deutsche Oper zu bekommen. Diesem Wunsche habe man nun jetzt entsprochen. [...] Schuricht wies mit Nachdruck darauf hin, dass, wenn er [...] wegen der Mitwirkung der beiden [...] Emigranten auf die Leitung der Aufführungen verzichten müsse, er entscheidenden Boden in Holland verlieren würde, da man dort nur darauf warte, dass es zu einem ‚Kultur-Eklat‘ komme.“<sup>567</sup>

Schuricht trat auch während des Zweiten Weltkrieges im nunmehr deutsch besetzten Ausland auf, so beispielsweise in Paris und weiter auch im niederländischen Scheveningen.<sup>568</sup> Für seinen propagandistischen Einsatz erhielt Schuricht

1944 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter. Im Sommer 1944 wurde er zudem in die sogenannte Gottbegnadeten-Liste des Propagandaministeriums aufgenommen.<sup>569</sup>

1943 und 1944 war Schuricht erster Gastdirigent bei den Dresdner Philharmonikern, deren musikalischer Leiter er am 1. Oktober 1944 wurde. Aufgrund der Kriegseignisse wurde die Aufrechterhaltung eines Spielbetriebs immer schwieriger. Ende 1944 verließ Schuricht Deutschland und emigrierte in die Schweiz. Der schweizerische Musikhistoriker Pierre Gorjat führt die Ausreise in die Schweiz auf den erhöhten Druck bezüglich der Unterstützung seiner dritten Ehefrau zurück. Quellenbelege hierfür gibt der Autor allerdings nicht.<sup>570</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war Schuricht vorwiegend als Gastdirigent von hochrangigen Orchestern wie den Wiener Philharmonikern, dem Sinfonieorchester des Bayerischen Rundfunks oder des London Symphony Orchestra tätig.<sup>571</sup> Im Laufe seiner Nachkriegskarriere erhielt Schuricht zahlreiche Auszeichnungen, darunter 1955 die Goethe-Medaille des Landes Hessen und 1960 die Ehrenmitgliedschaft der Wiener Philharmoniker. 1953 wurde er zum Ehrenbürger der Landeshauptstadt Wiesbaden ernannt und erhielt das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.<sup>572</sup> Carl Schuricht starb am 7. Januar 1967 in Corseaux-sur-Vevay in der Schweiz. 2011 erhielt er ein Ehrengrab in Wiesbaden.

## Sporkhorst, Eduard (1879–1951)

Beamter, Bürgermeister von Dotzheim

**Verkehrsfläche:** Sporkhorststraße, zuvor Hans-Böckler-Straße, umbenannt durch StVV-Beschluss vom 23. Februar 1967.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Dotzheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Eduard Sporkhorst diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Eduard Sporkhorst hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, NSV, RLSB, NSRL, RDB) bzw. nationalsozialistisch gleichgeschalteten Organisationen (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) angehört. Sporkhorst machte in einem politischen Prozess gegen mehrere Sozialdemokraten eine Falschaussage und war somit an der Verurteilung dieser Personen aktiv beteiligt. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>573</sup>

Eduard Sporkhorst wurde am 18. März 1879 in Kettwig vor der Brücke (heute Essen-Kettwig) geboren. Nach dem Besuch der Volksschule begann er 1893 eine Verwaltungslehre in seinem Geburtsort. Es folgte der kontinuierliche berufliche Aufstieg bis in das Bürgermeisteramt von Dotzheim.

Nach der Eingemeindung Dotzheims durch die Stadt Wiesbaden im Jahr 1928 blieb Sporkhorst zunächst Leiter der Verwaltungsstelle Dotzheim und übernahm anschließend für ein Jahr die Geschäftsführung der städtischen Miethaus GmbH. Es folgten Stationen als Amtsvorstand für Landwirtschaft, Forsten, Marktverwaltung und Feldpolizei sowie als Leiter des Besatzungs- und Kriegsschädenamtes.

Sporkhorst setzte seine Karriere auch nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 fort. Sein Verhältnis zur NSDAP war jedoch nicht spannungs-

frei. Sporkhorst trat am 1. Mai 1933 der NSDAP bei. Zudem ist in seiner Personalakte dokumentiert, dass er sich als „gottgläubig“ bezeichnete, mithin die von den Nationalsozialisten präferierte religiöse Identifikationsformel wählte.<sup>574</sup> Laut einer Meldung der NSDAP-Gauleitung Hessen-Nassau an die NSDAP-Reichsleitung wurde Sporkhorst jedoch im Oktober 1934 wieder aus der Partei ausgeschlossen. Ein Grund für diesen Parteiausschluss ist nicht überliefert.<sup>575</sup> Inwiefern Beschwerden über Sporkhorsts dienstliches Verhalten gegenüber Nationalsozialisten eine Rolle spielte, muss unklar bleiben. In jedem Fall kam es zu Beschwerden über Sporkhorsts Verhalten im Dienst.<sup>576</sup> Auch geriet er wohl in Konflikt mit einem Mitglied des Aufsichtsrates der Städtischen Miethaus GmbH bezüglich der Zuweisung von billigem Wohnraum an Alte Kämpfer der NSDAP.<sup>577</sup>

Sporkhorst wurde von der Stadt Wiesbaden auch nach seiner Pensionierung im Jahr 1936 beschäftigt. So übernahm er die Leitung des Büros für Wehrmichtsangelegenheiten. Er galt als Verwaltungsfachmann und hatte sich aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit für die Stadt das Vertrauen von NSDAP-Oberbürgermeister Erich Mix erworben, der ihm 1939 eine Vollmacht und Weisungsbefugnis für seinen Aufgabenbereich ausstellte.<sup>578</sup>

Eine unrühmliche Rolle spielte Sporkhorst bei einem Gerichtsverfahren gegen ehemalige Mitglieder der Dotzheimer SPD-Ortsgruppe vor dem politischen Senat des Oberlandesgerichts Kassel am 10. Februar 1941.<sup>579</sup> Eduard Sporkhorst, der als ehemaliger Bürgermeister als Zeuge geladen war, behauptete vor Gericht, dass einer der Angeklagten, der ehemalige SPD-Stadtverordnete Albert Müller, Kommunist gewesen sei und gegen die Nationalsozialisten gearbeitet habe.<sup>580</sup>

Im Laufe des Prozesses sah es das Gericht u. a. aufgrund der Einlassungen von Sporkhorst als erwiesen an, „dass sämtliche Angeklagte ausgesprochene Marxisten gewesen und es auch geblieben“<sup>581</sup> seien. Die Angeklagten wurden zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Obwohl die Verurteilten selbst nach dem Krieg davon ausgingen, dass es sich bei dem OLG-Prozess 1941 um einen Schauprozess gehandelt hatte und damit Sporkhorsts Aussage für die Urteilsfindung zweitrangig war,<sup>582</sup> bleibt offensichtlich, dass der ehemalige Bürgermeister die Angeklagten bewusst in die Nähe der KPD rückte und dem Gericht damit argumentative Schützenhilfe leistete. Als nach dem Krieg die ehemaligen Verurteilten den Wiesbadener Oberbürgermeister auf Sporkhorsts Verhalten im Prozess hinwiesen, rechtfertigte und relativierte dieser sein Verhalten von 1941.<sup>583</sup> Er bestritt in diesem Zusammenhang auch, unmittelbar nach der „Machtergreifung“

der Nationalsozialisten einen Beitrittsantrag zur NSDAP gestellt zu haben.<sup>584</sup> Eine durch das Rechtsamt der Stadt Wiesbaden eingeleitete Untersuchung gegen Sporkhorst blieb folgenlos.<sup>585</sup>

Offensichtlich setzte Sporkhorst seine Tätigkeit nach der amerikanischen Besetzung als Teil der deutschen Notverwaltung von Wiesbaden fort. Als Verwaltungsfachmann leitete er das Amt für Kriegsschäden. Im November 1945 musste Sporkhorst allerdings seinen Posten auf Anweisung der amerikanischen Besatzungstruppen räumen, nachdem in einer amerikanischen Zeitung ein Bericht erschienen war, der ein zu nachsichtiges Verhalten der US-Militärregierung gegenüber den Deutschen bemängelte und u. a. über Eduard Sporkhorst berichtet hatte, der angeblich Möbel für Kriegsgeschädigte bevorzugt an ehemalige Nationalsozialisten verteilt habe.<sup>586</sup>

Sporkhorsts Fähigkeiten als erfahrener Verwaltungsbeamter waren für die Stadtverwaltung aber offenbar so wichtig, dass Oberbürgermeister Krücke noch im November 1945 die Wiedereinstellung seines Beamten beantragte, die im Februar 1946 von den Amerikanern auch genehmigt wurde.<sup>587</sup> Entnazifiziert wurde Sporkhorst hingegen endgültig erst am 17. November 1949 in Gruppe 4 („Mittäufer“). Ein von ihm beantragtes Berufungsverfahren wurde nicht mehr verhandelt.<sup>588</sup> Eduard Sporkhorst blieb bis 1950 Leiter des Besatzungs-, Besatzungskosten- und Kriegsschädenamtes der Stadt Wiesbaden. Er starb am 28. Juni 1951 in Wiesbaden.

## Wittgen, Wilhelm (1868–1943)

Lehrer, Schriftsteller

**Verkehrsfläche:** Wittgenweg, Benennung durch StVV-Beschluss vom 23. Mai 1951 nach den Brüdern Wittgen.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Sonnenberg.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Wilhelm Wittgen diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Wilhelm Wittgen hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, Reichsschrifttumskammer, NSLB) angehört. Aufgrund seiner Tätigkeit als Herausgeber des „Nassauischen Allgemeinen Landeskaltenders“ war Wittgen für mehrere Artikel verantwortlich, die Adolf Hitler und das NS-Regime verherrlichten. Mindestens einen dieser Artikel verfasste Wittgen selbst. Hierdurch gab er ein wahrnehmbares Bekenntnis zum Nationalsozialismus ab und artikulierte öffentlich nationalsozialistische Ideologie. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>589</sup>

Wilhelm Wittgen wurde am 16. Oktober 1868 als Sohn des Landwirts Georg Wittgen in Weyer im Oberlahnkreis geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Weyer wechselte Wittgen an die Präparandenanstalt und anschließend an das Lehrerseminar in Usingen, das er 1889 mit dem Bestehen der ersten Lehrprüfung abschloss. Nach seinem Militärdienst trat Wilhelm Wittgen eine Stelle als Lehrer an der Volksschule in Heringen im Kreis Limburg an. Hier absolvierte er seine zweite Lehrprüfung.

1893 wechselte Wittgen an die Volksschule im pfälzischen Holzappel. 1898 beantragte er schließlich seine Versetzung nach Wiesbaden, wo bereits sein Bruder Philipp als Lehrer tätig war.<sup>590</sup> Wilhelm Wittgen erhielt eine Stelle an der

Volksschule an der Lehrstraße, an der er am 1. Januar 1923 zum Konrektor ernannt wurde.<sup>591</sup> Diese Stelle bekleidete er bis zu seiner Pensionierung 1930.

Neben seiner Tätigkeit als Volksschullehrer war Wittgen Autor und Publizist. Er veröffentlichte eine Vielzahl von Erzählungen über die Geschichte und Gegenwart Nassaus. Seine Schriften erschienen unter anderem in verschiedenen regionalen Zeitungen. Die stets heimatbezogenen Texte hatten nationalistische Untertöne, antisemitische Tendenzen wiesen sie hingegen nicht auf.<sup>592</sup>

Wittgen übernahm ab 1901 die Herausgeberschaft des „Nassauischen Allgemeinen Landeskaltenders“ und nach dem Tod des Wiesbadener Stadtarchivdirektors Christian Spielmann ebenfalls die Herausgabe der Zeitschrift „Nassovia“.<sup>593</sup>

Die NS-Bewegung und die „Machtergreifung“ Hitlers begrüßte Wittgen. Er trat am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Seit 1938 war er zudem Mitglied der Reichsschrifttumskammer. Der pensionierte Lehrer wurde außerdem Mitglied des NS-Lehrerbundes.<sup>594</sup> Auch in seiner publizistischen Tätigkeit schlug sich eine positive Einstellung zum Nationalsozialismus punktuell nieder.

Im Kern war der jährlich erscheinende „Nassauische Allgemeine Landeskaltender“ ein Medium für Erzählungen und historische Abhandlungen. Gleichwohl enthielt er in der NS-Zeit in mehreren Jahresausgaben Editorialbeiträge mit dem Titel „Heil Hitler“, die aus Bekenntnissen zu Hitler und der NS-Bewegung bestanden. In der Ausgabe des Jahres 1938 war der Beitrag mit dem Kürzel „W.W.“ gezeichnet. Sein Autor Wilhelm Wittgen gab folgende Ehrbekundung für den „Führer“ ab:

„Heil Hitler! Mit diesem Grusse legt das deutsche Volk seit vier Jahren sein Bekenntnis ab zu dem Manne, der uns aus Not und Trübsal errettet, den uns Gott geschenkt in schweren Tagen [...]. Und dann hat unser Führer die Arbeitslosigkeit beseitigt [...]. Den Arbeiter stellte er in die Reihe der geachteten Menschen [...]. Eifrig ist Adolf Hitler bemüht, ihn aus Hinterhaus und Dachgeschoß zu befreien, ihm ein eigenes Heim zu bauen, in dem er sich mit Weib und Kind im Umgange mit seiner Natur seines Lebens freut. [...] Dem deutschen Bauern werden seine Erzeugnisse dem Wert entsprechend bezahlt; nicht braucht er zu fürchten, daß ein Wucherer die Preise drückt. [...] Unvergeßlich wird es sein, daß er die Brüder an der Saar befreit und sie zum Herzen von Mutter Germania zurückgebracht. Der deutsche Soldat steht seit März 1936 wieder im Rheinland und hält treue Wacht, nachdem ein Jahr zuvor die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, und es kein Feind wagen wird uns anzugreifen. Der ganzen Welt ist Adolf Hitler dadurch zum Retter

geworden, denn eine schützende Mauer ist ausgeführt gegen den Bolschewismus, der von Osten und Westen her droht. [...] Es ist eine Lust zu leben, auch für uns Alten, die die Schmach zähneknirschend erduldeten, die sahen, wie fremde Völker unsere Saaten zertraten und den deutschen Namen lästerten. [...] An einen solchen Aufstieg hat niemand geglaubt. Es ist zur Wahrheit geworden, und der Mann, der es in Gottes Auftrag geschafft hat, ist Adolf Hitler. Darum entbieten wir ihm aus vollem Herzen Dank und Gruß und bitten den Allmächtigen, er möge auch ferner mit ihm sein. Heil Hitler!<sup>595</sup>

Neben seiner publizistischen Tätigkeit engagierte sich Wittgen in der 1903 geschaffenen Wiesbadener Baugenossenschaft Eigenheim eGmbH.<sup>596</sup> Dieser Bauverein erwarb in Wiesbaden-Sonnenberg Bauplätze, um Wohnraum für Beamte, Offiziere und Kaufleute zu schaffen. Aus dieser Initiative entwickelte sich durch Erweiterung der Siedlung der Stadtteil Eigenheim.<sup>597</sup> Wittgen starb in Wiesbaden am 15. Januar 1943.

## Zuse, Konrad (1910–1995)

Ingenieur, Unternehmer

**Verkehrsfläche:** Konrad-Zuse-Straße, Benennung durch Magistratsbeschluss vom 4. Februar 2003.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Nordenstadt.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Konrad Zuse diskussionswürdig ist, das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei einer Beibehaltung der Namensgeberschaft gleichwohl nicht beschädigt würde. Es wird keine abschließende Umbenennungsempfehlung abgegeben.

**Zur Begründung:** Konrad Zuse berührt keines der zugrunde liegenden Kriterien des Kriterienkatalogs der Historischen Fachkommission. Aufgrund Zuses Tätigkeit in der deutschen Rüstungsindustrie empfiehlt die Historische Fachkommission aber eine ausführliche Kontextualisierung.

### Biografische Skizze<sup>598</sup>

Konrad Zuse wurde am 22. Juni 1910 in Wilmersdorf (heute Berlin-Wilmersdorf) als Sohn eines Postbeamten geboren. Zuse legte 1928 sein Abitur am Reformgymnasium von Hoyerswerda in der Oberlausitz ab. Im gleichen Jahr nahm Zuse ein Maschinenbaustudium an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg auf, wechselte in der Folge in das Fach Architektur und schloss sein Studium 1935 mit einem Diplom in Bauingenieurwesen ab.

Nach Abschluss seines Studiums nahm Zuse eine Stelle als Statiker bei den Henschel Flugzeugwerken an,<sup>599</sup> „wo er aufwendige Rechenarbeiten für die Konstruktion von Tragwerken plante und ausführte“<sup>600</sup>. Im Mai 1936 kündigte Zuse seine Anstellung und war in der Folge als freier Konstrukteur tätig. In dieser Zeit entwickelte er mit finanzieller Hilfe seiner Familie einen programmgesteuerten Rechenautomaten. 1938 stellte Zuse sein erstes Versuchsmodell 1, das später als Z1 bezeichnet wurde, fertig. „Der Prototyp war der erste frei programmierbare und programmgesteuerte Computer der Welt. Die Maschine rechnete vollautomatisch im binären Zahlensystem und mit Gleitkommazahlen.“<sup>601</sup> Der Rechner

wurde mechanisch betrieben und war aus diesem Grund fehleranfällig. Zuse entwickelte daher einen zweiten Prototyp, Z2, basiert auf elektromechanischen Relais.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Zuse zum Militärdienst eingezogen. Durch die Hilfe von Freunden erhielt er im März 1940 erneut eine Anstellung als Statiker bei den Henschel Flugzeugwerken. Zuse wurde Chef des Bereichs Statik in der von Herbert A. Wagner geleiteten Entwicklungsabteilung und erhielt den Status „unabkömmlich“. Die Entwicklungsabteilung von Henschel entwickelte in dieser Zeit die ferngesteuerten Flugbomben Henschel 293 und Henschel 294. Konrad Zuse entwarf im Rahmen dieser Projekte auf eigene Initiative „zwei fest programmierte Rechenaggregate, die aus Messungen der aerodynamischen Oberflächen Korrekturwerte für Leitwerke berechnen konnten“<sup>602</sup>. Bekannt wurden diese Rechner unter den Namen S1 und S2. Die Gleitbombe Henschel 293 wurde ab Sommer 1943 vor allem gegen Schiffe im Mittelmeer militärisch erfolgreich eingesetzt.

Daneben arbeitete Zuse an einem neuen Modell seiner Rechenmaschine. Zuvor hatte er den Rechner Z2 erfolgreich bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL) vorführen können. Die DVL entschied sich daraufhin, Zuses neue Maschine mit 20.000 RM mitzufinanzieren.<sup>603</sup>

„Die in der DVL laufenden Forschungsarbeiten zum ‚Flattereffekt‘ bei Flugzeugen erforderten umfangreiche numerische Rechnungen, wobei die Anwendung von Zuses Rechenautomat neue Erkenntnisse versprach. So baute er sein Versuchsmodell in der Wohnung zum heute als Z3 bekannten dritten Modell aus, das er am 12. Mai 1941 einem kleinen Kreis von Wissenschaftlern mit einigen längeren Rechnungen erfolgreich vorführen konnte.“<sup>604</sup>

Der Z3 wurde nie praktisch genutzt, sondern verblieb zu Vorführungszwecken in Zuses Wohnung und wurde 1943 bei einem Luftangriff zerstört.

Die DVL stellte Konrad Zuse im Dezember 1941 einen weiteren Kredit in Höhe von 50.000 RM zur Verfügung. Mit diesem Budget sollte eine voll einsatzbereite automatische Rechenmaschine gebaut werden. Im gleichen Jahr gründete Zuse eine eigene Firma mit dem Namen „Dipl.-Ing. K. Zuse Ingenieurbüro und Apparatebau“. Sein Unternehmen wurde im November 1944 als Wehrwirtschaftsbetrieb anerkannt.<sup>605</sup> Insgesamt wurden Zuses Forschungen und Erfindungen „mit 250.000 bis 300.000 Reichsmark aus diversen Rüstungskassen bezuschusst“<sup>606</sup>.

Im Zuge des Entwicklungsaufwands und des immer schwierigeren Kriegsverlaufs erging im Juli 1943 ein Kriegsauftrag des Luftfahrtministeriums mit höchster Dringlichkeit an Zuse. Der Auftrag sah vor, „mit der Entwicklung und Herstellung eines Rechengerätes zur Durchführung algebraischer Rechnungen‘ zu beginnen“<sup>607</sup>. Zuses Maschine sollte den Henschel-Werken zur Verfügung gestellt werden, wobei ein Teil der Nutzung zur Weiterentwicklung des Gerätes auch bei Zuses Firma liegen sollte.

Das Reichsrüstungsministerium unter Minister Albert Speer übernahm im Zuge der Umstellung auf die „totale Kriegswirtschaft“ 1944 die Weisungsbefugnis über die Flugzeugherstellung. Zuses Rechenautomatensystem unterstand in der Folge auch den Anweisungen des Rüstungsministeriums:

„Im August und November 1944 erteilte das Luftfahrtministerium weitere Kriegsaufträge. Der im Bau befindliche Rechenautomat sollte um ein zweites Speicherwerk erweitert und durch ein als ‚Planfertigungsgerät‘ bezeichnetes Zusatzgerät ‚zur Vereinfachung der Eingabe des Rechenschemas‘ ergänzt werden.“<sup>608</sup>

Das Kriegsende verhinderte allerdings die Fertigstellung des als Z4 bezeichneten Projekts.

Eine Notiz in Zuses Nachlass belegt Überlegungen zur alternativen Nutzung seiner Rechenmaschinen im Bereich der Eugenik und Rassenlehre:

„Verwandtschaftslehre[:] Ist die Liste sämtlicher Einwohner eines Gebiets gegeben und ihre ursprünglichen Verwandtschaftsbeziehungen (verheiratet mit Kind von...), so muss es möglich sein, aus dieser Liste die Verwandtschaftsbeziehungen von zwei beliebigen Menschen A, B zu berechnen, falls diese überhaupt besteht. Praktische Bedeutung: Systematische Rassenforschung, Ahnenforschung, Unterlage für Vererbungslehre. Hierzu Registrierung von bestimmten, charakteristischen, eindeutig bestimmbar Eigenschaften, z.B. Erbkrankheiten (Bluter).“<sup>609</sup>

Auch wenn seine Maschinen in diesen Bereichen nicht eingesetzt wurden, zeigen seine Überlegungen doch, dass Zuse durchaus in den Forschungsprioritäten des „Dritten Reiches“ dachte und in Betracht zog, nationalsozialistische Ideologie mit seinen technischen Innovationen zu unterstützen. Ein Brief Zuses an seine Eltern aus dem November 1945 zeigt, dass er auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges noch vom nationalsozialistischen Gedankengut durchdrungen war.

„Zuse erläutert im Brief, er habe Göttingen verlassen, ‚da wir immer noch an ein Wunder glaubten‘. Falls man sich den anrückenden amerikanischen Truppen ergeben hätte, wären er und seine Mitarbeiter sich als ‚Deserteure‘ vorgekommen. Und weiter: ‚Ich rief meine Leute zusammen und erklärte ihnen, dass wir eine Fahrt ins völlig Ungewisse vor uns hätten, wir entweder die Möglichkeit hätten, hier in diesem Dorf [= Kathlenburg] uns dem Feinde zu ergeben, oder mit unbekanntem Ziel bis zum Letzten auf unserem Posten zu stehen. Wir wählten gemeinsam den letzten Weg.‘ Die Beurteilung der französischen Besatzungstruppen, die er als eine ‚Horde wilder Marokkaner‘ bezeichnete, zeigt ebenfalls, dass Zuse auch in der Nachkriegszeit gedanklich und sprachlich noch stark von der nationalsozialistischen Propaganda, deren Durchhalteparolen und von dem Gedanken an den ‚Endsieg‘ durchdrungen war.“<sup>610</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde gegen Zuse kein Spruchkammerverfahren eröffnet. Im Jahr 1949 verkaufte er seinen Z4-Rechner an das Institut für Angewandte Mathematik der ETH Zürich. Durch diesen Verkauf konnte er erneut als Unternehmer tätig werden und die Zuse KG gründen. Zwischen 1950 und 1964 entwickelte er zwar zahlreiche elektronische Rechner, allerdings stiegen hierbei die Produktionskosten so stark, dass sein Unternehmen hoch verschuldet war. 1964 übernahm die Firma Brown Boveri und Cie (BBC) hundert Prozent der Kapitalanteile. Drei Jahre später kaufte Siemens die Zuse KG auf.<sup>611</sup>

Nachdem Zuse 1967 mit 57 Jahren aus der Zuse KG ausgeschieden war, widmete er sich verstärkt der Kunst und war als Maler aktiv. Er erhielt zahlreiche Ehrungen und Preise, darunter 1984 den Bayerischen Maximiliansorden und 1995 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband. Konrad Zuse starb am 18. Dezember 1995 in Hünfeld.



4

## Weitere untersuchte Biografien

## Albert, Karl (1893–1969)

Maurer, Bürgermeister von Breckenheim

**Verkehrsfläche:** Karl-Albert-Straße, zuvor Gartenstraße und Wildsächser Straße, im Zuge der Eingemeindung Umbenennung in Bgm.-Albert-Straße nicht wirksam geworden, stattdessen umbenannt in Karl-Albert-Straße durch Beschluss der Gemeindevertretung vom 21. September 1976 zum 1. Januar 1977.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Breckenheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Karl Albert das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Karl Albert hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (DAF, RLSB, NS-Kriegerbund) angehört. Ein sonstiges aktivistisches Verhalten oder eine über die Mitgliedschaft in NS-Organisationen hinausgehende ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>612</sup>

Karl Albert wurde am 29. Oktober 1893 in Breckenheim geboren. Über seinen Lebenslauf liegen nur sehr wenige gesicherte Informationen vor. Laut seinem nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge des Spruchkammerverfahrens ausgefüllten Meldebogen war Albert gelernter Maurer und arbeitete bei der Firma Hammel & Westenberger.

Albert war nach eigenen Angaben während der NS-Zeit Mitglied der Deutschen Arbeitsfront, des NS-Kriegerbundes und des Reichsluftschutzbundes.<sup>613</sup>

Von 1946 bis 1960 war Karl Albert Bürgermeister seines Heimatortes Breckenheim. Karl Albert verstarb am 23. Januar 1969 in Wiesbaden-Breckenheim. Im Zuge der Eingemeindung Breckenheims durch die Landeshauptstadt Wiesbaden wurde die Gartenstraße, in der Albert gemeldet gewesen war, in Karl-Albert-Straße umbenannt.

## Bausch, Wilhelm (1879–1960)

Maurer

**Verkehrsfläche:** Wilhelm-Bausch-Hütte, südöstlicher Fuß des Kellerskopfs.  
**Zuständiger Ortsbeirat:** Naurod.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Wilhelm Bausch das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>614</sup>

Wilhelm Bausch wurde am 29. April 1879 in Naurod, das 1977 nach Wiesbaden eingemeindet wurde, geboren. Über seinen Lebensweg gibt es nur sehr wenige gesicherte Informationen. Bausch war gelernter Maurer und Mitbegründer des Vereins Naturfreunde Naurod im Jahr 1927. Die Mitglieder dieses Vereins waren zumeist ortsansässige Handwerker und arbeiteten in ihrer Freizeit an der Verschönerung und Gestaltung ihres Heimatortes. Bausch war maßgeblich am Bau einer 1934 errichteten Schutzhütte auf einem Nauroder Erbsenacker beteiligt. Mitgliedschaften Bauschs in NS-Organisationen sind ebenso wenig belegt wie ein sonstiges aktivistisches Verhalten in der Zeit des Nationalsozialismus. Wilhelm Bausch starb am 12. April 1960.

Die u. a. von Bausch errichtete Schutzhütte wurde nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch amerikanische Soldaten zerstört und erst in den 1970er Jahren erneut errichtet. Der Standort der Hütte wurde dabei allerdings an den Kellerskopf verlegt. Aufgrund des großen Engagements beim Bau der ersten Schutzhütte wurde die neue Hütte nach Wilhelm Bausch benannt.<sup>615</sup>

## Böhm, Karl (1878–1963)

Einzelhandelskaufmann und Kommunalpolitiker, Stadtältester von Wiesbaden

**Verkehrsfläche:** Karl-Böhm-Straße, zuvor Weiherweg, umbenannt durch StVV-Beschluss vom 3. Dezember 1964.

**Einrichtung:** Ehrengrab.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Nordost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Karl Böhm das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Karl Böhm wurde 1933 Mitglied des Wiesbadener Magistrats. Er wurde 1935 durch die Nationalsozialisten seines Amtes enthoben. Böhm erlitt hierdurch selbst eine Schädigung. Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>616</sup>

Karl Böhm wurde am 7. November 1878 in Aalen (Württemberg) geboren. Sein Lebensweg ist nur lückenhaft rekonstruierbar. Böhm zog 1901 nach Wiesbaden und übernahm 1906 die Porzellanwarenhandlung Julius Mollath. Zuvor hatte er in die Familie Mollath eingeheiratet.

Böhm nahm am Ersten Weltkrieg teil und wurde schwer verwundet. Im Mai 1916 kehrte er nach Wiesbaden zurück. Nach Ende des Ersten Weltkrieges wurde Böhm in der Zentrumsparlei aktiv. In den 1930er Jahren war er bis zur Auflösung des Zentrums 1933 Kreisvorsitzender seiner Partei. Noch 1933 wurde Böhm Mitglied des Wiesbadener Magistrats. Im Jahr 1935 wurde er seines Amtes enthoben, weil er sich weigerte, der NSDAP beizutreten.

Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ war Karl Böhm Mitglied des Aufbauausschusses und eines der Gründungsmitglieder der Wiesbadener CDU. Er war bis 1953 Kreisvorsitzender seiner Partei. Von 1946 bis 1956 war Böhm erneut Mitglied des Wiesbadener Magistrats.

Neben seiner politischen Tätigkeit war Karl Böhm von 1918 bis 1936 Vorsitzender des Katholischen Kaufmännischen Vereins Wiesbaden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auf seine Initiative hin der Einzelhandelsverband Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus gegründet.

Für seine tragende Rolle beim wirtschaftlichen Aufbau Wiesbadens wurde Karl Böhm das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Wiesbadener Magistrat wurde er 1956 mit dem Ehrentitel „Stadtältester“ ausgezeichnet.

Nach seinem Tod am 30. November 1963 in Wiesbaden erhielt Böhm auf dem Wiesbadener Nordfriedhof ein Ehrengrab.<sup>617</sup>

## Drebert, Karl (1896–1972)

Lehrer und hauptamtlicher Stadtrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

**Verkehrsfläche:** Karl-Drebert-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 10. Oktober 1974.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Erbenheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Karl Drebert das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Karl Drebert hat dem NS-Lehrerbund und der NSV angehört. Er wurde nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten aus dem Schuldienst entlassen und erlitt hierdurch selbst eine Schädigung. Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>618</sup>

Karl Drebert wurde am 14. November 1896 in Frankfurt am Main geboren. Von 1903 bis 1911 besuchte er die Volksschule in seiner Geburtsstadt. Anschließend ließ sich Drebert zwischen 1912 und 1916 in der Präparandenanstalt Usingen zum Volksschullehrer ausbilden.

Ab 1916 nahm er am Ersten Weltkrieg teil und wurde während seiner Militärzeit mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, dem Frontkämpferehrenkreuz und dem Treuedienst-Ehrenzeichen ausgezeichnet.<sup>619</sup> Nach Ende des Ersten Weltkrieges besuchte Drebert das Lehrerseminar in Frankenberg und bestand 1919 die erste Lehrprüfung.

Ab 1920 war er als Lehrer in Schierstein tätig und bestand 1923 die zweite Lehrprüfung. 1932 wurde Drebert zum Direktor der Volksschule Erbenheim ernannt. Seine Ernennung stieß aufgrund seiner SPD-Mitgliedschaft und des Eingreifens der Bezirksregierung auf lokalen Widerstand. In Erbenheim setzten sich mehrere Verbände und Organisationen gegen eine Ernennung Dreberts ein, darunter der Bezirksverein Erbenheim, die Ortsbauernschaft, der Handwerker- und Gewerbeverein und der Haus- und Grundbesitzerverein Erbenheim. Auch

der Elternbeirat der Schule protestierte gegen die Ernennung.<sup>620</sup> In dem Schreiben wurde besonders kritisiert, dass „die Ernennung des Erbenheimer Rektors wiederum durch die Regierung erfolgt [ist], obwohl bereits die vorhergehende Besetzung durch die Regierung und auch damals gegen den Willen und die Wünsche der Bevölkerung erfolgt ist“<sup>621</sup>. Die Besetzung sei insbesondere aus politischen Interessen erfolgt, weil Karl Drebert SPD-Mitglied sei. Hierzu führte das Protestschreiben aus:

„[D]er sozialdemokratische Regierungsvertreter [...] [hat] von vornherein nur die drei sozialdemokratischen Bewerber besucht[.] Gerade dieses Vorgehen hat schärfste Missbilligung in der Bevölkerung hervorgerufen um so mehr las [sic!] dieses überwiegend auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht. Eine wirksame Vertretung dieser Weltanschauung kann aber nicht erwartet werden von einem Schulleiter, der sich offen zum Marxismus bekennt.“<sup>622</sup>

Begleitet wurde dieses Schreiben von mehreren Presseberichten, insbesondere aus der in Wiesbaden erscheinenden nationalsozialistischen Zeitung „Nassauer Volksblatt“. Dieses berichtete am 4. August 1932 in einem Artikel mit der Überschrift „Protest gegen die Neubesetzung der Rektorstelle in Erbenheim. Ein Marxist als höchste Lehrperson ist im nationalsozialistischen Erbenheim eine Unmöglichkeit“ von dem Protest der Erbenheimer Interessenverbände.<sup>623</sup>

Trotz dieser Proteste aus dem konservativen und nationalsozialistischen Milieu Erbenheims wurde Drebert zum Rektor ernannt. Zu seiner Einführung berichtete die sozialdemokratische „Volksstimme“:

„Die noch vorhandene ‚kommunalpolitische Interessenvertretung‘, der Bezirksverein, ist zu einem Tummelplatz nationalsozialistischer Wahnsinns-ideen geworden. Sie fragen, wie kann in einem nationalsozialistischen Ort ein Marxist als Rektor bestellt werden? Man muß ihnen antworten, daß die NSDAP nur eine Konjunkturpartei ist, die so wie sie sich aufgebläht hat, auch bald wieder zur Bedeutungslosigkeit zerfallen muß. Man kann aber Rektorstellen nicht nach augenblicklichen politischen Stimmungen vergeben.“<sup>624</sup>

Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten 1933 wurde Drebert im Juli 1933 mit sofortiger Wirkung aus dem Volksschuldienst entlassen.<sup>625</sup> Aufgrund von Personalmangel wurde er jedoch im Herbst 1934 wieder in den Schuldienst aufgenommen. Seine Stelle als Rektor erhielt er hingegen nicht zurück,

stattdessen wurde er als Volksschullehrer in Wiesbaden eingesetzt. Drebert trat 1934 dem NS-Lehrerbund und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt bei.<sup>626</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Karl Drebert durch die Militärregierung am 1. Juni 1945 wieder auf seinem alten Posten als Rektor der Volksschule Erbenheim eingesetzt.<sup>627</sup> Ein Spruchkammerverfahren gegen ihn wurde nicht eröffnet.<sup>628</sup> 1947 wurde er zum Städtischen Schulrat in Wiesbaden ernannt. 1952 erhielt er zunächst in Vertretung eine Schulratsstelle bei der Schulabteilung des Regierungspräsidenten Wiesbaden. Er war anschließend bis 1954 als Regierungs- und Schulrat im Hessischen Ministerium für Erziehung und Volksbildung tätig. Zwischenzeitlich erfolgte seine Beförderung zum Oberschulrat.

Seit 1946 war Drebert Mitglied der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung für die SPD und wurde 1954 zum hauptamtlichen Stadtrat gewählt. Er war bis 1960 Schul- und Sportdezernent. In seiner Amtszeit wurden das Wirtschaftsgymnasium und eine neue Sporthalle am Elsässer Platz errichtet. Drebert plante und übergab ein neues Berufsschulzentrum und galt als Förderer des Hessen-Kollegs.<sup>629</sup> 1960 wurde Drebert das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Des Weiteren wurde er mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette und der Plakette des Deutschen Verbandes der Gewerbelehrer ausgezeichnet. Er starb am 6. August 1972 in Wiesbaden.

## Frenger, Karl (1871–1961)

Vermessungstechniker, Gründungsmitglied der Baugenossenschaft Eigenheim

**Verkehrsfläche:** Carl-Frenger-Steige<sup>630</sup>, Benennung durch StVV-Beschluss vom 2. März 1989.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Sonnenberg.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Karl Frenger das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Karl Frenger hat dem RDB und der NSV angehört. Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>631</sup>

Karl Frenger wurde am 6. Mai 1871 in Lennep geboren und absolvierte nach dem Besuch der Volksschule und der Sonntags-Fortbildungsschule eine Ausbildung zum Vermessungstechniker bei der Katasterverwaltung in Wipperfürth, wo er anschließend auch als Bürovorsteher tätig war.

Zwischen 1892 und 1895 arbeitete er freiberuflich bei der Königlichen Regierung Köln. Es folgte eine vierjährige Tätigkeit bei der Rheinischen Provinzialverwaltung Düsseldorf. 1899 trat Frenger in den Dienst der Stadt Wiesbaden ein und war bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1936 als Vermessungsamtmann tätig. Frenger litt zeitlebens an einer Herzerkrankung, weswegen er nicht zum Kriegsdienst einberufen wurde.<sup>632</sup>

Frenger war Gründungsmitglied der 1903 geschaffenen Wiesbadener Baugenossenschaft Eigenheim eGmbH.<sup>633</sup> Dieser Verein erwarb in Wiesbaden-Sonnenberg Bauplätze, um Wohnraum für Beamte, Offiziere und Kaufleute zu schaffen. Aus dieser Initiative entwickelte sich durch Erweiterung der Siedlung der Stadtteil Eigenheim.

Frenger war seit 1934 Mitglied des Reichsbundes Deutscher Beamter und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Andere Mitgliedschaften oder die Übernahme von Ämtern während der NS-Zeit konnten anhand der verfügbaren Quel-

len nicht belegt werden. Ein Spruchkammerverfahren gegen ihn wurde nicht eröffnet. Er galt als unbelastet.<sup>634</sup> Karl Frenger starb am 5. Mai 1961 in Wiesbaden. Die Straßenbenennung erfolgte in Anerkennung um Frengers Verdienste bei der Gründung der Siedlung Eigenheim bei deren Erweiterung Ende der 1980er Jahre.

## Gärtner, Karl (1913–1944)

Landwirt, Soldat

**Einrichtung:** Karl-Gärtner-Schule, Benennung auf Beschluss der Gemeindevertretung Delkenheim vom 6. Juli 1963.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Delkenheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Karl Gärtner das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>635</sup>

Karl Gärtner wurde am 19. Oktober 1913 in Delkenheim als Sohn des Landwirts Johann Heinrich Gärtner und dessen Frau Anna geboren. Über sein Leben liegen nur wenige Informationen vor.<sup>636</sup> Gärtner arbeitete nach dem Volksschulbesuch zunächst im elterlichen Betrieb. Zum 13. März 1940 wurde Gärtner zum Kriegsdienst eingezogen und diente zunächst als Reiter bei der Aufklärungsabteilung 120. Mit dieser Einheit der 112. Infanterie-Division war Gärtner in Weißrussland und der Ukraine eingesetzt.

Im Oktober 1940 wurde Gärtner erstmals verwundet. Es folgten weitere Zeiten des Fronteinsatzes sowie Lazarettaufenthalte nach Verletzungen und Krankheiten, u. a. im November 1941. Gärtner wurde zunächst zum Obergefreiten und dann zum Unteroffizier befördert. Im Sommer 1942 erhielt Gärtner bei Wizebsk in Weißrussland eine Feldausbildung zum Grenadier. Im Sommer 1944 diente er bei der 13. Kompanie des Grenadierregiments 557 bei der 331. Infanterie-Division in der Normandie.

Gärtner fiel am 25. oder 26. August 1944 bei Abwehrkämpfen nahe Falaise in Frankreich. Gärtners Mutter Anna leistete zu Beginn der 1960er Jahre eine große Geldspende an die Gemeinde Delkenheim für die Errichtung der neuen Volks-

schule. Die Gemeindevertretung Delkenheim beschloss daher, die Schule auf Wunsch von Gärtners Mutter nach Karl Gärtner zu benennen.<sup>637</sup>

Mitgliedschaften Gärtners in NS-Organisationen sind nicht belegbar. Zu Gärtner liegt nur eine schriftliche Quelle vor. Der Heimatverein Delkenheim besitzt einen Brief, den Gärtner am 11. August 1944, also kurz vor seinem Tode, von der Front an seine Familie in Delkenheim schrieb. In dem Brief schildert Gärtner das Frontgeschehen und geht auch auf die Luftangriffe auf Wiesbaden ein:

„Wie ich aus dem Wehrmachtbericht hörte, hat der verdammte Thommy jetzt auch Wiesbaden angegriffen, hoffentlich habt Ihr nichts abbekommen. [...] Der einfache Lanzer gibt schon sein bestes gehorcht ohne groß zu Fragen oder zu wissen weshalb, möge eine höhere Macht unseren Kampf segnen, auf dass wir bald den grauen Rock ablegen dürfen, den wir die vielen Jahre hindurch geboren der Tradition unserer Väter rein gehalten haben. Wir Soldaten sind ja durch die Errettung des Führers wieder gestärkt worden in unserer Siegeszuversicht. Denn wenn all unser Ringen umsonst sein sollte, dann wäre es ja hier mit einem Schlage so gewesen, und der Feind hätte genau wie in Italien leichtes Spiel gehabt. Aber scheinbar hat es der Lenker der Schlachten doch anders mit uns vor, und will nach bestandener Bewährung unseren Kampf doch segnen.“<sup>638</sup>

Gärtner bediente sich in seiner Feldpost des zeittypischen Duktus und identifizierte sich zumindest vordergründig mit den Kriegszielen des Deutschen Reiches. Auch das Scheitern des Anschlags vom 20. Juli 1944 auf Hitler wird wie in weiten Teilen der Wehrmacht positiv bewertet.<sup>639</sup> Als Einzelschriftstück reicht der Brief jedoch für eine genauere historische Einordnung der Person Gärtners nicht aus.

## Genzmer, Hertha (1896–1971)

Staatsschauspielerin

**Verkehrsfläche:** Hertha-Genzmer-Straße, Benennung durch Magistratsbeschluss vom 21. August 2007.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Rheingauviertel/Hollerborn.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Hertha Genzmer das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Hertha Genzmer hat der NSDAP und der NSV sowie berufsbedingt der Reichstheaterkammer angehört. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>640</sup>

Hertha Genzmer wurde als Tochter des Stadtplaners und Hochschullehrers Ewald Genzmer in Halle (Saale) geboren. Genzmer besuchte höhere Töchterschulen in Halle (Saale), Danzig und Dresden. Anschließend absolvierte sie in Dresden ein Musik- und Schauspielstudium.

Ihre ersten Schauspielengagements hatte sie in Dresden, Frankfurt am Main und Hamburg-Altona. In Hamburg wurde Genzmer vom Wiesbadener Intendanten Carl Christian Hagemann entdeckt und 1922 für das Staatstheater Wiesbaden engagiert.

Hertha Genzmer trat 1940 der NSDAP und ein Jahr später der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt bei. Ihre Mitgliedschaft in der Reichstheaterkammer kam durch eine Überführung aus der Bühnengenossenschaft 1933 im Rahmen der „Gleichschaltung“ des Kulturbetriebs zustande.<sup>641</sup> Genzmer begründete ihren Eintritt in die NSDAP nach dem Krieg im Jahr 1946 folgendermaßen:

„Im Jahre 1939 nahm ich die Frau des nach England geflüchteten jüdischen Rechtsanwalts Dr. Alfred Mayer bei mir auf. Sie lebte mit mir in Haushaltsge-

meinschaft. Ihre finanziellen Mittel waren beschränkt. Da es bekannt war, dass es sich um die Frau eines Juden handelte, waren wiederholt Aufforderungen an mich gegangen, Frau Mayer aus meiner Wohnung zu entfernen oder sie zu veranlassen, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen. Beides habe ich abgelehnt. [...] Zur gleichen Zeit wurde ich, was ich durch Zeugen erhärten kann, dauernd anonym telefonisch beschimpft und bedroht, wie ich als judenfreundlich galt. [...] Auf dringliches Anraten des mir gut bekannten Herrn Epstein, der [NSDAP-]Blockwart war, entschloss ich mich, nach reiflicher Überlegung, um Frau Mayer und mich zu schützen, 1940 in die Partei einzutreten“<sup>642</sup>

Alfred Mayer war ein bekannter Wiesbadener Rechtsanwalt und Notar.<sup>643</sup> Er war seit 1922 mit Dorothee (Dora), geborene Volk, verheiratet. Während der Novemberpogrome von 1938 wurde die Wohnung des Ehepaars verwüstet und Rechtsanwalt Mayer in das KZ Dachau verschleppt. Mayer verließ im April 1939 Deutschland und lebte bis 1946 in London.<sup>644</sup> In der im Stadtarchiv Wiesbaden überlieferten „Gestapo-Kartei“, einem durch die Jüdische Gemeinde für die Gestapo angefertigten Verzeichnis der Wiesbadener Juden, ist vermerkt, dass Mayers Frau Dora ebenfalls 1939 nach London übersiedelte,<sup>645</sup> was Genzmers Nachkriegsaussage widerspricht,<sup>646</sup> während die Einlassungen von Dritten aus der Nachkriegszeit wiederum die Aussagen der Schauspielerin bestätigten.<sup>647</sup>

Aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt wurde Genzmer von der Spruchkammer Wiesbaden in die Gruppe 4 („Mitläufer“) eingeteilt und zu einer „Sühneleistung“ von 500 RM verurteilt.<sup>648</sup>

Genzmer blieb bis 1947 als Schauspielerin am Wiesbadener Staatstheater. Neben ihrer Tätigkeit in Wiesbaden absolvierte Genzmer zahlreiche Gastrollen und erlangte durch ihre Auftritte in Rundfunk und Fernsehen auch überregionale Bekanntheit. Ihre bekannteste Rolle war die Martha in der 1960 bis 1967 produzierten Fernsehserie „Die Firma Hesselbach“.

In der Nachkriegszeit wurde Genzmer für ihre schauspielerischen Leistungen vielfach ausgezeichnet. Sie erhielt 1957 die Goethe-Plakette des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, 1962 wurde sie mit der Goldenen Ehrennadel der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger ausgezeichnet. 1966 wurde Hertha Genzmer das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Bereits 1953 gründete Genzmer eine nach ihr benannte Schauspielschule (heute Wiesbadener Schule für Schauspiel). Zu den bekanntesten Schülerinnen und Schülern gehörten u. a. Karin Dor und Horst Janson. 1960 nahm sie außerdem einen Lehrauftrag an der Staatlichen Hochschule für Musik in Frankfurt am Main an.<sup>649</sup> Die Schauspielerin starb am 2. Februar 1971 in Wiesbaden.

## Giesecking, Walter (1895–1956)

Musiker

**Verkehrsfläche:** Walter-Giesecking-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 22. Mai 1969.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Nordost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Walter Giesecking das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Walter Giesecking hat berufsbedingt der Reichskulturkammer angehört. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze

Walter Wilhelm Giesecking wurde als Sohn des Mediziners Wilhelm Giesecking am 5. November 1895 in Lyon (Frankreich) geboren. Er wurde von seinen Eltern privat unterrichtet. 1911 zog die Familie nach Hannover, wo Giesecking seinen ersten Klavierunterricht am Städtischen Konservatorium erhielt.

Während des Ersten Weltkrieges war Giesecking Regimentsmusiker. Nach Ende des Krieges startete er eine Konzertkarriere und war ab 1921 auch im Ausland tätig. Ab den 1930er Jahren trat er weltweit auf und galt als einer der besten Pianisten seiner Zeit.<sup>650</sup> Seinen Karrierehöhepunkt erreichte der Pianist in den 1930er Jahren.

Giesecking trat weder der NSDAP noch anderen NS-Organisationen bei. Dennoch wurde er auf die „Gottbegnadeten-Liste“ bedeutender Künstler des Reichspropagandaministeriums aufgenommen und dadurch vom Dienst an der Waffe befreit. 1937 wurde Giesecking von Hitler zum Titular-Professor ernannt. Der Pianist trat regelmäßig in den von Deutschland besetzten Gebieten auf, beispielsweise in Belgien und Frankreich. Fred K. Prieberg hat belegt, dass mindestens eines von Gieseckings Auslandskonzerten von der Reichskulturkammer subven-

tioniert wurde.<sup>651</sup> Der Pianist trat auch zugunsten des Winterhilfswerks auf.<sup>652</sup> Er erhielt später auch das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter für sein Engagement in der Truppenunterhaltung.<sup>653</sup>

Gieseckings Biograf Rainer Peters bezeichnet gleichwohl den Pianisten als „unpolitisch“. Peters resümiert:

„Aufkeimende Gedanken an Emigration wurden mit dem Blick auf die Familie – Ehefrau und zwei Töchter, drei Elternteile – und die ‚Reichsfluchtsteuer‘ beiseitegeschoben, die Vorteile, die der Staat für seine Künstlerelite bereit hielt, ebenso akzeptiert wie die sukzessive Repertoire-Zensur. Giesecking geriet erwartungsgemäß auf die berühmte ‚Gottbegnadeten-Liste‘, die 1944, in der Endphase des Krieges, erstellt wurde und 1041 Schauspieler, Schriftsteller, Architekten, bildende Künstler und Musiker davor bewahrte, Dienst an der Waffe zu leisten. Man konnte sich nicht darum bewerben (und wahrscheinlich auch nicht dagegen wehren), genau so wenig wie im Fall des millionenfach verteilten Kriegsverdienstkreuzes [...].“<sup>654</sup>

Nach dem Krieg hat Giesecking in seinen Erinnerungen behauptet, er habe seinem jüdischen Konzertagenten Arthur Bernstein nach dessen Berufsverbot 1933 weiterhin alle Provisionen gezahlt.<sup>655</sup> Bernstein selbst wurde während der Novemberpogrome 1938 in Hannover ermordet.

Nach Kriegsende wurde Giesecking von den Amerikanern zunächst mit einem Auftrittsverbot belegt, konnte dann aber seine Karriere fortsetzen. Zu Beginn der 1950er Jahre trat er wieder im Ausland, u. a. in den USA, auf.<sup>656</sup> Walter Giesecking starb am 26. Oktober 1956 in London, sein Grab befindet sich auf dem Wiesbadener Nordfriedhof.

## Gitter, Hermann (1900–1960)

Bankdirektor, ehrenamtliches Magistratsmitglied

**Verkehrsfläche:** Hermann-Gitter-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 22. Mai 1969.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Rheingauviertel/Hollerborn.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Hermann Gitter das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>657</sup>

Hermann Gitter wurde am 30. September 1900 in Wiesbaden geboren. Über seinen Lebensweg liegen nur wenige Quellen vor. Gitter besuchte die Mittelschule in Wiesbaden und schloss diese mit dem Einjährigen-Examen im Jahr 1916 ab. Im Anschluss absolvierte Gitter eine Lehre zum Bankkaufmann bei der Bank für Handel und Industrie in Wiesbaden.

Bei dieser Bank und ihren Nachfolgeinstitutionen (Darmstädter und Nationalbank, Rhein-Main-Bank und schließlich Dresdner Bank) war Gitter bis zu seinem Tod im Jahr 1960 tätig. Nach seiner Lehre war er als Angestellter in der Abteilung „Emission, Konvertierung, Effekten, Depotbuchhaltung Kuponkasse“ tätig. Im Jahr 1932 arbeitete Gitter dann im Sekretariat der Bank. 1934 wurde Gitter Leiter des Sekretariats und erhielt Handlungsvollmacht. Im Jahr 1939 erhielt der Bankkaufmann die erweiterte Vollmacht.

Die Geschäftsakten von Gitters Filiale, insbesondere die Korrespondenz mit Kunden und der Dresdner-Bank-Filiale in Straßburg, zeigen, dass Gitter Einblick in die „Arisierungsgeschäfte“ der Bankkunden hatte, etwa mit dem Wiesbadener Kaufmann Franz Franke. Franke betrieb in Wiesbaden mehrere Ladengeschäfte für Küchenbedarf und wollte im von Deutschland annektierten Elsass eine weitere Filiale eröffnen. Durch den Briefwechsel wird deutlich, dass Franke im Jahr

1935 das Geschäft von Berthold Fürst in der Wiesbadener Neugasse „arisiert“ hatte. Diese „Arisierung“ wurde von der Dresdner Bank in Wiesbaden durch einen Kredit finanziert. Die Bank räumte Franke im Jahr 1938 erneut einen Kredit ein, damit der Kaufmann das „Kaufhaus des Westens“ des jüdischen Händlers Siegfried Kahn in der Wiesbadener Wellritzstraße 45 erwerben konnte.<sup>658</sup> Eine individuelle Beteiligung Gitters an diesen Vorgängen kann nicht belegt werden.

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Gitter 1940 eingezogen und leistete bis zu seiner Gefangennahme im Jahr 1945 Kriegsdienst. Im Mai 1945 konnte Gitter nach Wiesbaden zurückkehren und wieder bei der Dresdner Bank anfangen. Gitter trat der wiederbegründeten SPD bei. Der amerikanischen Besatzungsverwaltung galt er als unbelastet. Aus einem Schreiben des Wiesbadener Oberbürgermeisters Georg Krücke ist zudem ersichtlich, dass Gitter 1945 in eine Kommission berufen wurde, die entschied, welche Mitarbeiter der Wiesbadener Banken als politisch unbelastet galten.<sup>659</sup> Im Januar 1946 erhielt Gitter Prokura, ein Jahr später wurde er zum stellvertretenden Direktor seiner Bank ernannt. Im Jahr 1948 wurde Gitter schließlich Direktor und Mitleiter des Finanzinstituts.<sup>660</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war Gitter ab 1946 ununterbrochen Mitglied des Wiesbadener Magistrats für die SPD als ehrenamtlicher Stadtrat. Daneben war er Mitglied in zahlreichen Kommissionen und Kuratorien. Zudem war er Aufsichtsrat bei der Stadtwerke Wiesbaden AG, der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG und der Gemeinnützigen Wiesbadener Wohnbau GmbH sowie Aufsichtsratsvorsitzender der Conditorei-, Café- und Hotelbetriebsgesellschaft Otty Blum GmbH. Hinzu kamen auch Präsidialmitgliedschaften. Hermann Gitter starb am 15. Februar 1960 in Wiesbaden.

## Göbel, Ernst (1897–1962)

Lehrer, Kreisschulrat

**Verkehrsfläche:** Ernst-Göbel-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 25. März 1964 unter gleichzeitiger Einbeziehung der Feldstraße. Teilstück durch StVV-Beschluss vom 24. März 1983 in die neue Straße Kirschberg einbezogen.

**Einrichtung:** Ernst-Göbel-Schule.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Kloppenheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Ernst Göbel das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ernst Göbel hat zeitweise mehreren nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, NSV, NSKOV, NSLB) angehört. Er war als Ortsgruppenleiter zeitweise Funktionsträger in der NSV. Aufgrund seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Organist seiner Kirchengemeinde wurde Göbel gezwungen, auf das Amt des Ortsgruppenleiters der NSV zu verzichten.

Ernst Göbel bewahrte das Ehepaar Klärner vor der Verhaftung durch die Gestapo und gab hierdurch eine tatsächliche Hilfeleistung für Personen, die vom NS-Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt worden sind.

Göbel wurde nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten zweimal in Schutzhaft genommen und strafversetzt. Göbel erlitt somit selbst eine Schädigung.

### Biografische Skizze<sup>661</sup>

Ernst Göbel wurde am 11. Mai 1897 in Kloppenheim, das 1928 nach Wiesbaden eingemeindet wurde, geboren. Nach dem Besuch der Volksschule Kloppenheim absolvierte er eine Lehrerausbildung im Lehrerseminar Usingen. Zwischen 1916 und 1918 nahm Göbel am Ersten Weltkrieg teil. Nach Ende des Krieges absolvierte er seine erste Lehrerprüfung und war anschließend als Volksschullehrer in Hirschberg tätig.

Im Jahr 1920 schloss Göbel seine zweite Lehrerprüfung ab. Ab 1933 war er als Volksschullehrer in Grebenroth im Hintertaunus tätig. Von 1921 bis 1933 war Göbel Mitglied der SPD. Seit 1926 war er Mitglied des Kreistages Unterlahnkreis und 1933 Spitzenkandidat bei der Kreistagswahl. Nach der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten wurde Göbel nach eigenen Angaben aus der Nachkriegszeit zweimal verhaftet.<sup>662</sup> Er gab an, im Zentralgefängnis Freindiez in Schutzhaft gewesen zu sein.<sup>663</sup> Göbel legte in seinem Spruchkammerverfahren nach 1945 eine beglaubigte Abschrift eines Briefs des Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 1. August 1933 vor. Das Schreiben des RP dokumentiert, dass der SPD-Politiker Göbel die NSDAP vor 1933 öffentlich scharf kritisiert hatte:

„Nach meinen Ermittlungen waren Sie [Göbel] vom 1. Juli 1921 bis zum 29. März 1933 Mitglied der S.P.D., gehörten seit 1926 dem Kreistag an und wurden als Spitzenkandidat 1933 zum Kreistag gewählt, daneben kandidierten Sie für den Kommunallandtag. Sie galten wegen Ihrer parteipolitischen Rührigkeit als der geistige marxistische Führer des Unterlahnkreises. Ihre hervorragende Beteiligung an Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen, sowie Ihre intensive Wahlkampf­tätigkeit waren allbekannt. Ihre Mitgliedschaft im republikanischen Lehrerbund und der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, deren Obmann Sie in den Kreisen Unterlahn und Limburg waren, ferner Ihre Zugehörigkeit zum Republikanischen Klub in Limburg und zur ‚Eisernen Front‘ beweisen, daß Sie sich innerlich mit jeder Organisation marxistischen Charakters eng verbunden fühlten und dement­sprechende Praxis übten. Ihrem Einfluß wird auch zugeschrieben, daß von rund 150 Lehrpersonen des Kreises 45 sich zur S.P.D. bekannten. Noch in der Zeit der nationalen Erhebung weigerten Sie sich, die Proklamation der Reichsregierung in der Schule aufzuhängen und machten Schwierigkeiten bei Hissung der nationalen Fahne. Damit zeigten Sie eine Gegnerschaft die bezeichnender Weise schon im Oktober 1932 dadurch zum Ausdruck kam, daß Sie in öffentlicher Versammlung Hitlers Buch ‚Mein Kampf‘ kritisierten und das Buch, reich versehen mit Randbemerkungen, an Ihre gesinnungsgenössischen Kollegen zum Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung weitergaben. Nach Ihrer bisherigen politischen Betätigung bieten Sie nicht hinreichend Gewähr dafür, daß Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten.<sup>664</sup>

Weitere Schreiben, die Göbel für sein Entnazifizierungsverfahren zusammentrug, zeigen, dass er neben seiner Tätigkeit als SPD-Politiker auch eine enge Beziehung zur katholischen Kirche unterhielt. So bestätigten der Pfarrer und der Kirchenvorstand von Göbels Kirchengemeinde in Niedermeilingen (heute Heidenrod), dass er einen Posten als Kirchenvorsteher „entgegen dem ausdrücklichen Willen der damaligen Machthaber, bis zuletzt beibehalten und dadurch einer Entfremdung zwischen Kirche und Volk im Bereich des Kirchspiels entgegengearbeitet“<sup>665</sup> habe.

Nach Göbels eigenen Angaben wurde er gegen seinen Willen 1933 nach Hirschberg versetzt. Dort wurde er 1935 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, in der er von 1935 bis 1945 auch das Amt eines Ortsgruppenleiters bekleidete. Göbel trat im Jahr 1937 auch der NSDAP bei.<sup>666</sup> Als Lehrer war Göbel von 1935 bis 1945 Mitglied im Nationalsozialistischen Lehrerbund. Zusätzlich ist eine Mitgliedschaft in der NS-Kriegsopferversorgung überliefert.<sup>667</sup>

Trotz seiner Integration in die NS-Organisationen blieben die Beziehungen zu den NS-Stellen nicht konfliktfrei, wohl auch wegen Göbels aufrechterhaltenen Bekenntnisses zur katholischen Kirche.<sup>668</sup>

Im Jahr 1944 will Göbel nach eigenen Angaben eine Jüdin vor der Verhaftung bewahrt haben. Um diesen Umstand beweisen zu können, legte er eine beglaubigte Abschrift des Ehemanns der Frau vor, der den Sachverhalt bestätigte.<sup>669</sup> Nach diesem Zeugnis seien der Schneidermeister Wilhelm Klärner und seine jüdische Frau Justine durch die Bombenangriffe auf Frankfurt am Main obdachlos geworden. Das Paar flüchtete nach Eigenroth, einen Nachbarort von Göbels Wohnort Grebenroth. Nach Göbels Aussage erhielt er von der zuständigen NSV-Kreisleitung des Unterlahnkreises die Personalpapiere des Ehepaars:

„Ich versteckte die Personalpapiere und gab sie nicht nach Frankfurt zurück. Zweimal wurde ich aufgefordert. Stets gab ich zur Antwort: ‚Zur Post geben.‘ Es fehlten somit in Frankfurt die Unterlagen. Die Familie Klärner galt in Frankfurt als verschollen. So wurde Frau Klärner vor dem Zugriff der Gestapo und vor dem sicheren Tode gerettet. Die Personalpapiere sind heute noch in meinem Besitz und können zum Beweis vorgelegt werden.“<sup>670</sup>

Wiederum nach eigenen Angaben entging Göbel im August 1944 auch selbst einer Verhaftung. Im Zuge der Verhaftungswellen nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 sollte Göbel als ehemaliger SPD-Führer von der Gestapo festgenommen und befragt werden. Aufgrund seiner Bekanntschaft zum NSDAP-

Kreisleiter des Untertaunuskreises, Oskar Koch, der Göbels Schüler nach dem Ersten Weltkrieg gewesen war, soll Göbel verschont worden sein.<sup>671</sup>

1945 wurde Göbel nach der amerikanischen Besatzung durch die Militärregierung entlassen, jedoch im Mai 1946 als Lehrer wieder in den Dienst eingesetzt. Sein Spruchkammerverfahren wurde am 3. August 1946 eingestellt.<sup>672</sup> Ab 1950 war Göbel als Kreisschulrat im Schulamt Erbach (Odenwald) tätig. Er starb am 25. Dezember 1962 in Erbach.

## Gontermann, Fritz (1868–1953)

Arzt

**Verkehrsfläche:** Dr.-Fritz-Gontermann-Straße, Benennungsdatum unbekannt.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Naurod.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Fritz Gontermann das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>673</sup>

Fritz Gontermann wurde am 4. August 1868 in Neunkirchen, Kreis Siegen, als Sohn des Lederfabrikanten Peter Herrmann Heinrich Gontermann und seiner Frau Eleonore, geb. Weinbrenner, geboren.<sup>674</sup> Er besuchte zunächst dort die Elementarschule und die Höhere Privatschule. Zu Ostern 1883 wechselte er an das Gymnasium in Dillenburg, wo er 1889 das Abitur bestand. Gontermann studierte zunächst in Marburg ein Semester Philosophie, bevor er in Berlin, München und Kiel Medizin studierte. 1891 bestand er in Berlin die medizinische Vorprüfung und 1894 in Kiel das medizinische Staatsexamen.

Gontermann legte am 30. Oktober 1894 seine Dissertation zum Thema „Nephrotomie und Nephrektomie“ an der medizinischen Fakultät der Universität Kiel vor.<sup>675</sup> 1903 heiratete er Elisabeth, geb. Gontermann, und ließ sich als Allgemeinmediziner in Niedernhausen nieder, wo er wie auch im benachbarten Naurod als Arzt tätig war. Fritz Gontermann starb am 26. April 1953 in Niedernhausen an Altersschwäche.

Etwaige Mitgliedschaften in NS-Organisationen oder ein aktivistisches Verhalten gegenüber dem NS-Regime konnten nicht durch Quellen belegt werden. Eine Entnazifizierungsakte liegt nicht vor, ebenso wenig wie eine NSDAP-Mitgliedskarte oder andere Informationen, die auf eine Nähe zum NS-Regime schließen lassen.

## Hallstein, Walter (1901–1982)

Jurist, Politiker

**Verkehrsfläche:** Walter-Hallstein-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 4. Oktober 1995.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Rheingauviertel/Hollerborn.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Walter Hallstein das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Walter Hallstein war berufsbedingt Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes. Er hat zudem mehreren nationalsozialistischen Organisationen (NSLB, RLSB, NSV, NSDDB) angehört. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

Walter Hallstein setzte sich in den 1930er Jahren in einem Disziplinarverfahren an der Universität Rostock für den späteren CDU-Politiker und Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier ein und gab hierdurch eine tatsächliche Hilfeleistung für eine Person, die vom NS-Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt wurde.

### Biografische Skizze<sup>676</sup>

Walter Hallstein wurde am 17. November 1901 als Sohn eines Regierungsbaurates in Mainz geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und des Gymnasiums in Darmstadt und Mainz studierte Hallstein Rechtswissenschaften in Bonn, München und Berlin. Nach dem Bestehen des Staatsexamens wurde er 1925 an der Universität Berlin promoviert.

Anschließend war Hallstein bei seinem Doktorvater Martin Wolff als Assistent tätig. 1927 wechselte er als Referent an das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, wo er 1930 seine Habilitation abschloss. Walter Hallstein hatte sich in den ersten Jahren seiner Laufbahn wissenschaftliches Renommee aufgebaut und wurde kurz nach seiner Habilita-

tion als Professor für Wirtschafts- und Handelsrecht an die Universität Rostock berufen. Er war zu diesem Zeitpunkt mit 28 Jahren der jüngste Lehrstuhlinhaber im Deutschen Reich.<sup>677</sup>

Von 1936 bis 1941 war Hallstein Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Rostock. Philip Rosin legt dar, dass Hallstein eine Distanz zur NS-Bewegung hielt und dass eine spätere Berufung Hallsteins an die Universität München „vermutlich aus politischen Gründen“<sup>678</sup> scheiterte:

„In einer internen Beurteilung wurde ihm vorgeworfen, den Nationalsozialismus eher kritisch zu sehen und die Realitäten seit 1933 nicht wirklich verinnerlicht zu haben. Kompromisse gegenüber den Machthabern hat er in seinen Funktionen als Professor und als Dekan jedoch zuweilen gemacht, in seinen Ansprachen und Veröffentlichungen finden sich aber nur relativ wenige Ergebnheitsadressen an die ‚neue Zeit‘.“<sup>679</sup>

Hallstein wurde berufsbedingt Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes. Zudem war er Mitglied des NS-Lehrerbundes, des NS-Luftschutzbundes, des NS-Dozentenbundes und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. 1936 leistete Hallstein freiwillig Wehrdienst und wurde in mehreren Ausbildungslehrgängen bis 1939 zum Reserveoffizier ausgebildet.

Laut Philip Rosin wies Hallsteins Tätigkeit als Professor und Dekan auf eine inhaltliche Distanz zum NS-Regime hin:

„Hallstein war beispielsweise mit dem Rostocker Kollegen Friedrich Brunstädt befreundet, Professor für Evangelische Theologie und ebenfalls Dekan. Ein Schüler Brunstäds war der spätere CDU-Politiker und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier. Der der ‚Bekennenden Kirche‘ nahestehende Theologiestudent hatte eine NS-kritische Petition unterschrieben und musste sich deshalb im Rahmen eines akademischen Disziplinarverfahrens an der Universität verantworten. Hallstein ließ sich in das dreiköpfige Richter-Kollegium wählen und erwirkte schließlich einen Freispruch, wie Gerstenmaier später in seinen Erinnerungen hervorhob: ‚Das Ergebnis hatte ich dem jungen Rostocker Ordinarius für Handelsrecht, Walter Hallstein, zu verdanken. [...] Er galt als ungewöhnlich scharfsinniger Jurist, als hervorragender Unterhändler und als ein Mann, der mit dem Regime überhaupt nichts im Sinne hatte.“<sup>680</sup>

Im Jahr 1941 wechselte Hallstein an die Universität Frankfurt am Main, wobei er aufgrund seiner Einberufung zum Kriegsdienst 1942 seine Arbeit nicht aufneh-

men konnte. Hallstein wurde bei einem Artillerie-Regiment der 709. Infanterie-Division im besetzten Frankreich eingesetzt, wo er nach der Landung der amerikanischen Truppen im Sommer 1944 in Gefangenschaft geriet. Hallstein wurde in die USA gebracht und war im „Camp Como“ in Mississippi interniert, wo er beim Aufbau einer Lageruniversität half und seine wissenschaftliche Tätigkeit wieder aufnehmen konnte:

„Er gehörte zu einem ausgewählten Personenkreis, der von den amerikanischen Behörden im Rahmen des Projekts ‚Sunflower‘ als mögliche künftige Entscheidungsträger im Rahmen der Reeducation besonders geschult wurde.“<sup>681</sup>

Im Herbst 1945 kehrte Hallstein nach Deutschland zurück und half beim Aufbau der Universität Frankfurt am Main. Dort wurde er 1946 zum ersten Nachkriegsrektor ernannt. 1948 nahm Hallstein eine Gastprofessur an der Georgetown University in Washington, D.C., an. In den USA baute er sich ein Netzwerk mit Kontakten in die amerikanische Wissenschaft und Politik auf.

Im Sommer 1950 wurde Walter Hallstein von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt ernannt, ein Jahr später wechselte er in gleicher Position ins Auswärtige Amt. 1953 trat Hallstein in die CDU ein.

„Hallstein fungierte ‚in dieser Zeit faktisch als eine Art Außenminister‘ (Hans-Peter Schwarz). Wie eng die Zusammenarbeit zwischen Hallstein und Adenauer war, zeigt sich daran, dass er selbst nach der Ernennung Heinrich von Brentanos zum Außenminister im Jahr 1955 das direkte Vortragsrecht beim Kanzler behielt und weiterhin an den Kabinettsitzungen teilnehmen durfte. Nach der Bundestagswahl 1961 wollte der Regierungschef Hallstein sogar zum Außenminister machen, doch die FDP stellte sich quer, weil ihr der ehemalige Staatssekretär in der Ostpolitik als zu wenig flexibel erschien.“<sup>682</sup>

Hallstein war federführend an den Verhandlungen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von 1951 und zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sowie an den Verhandlungen zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beteiligt.

Am 25. März 1957 unterzeichnete er mit Bundeskanzler Adenauer für die Bundesrepublik die „Römischen Verträge“. Neben der Westintegration der Bun-

desrepublik und der Europapolitik waren vor allem die deutsche Teilung und der Kalte Krieg zwei zentrale Politikfelder der Regierung Adenauer. Auch hier war Hallstein ein prägender Akteur. Im Mittelpunkt von Hallsteins Politik stand die Auffassung, dass alles getan werden müsse, um eine Aufwertung oder gar Anerkennung der DDR zu verhindern. Vor diesem Hintergrund entstand die sogenannte Hallstein-Doktrin, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Staaten vorsah, die ihrerseits diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahmen.<sup>683</sup>

Walter Hallstein erarbeitete sich als Außenpolitiker auf europäischer Ebene einen hervorragenden Ruf. Dies war auch einer der Gründe, warum Adenauer Hallstein im Jahr 1958 innerhalb der neu geschaffenen europäischen Institutionen als ersten Präsidenten der Kommission der EWG durchsetzen konnte.

Hallsteins Tätigkeit als Kommissionsvorsitzender war geprägt von Auseinandersetzungen mit dem neuen französischen Präsidenten Charles de Gaulle. Nachdem 1966 eine Große Koalition mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Außenminister Willy Brandt (SPD) die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, schwand Hallsteins Rückhalt in Bonn, sodass er am 1. Juni 1967 aus dem Amt des Präsidenten der Kommission der EWG ausschied.

Im Anschluss kandidierte Hallstein für die CDU bei der Bundestagswahl 1969 und wurde als Abgeordneter des Wahlkreises Altenkirchen-Neuwied ins Parlament gewählt, dem er bis 1972 angehörte. Von 1968 bis 1974 war Hallstein zudem Vorsitzender der Internationalen Europäischen Bewegung.<sup>684</sup>

Im Laufe seiner Karriere erhielt Hallstein zahlreiche Ehrungen, darunter das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland (1953) und den Internationalen Karlspreis zu Aachen (1961).<sup>685</sup> Walter Hallstein starb am 29. März 1982 in Stuttgart.

## Henius, Carla (1919–2002)

Opernsängerin, Gesangslehrerin

**Verkehrsfläche:** Carla-Henius-Straße, Benennung durch Magistratsbeschluss vom 21. August 2007.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Rheingauviertel/Hollerborn.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Carla Henius das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Carla Henius hat berufsbedingt der Reichstheaterkammer angehört. Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>686</sup>

Carla Henius wurde am 4. Mai 1919 in Mannheim geboren. Ihre Mutter war die Opernsängerin Irene Eden. Nach dem Schulbesuch leistete Henius von April 1937 bis Oktober 1937 ihre Reichsarbeitsdienstplicht ab. Anschließend studierte sie von 1937 bis 1943 Gesang an der Berliner Hochschule für Musik und privat bei Maria Ivogün.

Henius' Mutter war Regieassistentin und Stimmbreiterin von Heinz Tietjen.<sup>687</sup> Dieser war seit 1927 Generalintendant aller Preußischen Staatstheater und seit 1936 Leiter der Berliner Staatsoper sowie Mitglied des Reichskulturrates. Tietjen war ein enger Vertrauter Hermann Görings und als Mitglied des Reichskultursenats eine zentrale Persönlichkeit der NS-Kulturpolitik. Durch die engen Beziehungen ihrer Mutter zu Tietjen erhielt Henius noch vor Beendigung ihres Studiums ein erstes Engagement in der Truppenbetreuung der Wehrmacht. 1941 erlangte Henius einen Abschluss als staatlich geprüfte Gesangslehrerin, zwei Jahre später bestand sie die Eignungsprüfung II für den Bühnenberuf in der Kunstgattung „Oper“. Aus Sicht der nationalsozialistischen Rassepolitik war Henius zu 25 Prozent „nichtarisch“, besaß also einen jüdischen Großelternanteil. Henius hat dies auch bei ihrer Einstellung am Staatstheater Kassel im Jahr 1943 angegeben.<sup>688</sup>

Irene Eden setzte sich auch für eine beschleunigte Aufnahme ihrer Tochter in die Reichstheaterkammer ein.<sup>689</sup> Durch die Aufnahme in die Reichstheaterkammer konnte Carla Henius 1943 ein Engagement am Staatstheater Kassel annehmen, welches Heinz Tietjen als Generalintendanten der Preußischen Staatstheater ebenfalls unterstand. Wenig später war Henius in ihrer ersten Titelrolle in „Die Kluge“ von Carl Orff zu hören, „einem der Erfolgsstücke der NS-Moderne im Bereich des Musiktheaters“<sup>690</sup>.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde gegen Henius kein Spruchkammerverfahren eröffnet. Von 1946 bis 1956 stand sie als Sängerin in Darmstadt, Kaiserslautern und Mannheim unter Vertrag. In der Folgezeit wechselte sie aber von der Oper in den Konzertsaal.

„Entscheidenden Anteil am in diesen Jahren vollzogenen Profilwechsel aber hatten in jedem Fall ihre Aufenthalte bei den Darmstädter Ferienkursen. Bereits 1947 war sie dort zum ersten Mal aufgetreten, in den Folgejahren gehörte sie zu den regelmäßigen Besucherinnen und Interpretinnen der Kurse, zunächst wohl vor allem im Empfinden der Defizite jener in der NS-Zeit ausgebildeten Generation von Musikschaffenden, der sie sich zugehörig fühlte [...]“<sup>691</sup>

Bei diesen internationalen Ferienkursen für Neue Musik lernte Henius zahlreiche Künstler kennen, unter ihnen u. a. der Musikschriftsteller und Wissenschaftler Theodor W. Adorno. In der Folge wurde sie zu einer gefragten Interpretin von zeitgenössischen Komponisten wie Arnold Schönberg und Alban Berg.

Henius' Ehemann Joachim Klaiber wurde 1963 zum Generalintendanten der Bühnen der Landeshauptstadt Kiel berufen. Hier gründete er „1969 das Opernstudio als Forum für Experimente mit zeitgenössischer Musik, an dem Carla Henius beteiligt war“<sup>692</sup>. Im Jahr 1977 wurde Henius vom Intendanten Claus Leiniger ans Musiktheater Gelsenkirchen berufen. Hier leitete sie die neu gegründete „musik-theater-werkstatt“. 1980 bis 1982 baute sie parallel eine ähnliche Einrichtung am Theater Freiburg im Breisgau auf.<sup>693</sup>

Als Claus Leiniger 1986 Intendant am Hessischen Staatstheater in Wiesbaden wurde, nahm er Henius für die Gründung und Leitung der Wiesbadener „musik-theater-werkstatt“ unter Vertrag. Die Wiesbadener „musik-theater-werkstatt“ feierte nicht unbedeutende Erfolge, auch mit Uraufführungen und Neukompositionen. Inzwischen entstandene Spezialensembles für Neue Musik wurden zu Gastspielen eingeladen. Veranstaltungen der „musik-theater-werkstatt“ wurden

auch ein fester Bestandteil der Internationalen Maifestspiele. Carla Henius konnte ihre Arbeit unter Leiningers Nachfolgern fortsetzen.<sup>694</sup> Im Jahr 1996 übergab Henius die Leitung der „musik-theater-werkstatt“ an Ernst-August Klötzke.

Carla Henius wurde für ihre Arbeit 1991 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse geehrt. Bereits 1987 erhielt sie den Kulturpreis der Landeshauptstadt Kiel sowie 1996 den Kulturpreis der Landeshauptstadt Wiesbaden. Henius starb am 27. Dezember 2002 in Murnau am Staffelsee.

## Hoffmann, Curt (1862–1947)

Apotheker

**Gebäude:** Curt-Hoffmann-Hütte, aufgestellt und eingeweiht 1931.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Nordost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Curt Hoffmann das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>695</sup>

Curt Hoffmann wurde am 12. April 1862 in Dresden geboren. Über Kindheit und Schulzeit sowie Ausbildung Hoffmanns liegen keine schriftlichen Quellen vor. Gesichert ist, dass Hoffmann nach Schule und Studium im Kaiserreich als Nahrungsmittelchemiker im Vorstand der staatlichen Untersuchungsanstalt Baden-Baden tätig war. Anschließend war er als Hofapotheker beim Großherzog von Baden angestellt, bis er die traditionsreiche Rosenapotheke in Frankfurt am Main übernahm. Im Ersten Weltkrieg war Hoffmann Major der Reserve.

1920 zog Hoffmann nach Wiesbaden. Die Frankfurter Rosenapotheke blieb in seinem Besitz, wurde aber von einem anderen Apotheker geführt. In Wiesbaden trat Hoffmann eine Stelle als Mitglied in der Verwaltungskommission der Augenheilanstalt an und engagierte sich ab 1922 im Verschönerungs-Verein Wiesbaden e. V. Ziel des Vereins war die Verbesserung der Erholungsmöglichkeiten für Einwohner und Besucher Wiesbadens. Dafür erschloss und pflegte der Verein Waldwege und errichtete Schutzhütten, Brunnenanlagen und Sitzbänke.<sup>696</sup>

Im Sommer 1923 wurde Curt Hoffmann in das Amt des ersten Vorsitzenden des Vereins gewählt. Unter seinem Vorsitz errichtete der Verein verschiedene Denkmäler, wie beispielsweise den Goethe-Stein in Frauenstein oder die Goethe-Warte am Geisberg. Hoffmann stellte eigene finanzielle Mittel zur Errichtung

einer Schutzhütte zur Verfügung. Die Curt-Hoffmann-Hütte im Stadtwald wurde 1931 aufgestellt und eingeweiht.

Hoffmann blieb bis 1938 erster Vorsitzender des Vereins, der im selben Jahr auf Druck der Nationalsozialisten in den Kur- und Verkehrsverein Wiesbaden eingegliedert wurde.

Die Lebensumstände Hoffmanns nach 1945 sind nicht dokumentiert. Seinen Lebensunterhalt bestritt er weiter aus den Einnahmen seiner Apotheke, die im Zweiten Weltkrieg allerdings bei einem Bombenangriff zerstört worden war. Curt Hoffmann starb am 27. März 1947 in Wiesbaden.

## Hußler, Friedrich (1915–2000)

Bildhauer, Keramiker

**Verkehrsfläche:** Fritz-Hußler-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 1. April 2003.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mainz-Kastel.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Friedrich Hußler das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Friedrich Hußler hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (SA, DAF, NSV, RAD) angehört. Er war als Rottenführer und Vormann Funktionsträger in der SA und im RAD und trat damit in einem niedrigen Rang aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>697</sup>

Friedrich (genannt Fritz) Hußler wurde am 9. Januar 1915 in Lampertheim geboren. Zu seinem Leben liegen nur wenige Informationen vor.<sup>698</sup> Hußler absolvierte zwischen 1929 und 1933 eine Lehre als Bildhauer beim Wiesbadener Keramiker und Bildhauer Adam Winter. Im Anschluss besuchte er zwischen 1933 und 1934 die Staatliche Kunst- und Handwerksschule in Mainz. Ab 1935 war er in mehreren Betrieben als Bildhauergeselle tätig.

Hußler trat am 9. November 1933 der SA bei, verließ die Organisation allerdings im Jahr 1937. In der SA erreichte er den Rang eines Rottenführers. 1934 bis 1935 leistete Hußler zunächst Reichsarbeitsdienst, von 1936 bis 1937 seinen Wehrdienst. Von 1937 bis 1939 war Hußler Mitglied der Deutschen Arbeitsfront und von 1942 bis 1945 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt.<sup>699</sup>

1939 wurde Friedrich Hußler in die Wehrmacht eingezogen, konnte aber 1940 noch seine Meisterprüfung ablegen. Bis 1945 diente Hußler bei der Artillerie-

rie und erreichte den Unteroffiziersdienstgrad eines Oberwachtmeisters. Bei Ende des Zweiten Weltkrieges geriet Hußler in Kriegsgefangenschaft, aus der er im Juni 1945 entlassen wurde.<sup>700</sup>

In der Nachkriegszeit war Hußler zuerst als selbstständiger Bildhauer tätig, bevor er 1957 eine Stelle beim Mainzer Dombauamt antrat. Hier war er am Wiederaufbau und der Restauration des Doms beteiligt, der während des Zweiten Weltkrieges stark beschädigt worden war.

Friedrich Hußler war ehrenamtlich im Vereinsleben seines Wohnortes Mainz-Kastel, insbesondere im Turnsport, engagiert. Von 1930 bis 1933 war er Jugendgruppenführer des Turn-Gaus Südhessen.<sup>701</sup> Zudem war er über 20 Jahre Vorsitzender der Kasteler Turngesellschaft (TG Kastel 1886/54) und wurde später zu deren Ehrenvorsitzendem ernannt. 1978 wurde Hußler Vorsitzender des Kasteler Vereinsrings. Anfang der 1980er Jahre wurde er auf Vorschlag des Ortsbeirates Mainz-Kastel durch das Amtsgericht Wiesbaden zum Schiedsmann ernannt.

Für sein ehrenamtliches Engagement erhielt Hußler zahlreiche Ehrungen, darunter den Gauehrenbrief 1958 und 1976 die Ehrennadel des Deutschen Turnerbundes. Zudem zeichnete die Landeshauptstadt Wiesbaden Hußler 1978 mit der Bürgermedaille in Bronze aus.<sup>702</sup> Friedrich Hußler starb am 2. Januar 2000 in Wiesbaden.

## Jansen, Hermann (1869–1945)

Architekt

**Verkehrsfläche:** Hermann-Jansen-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 11. Oktober 1956.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Südost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Hermann Jansen das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Hermann Jansen hat berufsbedingt der Reichskammer der bildenden Künste angehört. Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>703</sup>

Hermann Jansen wurde am 28. Mai 1869 in Aachen geboren. Nach dem Besuch des humanistischen Kaiser-Karls-Gymnasiums in seiner Geburtsstadt studierte Jansen an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen Architektur und Städtebaukunst. Anschließend zog Jansen nach Berlin und war für ein Jahr beim Magistrat der Stadt Berlin tätig.

Ab 1898 war Jansen als selbstständiger Architekt tätig. Sein Arbeitsschwerpunkt lag auf dem Gebiet des Städtebaus. 1909 gewann er den ersten Preis für seinen Generalbebauungsplan für Groß-Berlin:

„Schon in diesem Wettbewerb hatte er auch für heute noch beachtenswerte Vorschläge ausgearbeitet: ein dichtes Schnellbahnnetz, großzügig angelegte und kreuzungsfreie Hauptverkehrsstraßen, langgestreckte, zusammenhängende Parkanlagen oder Großgrünflächen, die anstelle von sog. innerstädtischen Schmuckplätzen den Stadtkern mit der freien Natur verbinden, und vor allem geschlossene, von den großen Verkehrsadern abgeschirmte Wohn- und Siedlungsbereiche für Arbeiter und Angestellte statt ‚sogenannter Paradeanlagen mit Monumentalbauten großen Umfangs.‘“<sup>704</sup>

Nach diesem Erfolg wurden Jansen weitere städtebauliche Vorhaben (beispielsweise in Dresden, Plauen, Leipzig und Emden) übertragen. Auch für die Stadt Wiesbaden arbeitete er einen Teilbebauungsplan aus. 1920 wurde Jansen als außerordentlicher Professor an die Technische Hochschule Berlin berufen und 1923 zum ordentlichen Professor ernannt. Wegen seiner herausragenden Arbeiten auf dem Gebiet der Städteplanung erhielt Jansen bereits im Jahr 1919 die Ehrendoktorwürde der Technischen Hochschule Stuttgart.

Seine bedeutendsten Arbeiten entstanden in der Türkei. Jansen hatte im Jahr 1929 einen Wettbewerb der türkischen Regierung für die Bebauungsplanung der neuen Hauptstadt Ankara gewonnen. Es folgten weitere Projekte in Izmir, Adana, Tarsus und Mersin.

1930 erhielt er eine Professur für Städtebaukunst an der Universität Berlin. 1939 wurde ihm von Adolf Hitler die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen. Hermann Jansen war Mitglied zahlreicher Verbände und Organisationen, unter anderem war er ordentliches Mitglied der Preußischen Akademie der Künste und der Akademie des Bauwesens.<sup>705</sup>

Der Städteplaner war seit 1941 Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste. Weitere Mitgliedschaften in NS-Organisationen konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden. In seinem Aufnahmeantrag zur Reichskammer der bildenden Künste schreibt Jansen, „[n]iemals einer politischen Partei angehört [zu haben], aber national u. sozial eingestellt seit 40 Jahren und tätig [zu sein] persönlich wie fachlich“<sup>706</sup>.

Hermann Jansen arbeitete bei der Städteplanung mit dem NS-Regime, insbesondere mit Albert Speer, zusammen. Als Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt war Speer für die Umgestaltung Berlins im nationalsozialistischen Sinne zuständig. Es sind Aufträge Speers an Jansen überliefert, die belegen, dass der Städteplaner für die Konzeption der Siedlungen Gatow-Kladow und Selchow-Rotberg zuständig war. Für seinen Entwurf erhielt Jansen ein Honorar von 15.000 RM.<sup>707</sup> Hermann Jansen starb kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges am 20. Februar 1945 in Berlin.

## Juppe, Wilhelm (1904–1978)

Autolackierer, Kommunalpolitiker

**Verkehrsfläche:** Willi-Juppe-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 31. Januar 1980.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Dotzheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Wilhelm Juppe das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Wilhelm Juppe hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (DAF, NSV) angehört. Er war als Zellenwalter Funktionsträger der NSV und trat damit auf unterster Organisationsebene aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>708</sup>

Wilhelm (genannt Willi) Juppe wurde am 3. April 1904 in Dotzheim, das 1928 nach Wiesbaden eingemeindet wurde, geboren. Über seinen Werdegang liegen nur wenige Informationen vor. In der Akte seines Spruchkammerverfahrens ist überliefert, dass Juppe in den 1930er Jahren als Autolackierer im väterlichen Betrieb Carl Juppe & Sohn tätig war.<sup>709</sup>

Wilhelm Juppe war nach eigenen Angaben von 1925 bis 1933 Leiter der Katholischen Jugend in Wiesbaden. Zwischen 1920 und 1933 war er Mitglied der Zentrumsparlei.

Von 1935 bis 1945 war Juppe Mitglied der Deutschen Arbeitsfront. Des Weiteren war er von 1934 bis 1945 Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). In der NSV bekleidete Juppe von 1938 bis 1944 das niedrigste Amt eines Zellenwalters.<sup>710</sup> Seine Mitgliedschaft in der NSV begründet Juppe folgendermaßen:

„Meine Arbeit i. d. NSV habe ich rein ‚Karitativ‘ [sic!] betrieben. [K]onnte dadurch die Jugendarbeit ‚illegal‘ fortsetzen. Wurde von der Gestapo vorgeladen, gewarnt u. dauernd überwacht. Sollte den Hitlergruss anwenden u. meine Mutter zwingen aus der Bekennendenkirche [sic!] auszutreten, was ich strikt ablehnte. Alle Versuche mi[ch] als Mitglied i. d. SA, NSKK u. Partei aufzunehmen habe ich aus politischen u. religiösen Gründen abgelehnt.“<sup>711</sup>

Weitere Mitgliedschaften konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden. In Juppes Spruchkammerakte ist allerdings vermerkt, dass er im Jahr 1939 für eine Mitgliedschaft in der NSDAP vorgeschlagen worden sein soll.<sup>712</sup>

Das Spruchkammerverfahren gegen Juppe wurde schließlich eingestellt. Zwischen 1960 und 1972 war Wilhelm Juppe für die CDU Mitglied des Dotzheimer Ortsbeirates, seit 1968 in den Funktionen des Alterspräsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden. Wilhelm Juppe starb am 10. Dezember 1978 in Wiesbaden.

## Krag, Emil Adolf (1889–1966)

Maurer, Postbetriebswirt

**Verkehrsfläche:** Emil-Krag-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 10. Oktober 1974.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Erbenheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Emil Krag das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Emil Krag hat verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen (NSV, NSKOV, RDB) bzw. nationalsozialistisch gleichgeschalteten Organisationen (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) angehört. Er war als Blockwart Funktionsträger in der NSV und trat damit auf unterer Ebene aktiv für den nationalsozialistischen Staat ein. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>713</sup>

Emil Adolf Krag wurde am 5. Oktober 1889 in Erbenheim, das 1928 nach Wiesbaden eingemeindet wurde, geboren. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte Krag eine Ausbildung zum Maurer und nahm am Ersten Weltkrieg teil. Während der Kampfhandlungen wurde Krag so stark verwundet, dass er als Invalide seinen erlernten Beruf nicht mehr ausüben konnte. In der Folge trat er in den Postdienst ein und war 40 Jahre lang Postbetriebswart im Postamt I in Wiesbaden. Seine Haupttätigkeit bestand in der Verteilung der Briefpost in der Wiesbadener Rheinstraße.<sup>714</sup>

In der NS-Zeit war Emil Krag Mitglied in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, der NS-Kriegsopferversorgung und dem Reichsbund Deutscher Beamter. Neben seiner beruflichen Tätigkeit erforschte Emil Krag die Geschichte seines Heimatortes Erbenheim und verfasste zwei Bücher über dessen Geschichte. Er war zudem Chronist seines Turnvereins.<sup>715</sup>

Des Weiteren war Krag in seiner Freizeit als Botaniker tätig und seit 1949 Ehrenmitglied des Turnvereins 1846 Erbenheim. Im Jahr 1964 wurde er zum Ehrenvorstand des Vereins ernannt. Die Erbenheimer Justus-von-Liebig-Schule ernannte Krag zum Ehrenmitglied ihres Kollegiums.<sup>716</sup> Emil Krag starb am 22. Juli 1966 in Wiesbaden-Erbenheim.

## Krehl, Ludolf von (1861–1937)

Mediziner, Universitätsprofessor

**Verkehrsfläche:** Von-Krehl-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 2. September 1954.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Bierstadt.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Ludolf von Krehl das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ludolf von Krehl hat dem NS-Lehrerbund und nationalsozialistisch gleichgeschalteten Organisationen (Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften) angehört. Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

Ludolf von Krehl legte im Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung 1933 erfolgreich Einspruch gegen die Entlassung des Serologen Hans Sachs ein und leistete hierdurch eine tatsächliche Hilfeleistung für eine Person, die vom NS-Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt wurde.

### Biografische Skizze<sup>717</sup>

Ludolf von Krehl wurde am 26. Dezember 1861 als Sohn des Orientalisten Ludolf Krehl in Leipzig geboren. Nach dem Abitur studierte er von 1881 bis 1886 in Leipzig, Jena, Heidelberg und Berlin Medizin. 1886 wurde von Krehl in Leipzig promoviert und übernahm eine Assistenzarztstelle an der Leipziger Medizinischen Klinik, 1888 erfolgte die Habilitation. Anschließend übernahm er die Leitung der Poliklinik in Jena.

1893 publizierte er mit der Studie „Grundriß der allgemeinen klinischen Pathologie“<sup>718</sup> sein Hauptwerk. Das Buch, welches bis ins Jahr 1930 unter dem neuen Namen „Pathologische Physiologie. Ein Lehrbuch für Studierende und Ärzte“ verlegt wurde, erreichte 13 Auflagen.<sup>719</sup> Dieses Buch war Ausgangspunkt für seinen Ruf als Begründer der anthropologischen Medizin.

1899 wurde von Krehl als ordentlicher Professor nach Marburg berufen, wo er auch die Leitung der dortigen Poliklinik übernahm. Zwischen 1900 und 1902 war er als Professor für spezielle Pathologie und Therapie in Greifswald tätig. 1902 wechselte von Krehl nach Tübingen, zwei Jahre später nach Straßburg. 1904 wurde er in den württembergischen Adelsstand berufen. 1907 wurde von Krehl an die Universität Heidelberg berufen. In Heidelberg leitete er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1930 die Medizinische Klinik und bis zu seinem Tod im Jahr 1937 das Institut für Pathologie und das neu gegründete Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung in Heidelberg (heute Max-Planck-Institut für medizinische Forschung).<sup>720</sup> Die Berufung nach Heidelberg war mit einer Ernennung zum Geheimrat II. Klasse verbunden. Während des Ersten Weltkrieges bekleidete er das Amt eines Generalarztes der 5. Armee.

Seit 1911 war von Krehl Vorsitzender der Gesellschaft für Innere Medizin, deren Ehrenmitglied er 1932 wurde.<sup>721</sup> Da die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin in Wiesbaden seit 1882 jährlich ihren Internistenkongress durchführte, war von Krehl der Stadt eng verbunden. 1933 wurde er aus diesem Grund auch zum Ehrenbürger Wiesbadens ernannt.

Nach der „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten 1933 legten von Krehl und sein Kollege Richard Siebeck im Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung erfolgreich Einspruch gegen die Entlassung des Serologen Hans Sachs ein.<sup>722</sup> Sachs wurde allerdings aufgrund seiner jüdischen Abstammung 1935 in den Ruhestand versetzt. Er emigrierte zunächst nach England und später nach Irland.<sup>723</sup>

Ludolf von Krehl war wahrscheinlich ab 1933 bis zu seinem Tod Mitglied des NS-Lehrerbundes. Auf dem Internistenkongress im April 1933 wurde unter anderem über den Ausschluss von jüdischen Mitgliedern diskutiert. Durch ein überliefertes Protokoll wird deutlich, dass von Krehl einen sofortigen Ausschluss der jüdischen Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin nicht unterstützte, ihn aber auch nicht ablehnte. Er versuchte vielmehr, eine Entscheidung hinauszuzögern:

„Herr v. Krehl empfiehlt, sofern in der Mitgliederversammlung ein Antrag auf Ausschluss sämtlicher jüdischen Mitglieder gestellt wird, den Standpunkt einzunehmen, dass man abwarten müsse, bis entgeltige [sic!] Bestimmungen über die Behandlung jüdischer Mitglieder in wissenschaftlichen Gesellschaften erlassen würden.“<sup>724</sup>

1936 wurde er von Hitler mit dem Adlerschild des Deutschen Reiches ausgezeichnet.<sup>725</sup> Am 26. Mai 1937 starb von Krehl in Heidelberg.

## Kunz, Aloys (1869–1940)

Heilpraktiker

**Verkehrsfläche:** Aloys-Kunz-Weg, Benennung durch StVV-Beschluss vom 3. Juli 1964. Der zuvor der Familie Kunz gehörende Privatweg wurde durch einen Schenkungsvertrag vom 2. Dezember 1964 der Stadt Wiesbaden übereignet.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Nordost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Aloys Kunz das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>726</sup>

Aloys Kunz wurde am 25. Dezember 1869 in Dorndorf im Kreis Limburg geboren. Zu seinem Lebenslauf können aufgrund fehlender Quellen keine Angaben gemacht werden. Es ist lediglich bekannt, dass Kunz als Naturheilpraktiker tätig war und 1935 eine Kneipp Kuranstalt im Haus Walkmühlstraße 15 in Wiesbaden führte. Er praktizierte nach der Naturheilmethode.<sup>727</sup>

Etwaige Mitgliedschaften in NS-Organisationen oder ein aktivistisches Verhalten gegenüber dem NS-Regime konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden. Eine Entnazifizierungsakte liegt nicht vor, ebenso wenig wie eine NSDAP-Mitgliedskarte oder andere Informationen, die auf eine Nähe zum NS-Regime schließen lassen.

Aloys Kunz starb am 25. Oktober 1940 in Wiesbaden. Die nach Kunz benannte Verkehrsfläche, die sich zuvor im Familienbesitz befunden hatte, wurde durch einen Schenkungsvertrag vom 2. Dezember 1964 der Landeshauptstadt Wiesbaden übereignet. Der Name blieb als offizielle Straßenbenennung erhalten.<sup>728</sup>

## Kunze, Siegfried (1924–1992)

Lehrer

**Verkehrsfläche:** Siegfried-Kunze-Weg, Benennung durch StVV-Beschluss vom 31. Mai 1995.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Medenbach.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Siegfried Kunze das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>729</sup>

Siegfried Kunze wurde am 4. Januar 1924 in Gera geboren. Kunze war Lehrer und nach der Auskunft des Heimat- und Geschichtsvereins Medenbach bis zu Beginn der 1980er Jahre als ehrenamtlicher Schwimmlehrer dort tätig. Die Medenbacher Schulkinder besuchten zumeist die in Naurod befindliche Volksschule. Dort erhielten sie bis in die 1980er Jahre keinen regulären Schwimmunterricht. Kunze organisierte daher ein außerschulisches Angebot im Schwimmbad Hofheim. Siegfried Kunze starb am 1. November 1992 in Cadaques (Spanien).

## Laut, August (1885–1963)

Tünchermeister, Kommunalpolitiker

**Verkehrsfläche:** August-Laut-Straße, umbenannt durch StVV-Beschluss vom 25. Mai 1972.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Biebrich.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach August Laut das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** August Laut hat der DAF angehört. Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>730</sup>

August Laut wurde am 30. Januar 1885 in Biebrich, das 1926 nach Wiesbaden eingemeindet wurde, geboren. Laut besuchte die Volksschule in Biebrich und absolvierte anschließend eine Ausbildung zum Maler und Tüncher im väterlichen Betrieb. 1911 legte er die Meisterprüfung ab. Am 30. März 1912 heiratete Laut Elisabeth Coridaß. Im Ersten Weltkrieg wurde Laut in das Fußartillerie-Regiment Nr. 27 (Wiesbadener Hausregiment) eingezogen. Nach Kriegsende kehrte er nach Biebrich zurück und machte sich 1920 als Maler und Tüncher selbstständig.

Bereits seit 1908 war August Laut Mitglied im Biebricher Handwerker- und Gewerbeverein. Um die Folgen der Weltwirtschaftskrise für das Bauhandwerk in Biebrich abzuschwächen, gründete August Laut mit anderen Biebricher Handwerksbetrieben 1930 die Bauhandwerker Genossenschaft.

1924 trat August Laut in die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes ein, die ihre Blütezeit bei den Reichstagswahlen 1928 und 1930 mit rund vier Prozent der abgegebenen Stimmen erreichte. 1931 wurde Laut als ehrenamtliches Mitglied in den Vorstand der Biebricher Bank, ab 1941 Biebricher Volksbank, gewählt.<sup>731</sup> Lauts Partei löste sich 1933 zugunsten der NSDAP oder DNVP auf. 1933 musste er sein Vorstandsamt sowie alle anderen Ehrenämter niederlegen. In der

NS-Zeit bis 1945 engagierte sich August Laut weder politisch noch ehrenamtlich. August Laut war als Betriebsleiter zwischen 1934 und 1945 Mitglied der Deutschen Arbeitsfront. Anderen NS-Organisationen trat er nicht bei.<sup>732</sup>

Am 31. März 1945 wurde August Laut Mitglied des Wiesbadener Bürgerrates. Im Herbst desselben Jahres gründete er den Biebricher Ortsverband der Wiesbadener CDU mit. Im Mai 1946 wurde Laut für die CDU in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Im Dezember 1956 übernahm er den Vorsitz im Bauausschuss der Stadtverordnetenversammlung. Er blieb bis zu seinem Tod 1963 Stadtverordneter.<sup>733</sup> Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde August Laut auch erneut in den Aufsichtsrat der Biebricher Volksbank gewählt, wo er beim Wiederaufbau der Bank mitwirkte. August Laut starb am 20. November 1963 in Wiesbaden.<sup>734</sup>

## Lenges, Friedrich (1887–1952)

Kaufmann, Kommunalpolitiker

**Verkehrsfläche:** Fritz-Lenges-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 10. Oktober 1974.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mainz-Kastel.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Fritz Lenges das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>735</sup>

Friedrich (genannt Fritz) Lenges wurde am 21. Oktober 1887 in Mainz als Sohn eines Schreiners geboren. Von Beruf war er Kaufmann. Über seine Biografie konnten keine Angaben ermittelt werden. Lenges war in der Lokalpolitik engagiert. Bis zu seinem Tod war Lenges Mitglied der SPD-Fraktion der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung. Lenges starb am 1. März 1952 in Mainz-Kastel.

## Leutelt, Gustav (1860–1947)

Lehrer, Heimatdichter

**Verkehrsfläche:** Gustav-Leutelt-Platz; Benennung durch StVV-Beschluss vom 29. Juni 1967 anlässlich des Gablonzer Heimattreffens in Wiesbaden und Aufstellung eines Gedenksteins zu Ehren des Dichters.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Dotzheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Gustav Leutelt das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>736</sup>

Gustav Leutelt wurde am 21. September 1860 im sudetenländischen Josefthal bei Gablonz (heute: Josefův Důl u Jablonce nad Nisou in der Tschechischen Republik) als Sohn eines Lehrers geboren.

Nach dem Besuch der Schule in Gablonz wurde Leutelt am Lehrerseminar in Leitmeritz zum Volksschullehrer ausgebildet. Anschließend nahm er eine Stelle an der Volksschule seines Heimatortes Josefthal an und leitete dann eine gewerbliche Fortbildungsschule in Kamnitztal. Seit 1902 war Leutelt Mitarbeiter der 1901 gegründeten Zeitschrift „Deutsche Arbeit“, deren Ziel es war, eine Übersicht über das deutsche Kulturleben in Böhmen zu geben.

Nach dem Tod seines Vaters kehrte Leutelt nach Josefthal zurück und übernahm die Stelle des Vaters als Schulleiter. 1905 wurde er Oberlehrer an der Volksschule in Unter-Maxdorf und gründete dort ein Ortsmuseum. Nach seiner Heirat verzog Leutelt nach Ober-Rosenthal bei Reichenberg. Als Pensionär wohnte er seit 1926 in Gablonz.

Neben seinem Beruf als Lehrer war Gustav Leutelt als Dichter und Schriftsteller tätig. Ab 1899 veröffentlichte er bis 1944 rund ein Dutzend Bücher mit Prosa und Gedichten. In seiner Prosa beschäftigte sich Leutelt vornehmlich mit

seiner Heimatregion, insbesondere mit dem Isergebirge. Im Mittelpunkt der Erzählungen und Gedichte stand das Arbeits- und Gemeinschaftsleben seiner Heimat:<sup>737</sup>

„Verinnerlichte Anschauung und eindrucksvoll verdichtete Gestaltung zeigen auch seine Darstellungen sozialer Fragen des Sudetendeutschtums. Ohne ausdrückliche politische Tendenz wandte er sich mitleidend den arbeitenden und vielfach von Not bedrängten Menschen seiner Heimat zu. Seine Erzählungen und Romane in klassisch strenger Form verleihen der Landschaft und den Einzelschicksalen mythische Züge. Große kulturelle Bedeutung hatten sie zunächst für die sudetendeutsche Minderheit. Sie gewannen aber besonders in den 30er Jahren auch Ansehen über die engere Heimat hinaus in völkisch-vaterländischen Kreisen.“<sup>738</sup>

Auf Anregung des Gablonzer Bürgermeisters wurde im Jahr 1920 die Gustav-Leutelt-Gesellschaft gegründet, die sich bis heute für die Förderung und Vermittlung von Leutelts Werk einsetzt. 1934 bis 1936 erschienen seine gesammelten Werke im Adam Kraft Verlag Karlsbad. Eine zweite Auflage erfolgte 1941 bis 1943. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 1953 bis 1955 und 1986 bis 1990 Gesamtausgaben seiner Werke verlegt.

Für seine Dichtungen wurde Gustav Leutelt 1935 als erster Preisträger mit dem Joseph-Freiherr-von-Eichendorff-Preis für Verdienste um das Deutschtum im Sudetenland, in Böhmen, Mähren und der Slowakei sowie 1940 mit der 1932 von Reichspräsident Hindenburg gestifteten Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. In diesem Zusammenhang konnte ermittelt werden, dass die Goethe-Medaille von NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Konrad Henlein an Leutelt übergeben wurde.<sup>739</sup> Eine Laudatio Henleins oder Details der Feierlichkeiten zur Übergabe der Medaille sind nicht überliefert. Eine politische Verbindung zur heimattreuen nationalsozialistischen Bewegung im Sudetenland, der sogenannten Henlein-Bewegung, zwischen 1933 und 1938 oder Mitgliedschaften in NS-Organisationen konnten für Gustav Leutelt anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

Bei Kriegsende wurde Leutelt durch die Beneš-Dekrete aus der neu gegründeten Tschechoslowakei ausgewiesen. Er lebte fortan in Seefeldern bei Gotha, wo er am 17. Februar 1947 starb.

## Lonquich, Kurt (1914–1991)

Einzelhandelskaufmann, Kommunalpolitiker, Städtältester von Wiesbaden

**Verkehrsfläche:** Kurt-Lonquich-Straße, Zeitpunkt der Benennung nicht bekannt.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Erbenheim.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Kurt Lonquich das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Kurt Lonquich hat zeitweise der Hitlerjugend angehört. Er wurde jedoch aus der Hitlerjugend ausgeschlossen. Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>740</sup>

Kurt Lonquich wurde am 8. April 1914 in Trier geboren. In den 1930er Jahren absolvierte er nach dem Schulbesuch und dem Abitur eine Einzelhandelskaufmannslehre.<sup>741</sup> In den 1930er Jahren war Lonquich Mitglied der Trierer Hitlerjugend. Wohl aufgrund des Vorwurfs der Homosexualität wurde Lonquich am 11. Februar 1936 aus der Trierer Hitlerjugend ausgeschlossen.<sup>742</sup> Zugleich wurde eine „Warnkarte“ für die NSDAP-Zentralkartei angelegt, um eine spätere Aufnahme Lonquichs zu verhindern.<sup>743</sup> Lonquich verließ Trier, wohl zunächst nach Rheinbach bei Bonn. Nach eigenen Angaben wurde er in dieser Zeit aufgrund „staatsfeindl[icher] Äußerungen“ angezeigt und zweimal vernommen.<sup>744</sup>

1937 übernahm Lonquichs Vater Quirin Lonquich vom jüdischen Kaufmann Adolf Levi weit unter Wert zu einem Kaufpreis von 2.100 RM in Wiesbaden ein Textilgeschäft.<sup>745</sup> Es handelte sich bei dieser Transaktion um eine sogenannte Arierisierung, denn der eigentliche Grundstückswert betrug 19.000 RM, wie aus einer Korrespondenz zwischen Adolf Levi, den Rechtsanwälten Lührssen und Löning und dem Finanzamt Mannheim von 1938 hervorgeht.<sup>746</sup> Kurt Lonquich war an der Abwicklung des Kaufs des Grundstücks, Gebäudes und Gewerbes in Wiesbaden-Erbenheim nicht beteiligt.

1941 siedelte die Familie von Trier nach Wiesbaden-Erbenheim über.<sup>747</sup> In Wiesbaden arbeitete Lonquich im elterlichen Textilgeschäft. Zum Kriegsdienst wurde er nicht einberufen. Die Gründe sind unklar. Ein Spruchkammerverfahren gegen ihn wurde nach Kriegsende nicht eröffnet.

1952 trat Lonquich der CDU bei und war von 1952 bis 1960 und ab 1972 Mitglied des Erbenheimer Ortsbeirates sowie von 1977 bis 1981 Ortsvorsteher. Des Weiteren gehörte er zwischen 1956 und 1989 der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung an. Ab 1960 war Lonquich für 19 Jahre stellvertretender und ab 1979 für zehn Jahre Stadtverordnetenvorsteher von Wiesbaden. Kurt Lonquich engagierte sich politisch auch auf Kreisparteebene. Seit 1952 war er Mitglied des CDU-Kreisvorstandes und zwölf Jahre lang Schatzmeister seiner Partei.

Am 1. Januar 1970 übernahm Lonquich von seiner Mutter Elisabeth Lonquich, geborene Steinlein, die seit dem Tod des Vaters 1954 alleinige Gesellschafterin war, die Geschäftsführung für das Modegeschäft. Das Gewerbe führte Kurt Lonquich gemeinsam mit seiner Frau und seiner Schwester.<sup>748</sup>

Neben seiner politischen Tätigkeit war Lonquich auch im Einzelhandelsverband Wiesbaden-Rheingau engagiert. Hier wurde er im Jahr 1978 zum Vorsitzenden gewählt, ein Amt, das er bis 1985 ausübte.<sup>749</sup> Des Weiteren war er Präsidialmitglied des Landesverbandes des Hessischen Einzelhandels. 1977 wurde Lonquich mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet. 1979 erhielt er den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland. 1989 wurde er mit der Ehrenplakette der Landeshauptstadt Wiesbaden ausgezeichnet. Nach seinem Ausscheiden aus dem Stadtparlament wurde Lonquich die Ehrenbezeichnung „Stadältester“ verliehen. Lonquich starb am 28. April 1991 in Wiesbaden.

## Naab, Jakob Paul (1872–1954)

Arzt

**Verkehrsfläche:** Naabstraße, Benennung durch Beschluss des Ältestenausschusses vom 2. August 1973; zuvor Stichstraße der Äppelallee.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Biebrich.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Jakob Naab das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Jakob Naab hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (NSV, NSDÄB) angehört. Er unterstützte im Jahr 1930 die SA mit einer Geldspende. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>750</sup>

Jakob Paul Naab wurde am 4. Januar 1872 in Nierstein geboren. Der Lebensweg Naabs lässt sich aufgrund fehlender Quellen nur lückenhaft rekonstruieren. Naab besuchte von 1878 bis 1882 die Volksschule in Nierstein. Anschließend wechselte er an die Realschule Oppenheim, die er zwischen 1882 und 1884 besuchte. Ab 1884 war Naab Schüler am humanistischen Gymnasium im Mainz, wo er 1892 das Abitur ablegte. Danach studierte Jakob Naab Medizin in Heidelberg und Berlin.

Von 1901 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges war Jakob Naab als Arzt bei der Deutschen Orientmission in Diyarbakır in der heutigen Türkei tätig. Von 1914 bis 1918 war Naab als Truppenarzt an der Westfront eingesetzt. 1918 verließ er die Armee im Rang eines Oberstabsarztes der Reserve.<sup>751</sup> Nach dem Krieg war er als Allgemeinmediziner in Biebrich tätig.

1922 gründete er in Biebrich mit Mitstreitern den Garten- und Heimstättenverein „Selbsthilfe“. Ziel des Vereins war es, jährlich acht bis zehn Heimstätten zu errichten, und zwar in Eigenregie der Mitglieder. 1934 zog sich Naab aus dem Verein zurück.<sup>752</sup>

1931 wurde Naab Leiter des deutschen Krankenhauses in Istanbul. Das Krankenhaus befand sich formal im Besitz des Deutschen Reiches und wurde vom Deutschen Wohlfahrtsverein zu Konstantinopel betrieben. Naab wurde auf Bitten des Auswärtigen Amtes Leiter dieses Krankenhauses. Der Etat des Krankenhauses stammte zu großen Teilen aus Mitteln des Auswärtigen Amtes. Naabs Vertrag endete Ende 1935. Nach Auskunft des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes schied er in Unfrieden aus seinem Amt aus:

„Es scheint eine starke persönliche Abneigung gegen seinen Nachfolger Dr. Hermann Quincke eingetreten zu sein, der etwa 1934 am Krankenhaus eingestellt worden war, nachdem er seine Anstellung in Deutschland offenbar wegen ungeklärter ‚arischer‘ Abstammung hatte aufgeben müssen. Naab hatte sich außerdem dadurch Ärger verschafft, dass er in einer Schadenersatzstreitigkeit eines Patienten einem türkischen Anwalt das Mandat übertragen hatte, ohne mit ihm die Höhe des Honorars abzusprechen, was dieser dann durch Forderungen in extremer Höhe auszunutzen versuchte.“<sup>753</sup>

Mit seiner Rückkehr nach Deutschland trat Naab 1936 in den NS-Ärztebund ein.<sup>754</sup> Er wurde auch Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Aus den Unterlagen der Wiesbadener NSDAP geht hervor, dass er schon drei Jahre vor der „Machtergreifung“ im Jahr 1930 eine Spende an die Wiesbadener SA getätigt hatte.<sup>755</sup> Die Höhe des Betrages ist nicht überliefert. Naab erhielt in der NS-Zeit 1934 das Verdienstkreuz des Roten Kreuzes, 1935 das Ehrenkreuz für Frontkämpfer und 1943 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse.

Bei Kriegsende hatte Naab zwei Wohnsitze: Einerseits war er in Wiesbaden-Biebrich gemeldet, andererseits hatte er seinen Lebensmittelpunkt und seine Praxis in Stuttgart. Aufgrund dieser Konstellation durchlief er zwei Spruchkammerverfahren. In seinem Spruchkammerverfahren in Stuttgart machte Naab unvollständige Angaben zu seinen NS-Mitgliedschaften.<sup>756</sup> Beide Spruchkammern stuften Naab als „nicht vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus betroffen“ ein. Naab starb am 6. März 1954 in Stuttgart.

## Österreicher, Anton (1912–1992)

Mechaniker, Kommunalpolitiker, Bürgermeister von Medenbach

**Verkehrsfläche:** Anton-Österreicher-Platz, Benennung durch StVV-Beschluss vom 31. Januar 1995.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Medenbach.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Anton Österreicher das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Anton Österreicher hat der NSDAP angehört. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>757</sup>

Anton Österreicher wurde am 12. Mai 1912 in Zlabings (heute: Slavonice in der Tschechischen Republik) geboren. Über seinen Lebensweg vor 1945 sind nur wenige Informationen vorhanden. Ausgehend von den Angaben in seiner Spruchkammerakte aus der Nachkriegszeit kann als gesichert gelten, dass Österreicher bis 1945 in seinem Geburtsort Zlabings gemeldet und von Beruf gelernter Mechaniker war.<sup>758</sup>

Österreichers Heimatort liegt im Sudetenland, das sich in der Zwischenkriegszeit auf dem Gebiet der Tschechoslowakei befand. Nach eigenen Angaben wurde Österreicher ab 1934 in die tschechoslowakische Armee zum Wehrdienst eingezogen. Im Zuge des Münchner Abkommens vom 29. September 1938 wurde das Sudetenland vom Deutschen Reich annektiert.<sup>759</sup> Am 27. Januar 1939 beantragte Anton Österreicher die Mitgliedschaft in der NSDAP und wurde rückwirkend zum 1. November 1938 in die Partei aufgenommen.<sup>760</sup> Weitere Mitgliedschaften in NS-Organisationen sind nicht überliefert.

Österreicher leistete ab 1941 als Unteroffizier Kriegsdienst in einer Pioniereinheit.<sup>761</sup> Bei Kriegsende geriet Österreicher in Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung war er zunächst im österreichischen Gastern ansässig. 1946 zog Österreicher nach Baumerlenbach im heutigen Baden-Württemberg.<sup>762</sup>

In seinem Spruchkammerverfahren verschwieg Anton Österreicher zunächst seine NSDAP-Mitgliedschaft. Nachdem die Spruchkammer die Mitgliedschaft ermittelt hatte, forderte sie ihn zu einer Stellungnahme auf. Österreicher begründete sein Schweigen folgendermaßen: „Da ich niemals ein Parteibuch oder eine Mitgliedskarte besessen habe, fühle ich mich nicht als Parteimitglied.“<sup>763</sup> Er erläuterte weiter, dass er in der Zeit seines Parteieintritts aufgrund seiner Militärzeit in der tschechoslowakischen und deutschen Armee keine Verfügung über seine Person hatte. Die zuständige Spruchkammer Öhringen stellte das Verfahren gegen ihn daraufhin im Juni 1948 ein.<sup>764</sup>

Später war Österreicher im heutigen Wiesbadener Ortsteil Medenbach ansässig. Beruflich war er bei der Bundespost tätig.<sup>765</sup> In Medenbach engagierte sich Anton Österreicher in der Gemeindearbeit und Lokalpolitik. 1966 wurde er zum Vorsteher des Ortsgerichts gewählt. 1968 wurde er als SPD-Mitglied zum vierten Beigeordneten der Gemeindevertretung und 1969 zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt. Dieses Amt führte er bis zur Eingemeindung Medenbachs in die Landeshauptstadt Wiesbaden am 1. Januar 1977 aus.<sup>766</sup> Anschließend arbeitete Österreicher für drei Monate die neue Leitung der Ortsverwaltung Medenbach ein.<sup>764</sup> Anton Österreicher starb am 2. Dezember 1992 in Wiesbaden.

## Römer, Hans (1918–2005)

Leiter des Badebetriebs im ESWE-Bad, Kommunalpolitiker

**Verkehrsfläche:** Hans-Römer-Platz, Benennung durch StVV-Beschluss vom 10. Mai 2005.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Schierstein.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Hans Römer das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>768</sup>

Hans Römer wurde am 7. Januar 1918 in Schierstein, das 1926 nach Wiesbaden eingemeindet wurde, geboren. Zu Römer liegen nur wenige Primärquellen vor.<sup>769</sup> Nach dem Hauptschulabschluss absolvierte Römer eine Lehre zum Postfachangestellten. Römer war ein talentierter Sportler, insbesondere in Leichtathletik, im Schwimmen und Kunstspringen. Mit 18 Jahren wurde Römer eingeladen, am Jugendlager aus Anlass der Spiele der XI. Olympiade in Berlin 1936 teilzunehmen. Er folgte der Einladung.

Ab 1. September 1937 trat Römer dem Regiment General Göring, einer infanteristischen Einheit der 1935 neu gegründeten Luftwaffe, wohl als Unteroffiziersbewerber, bei. Die Einheit wurde später zur Fallschirm-Panzer-Division „Hermann Göring“ umgebildet. Römer gehörte dem Verband bis 1945 an.<sup>770</sup> Am 15. März 1945 wurde er in der Nähe von Breslau von der Roten Armee gefangen genommen. Aus der Kriegsgefangenschaft kehrte er 1950 mit einer 50-prozentigen Kriegsbeschädigung zurück.

1954 wurde Hans Römer bei den Stadtwerken Wiesbaden als Bademeister angestellt und leitete den Badebetrieb des ESWE-Bades an der Mainzer Straße. Römer war vor allem wegen seiner sportlichen Aktivitäten als Kunstspringer stadtbekannt. In den 1950er Jahren gründete er die humoristische Kunstspringer-

gruppe „Die Hallenbadenten“. Auf seine Initiative wurde auch die Springschule der Wiesbadener Schulen gegründet. Römer engagierte sich auch in der Ausbildung von Schwimmmeistern und war von 1959 bis 1982 Mitglied im Staatlichen Prüfungsausschuss und im Bundesvorstand der Schwimmmeisterorganisation.

Hans Römer war Mitglied der SPD und gehörte seit 1970 dem Schiersteiner Ortsbeirat an. Von 1971 bis 1972 stand er dem Ortsbeirat vor. Der Kommunalpolitiker war außerdem Mitglied zahlreicher Schiersteiner Vereine. Er war Vorsitzender und Ehrenvorsitzender der Turngemeinschaft Schierstein. 1979 wurde Römer pensioniert. Er war Mitgründer und von 1983 bis 2000 Vorsitzender des Ortsrings der Schiersteiner Vereine und Verbände.

Für sein vielfältiges ehrenamtliches Engagement wurde Römer mit der Wiesbadener Bürgermedaille in Silber und Gold sowie mit der Sportplakette der Landeshauptstadt Wiesbaden ausgezeichnet. 1981 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Ferner wurde Römer vom Land Hessen mit dem Ehrenbrief des Landes gewürdigt. Der Hessische Sportbund ehrte Hans Römer mit seiner Silbernen Ehrennadel.<sup>771</sup> Hans Römer starb am 5. Februar 2005 in Wiesbaden.

## Ruf, August (1869–1958)

Landwirt, Bürgermeister von Auringen

**Verkehrsfläche:** August-Ruf-Straße, zuvor Bahnhofstraße, umbenannt im Zuge der Eingemeindung durch Beschluss der Gemeindevertretung vom 18. Dezember 1975.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Auringen.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach August Ruf das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Mitgliedschaften in NS-Organisationen oder ein sonstiges aktivistisches Verhalten für das NS-Regime konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>772</sup>

August Ruf wurde am 19. Oktober 1869 in Auringen geboren. Über seinen Lebensweg sind nur wenige Informationen verfügbar. Ruf war Landwirt in seinem Heimatort und von 1895 bis 1917 ehrenamtlicher Bürgermeister. Ruf war auch Autor einer Ortschronik.<sup>773</sup> Diese ca. 600 Seiten starke Chronik für die Zeit von 1700 bis 1945 verfasste er handschriftlich. Ruf referiert vor allem die Ereignisse in Auringen und dem Deutschen Reich zwischen dem Ersten und dem Ende des Zweiten Weltkrieges. In der Chronik sind keine Wertungen und keine Überhöhung des Nationalsozialismus erkennbar. August Ruf starb am 15. Mai 1958 in seinem Heimatort Auringen.

## Rüth, Georg (1880–1945)

Ingenieur, Universitätsprofessor

**Verkehrsfläche:** Rüthstraße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 11. Oktober 1956.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Südost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Georg Rüth das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Georg Rüth hat dem NSLB bzw. einer nationalsozialistisch gleichgeschalteten Organisation (Deutsche Gesellschaft für Bauwesen) angehört. Außerdem war er Mitglied im Reichsbauausschuss für Luftschutz. Er unterschrieb das „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ 1933. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>774</sup>

Georg Rüth wurde am 15. November 1880 in Zwingenberg geboren. Rüth besuchte in Heppenheim und Darmstadt die Realschule und die Oberrealschule und bestand im Jahr 1900 seine Abiturprüfung. Zwischen 1900 und 1904 studierte er Ingenieurwesen an der Technischen Universität (TU) Darmstadt.

Nach seinem Studium war er zwischen 1904 und 1907 als Assistent am Lehrstuhl für Statik, Baukonstruktionen und Brückenbau tätig. Anschließend arbeitete Rüth bis 1919 beim Bauunternehmen Dyckerhoff & Widmann in Wiesbaden-Biebrich. Neben dieser Tätigkeit nahm er einen Lehrauftrag an der TU Darmstadt wahr. Im Jahr 1919 habilitierte sich Rüth in Darmstadt und wurde zum Privatdozenten ernannt. Im Jahr 1921 wurde ihm der Professorentitel verliehen.

1920 gründete Rüth in Darmstadt ein Ingenieurbüro. 1925 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. Im Jahr 1929 verlieh ihm die TU Darmstadt

die Ehrendoktorwürde. Zwei Jahre später wurde Rüth zum ordentlichen Professor für Baukonstruktionslehre und Industriebauten an der TU Dresden ernannt. In Dresden wurde er auch Leiter der Sammlung für Baukonstruktionslehre mit zugehöriger Modellwerkstatt.<sup>775</sup>

Georg Rüth war Experte für die Sicherung und Sanierung von historischen Bauten, insbesondere von Kirchen. Seine Expertise brachte er in Projekte etwa am Mainzer Dom und an der Frauenkirche in Dresden ein.<sup>776</sup> Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit in der Vorkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges war der Luftschutzbau. Dabei wertete er Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg aus und versuchte, die Ergebnisse auf die Wirkung aktueller Waffen zu übertragen.<sup>777</sup>

Die Beschäftigung mit dem Luftschutz war im „Dritten Reich“ nicht nur eine rein technische, sondern wurde auch ideologisch durchsetzt. An der TU Dresden hatte Rüths Kollege Emil Högg bereits 1932 ein Luftschutzseminar ins Leben gerufen, welches ab 1937 von Georg Rüth geleitet wurde:

„Unter ihm wurde der ideologische und wehrtechnische Charakter des Seminars zunehmend ausgebaut. In diesem Seminar hielten Professoren der TH Dresden öffentliche Vorträge zur Entwicklung des Luftkriegs und der Luftwaffe. Dazu gab es praktische Übungen, in denen der Umgang mit Gasmasken, Brandwunden und chemischen Verletzungen, aber auch sogenannte ‚Rassenhygiene‘ gelehrt wurde. [...] Für Studenten an der TH Dresden wurde die Teilnahme am Luftschutzseminar schließlich verpflichtend und als Vorbedingung für die Zulassung zur Prüfung eingeführt. Neben sogenannten Leibesübungen und Wehrsport trug dieses Seminar also zur Militarisierung des studentischen Alltags bei.“<sup>778</sup>

Georg Rüth war auf dem Gebiet des Luftschutzes kein reiner Theoretiker, sondern er brachte seine Expertise auch bei der Errichtung von Gebäuden ein. Zusammen mit Högg baute Rüth im Auftrag des Oberkommandos der Kriegsmarine 1939 das Goehlewerk in Dresden, das bis 1945 als Rüstungsfabrik genutzt wurde. Rüth war für den Entwurf der Luftschutztreppenhäuser des Werks zuständig:

„Diese Luftschutztreppenhäuser galten damals als Innovation auf dem Gebiet des Bunkeranlagenbaus. Sie waren an die Produktionshallen angeschlossen, damit die Angestellten im Falle eines Luftangriffs direkt vom Arbeitsplatz in die Treppenhäuser fliehen konnten. Georg Rüth erhoffte sich außerdem eine

positive psychologische Wirkung. Hochbunker sollten im Vergleich zu Tiefbunkern weniger beängstigend und beengend wirken.“<sup>779</sup>

Rüth war im Auftrag des Regierungspräsidenten Dresden-Bautzen auch am Bau des Gauhauses Sachsen in Dresden beteiligt, er war für die Prüfung der Statik des Gebäudes zuständig.<sup>780</sup>

Rüths Arbeitsschwerpunkt im Luftschutz schlug sich auch in Mitgliedschaften und Ämtern in der NS-Zeit nieder. Der Architekt war Mitglied im Reichsbauausschuss für Luftschutz und der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen, zudem koordinierte er als Obmann die Erarbeitung von einheitlichen technischen Baubestimmungen für den Luftschutz. Rüth war außerdem Mitglied in der Reichsfachschaft der Hochschullehrer und im NS-Lehrerbund. Rüth unterzeichnete 1933 auch das „Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler“.<sup>781</sup>

Seine Arbeitsergebnisse dokumentierte Rüth sorgfältig in einem eigenen Archiv. Nachdem Dresden im Februar 1945 durch Bombenangriffe fast vollständig zerstört wurde, versuchte Rüth, Unterlagen zu retten. Er erlitt eine Rauchgasvergiftung, an deren Folgen er am 14. Februar 1945 starb.

## Salizé, Georg (1874–1959)

Glasermeister, Kommunalpolitiker, Stadtältester von Wiesbaden

**Verkehrsfläche:** Salizéstraße, zuvor Jahnstraße, umbenannt durch StVV-Beschluss vom 25. Mai 1972.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Biebrich.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Georg Salizé das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Georg Salizé hat der DAF angehört. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>782</sup>

Georg Salizé wurde am 10. Januar 1874 in Biebrich geboren. Er absolvierte eine Lehre zum Glaser und begab sich 1891 auf Wanderschaft. Salizé bereiste Österreich, die Schweiz, Italien und den Balkan. Von 1892 bis 1899 war er bei der Bayerischen Hofglasmalerei beschäftigt. In dieser Zeit absolvierte er seinen Wehrdienst beim 8. Bayerischen Infanterie-Regiment in Metz. Im Jahr 1899 war Salizé in der Anstalt für kirchliche Kunst in Riga angestellt. Anschließend arbeitete er in Sankt Petersburg, Orenberg, Saratow und Samara. 1902 kehrte der Glaser nach Deutschland zurück und war in Berlin und Hamburg tätig.

Nach einem kurzen Aufenthalt in England ließ sich Salizé in Biebrich nieder und legte die Meisterprüfung ab. In der Folge war er in Biebrich im väterlichen Glaserbetrieb tätig, den er später übernahm. Ab 1921 übernahm Salizé das Ehrenamt des Armenpflegers und wurde Stadtverordneter für die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) im Biebricher Stadtparlament.

Nach der Eingemeindung Biebrichs nach Wiesbaden 1926 wurde Salizé Mitglied des Wiesbadener Stadtparlaments. Von 1927 bis 1933 war Salizé Obermeister der Glaserinnung. 1933 musste er nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten alle seine Ämter aufgeben. Während der NS-Zeit war Salizé als

Betriebsleiter Mitglied der Deutschen Arbeitsfront (DAF).<sup>783</sup> Anderen NS-Organisationen trat er nicht bei.

Zum Kriegsdienst wurde Salizé nicht herangezogen. 1945 bis 1951 war Salizé erneut Obermeister der Glaserinnung. Anschließend erhielt er die Ehrenbezeichnungen „Ehrenobermeister des hessischen Glaserhandwerks“ und „Altmeister“. 1948 wurde Georg Salizé zudem für die Liberal-Demokratische Partei Hessens (LDP), die im selben Jahr in der FDP aufging, in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Zwischen 1950 und 1952 war Salizé Mitglied des Präsidiums und des Ältestenausschusses der StVV. 1952 zog er sich aus Altersgründen aus der Politik zurück. Nach seinem Ausscheiden aus dem Stadtparlament wurde Salizé die Ehrenbezeichnung „Stadtältester“ verliehen.

Außer in der Lokalpolitik engagierte sich Salizé als Mitglied des Biebricher Beirat- und Wohnungsausschusses und im Vorstand des Haus- und Grundbesitzervereins Biebrich. Georg Salizé gehörte außerdem dem Aufsichtsrat der Biebricher Volksbank an. 1954 wurde Salizé mit dem Bundesverdienstkreuz und der Wiesbadener Ehrenschaale ausgezeichnet. Er starb am 10. Februar 1959 in Wiesbaden.

## Schick, Peter (1900–1996)

Sportlehrer

**Verkehrsfläche:** Peter-Schick-Hallen, 1991 vom Turnerbund Wiesbaden benannt.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Rheingauviertel/Hollerborn.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Peter Schick das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Peter Schick hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, SA, NSV, NSRL) angehört. Er war als Rottenführer Funktionsträger in der SA sowie als Kreissport- und Gaulehrwart sowie Reichskampfrichter Funktionsträger im NSRL. Ein sonstiges aktivistisches Verhalten oder eine über die Mitgliedschaft in NS-Organisationen hinausgehende ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>784</sup>

Peter Schick wurde am 30. Juni 1900 in Weinheim an der Bergstraße als Sohn eines Maschinenschlossers geboren. Nach dem Schulabschluss studierte Schick sechs Semester an der Ingenieurschule in Mannheim, die er 1923 mit dem Examen abschloss. Nach seinem Studium war er in Lampertheim und Kirchen (Sieg) als Ingenieur angestellt.

Neben dem Beruf war Schick Leistungssportler. Er war mehrfach Sieger bei Deutschen Turnfesten und galt als einer der besten Kunstturner seiner Zeit.<sup>785</sup> 1927 gab Schick den Ingenieurberuf auf und widmete sich ganz dem Turnsport. Er war zunächst in Cuxhaven und Frankfurt am Main als Turnlehrer tätig, bis er im Jahr 1929 als hauptamtlicher Turnlehrer zum Turnerbund Wiesbaden (TBW) wechselte. Schick war 35 Jahre lang Turnlehrer beim TBW. Mit dem Verein gelangen ihm zahlreiche Erfolge. So wurde er zweimal deutscher Meister im Vereinsgruppenwettbewerb und trainierte Hanni Meurer-Högel, die an den Olympischen Spielen in Berlin 1936 teilnahm. Seit 1932 war Schick Gauoberturnwart des Turngaus Süd-Nassau.<sup>786</sup>

Peter Schick trat 1937 der NSDAP bei.<sup>787</sup> Bereits am 1. November 1933 war er der SA beigetreten, wo er 1937 zum Rottenführer befördert wurde.<sup>788</sup> Er war zudem Mitglied des NS-Reichsbundes für Leibesübungen und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Schick fungierte als Kreissportwart im Kreis Wiesbaden/Rheingau des NSRL sowie von 1935 bis 1939 als Gaulehrwart des NSRL. Ab 1936 fungierte er als Reichskampfrichter.<sup>789</sup> In seinem Entnazifizierungsverfahren nach dem Krieg gab Schick an, keinen aktiven Dienst in der SA geleistet und nie an einer Veranstaltung der NSDAP teilgenommen zu haben. Er habe sich außerdem geweigert, Mitglieder der SA und der HJ im Turnen zu unterrichten.<sup>790</sup> Inwiefern es sich hierbei um eine Schutzbehauptung handelte, lässt sich anhand der verfügbaren Dokumente nicht überprüfen. Belegt ist hingegen, dass Schick bei öffentlichen Veranstaltungen keine Parteiuniform, sondern ein weißes Turnhemd trug.<sup>791</sup>

Im August 1939 wurde Schick zum Kriegsdienst eingezogen, den er beim Luftgaukommando XII und beim Luftgaukommando Westfrankreich als Oberfeldwebel absolvierte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte Schick nach Wiesbaden zurück. Wiesbadens liberaler erster Nachkriegsoberbürgermeister Georg Krücke setzte sich im Entnazifizierungsverfahren und bei der amerikanischen Besatzungsmacht für Schick ein und bat im Sommer 1946 um dessen Wiederzulassung als Turnlehrer.<sup>792</sup>

In Schicks Spruchkammerakte befindet sich auch eine Erklärung von Margot Rubinstein. Laut ihrer Aussage soll Schick ihr und ihrem Sohn bei einem Luftangriff auf Wiesbaden geholfen haben. Rubinstein galt im Sinne der Nationalsozialisten als „arisch“, ihr Ehemann Leo als Jude. Ihr 1933 geborener Sohn Rolf musste als „Halbjude“ den sogenannten Judenstern tragen. Aufgrund dieser Tatsache war es der Familie Rubinstein nicht gestattet, sich bei Luftangriffen in einen Luftschutzkeller zu begeben: „Als ich Herrn Schick auf die Folgen, die die Befolgung seiner Aufforderung für ihn und uns haben könnte, aufmerksam machte, erklärte er ganz energisch und spontan: ‚Ich nehme jede Verantwortung auf mich!‘“<sup>793</sup>

Peter Schick wurde im Oktober 1946 von der Spruchkammer Wiesbaden in Gruppe 4 („Mitläufer“) eingestuft und zu einer „Sühneleistung“ von 500 RM verurteilt.<sup>794</sup> In der Nachkriegszeit baute Schick mit weiteren Vereinsmitgliedern des Turnerbundes Wiesbaden die zerstörte Vereinshalle wieder auf und wurde 1947 zum Landesoberturnwart gewählt, eine Position, die er 20 Jahre innehatte. In dieser Zeit organisierte er vier Landesturnfeste. Im Jahr 1966 wurde er zum Landes-Ehrenoberturnwart ernannt.

Schick erhielt zahlreiche Auszeichnungen. Darunter die Wiesbadener Bürgerplakette, die Ehrenplakette des Deutschen Turnerbundes und die Silberne Ehrenplakette des hessischen Ministerpräsidenten. Der Turnerbund Wiesbaden benannte im März 1991 seine Vereinshallen am Kurt-Schumacher-Ring nach Peter Schick.<sup>795</sup> Schick starb am 5. Februar 1996 in Wiesbaden.

## Schliffer, Wilhelm (1896–1972)

Dekorationsmaler, Heimatforscher

**Verkehrsfläche:** Wilhelm-Schliffer-Straße, zuvor Gartenstraße, umbenannt im Zuge der Eingemeindung durch Beschluss der Gemeindevertretung vom 9. März 1976.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Naurod.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Wilhelm Schliffer das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>796</sup>

Wilhelm Schliffer wurde am 26. Februar 1896 in Naurod, das 1977 nach Wiesbaden eingemeindet wurde, geboren. Zu seinem Leben sind nur wenige Informationen überliefert. Schliffer war gelernter Dekorationsmaler und in seinem Heimatort als Heimatforscher tätig. Schliffer suchte Anfang der 1930er Jahre nach Spuren von frühen Besiedlungen in seinem Geburtsort:

„Er wanderte durch die Nauroder Gemarkung auf der Suche nach Spuren früherer Besiedlungen. Er fand sie in der Umgebung des Kellerskopfs am Erbsenacker und in den südlichen Gemarkungsteilen, wo er bis dahin unbekannte Hügelgräber entdeckte. Mit den einfachsten Methoden, oftmals nur durch Zählen der Schritte, vermaß er Teile der Gemarkung und brachte seine Erkenntnisse zu Papier. So entstand Anfang der dreißiger Jahre seine handgezeichnete archäologische Karte, die auch bei Fachleuten Anerkennung fand [...].“<sup>797</sup>

Wilhelm Schliffer erforschte zudem die Geschichte Naurods während des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) und veröffentlichte ab 1932 regelmäßig

in „Alt-Nassau“, einer Zeitungsbeilage des „Wiesbadener Tagblattes“.<sup>798</sup> Seine Artikel weisen keine Bezüge zum Nationalsozialismus auf.

Schliffer war auch als Kunstmaler aktiv:

„Von der einfachsten Zeichnung und dem primitiven Aquarell bis zum Ölgemälde versuchte er sich mit Erfolg in allen Sparten dieser Kunst. Er hat nie ein Bild verkauft. Er verschenkte sie an Familienangehörige, an Freunde oder verwahrte sie bei seinen persönlichen Ablagen.“<sup>799</sup>

Wilhelm Schliffer starb am 21. Dezember 1972 in Naurod.

## Schön, Helmut (1915–1996)

Fußballspieler, Trainer der deutschen Fußballnationalmannschaft

**Gebäude:** Helmut-Schön-Sportpark, Benennung im Jahr 2009.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Südost.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Helmut Schön das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Helmut Schön hat dem RKB angehört. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>800</sup>

Helmut Schön wurde am 15. September 1915 in Dresden geboren. Mit zehn Jahren trat er in den SV Dresdensia ein und debütierte mit 15 Jahren in der Ersten Mannschaft seines Heimatvereins. Im gleichen Jahr wechselte er zum Dresdner SC, einem größeren und erfolgreicherem Verein der sächsischen Großstadt.<sup>801</sup> Mit diesem Verein wurde Schön 1940 und 1941 Tschammerpokalsieger sowie 1943 und 1944 deutscher Meister. Als Stürmer war Helmut Schön einer der herausragenden und beliebtesten Fußballspieler Dresdens. 1937 absolvierte er gegen Schweden sein erstes Länderspiel.

Neben seiner Sportkarriere besuchte Schön das bischöfliche St.-Benno-Gymnasium Dresden, das er 1935 mit dem Abitur abschloss. Im Anschluss absolvierte er bei der Sächsischen Staatsbank eine Ausbildung zum Bankkaufmann. Nach seiner Ausbildung war Schön bis 1945 beim Dresdner Pharmaunternehmen Madaus als kaufmännischer Angestellter tätig.

Schöns Karriere als Fußballspieler fand ihren Höhepunkt in der Zeit des „Dritten Reiches“. Der Dresdner SC hatte sich nach der „Machtübernahme“ Hitlers schnell an die neue politische Situation angepasst und alle jüdischen Mitglieder ausgeschlossen. Auf Schön und andere bekannte Spieler des Vereins wurde Druck ausgeübt, in die NSDAP einzutreten. In einer 1979 ausgestrahlten Fernsehsendung beschrieb Schön diese Situation folgendermaßen: „Wir sind nicht

gezwungen worden, aber es ist uns immer wieder nahegelegt worden.“<sup>802</sup> Schön weigerte sich, der NSDAP beizutreten, wurde aber Mitglied im Reichskolonialbund, den er in seinen autobiografischen Aufzeichnungen als „eine harmlose Organisation“<sup>803</sup> bezeichnete. In seiner Zeit als Nationalspieler wurde der spätere Bundestrainer nicht nur bezüglich einer Parteimitgliedschaft unter Druck gesetzt, sondern er sollte auch der SS beitreten. Auch diese Versuche wehrte Schön ab:

„Helmut Schön machte später nicht den Versuch, sich deswegen zum Widerstandskämpfer zu stilisieren. Er sei nie jemand gewesen, der gegen den Strom geschwommen sei, bekannte er in seiner Autobiographie. Aber es sei auch ‚falsch zu sagen, ich hätte mich mit geschlossenen Augen treiben lassen‘. Die familiäre Prägung half ihm, sich der nationalsozialistischen Ideologie zu verweigern: ‚Mein Vater, meine zwölf Jahre ältere Schwester, mein Bruder, sie alle waren total ‚contra‘ [...] Eine Mitgliedschaft in der SS hätte den Bruch mit dem Elternhaus bedeutet.“<sup>804</sup>

Neben Helmut Schön verweigerten auch andere zur damaligen Zeit bekannte Spieler des Dresdner SC wie Willibald Kreß, Richard Hofmann, Walter Dzur und Trainer Georg Köhler die Mitgliedschaft in der NSDAP und SS.<sup>805</sup>

Wie Bernd-M. Beyer feststellt, wurden Schön und seine Mannschaftskameraden politisch instrumentalisiert, auch wenn Fußball noch nicht den Stellenwert hatte, den es heute einnimmt:

„Dieses Terrain war Sportarten vorbehalten, die jene ‚Helden‘ hervorbrachten, ‚die den deutschen ‚Übermenschen‘ verkörpern konnten‘: Boxer, Flieger oder Autorennfahrer. Doch im Fußball gab es die ‚local heroes‘, denen die Nazis durchaus politische Freiräume, materielle Vergünstigungen und sogar gewisse Widerständigkeit zugestanden. [...] Im Gegenzug wurden allerdings Bekenntnisse erwartet: beispielsweise der ‚Deutsche Gruß‘ vor und nach den Spielen oder systemkonforme Interviews [...].“<sup>806</sup>

Helmut Schön entsprach diesen Erwartungen zugunsten seiner Karriere, auch weil der Fußball eine zusätzliche Einnahmequelle neben der Tätigkeit bei der Arzneimittelfirma Dr. Madaus war.<sup>807</sup>

Die Verbrechen und der Druck auf die jüdische Bevölkerung erlebte Schön bewusst. Max Wolf, ein enger Freund der Familie und Jude, nahm sich zusammen mit seiner Familie kurz vor seiner Deportation das Leben.<sup>808</sup> Trotz der persönlichen Verluste äußerte sich Schön wie folgt in der Nachkriegszeit: „Trotz des

sinnlosen Krieges, der das Leben immer mehr beeinflusste, war es für uns Sportler eine herrliche Fußballzeit.<sup>809</sup> Sein Biograf ordnete diese Aussagen folgendermaßen ein:

„Von einer ‚herrlichen Zeit‘ konnte man wohl nur sprechen, wenn man die Welt des Fußballs von der Realität abkoppelte. Oder ihn als einen Fluchraum vor den bitteren Geschehnissen betrachtete. Tatsächlich bot der Fußball gerade einem Spitzenspieler wie Helmut Schön auch in schweren Zeiten positive Erlebnisse: Reisen zu großen internationalen oder Meisterschaftsspielen, sportliche Erfolgsmomente, Gruppenreisen mit dem Verein. DSC-Exkursionen führten Schön beispielsweise an den Wörthersee, in die Alpen oder nach Wien, Gastspieltourneen sogar bis nach Skandinavien.“<sup>810</sup>

Da die Nationalsozialisten den Spitzenfußballspielbetrieb aus Propagandagründen möglichst lange aufrechterhielten, musste Schön im Zweiten Weltkrieg keinen Kriegsdienst leisten. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Dresdner SC aufgelöst. Schön wurde im Nachfolgeverein SG Dresden-Friedrichstadt Spielertrainer. Im Jahr 1947 absolvierte er in Hamburg einige Spiele für den FC St. Pauli. Er wurde 1949 zum Cheftrainer der DDR-Auswahl bestellt.

1950 siedelte Schön mit seiner Familie nach Westberlin über und nahm eine Tätigkeit als Spielertrainer von Hertha BSC Berlin auf. Ein Jahr später wurde er Trainer des SV Wiesbaden. 1952 übernahm er als Auswahltrainer die Mannschaft des damals noch autonomen Saarlandes. Nachdem das Saarland 1956 in die Bundesrepublik eingegliedert worden war, wurde Helmut Schön Assistenztrainer von Bundestrainer Sepp Herberger, dessen Nachfolge er 1964 antrat. Unter seiner Leitung wurde die deutsche Fußballnationalmannschaft 1972 Europameister und 1974 Weltmeister. Helmut Schöns Zeit als Bundestrainer gilt als die erfolgreichste in der Geschichte des deutschen Fußballs. Helmut Schön erhielt für diese Erfolge zahlreiche Auszeichnungen. Unter anderem wurde ihm 1974 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Seit 1968 wohnte Helmut Schön in Wiesbaden, wo er am 23. Februar 1996 starb.

## Schott, Lorenz (1915–1970)

Einzelhandelskaufmann, Verwaltungsangestellter

**Verkehrsfläche:** Lorenz-Schott-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 19. November 1981.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mainz-Kastel.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Lorenz Schott das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Lorenz Schott hat der SA angehört. Auch hat er sich mit seiner Mitgliedschaft im „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ in einer völkisch-nationalistischen Gruppe betätigt. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

Schott hat bei seiner Tätigkeit im Wehrmeldeamt in Mainz die Einberufung von Priestern zum Militärdienst verhindert. Es handelt sich hierbei um eine tatsächliche Hilfeleistung für Personen, die vom NS-Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt wurden. Zudem wurde Schott aus dem Justizdienst entlassen und verhaftet und stand unter Beobachtung der Gestapo.

### Biografische Skizze<sup>811</sup>

Lorenz Schott wurde am 5. Juni 1915 in Mainz-Kastel geboren. Von 1921 bis 1928 besuchte er die Volksschule Kastel und anschließend das Gymnasium in Mainz. Danach absolvierte er von 1929 bis 1932 eine Lehre im Einzelhandelsgeschäft Glückert in Mainz.

Lorenz Schott war stark in der katholischen Kirche engagiert. Er war vor 1933 Jugendführer in der katholischen Deutschen Jugendkraft und Mitglied im katholischen Männerverein Kastel. Zwischen 1933 und 1936 war Schott erwerbslos. Er meldete sich 1933 zum freiwilligen Arbeitsdienst des katholischen Jugendwerkes Mainz. 1933 trat er auch dem „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ bei

und wurde 1934 von diesem Verband in die SA überführt. Im Oktober 1937 trat Schott aus der SA aus, nachdem er aufgefordert worden war, aus der katholischen Kirche auszutreten.

Offenbar unterhielt Schott in der Folge weiterhin enge Kontakte zur katholischen Kirche, wurde überwacht und kurzzeitig verhaftet.<sup>812</sup> Seine diesbezüglichen Ausführungen aus der Nachkriegszeit wurden durch Zeugen und eine beglaubigte Abschrift seines SA-Austrittsgesuchs belegt.<sup>813</sup> Schott zahlte seine Mitgliedsbeiträge an die SA nicht regelmäßig und wurde mehrmals ermahnt, weil er seinen Dienst nicht angetreten hatte.<sup>814</sup>

Von 1937 bis 1938 war er Justizangestellter am Amtsgericht Mainz. Aufgrund seiner kurzzeitigen Verhaftung wurde er 1938 aus dem Dienst entlassen.<sup>815</sup> Schott fand 1939 eine Anstellung beim Mainzer Autohaus „Auto Müller“, bis er im gleichen Jahr in die Wehrmacht eingezogen wurde. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes wurde Schott aber nicht an der Front eingesetzt, sondern war beim Wehrmeldeamt Mainz tätig.

In der Nachkriegszeit gab Schott an, dass er während seiner Tätigkeit beim Wehrmeldeamt Mainz die Einberufung von mehreren Personen in die Wehrmacht verhindert habe, insbesondere von katholischen Priestern.<sup>816</sup> Das von Schott geschilderte enge Verhältnis zur katholischen Kirche bestätigt auch die Abschrift eines Empfehlungsschreibens des Mainzer Bischofs Albert Stohr aus der unmittelbaren Nachkriegszeit:

„Den Überbringer dieser Zeilen, Herrn Lorenz Schott aus Mainz-Kastel empfehle ich recht dringend dem Wohlwollen der Hochwürdigen Geistlichkeit und der Ehrwürdigen Klöster. Denn er hat für die katholische Sache leiden müssen.“<sup>817</sup>

Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst infolge der Kapitulation 1945 war Schott für kurze Zeit bei der Stadt Mainz (Verwaltungsstelle Mainz-Kostheim) angestellt. Aufgrund gesundheitlicher Schwierigkeiten gab er diese Stellung Weihnachten 1945 auf und eröffnete im November 1946 ein Eisenwarengeschäft in Mainz-Kastel. Lorenz Schott war zwischen 1951 und 1970 Vorsitzender des Kasteler Vereinsrings.<sup>818</sup> Er starb am 1. August 1970 in Mainz-Kastel.

## Schumann, Alfred (1898–1960)

Handwerker, Kommunalpolitiker

**Verkehrsfläche:** Alfred-Schumann-Straße, zuvor Teil der Schönaustraße, umbenannt durch StVV-Beschluss vom 10. Oktober 1974, da diese durch die Bahnlinie Wiesbaden–Rüdesheim unterbrochen wurde.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Schierstein.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Alfred Schumann das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Alfred Schumann hat der DAF angehört. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>819</sup>

Alfred Schumann wurde am 4. Mai 1898 in Apolda (Thüringen) geboren. Über seinen Lebensweg liegen nur wenige Informationen vor. Als gesichert kann gelten, dass Schumann seit 1933 in Wiesbaden-Schierstein ansässig war. Schumann war Handwerker und Obermeister bei der Werkzeugmaschinenfabrik Wilhelm Schwerdtfeger & Co.

Zwischen 1921 und 1933 war Schumann nach eigenen Angaben Mitglied und Funktionär der SPD. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten gehörte er der Deutschen Arbeitsfront (DAF) an.<sup>820</sup> Schumann war während des „Dritten Reiches“ durchgängig als Handwerker tätig. Über einen Kriegsdienst während des Zweiten Weltkrieges ist nichts bekannt.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war Schumann erneut bei der SPD aktiv und war zwischen 1949 und 1960 Vorsitzender des Ortsbeirates Schierstein. Schumann war eine der treibenden Kräfte beim Bau der neuen Schiersteiner Hafenschule und von neuem, dringend benötigtem Wohnraum. In seine Zeit als Ortsratsvorsitzender fielen zudem die Aufforstung des Waldgebietes am Golfplatz und die Wiedergewinnung des Naturfreunde-Hauses an der Schiersteiner Märchenland-Siedlung.<sup>821</sup> Alfred Schumann starb am 25. Mai 1960 in Wiesbaden.

## Sulzbach, Johann Heinrich (1884–1955)

Wäschereibesitzer, Kommunalpolitiker

**Verkehrsfläche:** Karl-Sulzbach-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 13. Februar 1964.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Bierstadt.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Karl Sulzbach das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Karl Sulzbach hat der DAF und der NSV angehört. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>822</sup>

Johann Heinrich (genannt Karl) Sulzbach wurde am 11. Dezember 1884 in Wiesbaden geboren. Sulzbach war Inhaber einer 1900 von seiner Schwiegermutter gegründeten Wäscherei in Bierstadt,<sup>823</sup> die er nach seiner Heirat 1908 übernahm.

Sulzbach war nach eigenen Angaben zwischen 1934 und 1945 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und der Deutschen Arbeitsfront.<sup>824</sup> Im Zweiten Weltkrieg musste er aufgrund seines Alters keinen Kriegsdienst leisten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab Sulzbach die Leitung der Wäscherei an seinen Sohn ab und betätigte sich in Wiesbaden-Bierstadt kommunalpolitisch. Als SPD-Mitglied wurde er Ende 1946 erster Ortsbeiratsvorsitzender des Stadtbezirks. Das Amt bekleidete er bis zur Kommunalwahl 1948. Sulzbach war von 1951 bis 1953 auch Vorsitzender der Interessengemeinschaft Bierstadter Ortsvereine (IG).<sup>825</sup> Er starb am 24. November 1955 in Wiesbaden-Bierstadt.

## Synek, Liane (1922–1982)

Opernsängerin

**Verkehrsfläche:** Liane-Synek-Straße, Benennung nach Magistratsbeschluss vom 21. August 2007.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Rheingauviertel/Hollerborn.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Liane Synek das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>826</sup>

Juliane (Liane) Synek wurde am 17. September 1922 in Wien geboren. Synek studierte in ihrer Heimatstadt Wien Gesang bei Anna Bahr-Mildenburg und Helene Wildbrunn. Ihr Durchbruch als Sängerin gelang Synek 1951. Im selben Jahr sang sie im Bayreuther Festspielchor. Sie gewann einen Gesangswettbewerb. Es folgten erste Bühnengagements in Würzburg (1951–1952) und Wuppertal (1952–1954).

Liane Synek wurde 1954 durch den Intendanten Friedrich Schramm zum ersten Mal für das Wiesbadener Staatstheater verpflichtet, dem sie bis zu ihrem Karriereende in den 1970er Jahren treu blieb. Ab 1959 war Synek parallel auch an der Berliner Staatsoper (1959–1971), der Kölner Staatsoper (1962–1975) und in Bayreuth (1965–1971) unter Vertrag. Als anerkannte Opernsängerin ihrer Zeit trat Liane Synek in fast allen großen Opernhäusern der Welt auf. Außer in Hamburg, Paris und Kairo sang sie auch in Mailand, Turin, Rom, London, Budapest und ihrer Heimatstadt Wien. Syneks gesangliches Repertoire konzentrierte sich auf Musikdramen Richard Wagners.<sup>827</sup>

In den 1970er Jahren war Synek aufgrund ihrer Stimmfarbe und ihrer als nicht zeitgemäß empfundenen Bühnenanmutung weniger gefragt. Die Sängerin beendete mit 53 Jahren ihre Karriere und starb am 6. September 1982 in Hollerbrunn bei Wien.

## Ullmann, Friedrich (1901–1961)

Lehrer

**Verkehrsfläche:** Fritz-Ullmann-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 19. November 1981.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mainz-Kastel.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Friedrich Ullmann das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Friedrich Ullmann hat mehreren nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, SA, NSV) angehört. Er war als Rottenführer niederrangiger Funktionsträger in der SA. Ein darüber hinausgehendes aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>828</sup>

Friedrich (genannt Fritz) Ullmann wurde am 2. Oktober 1901 in Mainz geboren. Zwischen 1908 und 1911 besuchte er die Volksschule Mainz und wechselte anschließend auf die Oberrealschule, welche er 1920 mit dem Abitur abschloss. In den folgenden drei Jahren besuchte Ullmann die Lehrerbildungsstätte Darmstadt und bestand 1923 die erste Lehrprüfung.

1923 wurde er Volksschullehrer in Kostheim im Amt eines Schulverwalters. 1925 bestand er die zweite Lehrprüfung. In den folgenden Jahren übernahm Ullmann vertretungsweise die Aufgaben des Rektors und war zusätzlich Leiter der Siedlungsschule in Kostheim sowie drei weiterer Kostheimer Schulen. 1938 erfolgte Ullmanns Verbeamtung auf Lebenszeit.

Nach eigenen Angaben aus der Nachkriegszeit wurde seine endgültige Einstellung in den Staatsdienst „aus politischen Gründen verzögert [...]“<sup>829</sup>. Ein Jahr später wurde Ullmann aus dem Schuldienst entlassen. Die Ursachen beschreibt er nach dem Krieg wie folgt: „Im Herbst 1939 wurde ich aus politischen, konfessionellen und rassistischen Gründen von meiner Schulleiterstelle gejagt, strafversetzt und durch Urkunde vom 14.11.1940 aus dem aktiven Schuldienst entlas-

sen.<sup>830</sup> In einem umfangreichen Lebenslauf beschreibt Ullmann sich als katholischen Antifaschisten.<sup>831</sup> Nach eigenen Angaben war Ullmann „jüdischer Mischling 2. Grades“,<sup>832</sup> hatte also einen jüdischen Großelternteil, und war vor 1933 als Führer im Windthorstbund, dem Jugendverband der Zentrumspartei, aktiv.

Weiter gibt Ullmann an, dass er Mitglied in zahlreichen katholischen Verbänden und Organisationen wie dem Katholischen Lehrerverein Hessen oder dem Katholischen Männerverein gewesen sei. Gleichwohl trat er zunächst 1933 der SA, später auch der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und ab Mai 1937 der NSDAP bei.<sup>833</sup> In der SA Mainz bekleidete Ullmann den Rang eines Rottenführers. Nach seinen Angaben trat er im Mai 1938 aus der SA wieder aus.<sup>834</sup>

Im November 1939 wurde Ullmann, der sein kirchliches Engagement fortsetzte, nach Mainz-Kastel versetzt und am 14. November 1940 in den Ruhestand entlassen.<sup>835</sup> Am 9. Februar 1940 trat er aus der NSDAP aus.<sup>836</sup> Nach der Entlassung 1940 war Ullmann in einer Munitionsfabrik in Allendorf, der Baufirma Fischer in Thorn und schließlich bei der Schiffswerft und Maschinenfabrik Ruthof in Kastel tätig.<sup>837</sup> 1941 wurde Ullmann eingezogen. Er diente als Sanitäter. Bei Kriegsende geriet Ullmann in Kriegsgefangenschaft, aus der er im Oktober 1945 entlassen wurde.<sup>838</sup> Nach seiner Kriegsgefangenschaft bemühte er sich um eine Wiedereinstellung in den Schuldienst.

Von 1945 bis 1948 war Ullmann als „beruflicher Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Berater für Industrie, Handel und Gewerbe“<sup>839</sup> selbstständig. Neben seiner selbstständigen Tätigkeit studierte Ullmann vergleichende Erziehungs-, Kultur- und Literaturwissenschaften an der Universität Mainz. Am 12. April 1948 wurde er in die Gruppe 5 („Entlastete“) durch die zuständige Spruchkammer eingeordnet, die befand:

„Der Betroffene hat ohne Zweifel seelisch viel gelitten, aber auch für seine Verhältnisse sehr erhebliche wirtschaftliche Schäden durch den Nationalsozialismus auf sich genommen. Irgendwelche Belastungen liegen gegen den Betroffenen nicht vor. Die Kammer sieht es als erwiesen an, dass der Betroffene aktiven Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft leistete, und dass er schwere Nachteile dadurch erlitten hat.“<sup>840</sup>

Im November 1951 wurde Friedrich Ullmann als Angestellter in den hessischen Schuldienst aufgenommen und Lehrer an der Volksschule in Frankfurt am Main.<sup>841</sup> Im Oktober 1952 wurde er in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen.<sup>842</sup> Seit Mai 1956 war Ullmann Konrektor und kommissarischer

Schulleiter der Eichendorff-Schule in Frankfurt am Main.<sup>843</sup> Ein Jahr später wurde er zum Rektor befördert.<sup>844</sup> 1959 wechselte er als Schulleiter an die Volksschule Mainz-Kastel.<sup>845</sup> Ehrenamtlich gehörte Ullmann von 1956 bis 1961 für die CDU der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung an.

Kurz nach der Ernennung zum Rektor in Mainz-Kastel starb Friedrich Ullmann am 12. Februar 1961 in Wiesbaden.

## Wittgen, Philipp (1864–1942)

Lehrer

**Verkehrsfläche:** Wittgenweg, Benennung durch StVV-Beschluss vom 23. Mai 1951 nach den Brüdern Wittgen.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Sonnenberg.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Philipp Wittgen das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden.

### Biografische Skizze<sup>846</sup>

Philipp Wittgen wurde am 12. Juni 1864 in Weyer geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Weyer wechselte er 1879 an die Präparandenanstalt in Usingen. 1881 setzte Wittgen seine Ausbildung am Lehrerseminar der Usinger Präparandenanstalt fort. 1884 legte er die erste Lehrerprüfung für Elementarschulen ab. Es schloss sich eine Stelle als Lehrer an der Volksschule in Schierstein an. Zwischen 1891 und 1898 war Wittgen an der Volksschule in Wiesbaden tätig. 1898 wechselte er an die Mittelschule an der Wiesbadener Rheinstraße.

1903 bestand Wittgen in Kassel die Lehrerprüfung für Mittelschulen. Zwischen 1914 und 1918 war der Lehrer zwei Jahre im Kriegseinsatz und setzte seinen Dienst ab 1919 an der Mittelschule an der Rheinstraße, Wiesbaden, fort. 1925 wechselte Wittgen an die Knaben-Mittelschule an der Luisenstraße und wurde dort am 1. April zum Konrektor ernannt.<sup>847</sup> 1928 erkrankte er und schied aus dem Dienst aus. Philipp Wittgen starb am 24. November 1942 in Wiesbaden.

## Zeeh, Anton (1900–1971)

Beamter, Finanzdirektor der Stadt Mainz

**Verkehrsfläche:** Anton-Zeeh-Straße, Benennung durch StVV-Beschluss vom 10. Oktober 1974.

**Zuständiger Ortsbeirat:** Mainz-Kastel.

**Handlungsempfehlung:** Die Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden beschließt einstimmig, dass eine Aufrechterhaltung einer Namensgeberschaft nach Anton Zeeh das Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht beschädigen würde. Es wird die Beibehaltung der Namensgeberschaft empfohlen.

**Zur Begründung:** Ein aktivistisches Verhalten oder eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden. Durch seine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis erlitt Zeeh selbst eine Schädigung.

### Biografische Skizze<sup>848</sup>

Anton Zeeh wurde am 12. November 1900 in Mainz geboren. Er besuchte von 1907 bis 1918 die Oberrealschule in seinem Geburtsort. Nach dem Besuch der Oberrealschule Mainz absolvierte Anton Zeeh ein Verwaltungsstudium in Frankfurt am Main. Es folgte die Promotion an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt. Parallel arbeitete Zeeh als Hilfskraft im Finanzsekretariat der Stadt Mainz. Anton Zeeh hatte sich auf den Bereich der Finanzverwaltung spezialisiert und stieg bis 1933 in das Amt eines Verwaltungsinspektors auf. Mit der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten endete seine Karriere, denn Zeeh wurde auf Grundlage des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Dienst der Stadt Mainz entlassen. Begründet wurde die Entlassung mit seinem politischen Engagement für die SPD. Zeeh war seit 1918 Mitglied bei den Sozialdemokraten. Er gehörte außerdem dem Vorstand der Ortsgruppe Mainz des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes sowie der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamter an. Laut einem Bericht der Stadtverwaltung Mainz engagierte er sich für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Eiserne Front. Dem internen Bericht ist außerdem zu entnehmen:

„Dr. Zeeh verfolgte [...] den verhängnisvollen Kurs, der die Gewerkschaft stets in Abhängigkeit von der Parteipolitik der S.P.D. halten wollte.“<sup>849</sup>

Die nationalsozialistisch geführte Stadtverwaltung ging davon aus, dass Anton Zeeh eine treibende Kraft bei der Entlassung von nationalsozialistischen Beamten im Jahr 1932 gewesen sein soll. So heißt es im Bericht zur Person: „Zeeh bestreitet dies zwar, doch sprechen viele Momente für die Richtigkeit der allgemeinen Meinung.“<sup>850</sup> Es wurde angenommen, dass „Dr. Zeeh entschiedener Gegner des Nationalsozialismus“<sup>851</sup> gewesen sei.

Dr. Anton Zeeh wurde umgehend entlassen und erhielt ein monatliches Ruhegeld, welches zur Versorgung seiner Familie kaum ausreichte. Seine finanzielle Lage war bis Kriegsende angespannt. Zwischen 1938 und 1939 sowie von 1943 bis 1945 wurde Zeeh zum Militär- bzw. Kriegsdienst eingezogen. Bis März 1946 befand er sich in Kriegsgefangenschaft. 1947 wurde Anton Zeeh erneut bei der Stadtverwaltung Mainz angestellt und bekleidete ab 1949 das Amt des Finanzdirektors. Er verstarb am 3. Mai 1971 in seiner Geburtsstadt Mainz.



## 5

## Ausblick

Die Benennung von Verkehrsflächen wurde während der Arbeit der Historischen Fachkommission in der Landeshauptstadt Wiesbaden von Sommer 2021 bis Sommer 2023 lebhaft diskutiert. Im November 2021 startete das Frauenmuseum Wiesbaden seine Initiative „Femorial“. Hierbei machte das Museum darauf aufmerksam, dass nur etwa zehn Prozent der Wiesbadener Verkehrsflächen nach Frauen benannt sind. Das Frauenmuseum benannte daraufhin in einer künstlerischen Aktion temporär einige Wiesbadener Verkehrsflächen nach Frauen um. Hierfür wurden pinke Zusatzschilder an den Straßenschildern befestigt.<sup>852</sup>

Im Juni 2023 startete der Wiesbadener Aktionskünstler Titus Grab ein Kunstprojekt, um auf die Namensgeber des sogenannten Feldherrenviertels im Stadtteil Westend aufmerksam zu machen. In diesem Viertel sind Straßen nach bekannten preußischen Militärs aus der Zeit der Napoleonischen Kriege oder des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 benannt. Grab konstruierte Informationstafeln mit biografischen Informationen über die Personen, gab Führungen durch das Viertel und sammelte Umbenennungsvorschläge für die Straßen, die er an den Straßenschildern befestigte.<sup>853</sup> Über beide Projekte wurde nicht nur in der Presse berichtet, sondern sie wurden auch innerhalb der Wiesbadener Bevölkerung diskutiert, was durch mehrere Leserbriefe im „Wiesbadener Kurier“ dokumentiert ist.<sup>854</sup>

Die Historische Fachkommission hatte den politischen Auftrag, die nach Personen benannten Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden vor dem Hintergrund einer möglichen Verstrickung der Namensgeberinnen und Namensgeber in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur (1933–1945) zu überprüfen und Empfehlungen im Umgang mit diesen Benennungen zu geben. Mit Blick auf das Feldherrenviertel wird deutlich, dass in der Landeshauptstadt Wiesbaden nach Personen benannte Verkehrsflächen existieren, deren Lebensdaten nicht in diesen Untersuchungszeitraum fallen, die aber trotzdem diskutabel erscheinen. So ist eine Verkehrsfläche nach dem Seemann Joachim Nettelbeck (1738–1824) benannt, der u. a. am Sklavenhandel beteiligt war. Auch existiert eine nach Henry Morton Stanley (1841–1904) benannte Straße. Stanley bereiste im Auftrag des belgischen Königs Leopold II. den Kongo

und trieb den Erwerb des Landes für den Monarchen als dessen Privatbesitz voran. Aufgrund seiner kolonialen Verbrechen wird die Benennung von Verkehrsflächen nach Nettelbeck in anderen Städten und Gemeinden lebhaft diskutiert. Nach Stanley ist in Deutschland mit Wilhelmshaven heute lediglich in einer anderen Stadt eine Straße benannt.<sup>855</sup>

Aus diesem Grund empfiehlt die Historische Fachkommission, weitere Komplexe, wie den Kolonialismus oder den Militarismus, in vergleichbaren Anschlussprojekten wissenschaftlich zu untersuchen und gegebenenfalls auf die politische Agenda zu setzen.





## 1 Einleitung

- 1 Vgl. Suchanfrage Ernst Thälmann auf <https://www.zeit.de/interactive/strassennamen/index.html> (23. August 2023).
- 2 Vgl. hierzu Philipp Kratz: Eine Stadt und die Schuld. Wiesbaden und die NS-Vergangenheit seit 1945, Göttingen 2019, S. 328–338.
- 3 Vgl. ebd.
- 4 Ebd., S. 338.
- 5 Die Liste befindet sich im Bundesarchiv. Vgl. Bundesarchiv (künftig BArch), R 55, Nr. 20252a. Die „Gottbegnadeten-Liste“ wurde im August 1944 in der Endphase des Zweiten Weltkrieges vom Reichspropagandaministerium zusammengestellt. Auf 36 Seiten sind 1.041 Künstler aufgeführt, die dem NS-Regime wichtig erschienen.
- 6 Zitiert nach Sabine Busch: Hans Pfitzner und der Nationalsozialismus, Stuttgart/Weimar 2001, S. 122. Vgl. außerdem den gesamten Absatz betreffend den Redebeitrag von Brigitte Streich: Wiesbadener Straßennamen und ihre Geschichte. Ein Spiegel der Stadtentwicklung, gehalten am 28. Januar 2020 bei der Gesellschaft für deutsche Sprache e.V. in Wiesbaden.
- 7 Vgl. zur Rolle Sauerbruchs im „Dritten Reich“ Marc Dewey u. a.: Ernst Ferdinand Sauerbruch and His Ambiguous Role in the Period of National Socialism, in: *Annals of Surgery* 244 (2006) 2, S. 315–321. Zitiert wird hier die Onlinefassung: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1602148> (25. August 2021); Wolfgang U. Eckart: Ferdinand Sauerbruch – Meisterchirurg im politischen Sturm. Eine kompakte Biographie für Ärzte und Patienten, Wiesbaden 2016.
- 8 Vgl. zu Wilhelm von Preußen und seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus zuletzt Stephan Malinowski: Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration, Berlin 2021.
- 9 Vgl. hierzu beispielsweise für Hamburg David Templin: Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen. Abschlussbericht, Hamburg 2017, S. 138–143. Abrufbar unter: <https://www.hamburg.de/contentblob/13462796/1d4b36cbfb9adc7fca682e5662f5854d/data/templin-abschlussbericht-ns-belastete-strassennamen.pdf> (31. August 2023).
- 10 Vgl. hierzu ebd., S. 15.

## 2

## Umbenennungsempfehlungen

## Bücher, Christian (1878–1949)

- 11 Für dieses Gutachten wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden. Bei der Recherche wurde festgestellt, dass ein wichtiger Quellenbestand des ehemaligen Unternehmensarchivs der ESWE (Altsignatur: U1) bei der Übernahme der Unterlagen im Jahr 2000 durch das Stadtarchiv Wiesbaden fehlte. In diesem Bestand befanden sich Reden von Christian Bücher aus der NS-Zeit sowie wichtige Protokollbücher. Nach einer Rücksprache mit der ESWE konnte ermittelt werden, dass dieser Aktenbestand bei einem Wasserschaden vor der Aktenübernahme zerstört wurde. Das Gutachten stützt sich zudem auf die bisher erschienene Forschungsliteratur.
- 12 Vgl. Artikel Bücher, Christian, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, hrsg. vom Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, Redaktion: Cornelia Röhlke, Brigitte Streich, Darmstadt 2017, S. 118.
- 13 Vgl. ebd.
- 14 Es konnte zudem ermittelt werden, dass Bücher zwischen 1938 und 1939 Mitglied im gemeinnützigen Bauverein e. V. war.
- 15 Vgl. Fragebogen Bücher vom 11. Juli 1946, in: Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW), Best. 520/38, Nr. 443, Blatt 1.
- 16 Vgl. Hans Wagner: Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus, Leipzig 1934, hier: Nachdruck, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1988, S. 218-219.
- 17 Ebd., Blatt 4.
- 18 Vgl. Klaus Kopp: Wasser von Taunus, Rhein und Ried. Aus zwei Jahrtausenden Wiesbadener Wasserversorgung, Wiesbaden 1986.

- 19 Ebd., S. 203.
- 20 Vgl. Aufsichtsratssitzung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft am 3. Juli 1941, in: Stadtarchiv Wiesbaden (künftig: StadtA WI), ESWE, Nr. 1020.
- 21 Vgl. ebd., S. 210.
- 22 Vgl. Hedwig Brüchert: Kommunalverwaltungen und Zwangsarbeit 1939 bis 1945 am Beispiel der Stadt Wiesbaden, S. 1. Abrufbar unter: <https://www.regionalgeschichte.net/fileadmin/Superportal/Bibliothek/Autoren/Bruechert/bruechertext.pdf> (15. September 2023).
- 23 Ebd.
- 24 Vgl. ebd., S. 14.
- 25 Vgl. ebd.
- 26 Bericht Bücher vom 30. Juli 1945, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 443, Blatt 5 f. Der Bericht ist in Auszügen abgedruckt in: Lothar Bembenek/Axel Ulrich: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945. Eine Dokumentation, Gießen 1990, S. 428 ff.
- 27 Vgl. Bericht und die Befehle Zierenbergs (bestätigt mit einem Stadtstempel), undatiert, in: StadtA WI, NL 32, Nr. 47, ohne Blattnummer. Vgl. auch Bembenek/Ulrich, Widerstand und Verfolgung, S. 424 f.

## Dietz, Rudolf (1863–1942)

- 28 Für dieses Gutachten wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 29 Vgl. Steinbach, Gutachten Rudolf Dietz, S. 5, in: StadtA WI, WI/3-4107, Nr. 121. Vgl. zur Diskussion um die Benennung der Grundschule in Wiesbaden-Naurod: Eine Dokumentation der öffentlichen Diskussion von 2003 bis 2011 um die Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden Naurod. Zusammengestellt von Hans-Jürgen Anderle und Rudolf Janke. Einsehbar im Stadtarchiv Wiesbaden.

- 30 Walter Minor (Hrsg.): Wer die Heimat so liebt wie Du. Erste Folge – Aus dem Leben und Werk des Nassauischen Heimatdichters Rudolf Dietz, Wiesbaden 1936, S. 6.
- 31 Steinbach, Gutachten Dietz, S. 19.
- 32 Zu Sternberg vgl. Heinz Maibach: Leo Sternberg. Zum Leben und Werk des jüdischen Dichters, Richters und Kulturhistorikers, in: Nassauische Annalen. Jahrbuch des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Bd. 101, Wiesbaden 1990, S. 173–184.
- 33 Leo Sternberg: Die Nassauische Literatur. Eine Darstellung ihres gegenwärtigen Standes auf der Grundlage des älteren Schrifttums, Wiesbaden 1913, S. 71. Das Buch ist im Nachlass von Rudolf Dietz überliefert. Vgl. StadtA WI, NL 86, Nr. 120.
- 34 Vgl. den Brief, in: ebd.
- 35 Vgl. das Titelblatt, in: ebd.
- 36 Hill war ebenfalls ein nassauischer Dichter.
- 37 Der Brief ist in das Buch eingebunden. Vgl. StadtA WI, NL 86, Nr. 120.
- 38 Steinbach, Gutachten Dietz, S. 20.
- 39 Martina Hartmann-Menz: Hinweise zu Rudolf Dietz (1863–1942). Nationalsozialist, Lehrer, Mundartdichter, Demokratiegegner, Antisemit, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Limburg 2 (2014).
- 40 Schreiben der Redaktion „Jugend“ an Dietz vom 25. Oktober 1916, in: StadtA WI, NL 86, Nr. 31.
- 41 Vgl. Steinbach, Gutachten Dietz, S. 13.
- 42 Ebd., S. 13 f.
- 43 Ebd., S. 23. „Schleicher“ ist ein Schreibfehler von Steinbach. Gemeint ist Julius Streicher, der Gauleiter Frankens und Herausgeber des „Stürmers“. Vgl. hierzu Daniel Roos: Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923–1945, Paderborn 2014.
- 44 Vgl. die Gedichte und Illustrationen im Aufsatz von Hartmann-Menz, Hinweise zu Rudolf Dietz.
- 45 Vgl. ebd. S. 4.
- 46 Ebd., S. 6.
- 47 Vgl. die Programmübersicht des Südwestdeutschen Rundfunk vom 23. März 1932, in: StadtA WI, NL 86, Nr. 8.
- 48 Begrüßung, in: ebd.
- 49 Soldatenbrief, in: ebd.
- 50 Stammtisch, in: ebd.
- 51 Schreiben des Gaupropagandaleiters Hessen-Nassau an Dietz vom 3. Dezember 1934, in: ebd.
- 52 Reichslied, in: ebd.
- 53 Steinbach, Gutachten Dietz, S. 22.
- 54 Vgl. Schreiben Reichssender Frankfurt an Dietz vom 30. Dezember 1936, in: StadtA WI, NL 86, Nr. 8.
- 55 Vortrag von Dietz vom 15. Oktober 1933, in: StadtA WI, NL 86, Nr. 47.
- 56 Vgl. Schreiben SA-Sturm 8/80 an Dietz vom 29. Oktober 1935, in: StadtA WI, NL 86, Nr. 32.
- 57 Vortrag Dietz am 16. November 1935, in: StadtA WI, NL 86, Nr. 47.

#### Elmendorff, Karl (1891–1962)

- 58 Für dieses Gutachten wurden Akten in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Stadtarchiv Wiesbaden, Richard-Wagner-Museum Bayreuth.
- 59 1927–1928; 1930; 1931; 1933; 1938; 1939–1941; 1942 mit Aufführungen von „Tristan und Isolde“, „Der Ring des Nibelungen“, „Die Meistersinger von Nürnberg“ und des „Fliegenden Holländers“.
- 60 Vgl. Helmut Strauss: Karl Elmendorff (1891–1962), in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, Stichwort Karl Elmendorff. Abrufbar unter: [https://saebi.isgv.de/biografie/Karl\\_Elmendorff\\_\(1891-1962\)](https://saebi.isgv.de/biografie/Karl_Elmendorff_(1891-1962)) (17. Januar 2022).
- 61 Notiz, in: HHStAW, Best. 428, Nr. 3872, Blatt 48.

- 62 Schreiben Elmendorff an Brückner vom 24. Mai 1935, in: Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (künftig: HStAD), Best. Q 4, Nr. 8/157-1/1. Ob Elmendorff Hitler getroffen hat, ist nicht ersichtlich.
- 63 Schreiben Elmendorff an Brückner vom 12. Dezember 1935, in: ebd.
- 64 Vgl. Karteikarte Karl Elmendorff, in: Bundesarchiv, R 9361-IX, Kartei/7710288.
- 65 Schreiben Elmendorff an Troost vom 17. September 1941, in: HStAD, Best. Q 4, Nr. 8/157-1/1.
- 66 Schreiben Elmendorff an Troost (ohne Datum), in: ebd.
- 67 Vgl. Helmut Strauss: Karl Elmendorff (1891–1962), in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, Stichwort Karl Elmendorff. Abrufbar unter: [https://saebi.isgv.de/biografie/Karl\\_Elmendorff\\_\(1891-1962\)](https://saebi.isgv.de/biografie/Karl_Elmendorff_(1891-1962)) (17. Januar 2022).
- 68 Vgl. Subjekt: Interview of Karl Elmendorff, in: HStAD, Best. Q 4, Nr. 8/157-1/1.

### Engelberg, Alexander von (1894–1960)

- 69 Für dieses Gutachten wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bundesarchiv Freiburg, Schwedisches Reichsarchiv, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 70 Vgl. Lebenslauf von Alexander von Engelberg, in: BArch, PERS 6/295494.
- 71 Vgl. zur Vorstandsangehörigkeit, zu dessen Zusammensetzung sowie zu den Unternehmenszahlen die jährlich als Druckwerk veröffentlichten Geschäftsberichte der Dyckerhoff Portland-Zementwerke AG. Die Geschäftsberichte der Dyckerhoff Portland-Zementwerke Aktiengesellschaft Wiesbaden-Amöneburg sind in StadtA WI, WA 5, Nr. 156 einsehbar.
- 72 Vgl. Geschäftsordnung der Dyckerhoff Portland-Zementwerke AG Mainz-Amöneburg, in: StadtA WI, WA 5, Nr. 691.
- 73 Vgl. Verzeichnis der in der Hauptversammlung der Dyckerhoff Portland-Zementwerke A.G., Mainz-Amöneburg, am 25. Juni 1943 in Wiesbaden erschienenen und vertretenen Aktionäre. Liste 1, in: StadtA WI, WA 5, Nr. 597, ohne Blattnummer.
- 74 Vgl. von Engelbergs Fragebogen der Military Government of Germany vom 20. Juli 1946, in: HHStAW, Best. 507, Nr. 12100–12105, ohne Blattnummer. Es ist außerdem ein Meldebogen vom 23. April 1946 „auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ überliefert. Vgl. HHStAW, Best. 520/WI, Nr. NB (A–Z) von Engelberg, Alexander.
- 75 Wagner, Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus, S. 218-219.
- 76 Vgl. Erklärung über politische Vergangenheit und Einstellung vom 26. August 1938, in: BArch, PERS 6/295494.
- 77 Vgl. Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hrsg.): Organisationsbuch der NSDAP, 5. Auflage, München 1938, S. 423.
- 78 Vgl. Erklärung über politische Vergangenheit und Einstellung vom 26. August 1938, in: BArch, PERS 6/295494, sowie Fragebogen der Military Government of Germany, in: HHStAW, Best. 507, Nr. 12100-12105, ohne Blattnummer.
- 79 Vgl. zum Verfahren bei der Ernennung zum Offizier des Beurlaubtenstandes: Friedrich Altrichter: Der Offizier des Beurlaubtenstandes. Handbuch für den Offizier und Offizieranwärter d. B. aller Waffen, Berlin 1936, S. 17-20. Vgl. zum Abbruch der Einberufung Alexander von Engelbergs: Fernschreiben des Wehrbezirkskommandos Wiesbaden an das Heeresgruppenkommando I, Oppeln, vom 6.10.1938, Betreff: Einberufung Oblt.a.D. Alexander von Engelberg, Wiesbaden-Biebrich, in: BArch, PERS 6/295494, Blatt 16.
- 80 Schreiben von Engelberg an Wehrbezirkskommando Wiesbaden vom 26. August 1938, in: BArch, PERS 6/295494.
- 81 Fernschreiben Wehrkommando Wiesbaden an Luftwaffenkommando XII vom 7. Oktober 1938, in: Ebd.

- 82 Vgl. Anlage zum Fragebogen der Military Government of Germany, in: HHStAW, Best. 507, Nr. 12100-12105, ohne Blattnummer. Siehe auch das längere Quellenzitat am Ende dieses Beitrags. Zur Lage „jüdischer Mischlinge“ vgl. Beate Meyer: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, 2. Auflage, Hamburg 2002.
- 83 In Wiesbaden war er damit nicht der einzige deutsche Industrielle, der einen solchen diplomatischen Ehrenposten bekleidete. So war Stefan Karl Henkell, Sohn des Sektfabrikanten Otto Henkell, Konsul von Portugal. Vgl. Vermerk „Konsulate“ im Wiesbadener Adressbuch von 1936/37, Teil IV, S. 28.
- 84 Ebd.
- 85 Alle Zitate: Aktennotiz: Schutz polnischer Staatsangehöriger in Deutschland vom 21. September 1939. Als Scan vom schwedischen Reichsarchiv am 18. August 2022 erhalten.
- 86 Vgl. die Auflistung der Arbeitskräfte, in: StadtA WI, WA 5, Nr. 1606.
- 87 Vgl. Notiz für Herrn Dr. Dyckerhoff vom 19. August 1943, in: StadtA WI, WA 5, Nr. 1607. Es handelt sich hierbei um Dr. Walter Dyckerhoff, Vorstand für Produktion einschließlich technischer Fragen der Dyckerhoff Portland-Zementwerke AG.
- 88 Vgl. die jeweiligen Karteikarten und Auflistungen, in: Arolsen Archives DE ITS 2.1.1.2 HE 046 11 RUS ZM; DE ITS 2.1.1.2 HE 046 11 UNB ZM; DE ITS 2.1.1.1 HE 046 ITA 9 ZM.
- 89 Vgl. Belegschaftsstaffel 1943, in: StadtA WI, WA 5, Nr. 1601.
- 90 Die Beantragung und Genehmigung des Bauvorhabens sowie die Pläne der Baracken sind im Stadtarchiv Wiesbaden überliefert. Vgl. StadtA WI, AKK, Nr. 11.
- 91 So wurde beispielsweise der aus Ukraine stammende Jakob Scharafinowitsch ab Anfang August 1943 auf dem Hessler-Hof als Landarbeiter eingesetzt. Scharafinowitsch und seine gesamte Familie waren auf dem Dyckerhoff-Firmengelände untergebracht. Seine zweijährige Tochter Eva verstarb am 29. Februar 1944 im städtischen Krankenhaus Mainz. Vgl. Eva Kell: Eine schwierige Spurensuche: Die Familie Scharafinowitsch – Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg. Abrufbar unter: <https://www.lernort-lebach.de/schicksale/zwangsarbeiter/jakob-scharafinowitsch> (18. September 2023). Vgl. Bericht „der Betriebskrankenkasse für die Dyckerhoff Portland-Zementwerke A.G. in Mainz-Amöneburg vom 2. Mai 1946, in: Arolsen Archives, DE ITS 2.1.1.2 HE 046 11 UNB ZM. Bestätigt wurde dieser Bericht von Dipl.-Ing. Wilhelm Dyckerhoff (1908–1987). Wilhelm Dyckerhoff war seit 1946 Direktor des Werks Amöneburg der Dyckerhoff-Portland-Zementwerke A.G. und Vorsitzender der Betriebskrankenkasse. Vgl. Wissenswertes von unserer Betriebskrankenkasse, in: Dyckerhoff Zement. Mitteilungen an die Angehörigen der Dyckerhoff Zementwerke AG Wiesbaden-Amöneburg 2 (1959), ohne Seitenangabe; Wilhelm Dyckerhoff zum 25jährigen Jubiläum, in: Ebd., 4/5 (1960), S. 1 f. Diese Werkzeugzeitung ist einsehbar in: StadtA WI, WA 5, Nr. 1988.
- 92 Vgl. beispielsweise Dyckerhoff Portland-Zementwerke Aktiengesellschaft Wiesbaden-Amöneburg, Geschäftsberichte 1943, 1944, 1945, Umdruck, in: StadtA WI, WA 5. Die Produktionszahlen, die 1943 noch bei der Rekordsumme von 759.000 Tonnen lagen, gingen erst durch Luftangriffsschäden und die sich zunehmend verschlechternde Transportlage 1944 zurück.
- 93 Bericht vom 14. bis 29. September 1943, in: StadtA WI, WA 5, Nr. 3335.
- 94 Bericht vom 11. Mai 1945, in: StadtA WI, WA 5, Nr. 3336.
- 95 Anlage zum Fragebogen der Military Government of Germany, in: HHStAW, Best. 507, Nr. 12100-12105, ohne Blattnummer.
- 96 Vgl. Artikel Engelberg, Alexander von, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 209.

**Hauptmann, Gerhart (1862–1946)**

- 97 In der Bundesrepublik Deutschland sind ca. 622 Verkehrsflächen nach dem Schriftsteller und Dramatiker Gerhart Hauptmann benannt. Vgl. Suchanfrage Gerhart Hauptmann auf <https://www.zeit.de/interactive/strassennamen/index.html> (23. August 2023). Aufgrund seines ambivalenten Verhältnisses zum NS-Regime wird die Benennung von Verkehrs- und Grünflächen sowie Gebäuden in zahlreichen Städten und Gemeinden diskutiert. So beispielsweise in Hannover, Hamburg, Freiburg und Düsseldorf. David Templin hat 2017 unter dem Titel „Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen“ auch die Biografie von Gerhart Hauptmann analysiert. Vgl. Templin, Abschlussbericht, S. 138–143. Diese Studie und die von Peter Sprengel verfassten Biografien über Hauptmann sind Grundlage der vorliegenden Skizze. Vgl. Peter Sprengel: Gerhart Hauptmann. Bürgerlichkeit und großer Traum. Eine Biographie, München 2012; ders.: Der Dichter stand auf hoher Küste. Gerhart Hauptmann im Dritten Reich, Berlin 2009.
- 98 Vgl. Templin, Abschlussbericht, S. 138.  
99 Ebd.
- 100 Ebd.
- 101 Bernhard Tempel: Jugendfreundschaft und lebenslange Auseinandersetzung: Gerhart Hauptmann und Alfred Ploetz (1860–1940), in: Klaus Hildebrandt/Krzysztof A. Kuczynski (Hrsg.): Gerhart Hauptmanns Freundeskreis. Internationale Studien, Wloclawek 2006, S. 13–31, hier: S. 25.
- 102 Zitiert nach Sprengel, Gerhart Hauptmann, S. 488.
- 103 Templin, Abschlussbericht, S. 138.
- 104 Zitiert nach ebd.
- 105 Ebd., S. 139.
- 106 Vgl. Sprengel, Gerhart Hauptmann, S. 670.
- 107 Ebd., S. 669 f.
- 108 Vgl. ebd., S. 669.
- 109 Zitiert nach ebd., S. 670.
- 110 Vgl. Templin, Abschlussbericht, S. 139.

- 111 Zitiert nach Sprengel, Gerhart Hauptmann, S. 670.
- 112 Ebd.
- 113 Templin, Abschlussbericht, S. 140.
- 114 Die Liste befindet sich unter der Signatur BArch, R 55, Nr. 20252a, im Bundesarchiv.
- 115 Sprengel, Gerhart Hauptmann, S. 675.
- 116 Zitiert nach ebd., S. 679.
- 117 Ebd., S. 679 f.
- 118 Templin, Abschlussbericht, S. 139 f.
- 119 Sprengel, Gerhart Hauptmann, S. 676.
- 120 Templin, Abschlussbericht, S. 140.
- 121 Ebd.
- 122 Ebd., S. 141.
- 123 Ebd., S. 145.

**Herbert, Adam (1887–1976)**

- 124 Für dieses Gutachten wurden Quellenbestände in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bayerisches Staatsarchiv Bamberg, Stadtarchiv Wiesbaden, Arolsen Archives.
- 125 Vgl. Meldebogen Herbert vom 28. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 4.
- 126 Vgl. Spruchkammerverfahren Herbert, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 18.
- 127 Vgl. Anlage 1 zum Sechsten Buch, Sozialgesetzbuch: Gesetzliche Rentenversicherung. Abrufbar unter [https://dejure.org/gesetze/SGB\\_VI/Anlage\\_1.html](https://dejure.org/gesetze/SGB_VI/Anlage_1.html), (20. Okt. 2023).
- 128 Vgl. Spruchkammerverfahren Herbert, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 51.
- 129 Vgl. ebd.
- 130 Vgl. „Die Herbert-Anlage in Obhut der Stadt“, in: Wiesbadener Nachrichten vom 7. Juli 1937.
- 131 Die Anlage wurde nach ihrem Stifter, dem Kaufmann Hugo Reisinger, benannt. Reisinger starb bereits 1914. 1913 stiftete er 25.000 Dollar für eine Brunnenanlage, die allerdings erst 1931 entstand.
- 132 Vgl. die Einladungsliste der Veranstaltung, in: StadtA WI, WI/2, Nr. 3764.

- 133 Rede von Oberbürgermeister Mix, in: StadtA WI, WI/2, Nr. 3764. Vgl. auch die Fotos in StadtA WI, F018658.
- 134 Vgl. „Gemeinschaftsgeist schenkte der Stadt eine einzigartige Anlage“, in: Wiesbadener Stadtzeitung vom 7. Juli 1937.
- 135 Vgl. Parkpflegewerk für die Reisinger-Brunnen- und Herbert-Anlage in Wiesbaden, hrsg. vom Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vertreten durch das Amt für Grünanlagen/Untere Denkmalschutzbehörde und das Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Wiesbaden 2008, S. 23.
- 136 Schreiben Herbert an Oberbürgermeister Mix vom 1. Juli 1937, in: StadtA WI, WI/2, Nr. 3764.
- 137 Der Landeshauptmann war in Preußen der höchste Beamte eines Provinzialverbandes.
- 138 Vgl. Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2., aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 629.
- 139 Vgl. Schreiben Ernst Sternberger vom 26. Juli 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 6.
- 140 Vgl. die Abschrift des Kaufvertrages, in: Bayerisches Staatsarchiv Bamberg (künftig StArchiv Ba), K 270, Nr. 524, Blatt 91 f.
- 141 Die Verluste durch die Flucht bezifferte die Familie mit 255.971,73 RM. Davon entfielen auf die Reichsfluchtsteuer 77.221 RM. Der Rest wurde nach Angaben der Familie bei ihrer Ausreise in die Schweiz ebenfalls beschlagnahmt. Vgl. die Aufstellung, in: ebd., Blatt 67.
- 142 Vgl. 1. Verordnung zum Gesetz über die Verpachtung und Verwaltung öffentlicher Apotheken vom 26. März 1936, in: RGB1 I, S. 317.
- 143 Vgl. Frank Bajor: „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, 2. Auflage, Hamburg 1998, S. 114.
- 144 Nach Aussagen Herberts handelte es sich hierbei um einen „Dr. Haas“. In verschiedenen Ausgaben der „Süddeutschen Apothekerzeitung“ aus dem Jahr 1936 konnte die Anzeige des Apothekers Dr. Haas aus Bonn gefunden werden. Haas hatte den An- und Verkauf von Apotheken angeboten.
- 145 Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 17. September 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 51 (Rückseite).
- 146 Schreiben Herbert an Bayerisches Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung vom 3. November 1948, in: StArchiv Ba, K 270, Nr. 198, Blatt 84 f.
- 147 Schreiben Faching an Lauch vom 1. Oktober 1948, in: ebd., Blatt 90.
- 148 Schreiben Gertraud Holzinger an Department of State vom 12. Juni 1946, in: StArchiv Ba, K 270, Nr. 198, Blatt 66 (Rückseite).
- 149 Vgl. Schreiben Landesamt für Vermögensverwaltung an William Stern vom 23. November 1948, in: ebd., Blatt 89.
- 150 Es muss in diesem Zusammenhang zusätzlich beachtet werden, dass Otto Holzinger die Apotheke im Jahr 1903 für 338.515 Mark gekauft haben soll. Vor diesem Hintergrund ist der Währungsunterschied von zentraler Bedeutung. Otto Holzinger zahlte im Jahr 1903 in Mark, was einer heutigen Kaufkraft von ca. 2,3 Millionen Euro entspricht. Die von Herbert gezahlten 260.000 RM entsprechen hingegen einer heutigen Kaufkraft von 1,1 Million Euro. Vgl. ebd. Vgl. auch Schreiben Gertraud Holzinger an Department of State vom 12. Juni 1946, in: StArchiv Ba, K 270, Nr. 198, Blatt 66 (Rückseite), und Schreiben Landesamt für Vermögensverwaltung an William Stern vom 23. November 1948, in: ebd., Blatt 89. Die Berechnungssumme der Verwaltung setzte sich folgendermaßen zusammen: 150.000 Mark für das Haus mit Realkonzession, 183.500 Mark für den Kundentamm und die Bestände, 4.515,15 Mark für notarielle Gebühren und Steuern und 500 Mark für die Maklerprovision.

- 151 Schreiben Herbert an Amt für Vermögenskontrolle vom 22. Februar 1950, in: StArchiv Ba, K 270, Nr. 198, Blatt 25.
- 152 Vgl. den Vergleich zwischen Herbert und der Familie Holzinger, in: ebd., Blatt 17.
- 153 Vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 17. September 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 51 (Rückseite).
- 154 Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 17. September 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 59.
- 155 Es sind verschiedene Angehörige der Familie Kahn in Bierstadt nachweisbar. Vgl. die Steuererklärung, in: HHStAW, Best. 685, Nr. 348 a. Vgl. beispielsweise auch die Rückerstattungsansprüche der Familie Kahn, in: StadtA WI, WI/3, Nr. 4246.
- 159 Vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 17. September 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 52 (Rückseite).
- 157 Ebd., Blatt 59.
- 158 Vgl. etwa Meldebuch der Gemeinde Eisenbach (21. November 1939 – 4. April 1945), in: Arolsen Archives, 10008336. Überzogen ist wohl die These bei Bernd A. Weil: Verfolgt – deportiert – überlebt (Unvergessene Nachbarn, Bd. 2), Norderstedt 2015, S. 11, auf dem Hof sei ein Zivilarbeitslager eingerichtet worden. Weil verwechselt Eisenbach, heute Ortsteil von Selters (Taunus), mit Eisenbach/Vyhne in der Slowakei. Vgl. Martin Weinmann (Hrsg.): Das nationalsozialistische Lagersystem, 3. Auflage, Frankfurt am Main 1999. Eisenbach wird auf Seite 542 genannt. Diese Informationen stammen aus der Datenbank „Zwangsarbeit im NS-Staat“. Abrufbar unter: <https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/haftstaetten/index.php?action=2.2&id=100000969> (28. August 2023).
- 159 Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 19. Oktober 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 90.
- 160 Vgl. auch die Aussage Rickers, in: ebd.
- 161 Schreiben Ackermann (Name nicht deutlich zu entziffern) vom 28. September 1946, in: ebd., Blatt 65.
- 162 Vgl. ebd.
- 163 Vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 19. Oktober 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 9691, Blatt 92.
- 164 Vgl. ebd., ohne Blattnummer (erstes Blatt der Akte).
- 165 Vgl. Artikel Herbert, Adam, in: Wiesbaden. Das Stadtleikon, S. 367.
- Katsch, Gerhardt (1887–1961)**
- 166 Die Grundlage für die folgende biografische Skizze bilden eine Studie der Mediziner Günter und Ralf Ewert sowie die Personalakte von Gerhardt Katsch, welche im Archiv der Universität Greifswald eingesehen wurde. Zudem wurden Akten im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde eingesehen. Vgl. Günter Ewert/Ralf Ewert: Ein Greifswalder Internist von Weltruf. Gerhardt Katsch (14.05.1887–07.03.1961), Berlin 2016.
- 167 Zitiert nach „Katsch-Medaille geht 2015 an Karin Lange“, in: diabetes-online vom 18. Juni 2015. Abrufbar unter: <https://www.diabetes-online.de/a/katsch-medaille-geht-an-karin-lange-1703225> (23. August 2023).
- 168 Vgl. hierzu zusammenfassend Hans-Georg Hofer: Historisches Gutachten zu Ferdinand Bertram und Gerhardt Katsch in der Zeit des Nationalsozialismus, S. 27 f. Abrufbar unter: [https://www.medin.uni-muenster.de/fileadmin/einrichtung/egtm/pbsurvey/Publikationen/Hofer\\_Downloads/Gutachten\\_HGH\\_DDG\\_Bertram\\_Katsch.pdf](https://www.medin.uni-muenster.de/fileadmin/einrichtung/egtm/pbsurvey/Publikationen/Hofer_Downloads/Gutachten_HGH_DDG_Bertram_Katsch.pdf) (26. September 2023).
- 169 Unterstützung der Diabetesforschung durch die Gesellschaft von Freunden und Förderer der Universität Greifswald 1935, in: Universitätsarchiv Greifswald (künftig UAG), Nachlass Gerhardt Katsch, 10, S. 11–14. Bei der zitierten Quelle wurde die Orthographie des Verfassers übernommen.

- 170 Zitiert nach Ewert/Ewert, Ein Greifswalder Internist von Weltruf, S. 87. Ewert und Ewert argumentieren, dass in Katschs Äußerungen eine „völlig unübliche Derbheit“ erkennbar und „ohne Kontext seines gesamten Werks durchaus eine wenig ausgeprägte ärztliche Ethik herauszulesen“ sei. Vgl. ebd.
- 171 Vgl. Katsch, Gerhardt, in: BArch, MfS, HA XX, Nr. 5751, Teil 1.
- 172 Vgl. Organisationsbuch der NSDAP, S. 423.
- 173 Professor Dr. Katsch. Verhältnis zur NSDAP, in: UAG, PA 1276, Bd. 5.
- 174 Vgl. ebd.
- 175 Vgl. Schreiben des Universitätskurators an Katsch vom 27. Juli 1935, in: UAG, PA 1276, Bd. 7.
- 176 Vgl. Schreiben des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Katsch vom 7. Oktober 1938, in: ebd.
- 177 Vgl. Schreiben Katsch an den Universitätskurator vom 21. Oktober 1938, in: ebd.
- 178 Schreiben Rostock an Prof. Dr. Schmieden (Frankfurt am Main) und Prof. G. F. Schulze (Greifswald) vom 4. Mai 1944, in: BArch, R 9361-II/498764.
- 179 Schreiben Schultze an Rostock vom 29. März 1944, in: ebd.
- 180 Vgl. Ewert/Ewert, Ein Greifswalder Internist von Weltruf, S. 96.
- 181 Vgl. die Personalakte von Lublin, in: UAG, Med. Fak 83 Lublin.
- 182 Vgl. Schreiben Katsch an den Universitätskurator vom 12. Juni 1935, in: UAG, PA 1276, Bd. 7.
- 183 Schreiben Katsch an den Dekan mit der Bitte um Weiterleitung an den Herrn Minister vom 30. Mai 1940, zitiert nach Ewert/Ewert, Ein Greifswalder Internist von Weltruf, S. 97.
- 184 Vgl. Hofer, Historisches Gutachten, S. 37 f.
- 185 Vgl. Ewert/Ewert, Ein Greifswalder Internist von Weltruf, S. 105.
- 186 Hofer, Historisches Gutachten, S. 38.
- 187 Ebd., S. 39.
- 188 Ebd.
- 189 Vgl. ebd.
- 190 Ebd., S. 39 f.
- 191 Zitiert nach Ewert/Ewert, Ein Greifswalder Internist von Weltruf, S. 110.
- 192 Vgl. ebd.
- 193 Vgl. ebd., S. 83.
- 194 Vgl. ebd., S. 83 f.
- 195 Vgl. Bericht der Historischen Kommission der Deutschen Diabetes Gesellschaft zur „Gerhardt-Katsch-Medaille“ ([https://www.diabetes-psychologie.de/downloads/GutachtenDDGKatsch\\_21\\_10\\_04.pdf](https://www.diabetes-psychologie.de/downloads/GutachtenDDGKatsch_21_10_04.pdf)). Der Bericht ist mittlerweile (August 2023) nicht mehr abrufbar.
- 196 Mitglieder waren die Mediziner P. Hürter, W. Bruns, V. Jörgems, D. Michaelis und H. Schneider.
- 197 Vgl. Bericht der Historischen Kommission der Deutschen Diabetes Gesellschaft zur „Gerhardt-Katsch-Medaille“, S. 5.
- 198 Vgl. ebd., S. 12.
- 199 Vgl. „Umbenennung: Fachgesellschaft gibt Auszeichnungen neue Namen“, in: diabetologie-online vom 7. September 2023. Abrufbar unter: <https://www.diabetologie-online.de/a/umbenennung-fachgesellschaft-gibt-auszeichnungen-neue-namen-2492797> (9. September 2023). Grundlage hierfür war das Gutachten von Hans-Georg Hofer. Vgl. Hofer, Historisches Gutachten.

### Opel, Wilhelm von (1871–1948)

- 200 Diese Kurzbiographie verwertet ein 2013 für ein früheres Projekt der Landeshauptstadt Wiesbaden dienstlich erstelltes Gutachten von Frau Privatdozentin Dr. Stephanie Zibell. Das Dokument unterliegt noch archivischen Schutzfristen nach dem HArchivG sowie den Regelungen des UrhG. Es kann gleichwohl nach den Maßgaben der Benutzungsordnung des Stadtarchivs Wiesbaden unter der Signatur WI/3-4107 Nr. 120 eingesehen werden. Zentrale Teile des Gutachtens wurden durch dessen Urheberin, Frau Dr. Zibell, auch in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Nassauische Annalen“ veröffentlicht: Zibell, Stephanie: Wilhelm von Opel – Mäzen und Ehrenbürger Wiesbadens, in: Verein für Nassauische

- Altertumskunde und Geschichtsforschung (Hrsg.): Nassauische Annalen. Jahresbuch des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Bd. 134, Wiesbaden 2023, S. 339-362. Zudem wurden Quellenbestände im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, im Schweizer Bundesarchiv, im Hessischen Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, im Stadtarchiv Rüsselsheim, im Unternehmensarchiv der Firma Opel und im Stadtarchiv Wiesbaden eingesehen oder angefragt.
- 201 Vgl. Zibell, Gutachten Wilhelm von Opel, S. 21 f.
- 202 Vgl. ebd., S. 22.
- 203 Vgl. ebd.
- 204 Vgl. ebd., S. 24 f.
- 205 Vgl. ebd., S. 27.
- 206 Vgl. NSDAP-Gaukarte, in: BArch, R 9361-IX Kartei/31250189.
- 207 Vgl. Zibell, Gutachten Wilhelm von Opel, S. 28.
- 208 Vgl. Meldebogen von Wilhelm Opel vom 27. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 36118, Blatt 3. Vgl. auch Zibell, Gutachten Wilhelm von Opel, S. 28.
- 209 Vgl. Organisationsbuch der NSDAP, S. 423.
- 210 Vgl. Zibell, Gutachten Wilhelm von Opel, S. 29.
- 211 Vgl. beispielsweise <https://www.bridge-manimages.com/de/noartistknown/adolf-hitler-with-heinz-nordhoff-huehnlein-wilhelm-opel-at-the-car-show-1937-b-w-photo/black-and-white-photograph/asset/2993158> (23. August 2023). In seiner Funktion als Sohn des Firmengründers und Aufsichtsratsvorsitzender hielt Wilhelm von Opel die Festrede zum 75-jährigen Bestehen der Opel-Werke Rüsselsheim 1937, die im Rundfunk übertragen wurde. Im Rahmen der Rede spricht er auch von den Deutschen als „Volk ohne Raum“ (4:23 Min.) und nutzt damit ein durch Hans Grimm geprägtes Schlagwort des Nationalsozialismus. Es suggeriert, dass Not, Hunger und Armut auf die Überbevölkerung Deutschlands zurückzuführen seien und man deswegen im „Kampf ums Dasein“ neues Land erobern müsse. Vgl. Rede Wilhelm von Opels zur Feier zum 75-jährigen Bestehens der Opel-Werke Rüsselsheim, in: Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, Archivnummer 2590320/003.
- 212 Vgl. Zibell, Gutachten Wilhelm von Opel, S. 29.
- 213 Ebd., S. 29-30. Zibell zitiert in dieser Passage auch Turner, Henry Ashby: General Motors und die Nazis. Das Ringen um Opel, Berlin 2006, S. 151-153.
- 214 Nach einer aktuellen Masterarbeit von Lars Schlaphof lag die durchschnittliche Zahl von Fremd- und Zwangsarbeitskräften bei der Firma Opel bei 3.350. Vgl. Lars Schlaphof: Quantifizierung nationalsozialistischer Zwangsarbeit. Konzept, Methode und Realisierung am Beispiel der „Fremdarbeiterkartei“ der Adam Opel AG, Masterarbeit, Justus-Liebig-Universität Gießen, Sommersemester 2021, S. 60.
- 215 Zibell, Gutachten Wilhelm von Opel. S. 31. Zibell bezieht sich in dieser Passage auf Neliba, Günter: Die Opel-Werke im Konzern General Motors (1929-1948) in Rüsselsheim und Brandenburg. Produktion für Aufrüstung und Krieg ab 1935 unter nationalsozialistischer Herrschaft. Frankfurt am Main 2000, S. 106-107 sowie Turner: General Motors und die Nazis, S. 227.
- 216 Zibell, Stephanie: Wilhelm von Opel – Mäzen und Ehrenbürger Wiesbadens, in: Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung (Hrsg.): Nassauische Annalen. Jahresbuch des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Bd. 134, Wiesbaden 2023, S. 324.
- 217 Zibell, Gutachten Wilhelm von Opel, S. 24.
- 218 Vgl. ebd.
- 219 Vgl. ebd., S. 30.
- 220 Vgl. Bericht Bücher vom 30. Juli 1945, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 443, Blatt 5 f. Der Bericht ist in Auszügen abgedruckt in: Lothar Bembek/Axel Ulrich: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945. Eine Dokumentation, Gießen 1990, S. 428 ff.

- 221 Vgl. Protokoll der Sitzung vom 8. Januar 1947, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 36118, Blatt 155.
- 222 Bericht Bücher vom 30. Juli 1945, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 443, Blatt 5g.
- 223 Schreiben Opel an den Landrat des Kreises Groß-Gerau vom 14. Dezember 1945, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 36118, Blatt 38.
- 224 Schreiben Winter an die Spruchkammer Groß-Gerau vom 17. September 1946, in: ebd., Blatt 62.
- 225 Vgl. Zibell, Gutachten Wilhelm von Opel, S. 29 sowie Zibell, Wilhelm von Opel, NA, S. 357-360.
- 226 Vgl. Zibell, Gutachten Wilhelm von Opel, S. 29 sowie Zibell, Wilhlem von Opel, NA, S.357.
- 227 Vgl. Urteil des Spruchkammerverfahrens gegen Wilhelm von Opel vom 8. Januar 1947, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 36118, Blatt 157.
- 228 Vgl. ebd.
- 229 Ebd., Blatt 158.
- 230 Ebd.
- 231 Vgl. ebd.
- 232 Schreiben Opel-Betriebsrat an den Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung vom 9. Januar 1947, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 36118, Blatt 179 f.
- 233 Vgl. Zibell, Wilhelm von Opel, NA, S. 360-361.
- 237 Vgl. ebd.
- 238 Vgl. Artikel Overbeck, Fred, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 691 f.
- 239 Im Jahr 1934 ließ sich Overbeck von seiner ersten Ehefrau Martha scheiden und heiratete im gleichen Jahr die Offizierstochter Julie von Kleinschmit. Als Grund für Scheidung von seiner ersten Ehefrau gab Overbeck Kinderlosigkeit an. Vgl. seinen Lebenslauf, in: BArch, PERS 6/39793.
- 240 Vgl. „Pikkolo & Co. Werbegrafik zwischen 1928 und 1962“.
- 241 Vgl. ebd.
- 242 Schreiben Overbeck an den Staatskommissar im preußischen Kulturministerium vom 26. April 1933, in: BArch, R 9361-V/59497.
- 243 Vgl. den Meldebogen zum Spruchkammerverfahren Overbecks vom 6. Mai 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 33987. Er war zudem von 1934 bis 1945 Mitglied der Reichskulturkammer und der Kriegsofopferversorgung.
- 244 Vgl. ebd.
- 245 Vgl. Rundschreiben Nr. D 25/36 der Kreispropagandaleitung Wiesbaden vom 12. März 1936, in: HHStAW, Best. 483, Nr. 10296, Blatt 349.
- 246 Vgl. Sonderrundschreiben des Kreispropagandaleiters vom 2. Oktober 1936, in: HHStAW, Best. 483, Nr. 10296, Blatt 234.
- 247 Vgl. Schreiben Overbeck an das Wehrbezirkskommando Abt. II a vom 25. Februar 1940, in: BArch, PERS 6/39793, Blatt 31.
- 248 Beurteilung Overbecks vom 1. April 1942, in: ebd., Blatt 52. In Overbecks Personalakte ist zudem ein Schreiben des Verbandes der deutschen Soldaten an das Bundesarchiv aus dem Jahr 1972 überliefert. Der Verband fragte für seine Kartotheke Informationen zu Fred Overbeck ab und gab in diesem Zusammenhang an, dass dieser „Leiter des Kriegsgefangenenlagers Limburg/Dietz“ gewesen sei. Vgl. Schreiben Verband der Deutschen Soldaten an das Bundesarchiv vom 5. Dezember 1972, in: ebd., ohne Blattnummer.

### Overbeck, Friedrich Theodor (1897–1972)

- 234 Für diese biografische Skizze wurden Quellenbestände in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bundesarchiv Ludwigsburg, Bundesarchiv Freiburg, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden, Unternehmensarchiv von Henkell & Co.
- 235 Vgl. den Lebenslauf von Overbeck, in: BArch, PERS 6/39793.
- 236 Vgl. hierzu die Broschüre zur Ausstellung in der Hessischen Landesbibliothek November 2000 bis Februar 2001: „Pikkolo & Co. Werbegrafik zwischen 1928 und 1962. Fred Overbeck. Grafiker, Maler und Texter“.

- 249 Vgl. Schreiben Overbeck an Bundesarchiv vom 15. Dezember 1959, in: ebd., ohne Blattnummer.
- 250 Meldebogen Overbecks vom 6. Mai 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 33987.
- 251 Vgl. den Bescheid, in: ebd.
- 252 Vgl. „Pikkolo & Co. Werbegrafik zwischen 1928 und 1962“.

### Pette, Heinrich (1887–1964)

- 253 Diese biografische Skizze basiert auf zwei Gutachten von Andrea Brinckmann und Heinz-Peter Schmiedebach sowie von Axel Schildt und Malte Thießen, die im Auftrag des damaligen Heinrich-Pette-Instituts die NS-Vergangenheit Pettes beleuchten sollten. Vgl. Andrea Brinckmann/Heinz-Peter Schmiedebach: Gutachten über das Verhältnis des Neurologen Professor Dr. Heinrich Pette zum Nationalsozialismus und sein Werk zwischen 1933 und 1945, Hamburg 2012. Abrufbar unter: [https://www.hpi-hamburg.de/fileadmin/media/dokumente/Gutachten\\_Prof\\_Pette\\_von\\_Schmiedebach-bf.pdf](https://www.hpi-hamburg.de/fileadmin/media/dokumente/Gutachten_Prof_Pette_von_Schmiedebach-bf.pdf) (6. September 2021). Vgl. Axel Schildt/Malte Thießen: Heinrich Pette und der Nationalsozialismus. Ergänzte Fassung des Gutachtens für das Heinrich-Pette-Institut/Leibniz-Institut für Experimentelle Virologie (HPI), Hamburg 2019. Abrufbar unter: [https://www.hpi-hamburg.de/fileadmin/media/dokumente/Schildt\\_Thiessen\\_Gutachten\\_Pette\\_NS\\_Ergaenzte\\_Fassung\\_2020-11-24-bf.pdf](https://www.hpi-hamburg.de/fileadmin/media/dokumente/Schildt_Thiessen_Gutachten_Pette_NS_Ergaenzte_Fassung_2020-11-24-bf.pdf) (6. September 2021).
- 254 Vgl. Schildt/Thießen, Gutachten Heinrich Pette und der Nationalsozialismus, S. 13.
- 255 Vgl. ebd., S. 14.
- 256 Ebd., S. 32.
- 257 Ebd.
- 258 Vgl. ebd., S. 33.
- 259 Ebd.
- 260 Vgl. Brinckmann/Schmiedebach, Gutachten Prof. Dr. Heinrich Pette, S. 3.
- 261 Für 1934 wurden drei Beschlüsse gefunden, bei denen in allen Fällen eine Sterilisation gefordert wurde. 1935 begutachtete Pette drei Personen, von denen zwei nach Pettes Diagnose sterilisiert wurden. Für 1936 wurden sieben Beschlüsse überliefert, bei denen drei Personen sterilisiert wurden. 1940 erfolgten drei Beschlüsse, von denen keine Person betroffen war.
- 262 Vgl. Schildt/Thießen, Gutachten Heinrich Pette und der Nationalsozialismus, S. 34 f.
- 263 Ebd., S. 36.
- 264 Vgl. ebd., S. 37.
- 265 Vgl. Brinckmann/Schmiedebach, Gutachten Prof. Dr. Heinrich Pette, S. 3.
- 266 Vgl. ebd., S. 3.
- 267 Schildt/Thießen, Gutachten Heinrich Pette und der Nationalsozialismus, S. 62.
- 268 Ebd., S. 64 f.
- 269 Vgl. Website des Heinrich-Pette-Instituts. Abrufbar unter: <https://www.hpi-hamburg.de/de/das-hpi/geschichte/heinrich-pette-die-ns-zeit> (23. August 2023).
- 270 Vgl. Brinckmann/Schmiedebach, Gutachten Prof. Dr. Heinrich Pette.
- 271 Vgl. Schildt/Thießen, Gutachten Heinrich Pette und der Nationalsozialismus.

### Preußen, Viktoria Luise von (1892–1980)

- 272 Ausführliche biografische Studien zur einzigen Tochter Kaiser Wilhelms II. liegen zurzeit nicht vor. Die meisten Arbeiten, die das Leben von Viktoria Luise von Preußen thematisieren, sind Studien über ihren Ehemann Ernst August von Hannover bzw. das Adelshaus der Welfen und sein Verhältnis zum Nationalsozialismus. Viktoria Luise von Preußen wird darin nur am Rande erwähnt. Die bisherigen Forschungsergebnisse zeigen, dass die Welfen von „Arisierungen“ im großen Stil profitierten. Zudem waren sie Hauptgesellschafter einer Rüstungsfabrik (Flugzeug- und Metallbauwerke Wels), in der Zwangsarbeitskräfte ausgebeutet wurden. Dies wird insbesondere in einer Dokumentation mit dem Titel „Die Welfen – Adel ohne Skrupel!“ deutlich. Abrufbar unter: <https://www.youtube.com/>

watch?v=UqaeZQzjt2o. Vgl. auch „NS-Zwangsarbeit in Rüstungsfirma der Welphen“, in: ndr.de vom 18. August 2014. Abrufbar unter: <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Zwangsarbeit-in-Ruestungsfirma,welfen144.html> (23. August 2023). Die Rolle Viktoria Luises von Preußen ist auch in diesen Studien nicht Gegenstand der Untersuchungen. Eine Einsichtnahme ins Familienarchiv lehnte Heinrich von Hannover mit der Begründung ab, eine Analyse dieser Unterlagen ergebe kein neues Bild über Viktoria Luise. Er verwies auf die bisher veröffentlichten autobiografischen Schriften und das hagiografische Buch von Peter Steckhan: *Herzog und Kaisertochter. Ernst August von Hannover und Viktoria Luise von Preußen*, Göttingen 2019. Eine Anfrage beim Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Hannover, verlief ohne Ergebnis: Die dortigen Akten des Königlichen Hausarchivs ab 1818 beinhalten zwar Unterlagen über Viktoria Luise, sie beziehen sich aber ausschließlich auf die Eheschließung der Kaisertochter mit Ernst August von Hannover (Antwort des Niedersächsischen Landesarchivs vom 24. Februar 2023). Eine Anfrage für die Einsicht in das Familienarchiv der Hohenzollern blieb unbeantwortet. Für die vorliegende biografische Skizze wurden die Veröffentlichungen von Karina Urbach und die autobiografischen Schriften von Viktoria Luise herangezogen. Karina Urbach: *Nützliche Idioten. Die Hohenzollern und Hitler*, in: Thomas Biskup/Truc Vu Minh/Jürgen Luh (Hrsg.): *Preußendämmerung: Die Abdankung und das Ende Preußens*, Heidelberg 2019, S. 65–92; dies.: „Hohenzollern und Nationalsozialismus: Militarismus und echte Führerliebe“, in: taz vom 31. Januar 2021; *Herzogin Viktoria Luise: Ein Leben als Tochter des Kaisers*, Göttingen/Hannover 1965; dies.: *Im Strom der Zeit*, Göttingen/Hannover 1974. Die von Viktoria Luise autorisierten Memoiren wurden vom rechtsextremen Politiker und späteren Verleger Leonhard Schlüter verfasst.

Vgl. Steckhan, *Herzog und Kaisertochter*, S. 129. Schlüter war Gründer der Partei „Neue Rechte“ und im Jahr 1955 für wenige Tage niedersächsischer Kultusminister.

- 273 Vgl. Herzogin Viktoria Luise, *Im Strom der Zeit*, S. 228.  
 274 Vgl. ebd., S. 229–233.  
 275 Vgl. Malinowski, *Die Hohenzollern und die Nazis*.  
 276 Vgl. ebd., S. 467 f.  
 277 Herzogin Viktoria Luise, *Im Strom der Zeit*, S. 268.  
 278 Ebd., S. 270.  
 279 Vgl. ebd., S. 271.  
 280 Vgl. Urbach, „Hohenzollern und Nationalsozialismus: Militarismus und echte Führerliebe“, in: taz vom 31. Januar 2021.  
 281 Ebd.  
 282 Ebd.  
 283 Ebd.

### Preußen, Wilhelm von (1882–1951)

- 284 Der letzte deutsche Kronprinz Wilhelm von Preußen steht seit 2014 im Mittelpunkt von öffentlichen Diskussionen. Die Gründe für diese erhöhte Aufmerksamkeit waren die Entschädigungsforderungen der Familie Hohenzollern gegenüber dem deutschen Staat über die Rückgabe von 1945 enteigneten Immobilien und mehreren tausend Kunstgegenständen. Im Mittelpunkt stand die juristische Frage, ob der letzte deutsche Kronprinz dem Nationalsozialismus „erheblich Vorschub geleistet hat“. Über diese Frage entbrannte eine wissenschaftliche Kontroverse, die bis heute nicht abgeschlossen ist. Diese biografische Skizze fußt auf den aktuellen Forschungen zu Wilhelm von Preußen. Sie bezieht sich auf die 2021 veröffentlichte Studie von Stephan Malinowski, die als Standardwerk für das Verhältnis zwischen den Hohenzollern und dem Nationalsozialismus bezeichnet werden kann. Vgl. Malinowski, *Die Hohenzollern und die Nazis*. Weitere aktuelle Veröffentlichungen zu diesem Thema stammen von: Jacco Pekelder u. a.: *Der Kaiser und*

das „Dritte Reich“. Die Hohenzollern zwischen Restauration und Nationalsozialismus. Aus dem Niederländischen von Gerd Busse, Göttingen 2021; Lothar Machtan: Der Kronprinz und die Nazis. Hohenzollerns blinder Fleck, Berlin 2021; Jürgen Luh: Der Kronprinz und das Dritte Reich. Wilhelm von Preußen und der Aufstieg des Nationalsozialismus, München 2023. Bei der Studie von Machtan ist zu beachten, dass sie vom Haus Hohenzollern finanziert worden ist. Eine Besonderheit stellt ein Sammelband dar, der von Frank-Lothar Kroll, Christian Hillgruber und Michael Wolfssohn herausgegeben worden ist. Andreas Kilb wirft den Autoren (Autorinnen gibt es leider nicht) eine „ideologisch aggressive Parteilichkeit“ vor. Vgl. Andreas Kilb: „Vor dieser Mitsprache muss man sich hüten“, in: FAZ vom 16. Dezember 2021. Es handelt sich daher eher um einen Versuch, die eigenen politischen Ansichten in die Debatte um die Hohenzollern einzubringen. Es ist unverständlich, warum Mitherausgeber Frank Lothar Kroll renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Stephan Malinowski, Karina Urbach, Eva Schlotheuber oder Eckart Conze als „Stubenjakobiner\*innen“, „Klosterforscherin“ oder „mittelhessische Mainstreamhistoriker“ bezeichnet. Vgl. Frank-Lothar Kroll: Von Kammerjägern, Klosterforscherinnen und Stubenjakobiner\*innen oder: Das Recht der Hohenzollern, in: ders./Christian Hillgruber/Michael Wolfssohn (Hrsg.): Die Hohenzollerndebatte. Beiträge zu einem geschichtspolitischen Streit, Berlin 2021, S. 91–105, hier: S. 93 f. Außerdem bezieht die vorliegende Skizze das von Malinowski angefertigte Gutachten über Wilhelm von Preußen aus dem Jahr 2014 in die Analyse ein. Stephan Malinowski: Gutachten zum politischen Verhalten des ehemaligen Kronprinzen (Wilhelm von Preußen, 1882–1951), University of Edinburgh 2014. Abrufbar unter: <http://hohenzollern.lol/gutachten/malinowski.pdf> (11. Januar 2022). Zusätzlich

wurde eine Zusammenfassung des Forschungsstandes über das Verhältnis des Kronprinzen zum Nationalsozialismus vom Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands verwendet. Dieser Überblick mit dem Titel „Historischer Hintergrund: Der ehemalige Kronprinz und die Nationalsozialisten“ (Erstellungsdatum 5. November 2021) wurde von Eckart Conze und Stephan Malinowski verfasst. Er ist abrufbar unter: <https://wiki.hhu.de/display/HV/Historischer+Hintergrund%3A+Der+ehemalige+Kronprinz+und+die+Nationalsozialisten> (17. Februar 2022).

- 285 Wilhelm von Preußen: Denkschrift an Fürst Solms, März 1919, zitiert nach Malinowski, Gutachten zum politischen Verhalten, S. 11.
- 286 Kronprinz Wilhelm an v. Dryander vom 14. Mai 1924, zitiert nach ebd., S. 12.
- 287 Malinowski, Die Hohenzollern und die Nazis, S. 218 f.
- 288 Ebd., S. 220.
- 289 Vgl. Conze/Malinowski, Historischer Hintergrund, Abschnitt III.
- 290 Vgl. ebd.
- 291 Vgl. ebd.
- 292 Wilhelm Prinz von Preußen an Geraldine Farrar, zitiert nach ebd.
- 293 Machtan, Der Kronprinz und die Nazis, S. 240.
- 294 Vgl. ebd.
- 295 Ebd., S. 241.
- 296 Ebd.
- 297 Conze/Malinowski, Historischer Hintergrund, Abschnitt VII.
- 299 Vgl. ebd., Abschnitt VIII.
- 299 Vgl. ebd.
- 300 Ebd., Abschnitt IX.
- 301 Vgl. ebd.
- 302 Malinowski, Die Hohenzollern und die Nazis, S. 523.

**Sauerbruch, Ernst Ferdinand (1875–1951)**

- 303 Der Chirurg Ferdinand Sauerbruch ist nach Ende des Zweiten Weltkrieges zum Synonym für einen „Halbgott in Weiß“ geworden. Ein Grund für diesen Mythos ist Sauerbruchs eigene Autobiografie, die in zehn Sprachen übersetzt wurde. Der Mediziner hatte dieses Buch allerdings nicht selbst verfasst und auch nicht freigegeben. Vgl. Ferdinand Sauerbruch: *Das war mein Leben*, Bad Wörishofen 1951. Vgl. auch Udo Schagen: Rezension zu Christian Hardinghaus: *Ferdinand Sauerbruch und die Charité. Operationen gegen Hitler*, München 2019, in: *H-Soz-Kult* vom 20. März 2019. Abrufbar unter: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-28323> (1. September 2023). Als Grundlage für diese biografische Skizze diente im Schwerpunkt Eckart, *Meisterchirurg*.
- 304 Zitiert nach Eckart, *Meisterchirurg*, S. 18.
- 305 Vgl. ebd.
- 306 Vgl. Fridolf Kudlien/Christian Andree: Sauerbruch und der Nationalsozialismus, in: *Medizinisches Journal* Bd. 15 (1980) 3, S. 201–222, hier: S. 204.
- 307 Vgl. hierzu Wolfgang Nies: *Der Hitlerputsch 1923. Geschichte eines Hochverrats*, München 1923.
- 308 Vgl. Othmar Plöckinger: *Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922–1945. Eine Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte*, 2., aktualisierte Auflage, München 2011, S. 30, Fußnote 2.
- 309 Die Rede ist abrufbar unter <https://www.ardaudiothek.de/archivradio-geschichte-in-originaltoenen/ferdinand-sauerbruch-begruesst-erwachen-deutschlands/66773556> (23. August 2023). Außerdem ist die Ansprache abgedruckt in: Eckart, *Meisterchirurg*, S. 24 ff.
- 310 Vgl. Eckart, *Meisterchirurg*, S. 25.
- 311 Rundfunkansprache Sauerbruchs vom 28. Januar 1938, zitiert nach ebd., S. 28 f.
- 312 Vgl. Ralf Forsbach/Hans-Georg Hofer: *Internisten in Diktatur und junger Demokratie. Die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin 1933–1970*, hrsg. von Cornel Sieber/Ulrich R. Fölsch/Maximilian G. Broglie, Berlin 2018, S. 173.
- 313 Vgl. Rudolf Nissen: *Helle Blätter – dunkle Blätter*, Stuttgart 1969, S. 102 f.; Robert M. W. Kempner: *Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen*. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt am Main u. a. 1983, S. 134.
- 314 Vgl. Marc Dewey u. a., *Ernst Ferdinand Sauerbruch and His Ambiguous Role in the Period of National Socialism*.
- 315 Vgl. Christian Hardinghaus: *Ferdinand Sauerbruch und die Charité. Operationen gegen Hitler*, Berlin u. a. 2019, S. 158.
- 316 Vgl. Klaus Scholden: *Die Mittwochsgesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932–1944*, Berlin 1982, S. 21.
- 317 Eckart, *Meisterchirurg*, S. 22.
- 318 Vgl. hierzu auch Helmut Lethen: *Die Staatsräte. Elite im Dritten Reich: Gründgens, Furtwängler, Sauerbruch, Schmitt*, Berlin 2018. Hier den wissenschaftlichen Teil zu Mittwochsgesellschaft, S. 64–77, hier: S. 69. Vgl. auch Kudlien/Andree, *Sauerbruch und der Nationalsozialismus*.
- 319 Vgl. Margot Sauerbruch als Zeitzeugin wörtlich bzw. dem Sinne nach im Film des SFB, „Zwischen Geist und Gewalt – Die Berliner Mittwochsgesellschaft“, ausgestrahlt am 20. Januar 1985, zitiert und entnommen aus Schagen, Rezension zu Christian Hardinghaus.
- 320 Der amerikanische Ankläger im Ärzteprozess, James McHaney, kommentierte hierzu: „This affidavit proves beyond doubt that knowledge of these criminal experiments was available to leading physicians in Germany [...] They were individuals who were in a position to take measures to prevent such things and had the duty to do so.“ Zitiert nach Dewey u. a., *Ernst Ferdinand Sauerbruch and His Ambiguous Role in the Period of National Socialism*. Hans-

Ulrich Steinau und Hartwig Bauer resümieren in ihrer 2011 im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie entstandenen Studie „Deutsche Gesellschaft für Chirurgie 1933–1945. Die Präsidenten“ zur dritten Arbeitstagung dagegen, dass sich „[t]rotz Anwesenheit prominenter Chirurgen [kein grundsätzlicher Widerstand] bei der Schilderung der grausamen Experimente [regte], lediglich Ferdinand Sauerbruch [bezeichnete] in der Diskussion die Medikamente als unnötig.“ Die Autoren schlussfolgern, dass „ein entschiedenes Eingreifen die Gerüchte einer Verschwörung [hätte] bestätigt [..] [können] und die Konsequenzen bekannt sind[.]“

Zur Situation der deutschen Chirurgenschaft in der NS-Zeit fassen Steinau und Bauer kaum nachvollziehbar zusammen: „Stand am Anfang die Hoffnung auf Rettung des Deutschen Reiches durch einen entschlossenen Führer, der Anpassung und Gleichschaltung für höherwertige Ziele einfordern muss, so endet dies in den bitteren Konditionen einer Diktatur. Mit Eintritt in den totalen Krieg entstehen Mangelsituationen auch durch die Vertreibung und Vernichtung jüdischer Kollegen, die zunächst nur durch noch größeren chirurgischen Einsatz kompensiert werden und schließlich in einer katastrophalen Versorgungslage von Bombenopfern, erkrankten Zivilpersonen und verwundeten Soldaten münden [..]. Die Kriegserlebnisse mit täglicher Triage, die erneute bedingungslose Kapitulation, die Zerstörung Deutschlands und die eigene schwerwiegende politische Fehleinschätzung lassen verstummen.“ (Steinau, Hans-Ulrich. Bauer, Hartwig: Vorwort der Herausgeber. In: dies. (Hrsg.): Deutsche Gesellschaft für Chirurgie 1933–1945. Die Präsidenten, Heidelberg, 2011, S. XVI.)

321 Zitiert nach Dewey u. a., Ernst Ferdinand Sauerbruch and His Ambiguous Role in the Period of National Socialism. (Übersetzung Dirk Stolper).

322 Zitiert nach Eckart, Meisterchirurg, S. 36 f.

323 Vgl. Wolfgang U. Eckart: Ernst Ferdinand Sauerbruch (1875–1951), in: Michael Fröhlich (Hrsg.): Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2002, S. 175–187, hier: S. 182 f. Hardinghaus argumentiert in seiner Sauerbruch-Studie, dass aus den Anträgen für die Experimente nicht hervorgegangen sei, dass diese „Versuche mit menschlichem Leid verbunden“ gewesen seien. Er bezieht sich jedoch nur auf drei der Versuchsreihen und vernachlässigt, dass alle Forschungsanträge von Sauerbruch geprüft und abgezeichnet werden mussten. Weiter ignoriert er auch die einschlägige Forschung, die gezeigt hat, dass Sauerbruch sehr wahrscheinlich darüber informiert war, dass die meisten Experimente an Menschen vorgenommen werden würden. Vgl. Hardinghaus, Sauerbruch, S. 123. Auch die Einschätzungen von Adolphe Jung in diesem Fall sind falsch und zeigen, wie vorsichtig mit dieser Quelle umgegangen werden muss. Jung berichtete über Gebhardt: „Sauerbruch erhielt am Ende des Krieges eine entsetzliche Nachricht: Gebhardt hatte an den Internierten der SS-Lager grauenhafte Experimente durchgeführt. Nach dem, was Sauerbruch mir sagte, hatte er Empyeme im Knie provoziert.“ Sauerbruch konnte diese Nachricht nicht erst nach dem Krieg erhalten haben, weil er bereits seit 1943 über die Experimente informiert war. Vgl. Susanne Michl u. a. (Hrsg.): Zwangsversetzt vom Elsass an die Berliner Charité. Die Aufzeichnungen des Chirurgen Adolphe Jung, 1940–1945, Berlin 2019, S. 108. Vgl. hierzu auch Wolfgang U. Eckart: Medizin in der NS-Diktatur. Ideologie, Praxis, Folgen, Wien 2012, S. 301. Vgl. auch die Rezension von Udo Schagen.

324 Vgl. Dewey u. a., Ernst Ferdinand Sauerbruch and His Ambiguous Role in the Period of National Socialism.

325 Zitiert nach Eckart, Meisterchirurg, S. 44.

- 326 Gnadengesuch für Karl Brandt von Ferdinand Sauerbruch vom 11. Dezember 1947, in: Klaus Dörner u. a. (Hrsg.): Der Nürnberger Ärzteprozess 1946/47. Wortprotokolle, Anklage- und Verteidigungsmaterial, Quellen zum Umfeld, hrsg. im Auftrag der Hamburger Stiftung Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Deutsche Ausgabe, Mikrofilm-Edition, München 1999, hier: Prozessprotokoll-Ärzteprozess, Quellen zum Umfeld, Blatt 2920.
- 327 Seit 2019 nahm die nichtfachliche Öffentlichkeit an der Diskussion um die Person Sauerbruch teil. Dies steht insbesondere mit der Ausstrahlung der ARD-Serie „Charité“ im Zusammenhang, in der Ernst Ferdinand Sauerbruch eine zentrale Rolle einnimmt. Die Serie orientiert sich an bisher nicht zugänglichen Quellen, wie zum Beispiel an den Aufzeichnungen des französischen Mediziners Adolphe Jung (1902–1992). Vgl. Susanne Michl u. a. (Hrsg.): Zwangsversetzt. Jung stammte aus dem Elsass und galt im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie als „Volksdeutscher“. Er sollte sich daher zu seinem „Deutschtum“ bekennen, der NSDAP beitreten und als Wissenschaftler an der Reichsuniversität Straßburg eingegliedert werden. Diesen Maßnahmen verweigerte sich Jung, weshalb er von den deutschen Behörden nach Berlin in die chirurgische Abteilung der Charité zwangsversetzt wurde. Jung arbeitete hier eng mit Sauerbruch zusammen und führte über seine Zeit in Berlin Buch. Dabei handelt es sich allerdings weniger um ein Tagebuch, wie es der Sauerbruch-Biograf Christian Hardinghaus behauptet, vgl. Hardinghaus, Ferdinand Sauerbruch, S. 23, sondern vielmehr um handschriftliche Aufzeichnungen in Notizbüchern oder auf losen Blättern. „Der Bericht Jungs ist also kein ‚Tagebuch‘, sondern ist nach dem Krieg für die Familie und möglicherweise zu seiner Rechtfertigung vor einer französischen Kommission zur Untersuchung von Kollaborationsvorwürfen verfasst worden.“ Schagen, Rezension zu Christian Harding-

haus. Jungs Aufzeichnungen ergeben allerdings kein neues Bild von Sauerbruch. Seit der Veröffentlichung der Erinnerungen von Rudolf Nissen, dem Assistenten Sauerbruchs, war bereits bekannt, dass Sauerbruch auch Verfolgten des NS-Regimes geholfen und sich während des Zweiten Weltkrieges kritisch über die politische Führung geäußert hatte. Vgl. ebd.; Nissen, Helle Blätter – dunkle Blätter. Vgl. auch die Notizen von Jung, in: Michl u. a. (Hrsg.), Zwangsversetzt, S. 129.

### Schmelzeisen, Otto (1892–1983)

- 328 Für diese biografische Skizze wurden Quellenbestände in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Landesarchiv Speyer, Stadtarchiv Wiesbaden. Zudem stellten der Judo-Club Wiesbaden und der 1. Judo-Club Frankfurt Unterlagen zur Verfügung.
- 329 Während des Ersten Weltkrieges wurde Schmelzeisen mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, der Hessischen Tapferkeitsmedaille, dem Bulgarischen Tapferkeitskreuz, dem Ehrenkreuz für Frontkämpfer, der Tiroler Gedenkmünze und der Ungarischen Kriegsmedaille ausgezeichnet.
- 330 In Schmelzeisens Personalakte ist ein Vorfall aus dem Jahr 1933 überliefert, aus dem hervorgeht, dass der Justizbeamte einen gefesselten Gefangenen geschlagen hat. Das Verfahren gegen Schmelzeisen wurde eingestellt. Vgl. „Anzeige des Strafgefangenen Otto M. aus Fürsfeld z.Zt. Zellenstrafanstalt Butzbach vom 10. März 1933“, in: Landesarchiv Speyer (künftig: LAsp), J85, 9913, Blatt 61 ff., und LAsp, J85, 5241.
- 331 Vgl. „Der älteste und immer noch aktive Judopionier Otto Schmelzeisen wird 80 Jahre“ (im Besitz des Judo-Clubs Wiesbaden).

- 332 Vgl. ebd.
- 333 Vgl. den Personalbogen, in: LAsp, J85, 9913, ohne Blattnummer, sowie ebd., Blatt 166.
- 334 Vgl. den Entwurf für einen Zeitungsbericht zur Verleihung des Ehrenbriefs des NS-Reichsbundes für Leibesübungen aus dem Jahr 1941 (im Besitz des Judo-Clubs Wiesbaden).
- 335 Der Ehrenbrief ist im Besitz des Judo-Clubs Wiesbaden.
- 336 Schreiben Schmelzeisen an Fritz Brehm vom 12. November 1940 (im Besitz des Judo-Clubs Wiesbaden). Bei der zitierten Quelle wurde die Orthographie des Verfassers übernommen.
- 337 Vgl. Marcus Coesfeld: Kampfsport im Dritten Reich: Werkzeug der Weltanschauung, in: Journal of Martial Arts Research, 2 (2019) 4, S. 1–10, hier: S. 2.
- 338 Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, hrsg. von Christian Hartmann u.a., München/Berlin 2016, Bd. 2, S. 1377.
- 339 Schreiben Schmelzeisen an Fritz Brehm vom 25. Oktober 1943 (im Besitz des Judo-Clubs Wiesbaden). Bei der zitierten Quelle wurde die Orthographie des Verfassers übernommen
- 340 Vgl. ebd.
- 341 Vgl. Franz Albert Heinen: NS-Ordensburgen Vogelsang, Sonthofen, Krössinsee, Berlin 2011, S. 162 f.
- 342 Vgl. Schreiben Schmelzeisen an Fritz Brehm vom 14. November 1943 (im Besitz des Judo-Clubs Wiesbaden).
- 343 Schreiben des Landgerichtspräsidenten an den Oberlandesgerichtspräsidenten vom 30. Januar 1943, in: HStAD, Blatt 268 (Rückseite) und 269.
- 344 Vgl. Mein Werdegang, in: LAsp, J85, 9913, Blatt 197.
- 345 Vgl. Schreiben Regierungspräsidium Rheinland-Pfalz an den Landgerichtspräsidenten und den Oberstaatsanwalt Mainz vom 17. Juni 1946, in: ebd., Blatt 207. Vgl. auch ebd., Blatt 210.
- 346 Vgl. Kartei der aus politischen Gründen vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossenen Personen, Buchstaben R - Z, in: StadtA WI, WI/3, Nr. A 11488.
- 347 Vgl. Schreiben Vorsteher (Name nicht zu entziffern) an den Generalstaatsanwalt für Hessen-Pfalz vom 15. Oktober 1946, in: ebd., Bd. 2, Blatt 6. Siehe auch den Rundgang auf den Spuren des Nationalsozialismus in Mainz. Abrufbar unter <https://www.mainz1933-1945.de/rundgang/teil-i-innenstadt/gerichts-gefaengnis.html> (23. August 2023).
- 348 Vgl. beispielsweise das Schreiben der Polizeidirektion Mainz an die Spruchkammer Wiesbaden vom 29. April 1947, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 3915, Blatt 34.
- 349 Bittgesuch des Sportlehrers Otto Schmelzeisen um vordringliche Verhandlung vor der Spruchkammer, in: ebd., Blatt 4.
- 350 Betrifft: Meine Bindungen an die N.S.D.A.P., in: ebd., Blatt 8. Bei der zitierten Quelle wurde die Orthographie des Verfassers übernommen
- 351 Vgl. Schreiben Schmelzeisen an den Vorstand des Gefängnisses Mainz vom 27. Januar 1939, in: LAsp, J85, 9913, Blatt 165.
- 352 Vgl. den Urteilsspruch der Spruchkammer, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 3915, Blatt 47.
- 353 Vgl. ebd.

### Schmidt, Jonas (1885–1958)

- 354 Für dieses Gutachten wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv-Lichterfelde, Staatsarchiv Ludwigsburg, Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Universitätsarchiv der HU Berlin, Archiv der Universität Rostock.
- 355 Typoskript „Aus den Lebenserinnerungen von Prof. Jonas Schmidt, Wiesbaden“, 1979, S. 4, in: StadtA WI NL 262, Nr. 57. Die Urheber des Dokuments bleiben unklar. Auf S. 16 des Typoskripts findet sich der Hinweis, dass eine von Schmidts Töchtern die von ihm handschriftlich angefertigten Lebenserinnerungen, die wohl bis 1958 entstanden sind, 1979 transkribiert und In-

- formationen zu den Jahren ab 1943 ergänzt hat. Inwieweit ein redaktioneller Eingriff im vorhergehenden Text erfolgte, bleibt aufgrund des nicht erhaltenen Manuskripts unklar. Die Jahre ab 1933 werden als Zeit des beruflichen Aufstiegs beschrieben. Zentrales Motiv der Kriegsjahre sind die Zerstörungen auf den landwirtschaftlichen Versuchsgütern und die sich daraus ergebenden Gefahren für die Familie Schmidt.
- 356 Vgl. Jonas Schmidt: Beziehungen zwischen Körperform und Leistung bei den Milchkühen, Hannover 1909.
- 357 Vgl. Schmidt, Lebenserinnerungen, S. 6.
- 358 In seinem Meldebogen gab Schmidt an, dass er zwischen 1933 und 1936 Förderndes Mitglied (zwei Reichsmark monatlich) der SA gewesen sei. Vgl. den Meldebogen vom 26. April 1946, in: Staatsarchiv Ludwigsburg (künftig: StAL), EL 902/20, Bü 75088, ohne Blattnummer. Im Typoskript „Aus den Lebenserinnerungen von Prof. Jonas Schmidt, Wiesbaden“ finden sich hierzu keine Informationen.
- 359 Vgl. Anikó Szabó: Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschul-lehrer im Schatten des Nationalsozialismus. Mit biographischen Dokumentationen der entlassenen und verfolgten Hochschul-lehrer: Universität Göttingen – TH Braunschweig – TH Hannover – Tierärztliche Hochschule Hannover, Göttingen 2000, S. 48.
- 360 Vgl. Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat. Überreicht vom Nat.-soz. Lehrerbund Deutschland, Gau Sachsen, o. J. [1933]. Im Typoskript „Lebenserinnerungen“ finden sich dazu keine Informationen. Die „Machtübernahme“ und ihre Folgen werden nur sporadisch erwähnt: „Es kamen die Krisenjahre 30-35, wirtschaftlich wohl besser, aber der Nationalsozialismus arbeitete stark unter der Decke. Die Studentenschaft traf die Auslese auf die politische Geeignetheit der Professoren und Studenten. Gerade in den landw. Instituten wurde stark in der neuen politischen Richtung gearbeitet. – Wer es erreichen konnte, versuchte aus dem kleinen scharf kontrollierten Göttingen fortzukommen.“ (Vgl. Schmidt, Lebenserinnerungen, S. 14) Es entsteht der Eindruck, Schmidt sei selbst unter Druck geraten und habe deshalb Göttingen nach Berlin verlassen. Das Dokument enthält keine Informationen über Mitgliedschaften in NS-Organisationen o.Ä.
- 361 Vgl. Volker Klemm: Agrarwissenschaften im „Dritten Reich“. Aufstieg oder Sturz? (1933–1945), St. Katharinen 1992, S. 34–39.
- 362 Ebd., S. 34.
- 363 Susanne Heim: Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945, Göttingen 2009, S. 53 f.
- 364 Vgl. Schreiben von Verschuer an die Deutsche Forschungsgemeinschaft vom 4. September 1936, in: BArch, R 73/14377.
- 365 Vgl. den Meldebogen vom 26. April 1946, in: StAL, EL 902/20, Bü 75088.
- 366 Vgl. Schreiben des Leiters des NS-Dozentenbundes Gruppe Freie Forschungsinstitute Berlin an die NSDAP-Ortsgruppe Dahlen vom 25. Oktober 1938, in: Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin (künftig: HU UA), Bestand NS-Doz. 1, Nr. 223. Vgl. auch den Fragebogen, in: HU UA, Bestand NS-Doz. 2, Nr. ZD I 1039. Vgl. hierzu auch den Briefwechsel zwischen NS-Dozentenbund und NSDAP in: ebd., sowie Klemm, Agrarwissenschaften im „Dritten Reich“, S. 34. In Schmidt, Lebenserinnerungen, finden sich keine Informationen hierzu.
- 367 Vgl. Heim, Kalorien, Kautschuk, Karrieren, S. 61.
- 368 Rede Schmidts auf der gemeinsamen Tierzuchttagung des Forschungsdienstes, des Reichsnährstandes und der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde (wahrscheinlich aus dem Jahr 1942), in: StAL, EL 902/20, Bü 75088, Blatt 70, 72.
- 369 Vgl. ebd., S. 53.

- 370 Die Berliner Universität in der NS-Zeit, Bd. I: Strukturen und Personen, hrsg. von Christoph Jahr unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt, Wiesbaden 2005, S. 214. In Schmidt, Lebenserinnerungen, finden sich keine Informationen hierzu.
- 371 Artikel Jonas Schmidt, in: Michael Budrus/Sigrid Fritzlär: Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte, München 2007, S. 359, Fußnote 5. In Schmidt, Lebenserinnerungen, finden sich keine Informationen hierzu.
- 372 Zitiert nach ebd.
- 373 Vgl. den Spruch der Spruchkammer Stuttgart vom 10. September 1948, in: StAL, EL 902/20, Bü 75088, Blatt 57 ff.
- 384 Berufung, Verpflichtung und Vereidigung der auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 zu berufenden Gemeinderäte (Ratsherren) vom 27. September 1935, in: StadtA WI, STVV, Nr. 88, S. 14 f.
- 385 Artikel Nationalsozialismus in Wiesbaden, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 655 f., hier: S. 655.
- 386 Ebd.
- 387 Vgl. Antrag Schultes auf Denazifizierung vom 20. Mai 1947, zitiert nach Zibell, Gutachten Schulte, S. 57.
- 388 Ebd.
- 389 Ebd.
- 390 Ebd.
- 391 Vgl. ebd.

### Schulte, Alfred (1872–1957)

- 374 Diese biografische Skizze beruht auf einem Artikel und einem Gutachten von Privatdozentin Dr. Stephanie Zibell. Vgl. Stephanie Zibell: Alfred Schulte – Erster Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden im Dritten Reich, in: Nassauische Annalen. Jahrbuch des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Bd. 129, Wiesbaden 2018, S. 387–405; dies.: Wissenschaftliches Gutachten zu Oberbürgermeister Alfred Schulte (1872–1957) – Namensgeber der Alfred-Schulte-(Schutz-)Hütte, einsehbar im Stadtarchiv Wiesbaden.
- 375 Vgl. Zibell, Alfred Schulte, S. 388 f.
- 376 Vgl. Zibell, Gutachten Schulte, S. 48.
- 377 Vgl. ebd., S. 50.
- 378 Vgl. Meldebogen vom 22. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 20065, ohne Blattnummer.
- 379 Vgl. Organisationshandbuch der NSDAP, S. 423.
- 380 Vgl. Zibell, Alfred Schulte, S. 395.
- 381 Vgl. ebd., S. 396.
- 382 Ebd., S. 400.
- 383 Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März 1933, in: StadtA WI, STVV, Nr. 84, S. 2 ff.

### Strauss, Richard (1864–1949)

- 392 Richard Strauss gehört zu den künstlerisch herausragenden deutschen Komponisten des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Gleichzeitig ist er bis heute einer der umstrittensten, insbesondere aufgrund seiner Tätigkeit als Präsident der Reichsmusikkammer (RMK) während des Nationalsozialismus. Richard Strauss wird deshalb als Namenspatte für Straßenbenennungen kontrovers diskutiert. Hier sind insbesondere München und Würzburg zu nennen. Vgl. zu München <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-umstrittene-persoenslichkeiten-strassen-namen-stadtarchiv-1.5422804> (23. August 2023), zu Würzburg <https://www.wuerzburgerleben.de/2021/02/12/in-ns-regime-verstrickt-wuerzburger-strassen-werden-umbenannt> (23. August 2023). Diese biografische Skizze beruht auf einer wissenschaftlichen Untersuchung der Straßennamen der Stadt Oldenburg, welche unter der Leitung von Dietmar von Reeken und Malte Thießen entstand. Abrufbar unter: [https://www.nwzonline.de/resources/020e-15829e30c461-c0b6d5801fed1000/dokumentation\\_oldenburger\\_strassen\\_namen\\_endfassung\\_24.okt\\_2013.pdf](https://www.nwzonline.de/resources/020e-15829e30c461-c0b6d5801fed1000/dokumentation_oldenburger_strassen_namen_endfassung_24.okt_2013.pdf) (17. August 2023).

- 393 Vgl. Reeken/Thießen, Untersuchung Straßennamen, S. 217.
- 394 Vgl. ebd., S. 218.
- 395 Ebd., S. 218 f.
- 396 Vgl. ebd., S. 219.
- 397 Vgl. ebd., S. 219 f.
- 398 Ebd., S. 220.
- 399 Ebd., S. 220.
- 400 Ebd., S. 221.
- 401 Vgl. ebd.
- 402 Ebd., S. 221 f.
- 403 Ebd., S. 222; Original: Tagebucheintrag von Joseph Goebbels vom 5. Juli 1935, in: Tagebücher von Joseph Goebbels Online. Abrufbar unter: <https://www.degruyter.com/database/TJGO/entry/TJG-3021/html> (19. Januar 2022).
- 404 Vgl. Eckart Conze u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und die Bundesrepublik, München 2010, S. 410 f.
- 405 Reeken/Thießen, Untersuchung Straßennamen, S. 222.
- 406 Ebd., S. 224. Original: Tagebucheintrag von Joseph Goebbels vom 5. Dezember 1941, in: Tagebücher von Joseph Goebbels Online. Abrufbar unter: <https://www.degruyter.com/database/TJGO/entry/TJG-5213/html> (19. Januar 2022).
- 407 Ebd., S. 225.
- 408 Vgl. Schreiben Strauss an Tietjen vom 17. Dezember 1938, in: Dietrich Kröncke: Richard Strauss und die Juden. Jüdische Freunde, Dichter und Musiker. Die Jahre 1933–1948, Bd. I, Wien 2021, S. 31.
- 409 Spruchkammerverfahren gegen Hans Hausböck, zitiert nach ebd., S. 36.
- 410 Vgl. ebd., S. 33.
- 411 Reeken/Thießen, Untersuchung Straßennamen, S. 225 f.
- 412 Vgl. Briefwechsel Straus-Wagner, zitiert nach Kröncke, Richard Strauss und die Juden, S. 19.
- 413 Vgl. Briefwechsel mit Hans Sommer, zitiert nach ebd., S. 20.
- 414 Ebd., S. 26.
- 415 Zitiert nach ebd., S. 25.
- 416 Ebd., S. 435.
- Todt, Adolf (1886–1960)**
- 417 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 418 Vgl. „Fragebogen“ – Military Government of Germany vom 29. Oktober 1945, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 2206, Blatt 2.
- 419 Vgl. Artikel Todt, Adolf, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 904 f.
- 420 Vgl. ebd.
- 421 Vgl. „Fragebogen“ – Military Government of Germany vom 29. Oktober 1945, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 2206, Blatt 7; Schreiben Todt an Spruchkammer Wiesbaden vom 8. Dezember 1946, in: ebd., Blatt 53. Wann Todt in die DVP eingetreten ist, war nicht zu ermitteln.
- 422 Vgl. ebd.
- 423 Vgl. die Mitgliedskarte, in: BArch, R 9361-IX Kartei/44880709.
- 424 Eine Auflistung aller NSDAP-Mitglieder der Firma Kalle, die sich in Schlüsselpositionen des Unternehmens befanden, gibt dagegen Todts Eintritt mit 1941 an. Vgl. die Liste „Stand: 30.6.1945 (Schlüsselkräfte)“, in: StadtA WI, WA 3, Nr. 354.
- 425 Vgl. die Liste der Immobilien, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 2206, Blatt 14.
- 426 Schreiben Todt an die Spruchkammer Wiesbaden vom 8. Dezember 1946, in: ebd., Blatt 57.
- 427 Vgl. die Datenbank im Stadtarchiv Wiesbaden.
- 428 Vgl. Hedwig Brüchert: Zwangsarbeit in Wiesbaden. Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften in der Wiesbadener Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, Wiesbaden 2003, S. 48, 134.
- 429 Vgl. Cellophan in der Kriegswirtschaft, in: StadtA WI, WA 3, Nr. 975, Blatt 3.
- 430 Diese Kommissionen waren zumeist beim Arbeitsamt ansässig und verteilten die vorhandenen (Zwangs-)Arbeitskräfte.

- 431 Cellophan in der Kriegswirtschaft, in: StadtA WI, WA 3, Nr. 975, Blatt 2.
- 432 Schreiben Todt an die Spruchkammer Wiesbaden vom 8. Dezember 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 2206, Blatt 57.
- 433 Vgl. den Artikel „Eine Auszeichnung für uns alle. Drei Kriegsverdienstkreuze“ aus der Werkszeitung der Firma Kalle, in: ebd., Blatt 85.
- 434 Gesuch um Wiedereinstellung von Adolf Todt an den Wiesbadener Oberbürgermeister, in: ebd., Blatt 18.
- 435 Erklärung von Maus und Ruhl vom 3. Januar 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 2206, Blatt 46.
- 436 Vgl. Schreiben Todt an die Spruchkammer Wiesbaden vom 8. Dezember 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 2206, Blatt 57.
- 437 Schreiben Molsberger an die Spruchkammer Wiesbaden vom 6. August 1946, in: ebd., Blatt 39 f.
- 438 Schreiben Todt an die Spruchkammer Wiesbaden vom 8. Dezember 1946, in: ebd., Blatt 55. Todt reichte sogar eine Kopie von Molsbergers Ladung zum Haftantritt (zehn Monate) wegen eines „Heimtückevergehens“ ein. Vgl. ebd.
- 439 Schreiben Eich an Industrie- und Handelskammer Wiesbaden vom 15. März 1946, in: ebd., Blatt 34. Eich behauptet in seinem Schreiben an die Handelskammer Wiesbaden auch, dass Molsberger seine Haftstrafe nicht mehr antreten musste. Vgl. ebd.
- 440 Schreiben Karl Weber an Spruchkammer Wiesbaden vom 17. April 1947, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 2206, Blatt 93.
- 441 Eidesstattliche Erklärung des Alfred Schädlich vom 11. Juni 1947, in: ebd., Blatt 100.
- 442 Ebd.
- 443 Aussage Paul Strackholder bei der Ermittlungsabteilung vom 30. Januar 1947, in: ebd., Blatt 74.
- 444 Vgl. Schreiben Todt an Ermittlungsabteilung vom 21. März 1947, in: ebd., Blatt 77.
- 445 Vgl. Schreiben Drekmann an Spruchkammer Wiesbaden vom 28. Oktober 1946, in: ebd., Blatt 50. Der erwähnte Rechtsanwalt war Alfons Sack, der allerdings nicht Thälmann, sondern Ernst Torgler im Reichstagsbrandprozess verteidigt hatte.
- 446 Die Familiengeschichte ist einsehbar in: <https://www.helgaschwenk-badlauberberg.de/rueckkehr-nach-deutschland> (1. August 2022).
- 447 Vgl. ebd.
- 448 Telefonat mit Frau Prof. Helga Schwenk am 1. August 2022.
- 449 Vgl. Spruch der öffentlichen Sitzung am 20. August 1947, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 2206, Blatt 122.
- 450 Artikel Todt, Adolf, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 904 f.
- 451 Vgl. „Ehrenpromotion für Adolf Todt“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 8. Juni 1956.

## 3

## Kontextualisierungsempfehlungen

**Bergius, Friedrich (1884–1949)**

- 452 Diese biografische Skizze basiert auf einem Gutachten über Friedrich Bergius von David Templin. Vgl. Templin, Abschlussbericht, S. 57 ff. Zudem wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bundesarchiv Ludwigsburg, Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien.
- 453 Templin, Abschlussbericht, S. 57.
- 454 Vgl. ebd.
- 455 Ebd., S. 57 f.
- 456 Vgl. ebd., S. 58.
- 457 Ebd., S. 58 f.
- 458 Ebd., S. 59.

**Bosch, Carl (1874–1940)**

- 459 Als Nobelpreisträger, Vorsitzender der I.G. Farben AG und Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gilt Carl Bosch als einer der wichtigsten und einflussreichsten Chemiker, Wissenschaftler und Industriellen des 20. Jahrhunderts. In zahlreichen deutschen Städten sind Verkehrsflächen, Anlagen und Grünflächen nach Bosch benannt. In den Städten Düsseldorf, Hannover und Neumünster wurde bereits überprüft, ob Straßenbenennungen nach Carl Bosch beibehalten werden können. Die Ergebnisse dieser Gutachten fließen ebenso in diese biografische Skizze ein wie die Studie von Ulrike Kohl über die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Vgl. Ulrike Kohl: Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler, Stuttgart 2002. Die Skizze konzentriert sich auf Boschs Biografie während des „Dritten Reiches“.
- 460 Vgl. Kohl, Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, S. 113.
- 461 Ebd., S. 114.

- 462 Abschlussbericht des Beirates zur Überprüfung der Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen, S. 43. Abrufbar unter: [https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt\\_13/presseanhang/2001/200123Abschlussbericht\\_Strassennamen.pdf](https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt_13/presseanhang/2001/200123Abschlussbericht_Strassennamen.pdf) (24. August 2023).
- 463 Kohl, Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, S. 116.
- 464 Ebd., S. 116 f.
- 465 Vgl. ebd., S. 117.
- 466 Vgl. ebd.
- 467 Ebd.
- 468 Ebd., S. 117 f.
- 469 Ebd., S. 118.
- 470 Ebd.
- 471 Problembehaftete Straßennamen der Stadt Neumünster abrufbar unter: [https://www.neumuenster.de/fileadmin/neumuenster.de/media/kultur\\_und\\_freizeit/stadtgeschichte/Problem-Strassenamen/Carl\\_Bosch/4\\_Carl\\_Bosch.pdf](https://www.neumuenster.de/fileadmin/neumuenster.de/media/kultur_und_freizeit/stadtgeschichte/Problem-Strassenamen/Carl_Bosch/4_Carl_Bosch.pdf) (24. August 2023). Vgl. hierzu ausführlich auch Kohl, Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, S. 120 ff.
- 472 Vgl. Kohl, Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, S. 162, Fußnote 611.
- 473 Franz-Josef Baumgärtner: Ich war dabei. Abrufbar unter: <https://langzeit.archivierung.bib-bvb.de/wayback/20140829020035/http://www.deutschesmuseum.de/fileadmin/Content/data/Insel/Information/KT/heftarchiv/1984/8-4-266.pdf> (24. August 2023). Ulrike Kohl zitiert in ihrer Studie eine bereinigte Fassung der Rede: „Was wir brauchen – ich habe das schon gestern Abend kurz dargestellt – ist, daß die Grundlagen unserer ganzen Industrie und Technik und Wirtschaft unbedingt unter allen Umständen stark gestützt werden. Wir verstehen sehr wohl, wenn man heute nach jeder Richtung sagt, es ist zunächst einmal dieses oder jenes vordringlich, wir brauchen das aus den gegebenen politischen und wirtschaft-

lichen Verhältnissen heraus. Und niemand wird sich solchen Notwendigkeiten entziehen und sagen. Ich mache nicht mehr mit. Aber gewisse Verfügungen sind – das muß man bei jeder Gelegenheit immer wieder aussprechen – Unsinn. Und es gibt gewisse Grundlagen für unsere Wirtschaft, ... von denen man nicht abgehen kann. Und dazu gehört die Grundlage, daß man die Wirtschaft in Form der Wissenschaft mit-fördern muß. Da kann jeder sagen, was er will, von diesem Gesichtspunkt gehe ich persönlich nicht ab ... Und das verlange ich auch von der Reichsregierung, ganz egal was für Ideen herrschen oder nicht ..., daß wir da auch unterstützt werden von den Leuten, die von der Sache nichts verstehen...“, Kohl, Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, S. 163.

#### Dörr, Gottfried (1893–1963)

- 474 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Mainz, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 475 Der Offiziersrang im Ersten Weltkrieg konnte nicht ermittelt werden.
- 476 Vgl. Aktenz: Schu 48. Betrifft: Schulverw. Gottfried Dörr. Abschrift vom 28. September 1938, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 5670, Blatt 38. Vgl. auch Meldebogen Dörrs vom 4. Oktober 1945, in: ebd., Blatt 129.
- 477 Das Amt des Blockwarts war bei der NSV nicht vorhanden. Gemeint ist hier das Amt des Blockwalters der NSV. Es handelte sich hierbei um die unterste Ebene in der Hierarchie der NSV.
- 478 Der Verein ist ein kultureller Mittler und Bindeglied zwischen den in aller Welt lebenden Deutschen und ihrem Heimatland. Die Angaben wurden Dörrs Personalakte entnommen. Vgl. die Erklärungen und Meldebögen, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 5670, Blatt 5 f., 51, 126. In seinem Personalbogen des Stadtschulamtes Mainz ist außerdem eine Mitgliedschaft im NS-Frontkämpferbund vermerkt, die allerdings durchgestrichen wurde. Vgl. Personalbogen, in: ebd., Blatt 5 (Rückseite). Nach Angaben des Stadtschulamtes Mainz war Dörr auch Mitglied im Gemeinnützigen Bauverein für H.J.-Heime. Vgl. Betrifft: Schulverwalter Gottfried Dörr vom 6. Mai 1939, in: ebd., Blatt 7.
- 479 Ebd.
- 480 Ebd.
- 481 Vgl. Schreiben Schulamt Mainz an den Reichsstatthalter in Hessen vom 6. April 1938, in: ebd., Blatt 9.
- 482 Schreiben Reichsstatthalter in Hessen an Stadtschulamt Mainz vom 18. August 1938, in: ebd., Blatt 17.
- 483 Vgl. Schreiben Stadtschulamt Mainz an Reichsstatthalter in Hessen vom 24. September 1938, in: ebd., Blatt 19 (Rückseite).
- 484 Aktenz: Schu 46. Betrifft: Schulverw. Gottfried Dörr. Abschrift vom 28. September 1938, in: ebd., Blatt 22.
- 485 Er war in der leichten Pionier-Kolonnie (motorisiert), Pionier-Bataillon 36, eingesetzt. Vgl. Karteikarte, in: BArch, B 5631 Kartei/D-543/258. Nach eigenen Angaben ist er später noch in den Rang eines Majors befördert worden. Vgl. Schreiben Dörr an „Militärische-Regierung“ Wiesbaden vom 13. Dezember 1945, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 5670, Blatt 131 ff. Vgl. auch Schreiben öffentlicher Kläger an Dörr (Abschrift) vom 25. April 1947, in: ebd., Blatt 59.
- 486 Vgl. biografische Angaben in: StadtA WI, WI/P, Nr. 5670, Blatt 1 f., 4–8, 70.
- 487 Vgl. Gottfried Dörr: Geschichte von Kastel, Mainz-Kostheim 1960, S. 72 f.
- 488 Ebd., S. 72.

- 489 Der Begriff „Vergangenheitspolitik“ wurde vor allem von Norbert Frei geprägt. Er bezeichnet damit eine Politik der jungen Bundesrepublik, die von einem zu milden Umgang mit den NS-Tätern und der NS-Vergangenheit im Allgemeinen geprägt war. Das Ziel dieser Politik war der innere Zusammenhalt der Bevölkerung und die Westintegration der Bundesrepublik. Vgl. hierzu Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.
- 490 Vgl. „Gratulationscour bei Gottfried Dörr“, in: *Wiesbadener Kurier* vom 25. September 1958.

#### Gronau, Wolfgang von (1893–1977)

- 491 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bundesarchiv Freiburg, National Archives Washington, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes.
- 492 Eintrag Gronau, Wolfgang von, in: *Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv*. Abrufbar unter: <http://www.munzinger.de/document/00000005228> (abgerufen von Hochschul- und Landesbibliothek RheinMain am 29. Juni 2023).
- 493 Vgl. ebd.
- 494 Vgl. Wolfgang von Gronau, *Weltflieger. Erinnerungen 1926–1947*, Stuttgart 1955, S. 33.
- 495 Vgl. Eintrag Gronau, Wolfgang von, in: *Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv*. Abrufbar unter: <http://www.munzinger.de/document/00000005228> (abgerufen von Hochschul- und Landesbibliothek RheinMain am 29. Juni 2023).
- 496 Vgl. *Personalakte von Gronaus*, in: *BArch, PERS 6/1312*, Blatt 4.
- 497 Über seine Tätigkeit in Japan konnten im Bundesarchiv Freiburg, den National Archives Washington und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes keine Primärquellen ermittelt werden.
- 498 Findbuch des Bundesarchivs. Abrufbar unter: [https://www.bundesarchiv.de/findbuecher/lfg\\_findm/findb/RH67-21672.xml](https://www.bundesarchiv.de/findbuecher/lfg_findm/findb/RH67-21672.xml) (24. August 2023).
- 499 Vgl. Eintrag Gronau, Wolfgang von, in: *Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv*. Abrufbar unter: <http://www.munzinger.de/document/00000005228> (abgerufen von Hochschul- und Landesbibliothek RheinMain am 29. Juni 2023).
- 500 Vgl. von Gronau, *Weltflieger*, S. 250.

#### Günther, Anton (1876–1937)

- 501 Der Nachlass Anton Günthers befindet sich im Dresdner Museum für Sächsische Volkskunde. Es handelt sich hierbei um Anton Günthers Gitarre, Porträtaufnahmen und andere private Fotos, Liedpostkarten und weitere Ausgaben seiner Lieder und Gedichte, Schallplatten sowie Fanartikel wie Holzschnitzereien und metallene Gedenkplatten. Diese biografische Skizze fußt daher auf der bisher einzigen erschienenen Biografie über Anton Günther von Manfred Günther und Lutz Walther. Vgl. Manfred Günther/Lutz Walther: *Anton Günther. Freiheit zwischen Grenzen. Die Biographie*, Friedrichsthal 2011. Zudem wurden Akten im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde und im Sudetendeutschenarchiv angefragt.
- 502 Nicolás Ramminger: *Darf man das noch singen? Deutsch und frei: Heimatlied und „Hymne“ des Erzgebirges*. Abrufbar auf: <https://www.mdr.de/geschichte/mitteldeutschland/tradition/erzgebirge-liedgut-anton-guenther-tradition-100.html> (24. August 2023).
- 503 Vgl. Günther/Walther, *Anton Günther*, S. 164.
- 504 Vgl. ebd.
- 505 Vgl. ebd., S. 270.
- 506 Gotthard B. Schicker: *Zur „Todsünde“ des Anton Günther*, in: *Annaberger Wochenblatt*. Abrufbar unter: [http://www.annaberger.info/Historisches/12\\_Anton\\_Guenther/12\\_anton\\_guenther.html](http://www.annaberger.info/Historisches/12_Anton_Guenther/12_anton_guenther.html) (24. August 2023).

- 507 Günther/Walther, Anton Günther, S. 270.
- 508 Dieter Herz: Artikel Anton Günther, in: Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde. Abrufbar unter: <https://saebi.isgv.de/biografie/9415> (24. August 2023).
- 509 Vgl. Günther/Walther, Anton Günther, S. 282.
- 510 Vgl. Nicolá Ramminger: Darf man das noch singen? Deutsch und frei: Heimatlied und „Hymne“ des Erzgebirges. Abrufbar unter: <https://www.mdr.de/geschichte/mitteldeutschland/tradition/erzgebirge-liedgut-anton-guenther-tradition-100.html> (24. August 2023).
- Hebach, Konrad (1898–1980)**
- 511 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Mainz.
- 512 Vgl. Schreiben Hebach an die Spruchkammer Wiesbaden vom 16. Dezember 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 6365, Blatt 10.
- 513 Vgl. Politischer Lebenslauf von Hebach vom 16. Dezember 1946, in: ebd., Blatt 18.
- 514 Abschrift einer Abschrift vom 27. Februar 1939, in: ebd., Blatt 4.
- 515 Ebd., Blatt 16 f.
- 516 Vgl. NSDAP-Aufnahmeantrag von Konrad Hebach vom 18. Juni 1937, in: BArch, R 9361-IX Kartei/13980.
- 517 Vgl. Personalakte, in: StaAMainz, 90/1982/5 Hebach.
- 518 Im Bundesarchiv Berlin befindet sich ein von ihm unterschriebener Antrag auf Parteiaufnahme. Vgl. NSDAP-Gaukarte, in: BArch, R 9361-IX Kartei/13980143. Vgl. auch den NSDAP-Aufnahmeantrag, in: ebd.
- 519 Ergänzungen zum Meldebogen Hebach vom 24. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 6365, Blatt 2, und Schreiben Hebach an die Spruchkammer Wiesbaden vom 16. Dezember 1946, in: ebd., Blatt 11.
- 520 Vgl. Ergänzungen zum Meldebogen Hebach vom 24. April 1946, in: ebd., Blatt 2, und Beglaubigtes Schreiben von Fritz Otto an Konrad Hebach vom 18. April 1949, in: ebd., Blatt 5.
- 521 Vgl. Politischer Lebenslauf von Hebach vom 16. Dezember 1946, in: ebd., Blatt 15.
- 522 Vgl. ebd. Vgl. auch „Bescheinigung“ des Sportlehrers Johann Arnold vom 22. Juli 1946, in: ebd., Blatt 28. In der Klageschrift ist die Rede von „Galgenbriefen“. Hierbei muss es sich um einen Tippfehler handeln.
- 523 Vgl. Klageschrift vom 20. November 1947, in: ebd., Blatt 56.
- 524 Vgl. Urteil der Spruchkammer Wiesbaden, in: ebd., Blatt 63.
- 525 Vgl. den Spruchkammerbescheid vom 19. Januar 1948 und Hebachs Beschwerde über die Kostenübernahme vom 19. April 1948, in: ebd., Blatt 64 ff.
- 526 Ein Einblick in diese Schriften wäre sicherlich sehr interessant gewesen. Vor allem seine Schriften über die Synagogen von Mainz-Kastel erscheinen vor dem Hintergrund von Hebachs Biografie als wichtige Quelle. Die Aufsätze waren allerdings weder in der Universitätsbibliothek noch in der Wissenschaftlichen Bibliothek Mainz erhältlich. Auch in der Deutschen Nationalbibliothek sind diese Schriften nicht erfasst. Eine Beispielschrift wird lediglich in einem Aufsatz von Dieter Krienke zitiert (Kurt Hebach: „Vom Betsaal zur Synagoge. Geschichte der Kasteler Juden“, in: Allgemeine Zeitung Mainz vom 11. März 1971). In der von Krienke zitierten Zeitung ist der Artikel allerdings nicht erschienen. Vgl. auch Dieter Krienke: Die Synagogen der Mainzer Vororte Bretzenheim, Ebersheim, Hechtsheim und Kastel, in: Die Mainzer Synagogen. Ein Überblick über die Mainzer Synagogenbauwerke mit ergänzenden Beiträgen über bedeutende Mainzer Rabbiner, das alte Judenviertel und die Bibliotheken der jüdischen Gemeinde, hrsg. von Hedwig Brüchert im Auftrag des Vereins für Sozialgeschichte Mainz, Mainz 2008, S. 137–143, hier: S. 141, Fußnote 17. Vgl. auch „Hei-

matforscher Kurt Hebach. Kasteler an Herzversagen gestorben / Viele Auszeichnungen“, in: Wiesbadener Kurier vom 2./3. Februar 1980.

- 527 Vgl. „Heimattforscher Kurt Hebach. Kasteler an Herzversagen gestorben / Viele Auszeichnungen“, in: Wiesbadener Kurier vom 2./3. Februar 1980.

### Köhler, Alban (1874–1947)

- 528 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Universitätsarchiv der Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- 529 Vgl. Lebenslauf von Alban Köhler, in: BArch, PERS 6/40324. Vgl. Norbert Zabel: Pionier der Radiologie Alban Köhler (1874–1947) und seine Erinnerungen an Wiesbaden und Niederselters, in: Nassauische Annalen Bd. 115, Wiesbaden 2004, S. 371–388, hier: S. 372. Vgl. auch Alban Köhler: Lebenserinnerungen. Röntgenarzt Erdenwallen, erschienen im Selbstverlag 1954. Die Zeit des Nationalsozialismus wird in diesen autobiografischen Aufzeichnungen gänzlich ausgeklammert.
- 530 Vgl. Lebenslauf von Alban Köhler, in: BArch, PERS 6/40324.
- 531 Vgl. ebd.
- 532 Vgl. Zabel, Pionier der Radiologie, S. 373.
- 533 Vgl. Jean A. Laissue/Hans Blattmann/Daniel N. Slatkin: Alban Köhler (1874–1947): Erfinder der Gittertherapie, in: Zeitschrift für Medizinische Physik, 22 (2012) 2, S. 90–99.
- 534 Alban Köhler: Grenzen des Normalen und Anfänge des Pathologischen im Röntgenbilde, Hamburg 1910.
- 535 Lebenslauf von Alban Köhler, in: BArch, PERS 6/40324.
- 536 Der Mediziner machte allerdings unterschiedliche Angaben zu seinen Mitgliedschaften. In seinem Aufnahmeantrag zur Reichsschrifttumskammer im Dezember 1938 gab Köhler an, dass er zu dieser Zeit Mitglied des NS-Fliegerkorps (NSKK) gewesen sei. Vgl. Akte der Reichskulturkammer, in: BArch, R 9361-V/25117.
- 537 Vgl. ebd. In seinem Spruchkammerverfahren gab Köhler an, dass er 1938 der SA beigetreten sei. Vgl. Meldebogen Köhlers vom 24. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/28, Nr. 551, Blatt 2a. Nach eigenen Angaben verließ er die Sturmabteilung 1944. Als Grund gibt er Interessenlosigkeit von Seiten der SA an, zudem sei er bei einer Beförderung übergangen worden. Köhler ergänzt, dass die SA ihn im Zuge seines siebzigsten Geburtstages zum Sanitätssturmführer befördern wollte, was er kategorisch ablehnte und aus der Organisation ausgetreten sein will. Vgl. Schreiben Köhler an Spruchkammer Wiesbaden vom 2. Februar 1946, in: ebd., Blatt 16.
- 538 Vgl. die Angaben, in: BArch, PERS 6/40324, (ohne Blattnummer). Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wird diese Mitgliedschaft von Köhler nicht angegeben. Vgl. Meldebogen Köhlers vom 24. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/28, Nr. 551, Blatt 2a. Köhler gibt u. a. an, dass seine kompletten persönlichen Unterlagen verbrannt seien und er daher nicht mehr seine Mitgliedschaften rekonstruieren könne. In einem weiteren Schreiben gab Köhler an, dass er aufgrund eines „schlechten (Alters-)Gedächtnisses“ ein falsches Beitrittsdatum zur NSDAP angegeben hätte (er gab 1936 statt 1939 an). Vgl. ebd., Blatt 4.
- 539 Alfons Labisch/Florian Tennstedt: Gesundheitsamt oder Amt für Volksgesundheit? Zur Entwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes seit 1933, in: Norbert Frei (Hrsg.): Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991, S. 35–66, hier: S. 51.

- 540 Ebd.
- 541 Vgl. ebd., S. 53.
- 542 Ebd., S. 56.
- 543 Vgl. Verzeichnis derjenigen Ärzte, die zur Tätigkeit im Amt für Volksgesundheit zugelassen sind vom 3. Dezember 1935, in: HHStAW, 483, Nr. 10311, Blatt 77, und HHStAW, Best. 483, Nr. 3141b, beispielsweise auf der Rückseite von Blatt 118.
- 544 Schreiben Dr. Fritz an Wehrbezirkskommando Wiesbaden vom 13. November 1939, in: BArch, PERS 6/40324, Blatt 11c. Die Einstellung Köhlers wird auch in einem Gutachten des Gaupersonalamtes über Alban Köhler bestätigt. In dem Gutachten wird erwähnt, dass sich Köhler stark an den Spenden für die NSV und das Winterhilfswerk beteiligt habe und seine Einstellung zum NS-Staat „bejahend“ gewesen sei. Vgl. Schreiben Gaupersonalamt an NSD-Dozentenbund vom 29. Dezember 1945, in: Universitätsarchiv Frankfurt am Main, 10, 126, Blatt 215.
- 545 Vgl. Schreiben Wehrersatz-Inspektion Koblenz an Regierungspräsidenten Wiesbaden vom 17. April 1941, in: BArch, PERS 6/40324, ohne Blattnummer.
- 546 Vgl. Akte der Reichskulturkammer, in: BArch, R 9361-V/25117. Hans Buttersack, der Gauführer des „Stahlhelms“ in Wiesbaden war und zur „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten einen „Huldigungsmarsch“ zu Ehren Adolf Hitlers durch Wiesbaden anführte, war nationalkonservativ eingestellt und geriet ab 1935 in Konflikt mit den Nationalsozialisten, weil er eine Überführung des „Stahlhelms“ in die SA ablehnte. Er stand der Bekennenden Kirche nahe und fungierte als deren Rechtsberater. Buttersack vertrat aber auch verfolgte Jüdinnen und Juden. Der Rechtsanwalt wurde mehrfach verhaftet und 1943 in das Konzentrationslager Dachau überführt, wo er am 12. Februar 1945 starb.
- 547 Erläuterungen zu Fragebogen, in: ebd., Blatt 7. Die von Köhler genannte zeitliche Einordnung ist nicht korrekt, der „Stahlhelm“ war bereits im Jahr 1935 aufgelöst und die Mitglieder in die SA übernommen worden. In Köhlers Militärakte ist vermerkt, dass er am 2. Juni 1933 in den „Stahlhelm“ eintrat. Vgl. „Erklärung über politische Vergangenheit und Einstellung“, in: BArch, PERS 6/40324, Blatt 8.
- 548 Erläuterungen zum Fragebogen, in: HHStAW, Best. 520/28, Nr. 551, Blatt 7.
- 549 Vgl. ebd.
- 550 Vgl. ebd., Blatt 29, 31.

### Rieser, Georg (1900–1989)

- 551 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 552 Vgl. Lebenslauf, in: HHStAW, Best. 650 B, Nr. 4756, Blatt 3.
- 553 Vgl. Georg Rieser: Gure. Gedichte in nassauischer Mundart, ohne Erscheinungsort 1928; ders.: Dorch de Taunuswald maschiern Besatzungsdrubbe. Gedichte in nassauischer Mundart, Idstein im Taunus 1930.
- 554 Vgl. Rieser, Dorch de Taunuswald maschiern Besatzungsdrubbe, S. 7.
- 555 Dies ist auf einer Karteikarte des Nationalsozialistischen Lehrerbundes vermerkt. Vgl. BArch, NSLB, Rieser Georg; ebd., R 9361-VIII Kartei/16860059. In der NSDAP-Zentralkartei ist ein Foto Riesers überliefert, welches ihn in der NSDAP-Uniform eines Blockleiters zeigt.
- 556 Vgl. Antrag auf Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer vom 6. Dezember 1937, in: BArch, R 9361-V/9972.
- 557 Vgl. hierzu beispielsweise Uwe Schmidt: Hamburger Schulen im „Dritten Reich“ Bd. 1, S. 469.
- 558 Friedrich Kellner: „vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne“. Tagebücher 1939–1945, hrsg. von Sascha Feuchert u. a., Göttingen 2011, S. 321

- 559 Ebd.
- 560 Vgl. Spruchmitteilung vom 27. August 1947, in: HHStAW, Best. 650 B, Nr. 4756, Blatt 22.
- 561 Vgl. Georg Rieser: *Unsereins. Schenn- un annern Gedichte*, hrsg. von Alexander Hildbrand, Wiesbaden 1984.
- Schuricht, Carl (1880–1967)**
- 562 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Landesarchiv Berlin, Staatsarchiv Ludwigsburg, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Stuttgart, Archiv des Philharmonischen Chors Berlin.
- 563 Vgl. Fred K. Prieberg: *Handbuch Deutsche Musiker 1933–1945. CD-ROM-Lexikon*, Kiel 2004, S. 6454. Eine Zeitungssuche ergab, dass Heinrich Himmler bei dem von Schuricht geleiteten Konzert nicht anwesend war. So schreibt die nationalsozialistische Zeitung „Hakenkreuzbanner“: „Anlässlich des Geburtstages des SS-Führers Himmler fand in Stuttgart ein großes Festkonzert statt, daß unter Leitung von Carl Schuricht stand und an dem der Reichsstatthalter Murr und hohe Vertreter der Partei und des Heeres beiwohnten. Als Dirigent von Respighis ‚Fontana de Roma‘ und Liszts ‚Les Préludes‘ erntete Schuricht starken Beifall. Er wurde für sechs weitere Konzerte verpflichtet und wird außerdem die Württembergische Staatskapelle leiten.“ In: *Hakenkreuzbanner*, Früh-Ausgabe vom 19. Oktober 1935 (Kurznachrichtenteil). Schuricht profitierte von solchen Auftritten. Durch Schurichts Steuererklärung konnte ermittelt werden, dass er im Jahr 1935 noch zweimal in Stuttgart auftrat, darunter einmal beim Reichssender Stuttgart. Für die Konzerte erhielt Schuricht jeweils 500 RM. Vgl. die Steuererklärung, in: HHStAW, Best. 865, Nr. 754 a.
- 564 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda an deutsche Gesandtschaft in Den Haag vom 29. September 1933, zitiert nach Prieberg, *Handbuch Deutsche Musiker 1933–1945*, S. 6453.
- 565 Gemeinsame Sitzung der Beigeordneten und Gemeinderäte am 29. März 1935, in *StadtA WI, STVV*, Nr. 88.
- 566 Der Präsident der Reichstheaterkammer, i. A. Riepenhausen, an Dr. Goebbels vom 22. Juni 1939, zitiert nach Prieberg, *Handbuch Deutsche Musiker 1933–1945*, S. 6455.
- 567 Ebd.
- 568 Vgl. ebd.
- 569 Vgl. die Liste, in: BArch, R 55/20252a.
- 570 Vgl. Pierre Gorjat: Carl Schuricht. vingt ans après..., in: *Revue Musicale de Suisse Romande* 4 (1987), S. 192–201. Abrufbar unter: <http://carlschuricht.com/rmsr.htm> (24. August 2023).
- 571 Stephan Hörner: „Schuricht, Carl“, in: *Neue Deutsche Biographie* 23 (2007), S. 761–762 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd117311332.html#ndbcontent> (24. August 2023)
- 572 Des Weiteren erhielt Schuricht folgende Auszeichnungen: 1936 Phönix-Orden der griechischen Regierung; 1938 Kommandeur des Ordens von Oranien-Nassau, 1944 Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter, 1948 Niederländische Bruckner-Medaille, 1950 Anton-Bruckner-Medaille der Internationalen Bruckner-Gesellschaft, 1956 Nicolai-Medaille der Wiener Philharmoniker, 1957 Ehrenmitglied der Bruckner Society of America, 1957 Berufstitel Professor durch den Bundespräsidenten der Republik Österreich, 1958 Goldmedaille der Internationalen Gustav Mahler Gesellschaft Wien, 1960 Ehrenmitglied der Wiener Philharmoniker, 1961 Mozartmedaille durch die Mozartgemeinde Wien, 1965 Großkreuz des Ordens Alfons X. des Weissen.

**Sporkhorst, Eduard (1879–1951)**

- 573 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Landesarchiv Berlin, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden, Internationales Forschungs- und Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozesse der Philipps-Universität Marburg.
- 574 Vgl. Sporkhorsts Personalbogen, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 2246.
- 575 Vgl. die Mitgliedskarte, in: BArch, R 9361-IX Kartei/42170729.
- 576 Vgl. Schreiben Dr. Mirow an Personalamt vom 17. Mai 1934, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 2246, Blatt 118 f., und Stellungnahme, ebd., Blatt 121 f. Vgl. auch Schreiben NSDAP-Kreisleitung Wiesbaden an Personalamt, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 2246, Blatt 120.
- 577 Vgl. Schreiben Sporkhorst an den Oberbürgermeister vom 6. Juli 1945, in: ebd., Nr. 2247, ohne Blattnummer.
- 578 Vgl. Vollmacht Oberbürgermeister Mix vom 4. September 1939, in: StadtA WI, WI/2, Nr. 3705.
- 579 Vgl. Schreiben Müller an Oberbürgermeister vom 28. Juni 1945, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 2246, Blatt 211.
- 580 Weitere Angeklagte waren Karl Hölzel, Karl Mann und Franz Fuchs. Vgl. BArch, NJ/5693, Blatt 8.
- 581 Ebd., Blatt 26 ff.
- 582 Vgl. Aussagen von Franz Fuchs, Karl Hölzel und Luise Schwarz, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 2244, ohne Blattnummer.
- 583 Vgl. Schreiben Sporkhorst an den Oberbürgermeister vom 6. Juli 1945, in: ebd., Nr. 2247, ohne Blattnummer.
- 584 Vgl. Schreiben Sporkhorst an den Oberbürgermeister vom 6. Juli 1945, in: ebd.
- 585 Vgl. Aussagen von Franz Fuchs, Karl Hölzel und Luise Schwarz, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 2244, ohne Blattnummer.

- 586 Vgl. Niederschrift über die Besprechung mit dem M.G.O. am Montagvormittag 19. November 1945, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 2246, Blatt 218.
- 587 Vgl. Schreiben Krücke an M.G.O. Wiesbaden vom 28. November 1945, in: ebd., Blatt 228; Regierungspräsident an Sporkhorst (Februar 1946), in: ebd., Blatt 239.
- 588 Vgl. das Urteil der Spruchkammer, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 55548, Blatt 50.

**Wittgen, Wilhelm (1868–1943)**

- 589 Für dieses Gutachten wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 590 Vgl. Wittgens Lebenslauf, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 2515, Blatt 10.
- 591 Vgl. ebd., Blatt 26.
- 592 Vgl. beispielsweise Wilhelm Wittgen: Im Lande meiner Sehnsucht. Erlebnisse aus Aegypten und Palästina. Mit Aufnahmen der Hamburg-Südamerika-Schiffahrtsgesellschaft, Wuppertal 1932, S. 47 f.
- 593 Vgl. Eintrag Wilhelm Wittgen, in: Otto Renkhoff: Nassauische Biographie. Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten, 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 1992, S. 883.
- 594 Vgl. Fragebogen zur Bearbeitung des Aufnahmeantrages für die Reichsschrifttumskammer vom 14. August 1933, in: BArch, R 9361-V/40513.
- 595 Nassauischer Allgemeiner Landeskalendar, Jahrgang 1938.
- 596 Vgl. „Carl Frenger 85 Jahre“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 7. Mai 1956.
- 597 Vgl. Heinrich Würges: Wilhelm Wittgen. Ein nassauischer Heimatdichter, Wiesbaden 1925, S. 12.

**Zuse, Konrad (1910–1995)**

- 598 Grundlage für diese biografische Skizze bildet der Sammelband von Wilhelm Füßl. Vgl. Wilhelm Füßl (Hrsg.): 100 Jahre Konrad Zuse. Einblicke in den Nachlass, München 2010.
- 599 Vgl. hierzu Harald Bodenschatz u. a.: Der erste Flugplatz in Schönefeld. Im Dienst des nationalsozialistischen Krieges, Berlin 2022.
- 600 Hartmut Petzold: Konrad Zuse – ein Computerpionier, in: Füßl, 100 Jahre Konrad Zuse, S. 12–21.
- 601 „Der erste Computer der Welt: Konrad Zuse im faustischen Pakt mit dem Nazi-Teufel“, in: Berliner Zeitung vom 17. April 2023.
- 602 Petzold, Konrad Zuse – ein Computerpionier, S. 17.
- 603 Vgl. ebd., S. 18.
- 604 Ebd.
- 605 Vgl. ebd.
- 606 „Der erste Computer der Welt: Konrad Zuse im faustischen Pakt mit dem Nazi-Teufel“, in: Berliner Zeitung vom 17. April 2023.
- 607 Petzold, Konrad Zuse – ein Computerpionier, S. 18.
- 608 Ebd.
- 609 Konrad Zuse: Verwandtschaftslehre, Notiz vom 4. Januar 1942, in: Archiv des Deutschen Museums, NL 207/VORL. Nr. 015,21. Die Quelle und die Transkription sind abgedruckt in: Wilhelm Füßl: Katalogteil, in: ders. (Hrsg.): 100 Jahre Konrad Zuse. Einblicke in den Nachlass, München 2010, S. 109.
- 610 Ebd., S. 113.
- 611 Vgl. Petzold, Konrad Zuse – ein Computerpionier, S. 21.

**4****Weitere untersuchte Biografien****Albert, Karl (1893–1969)**

- 612 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 613 Vgl. Alberts Meldebogen vom 24. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/FFM-MT, Nr. 4700.

**Bausch, Wilhelm (1879–1960)**

- 614 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 615 Vgl. die Informationen des Vereins Mattiaca: Gesellschaft zur Pflege der Stadtgeschichte Wiesbadens e. V. Abrufbar unter: <http://www.mattiaca-wiesbaden.de/html/projekte-schutzhuetten-wilhelm-bausch-huette.html> (24. August 2023).

**Böhm, Karl (1878–1963)**

- 616 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 617 Vgl. Artikel Böhm, Karl, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 97.

**Drebert, Karl (1896–1972)**

- 618 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.

- 619 Vgl. Personalbogen Drebert von 1946, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 5922, ohne Blattnummer.
- 620 Vgl. Schreiben der Verbände und Organisationen an den Magistrat der Stadt Wiesbaden vom 3. August 1932, in: ebd., Blatt 29. Das Schreiben war auch an die preußische Regierung und den preußischen Kultusminister gerichtet.
- 621 Ebd.
- 622 Ebd.
- 623 Der Artikel ist in: ebd., Blatt 25, überliefert.
- 624 „Einführung des neuen Rektors an der Schule in Erbenheim“, in: Volksstimme vom 18. August 1932. Überliefert in: ebd., Blatt 31.
- 625 Vgl. Schreiben Walter Zschintzsch an Drebert vom 19. Juli 1933 (Abschrift), in: ebd., Blatt 34.
- 626 Vgl. Personalbogen von 1947, in: Ebd., ohne Blattnummer, und Meldebogen vom 17. Mai 1947, in: ebd., ohne Blattnummer.
- 627 Vgl. Schreiben Stadtschulrat Wiesbaden an Drebert vom 4. Juni 1945, in: ebd., Blatt 102.
- 628 Vgl. Schreiben des öffentlichen Klägers an Drebert vom 25. April 1947 (Abschrift), in: ebd., ohne Blattnummer.
- 629 Vgl. „Um das Schulwesen verdient Stadtrat a.D. Karl Drebert. Oberbürgermeister überreicht goldene Plakette der Stadt“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 18. November 1966.

### **Frenger, Karl (1871–1961)**

- 630 Bei der Benennung der Verkehrsfläche wurde die alte Schreibweise des Vornamens verwendet.
- 631 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 632 Die Angaben stammen aus der Personalakte Frengers. Vgl. StadtA WI, WI/P, Nr. 4125.

633 Vgl. „Carl Frenger 85 Jahre“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 7. Mai 1956.

634 Es ist im Hessischen Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, eine Karteikarte überliefert, die Frenger als unbelastet einstuft.

### **Gärtner, Karl (1913–1944)**

- 635 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bundesarchiv Freiburg, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden. Zudem stellte der Heimatverein Delkenheim Unterlagen zur Verfügung.
- 636 Die folgende Rekonstruktion seiner Militärdienstzeit folgt den Daten in: BArch, B 5631 Kartei/G-1336/285, sowie den Auskünften des Bundesarchivs aus dem Erkennungsmarkenverzeichnis vom 12. April 2023.
- 637 Vgl. Schreiben des Landrates des Main-Taunus-Kreises an den Regierungspräsidenten Wiesbaden vom 19. Juli 1963, in: StadtA WI, WI/3, Nr. 4881.
- 638 Brief Gärtner an seine Familie vom 11. August 1944 (im Besitz des Delkenheimer Heimatvereins).
- 639 Vgl. Andreas Kunz: Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944 bis 1945, 2. Auflage, München 2007, S. 105–115.

### **Genzmer, Hertha (1896–1971)**

- 640 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 641 Vgl. Fragebogen Genzmer vom 9. September 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 3372, Blatt 26.

- 642 Schreiben Genzmer an das Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung vom 9. September 1946, in: ebd., Blatt 3.
- 643 Zu Mayer vgl. Rolf Faber/Karin Rönsch: Wiesbadens jüdische Juristen. Leben und Schicksal von 65 jüdischen Rechtsanwältinnen, Notaren, Richtern, Referendaren, Beamten und Angestellten, Wiesbaden 2011, S. 152–155.
- 644 Vgl. ebd., S. 154.
- 645 Vgl. die Karteikarte von Alfred Mayer, in: StadtA WI, NL 210, Nr. 1.
- 646 Vgl. Schreiben Genzmer an das Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung vom 9. September 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 3372, Blatt 3.
- 647 Vgl. beispielsweise ebd., Blatt 16 f.
- 648 Vgl. ebd., Blatt 20.
- 649 Vgl. Artikel Genzmer, Hertha, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 289 f.

#### Giesecking, Walter (1895–1956)

- 650 Biografische Daten sind aus der Deutschen Biographie entnommen worden. Vgl. Waeltnr, Ernst: „Giesecking, Walter“, in: Neue Deutsche Biographie 6 (1964), S. 384–385 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118694820.html#ndbcontent> (24. August 2023).
- 651 Vgl. Prieberg, Handbuch Deutsche Musiker 1933–1945, S. 2078.
- 652 Vgl. ebd.
- 653 Aus der Literatur ist nicht ersichtlich, wann er diese Auszeichnung erhalten hat.
- 654 Rainer Peters: Walter Giesecking: Die Paradoxie des Vollkommenen, Hofheim 2021, S. 42. Die Liste kann in BArch, R 55/20252a, eingesehen werden.
- 655 Vgl. Peters, Walter Giesecking, S. 45; Ricarda Braumandl: Karl Leimer und Walter Giesecking als Klavierpädagogen, Frankfurt am Main 2006, S. 41, 50.
- 656 Vgl. Peters, Walter Giesecking, S. 53–57.

#### Gitter, Hermann (1900–1960)

- 657 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, The U. S. National Archives and Records Administration, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden, Archiv der Commerzbank,
- 658 Vgl. Aktennotiz: Betr. F. Franke, Haus- und Küchengeräte, Wiesbaden, in: Historisches Archiv der Commerzbank (künftig: HAC), 500, 464-1999.
- 659 Vgl. The U. S. National Archives and Records Administration, Record Group 260, NAID 77311624, File 303564908 und 303564819.
- 660 Vgl. Lebenslauf von Hermann Gitter, in: HAC, 500, 121003 Hermann Gitter.

#### Göbel, Ernst (1897–1962)

- 661 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 662 Er gibt an, vom 21. März bis 30. April 1933 und vom 1. bis 15. August 1933 inhaftiert gewesen zu sein. Diese Schilderungen werden auch von Heinrich Lotz, einem Parteigenossen Göbels, bestätigt. Vgl. Schriftliche Bestätigung von Heinrich Lotz, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 43165, Blatt 10. Das Schreiben ist gezeichnet mit „Lotz“ und beglaubigt von der Gemeinde Grebenroth am 16. November 1945.
- 663 Vgl. Meldebogen Göbels vom 26. April 1946, in: HHStAW, 520/38, Nr. 43165, ohne Blattnummer.
- 664 Schreiben des Regierungspräsidenten (Briefkopf: „Der Regierungspräsident“) an Göbel vom 1. August 1933 (Abschrift), in: ebd., Blatt 1. Das Schreiben wurde in Vertretung gezeichnet von „Dr. Minser“.

- 665 Schreiben Pfarrer Philippi und Kirchenvorstand Niedermeilingen an den Landrat Untertaunus vom 15. Oktober 1945, in: ebd., Blatt 2.
- 666 Vgl. NSDAP-Gaukarte, in: BArch R 9361-IX Kartei/11211380.
- 667 Vgl. Meldebogen Göbels vom 26. April 1946, in: HHStAW, 520/38, Nr. 43165, ohne Blattnummer.
- 668 Vgl. ebd. (Rückseite). Vgl. auch In der Sache Ernst Göbel, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 43165, ohne Blattnummer.
- 669 Vgl. Abschrift vom 10. Mai 1945, in: ebd., Blatt 16.
- 670 Ebd. Die Erklärung Göbels ist unter der Bestätigung von Klärner eingefügt worden.
- 671 Vgl. Einspruch gegen meine Entlassung aus dem Lehrerberuf vom 5. November 1945, in: ebd., Blatt 5.
- 672 Vgl. In der Sache Ernst Göbel, in: ebd., ohne Blattnummer.

### Goftermann, Fritz (1868–1953)

- 673 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden. Außerdem wurde der seiner Dissertation beiliegende Lebenslauf herangezogen (siehe: Goftermann, Fritz: Nephrotomie Und Nephrektomie. Kiel 1894. [https://dibiki.ub.uni-kiel.de/viewer/image/PPN820546151/3/LOG\\_0002/<09.01.2024>](https://dibiki.ub.uni-kiel.de/viewer/image/PPN820546151/3/LOG_0002/<09.01.2024>)).
- 674 Vgl. Auszug aus dem Sterberegister 12/1953 in: HStAMR Best. 919 Nr. 3755 Standesamt Niedernhausen (Taunus).
- 675 Vgl. Chronik der Universität Kiel für das Jahr 1894/95, Kiel 1895, S. 12.

### Hallstein, Walter (1901–1982)

- 676 Diese biografische Skizze basiert auf einem Artikel von Philip Rosin. Vgl. Philip Rosin: Walter Hallstein. Abrufbar unter: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/walter-hallstein-v1#professor> (18. August 2023).
- 677 Vgl. ebd.
- 678 Ebd.
- 679 Ebd.
- 680 Ebd.
- 681 Ebd.
- 682 Ebd.
- 683 Vgl. ebd.
- 684 Vgl. ebd.
- 685 Weitere Auszeichnungen waren u. a.: 1953: Großkreuz des Verdienstordens der Italienischen Republik, 1955: Großes Goldenes Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich, 1955: Großkreuz des Falkenordens, 1957: Orden der Republik Kuba, 1962: Mitglied der American Academy of Arts and Sciences, 1964: Ehrenmitgliedschaft der Amerikanischen Gesellschaft für internationales Recht, 1965: Bayerischer Verdienstorden, 1969: Robert-Schuman-Preis.

### Henius, Carla (1919–2002)

- 686 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden, Archiv der Akademie der Künste Berlin.
- 687 Vgl. zu Tietjen: Hannes Heer/Boris von Haken: Der Überläufer Heinz Tietjen. Der Generalintendant der Preußischen Staatstheater im Dritten Reich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 58 (2010), 1, S. 28–53.
- 688 Diese Angaben wurden von Heribert Henrich vom Archiv der Akademie der Künste per Mail mitgeteilt. Vgl. Mail vom 27. Juni 2023.

- 689 Vgl. Matthias Pasdzierny u. a. (Hrsg.): „Es ist gut, dass man überall Freunde hat“, München 2017, S. 43.
- 690 Ebd.
- 691 Ebd., S. 44.
- 692 Artikel Henius, Carla, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 359.
- 693 Vgl. ebd.
- 694 Vgl. ebd.

#### Hoffmann, Curt (1862–1947)

- 695 Diese biografische Skizze basiert auf einem Gutachten von Privatdozentin Dr. Stephanie Zibell, welches im Auftrag des Stadtarchivs Wiesbaden im Jahr 2013 erstellt wurde. Das Gutachten ist im Stadtarchiv Wiesbaden einsehbar.
- 696 Vgl. Geschichte des Verschönerungsvereins Wiesbaden, II. Teil (1913–1931), bearbeitet von Dr. August Höfer, Wiesbaden 1931.

#### Hußler, Friedrich (1915–2000)

- 697 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Landeshauptarchiv Koblenz, Stadtarchiv Wiesbaden, Bistumsarchiv Mainz.
- 698 Eine Einsichtnahme in die Personalakte Hußlers wurde aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken durch das Bistum Mainz abgelehnt. Vgl. E-Mail des Leiters der Personalabteilung, Hendrik Weinl, vom 1. März 2023.
- 699 Vgl. den Fragebogen in Hußlers Spruchkammerakte vom 26. April 1946, in: Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 856, Nr. 032382.
- 700 Vgl. ebd.
- 701 Die Angabe stammt aus dem Zeitungsartikel „Fritz Hussler“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 12. April 1978. In welcher Organisation Hußler Jugendgruppenführer war, konnte nicht ermittelt werden. Er war allerdings stark im Turnsport engagiert. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass es sich hier um ein Sportamt gehandelt hat.

- 702 Vgl. hierzu „Bürgermedaille – eine Medaille ohne Kehrseite. Fritz Hussler“, in: Wiesbadener Kurier vom 13. Januar 1978; „Menschen unserer Stadt. Fritz Hussler – Bildhauer aus Passion“, in: Wiesbadener Kurier vom 8. Januar 1980; „Menschen unserer Stadt. Fritz Hußler – Künstler und Vorbild für Vereine“, in: Wiesbadener Kurier vom 8. Januar 1985.

#### Jansen, Hermann (1869–1945)

- 703 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Landesarchiv Berlin.
- 704 Hans Reuther: „Jansen, Hermann“, in: Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 340–341 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd117082066.html#ndbcontent> (24. August 2023).
- 705 Jansen war außerdem Mitglied folgender Gesellschaften und Verbände: Akademie des Bauwesens, Architekten- und Ingenieurs-Verein, Internationaler Verband des Wohnungswesens und Städtebaus, Deutsche Gesandtschaft für Wohnungswesen, Deutscher Kunstverein, Gesandtschaft der Freunde antiker Kunst, Gesandtschaft der Berliner Freunde der deutschen Akademie.
- 706 Vgl. Fragebogen für die Aufnahme in die Reichskammer der bildenden Künste vom 14. Juli 1947, in: Landesarchiv Berlin, A Rep. 243-04, Nr. 3877.
- 707 Vgl. Schreiben Betreff: Planung Gatow-Kladow und Selchow-Rotberg vom 5. April 1943, in: BArch, R 4606/457-51, Blatt 136.

#### Juppe, Wilhelm (1904–1978)

- 708 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 709 Vgl. Spruchkammerakte von Willi Juppe, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 31533, Blatt 164.

- 710 Vgl. Meldebogen vom 23. April 1946 und Arbeitsblatt vom 16. März 1948, in: ebd., Blatt 163 f.
- 711 Meldebogen vom 23. April 1946, in: ebd., Blatt 163.
- 712 Vgl. Arbeitsblatt, in: ebd., Blatt 164.

### **Krag, Emil Adolf (1889–1966)**

- 713 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 714 Vgl. „Heimattforscher Emil Krag“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 26. Juli 1960; „Herzliche Glückwünsche für Emil Krag“, in: Wiesbadener Kurier vom 6. Oktober 1959; „40 Jahre lang Schicksalsbote“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 11./12. September 1954; „Post ehrt Emil Krag“, in: Wiesbadener Kurier vom 13. September 1954; Otto Renkhoff, Nassauische Biographie, S. 422.
- 715 Vgl. Emil Adolf Krag: Chronik des Turnvereins 1846 Erbenheim, Wiesbaden 1951; ders.: Die Erbenheimer Häuser und ihre Besitzer: zusammengestellt in den Jahren 1946 bis 1951, Wiesbaden 1951; ders.: Erbenheim, du liebe Heimat: Die Geschichte unseres Heimatdorfes; Zsgest. in d. Jahren 1952 bis 1954.
- 716 Vgl. Günter Christmann: „Emil-Krag-Straße“, in: Erbenheimer Anzeiger vom 23. Mai 2014.

### **Krehl, Ludolf von (1861–1937)**

- 717 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Gesellschaft für Innere Medizin.
- 718 Vgl. Ludolf Krehl: Grundriß der allgemeinen klinischen Pathologie, Leipzig 1893.
- 719 Vgl. ders.: Pathologische Physiologie. Ein Lehrbuch für Studierende und Ärzte, 2. Auflage, Leipzig 1898.

- 720 Vgl. Helmut Wyklicky: „Krehl, Ludolf von“, in: Neue Deutsche Biographie 12 (1980), S. 733–734 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118715860.html#ndbcontent> (24. August 2023).

721 Vgl. Artikel Krehl, Ludolf von, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 525.

722 Vgl. ebd., S. 93.

723 Vgl. Werner E. Gerabek: „Sachs, Hans“, in: Neue Deutsche Biographie 22 (2005), S. 332 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd117631515.html#ndbcontent> (24. August 2023).

724 Bericht des Vorsitzenden Alfred Schittenhelm „über das verflossene Geschäftsjahr“ am 17. April 1933 (Protokoll in indirekter Rede), abgedruckt in: Forsbach/Hofer, Internisten in Diktatur und junger Demokratie, S. 45. Eine Recherche in den Protokollbüchern der Gesellschaft für Innere Medizin ergab keine weiteren Äußerungen des Mediziners in Bezug auf das NS-Regime. Eine stichprobenartige Sichtung der Veröffentlichungen des Mediziners ergab ebenfalls keine Hinweise auf eine ideologische Nähe zum bzw. Unterstützung für das NS-Regime.

725 Vgl. Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, S. 338.

### **Kunz, Aloys (1869–1940)**

726 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.

727 Vgl. Aufstellung der Heilpraktiker in Wiesbaden. In: StadtA WI, WI/2, Nr. 3941.

728 Vgl. StadtA WI, STVV, Nr. 146.

**Kunze, Siegfried (1924–1992)**

- 729 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden, Geschichtsverein Medenbach.

**Laut, August (1885–1963)**

- 730 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 731 Vgl. Aufsatz „Der Sozialdemokrat Martin Hörner über das CDU-Mitglied August Laut. Oder: Als der Demokratie-Konsens wichtiger war als Parteiengezänk“, in: StadtA WI, NL 34 Ernst Jungmann, Nr. 107, S. 66 ff.
- 732 Vgl. Meldebogen August Lauts vom 22. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/WI, Nr. NB (A–Z) Laut, August, R. 4920, K. 892.
- 733 Vgl. „„Redd’ nit sovill – schafft was‘. Stadtverordneter August Laut wird morgen 75 Jahre“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 29. Januar 1960; „Stadtverordneter August Laut †“, in: Wiesbadener Kurier vom 25. November 1963.
- 734 Vgl. Aufsatz „Der Sozialdemokrat Martin Hörner über das CDU-Mitglied August Laut. Oder: Als der Demokratie-Konsens wichtiger war als Parteiengezänk“, in: StadtA WI, NL 34 Ernst Jungmann, Nr. 107, S. 66 ff.

**Lenges, Friedrich (1887–1952)**

- 735 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.

**Leutelt, Gustav (1860–1947)**

- 736 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden, Gustav-Leutelt-Gesellschaft, Sudetendeutsches Archiv. Biografische Studien zu Leutelt liegen nur vereinzelt vor. Insbesondere die von Wilhelm Pleyer 1957 veröffentlichte Publikation über den Dichter und Schriftsteller kann aufgrund der Vergangenheit Pleyers als deutsch-nationaler und völkischer Journalist nur eingeschränkt als Grundlage für die vorliegende biografische Skizze genutzt werden. Vgl. Wilhelm Pleyer: Gustav Leutelt. Der Dichter des Isergebirges, Schwäbisch Gmünd 1957.
- 737 Vgl. Valerie Hanus: „Leutelt, Gustav“, in: Neue Deutsche Biographie 14 (1985), S. 381–382 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd119418673.html#ndbcontent> (24. August 2023).
- 738 Ebd.
- 739 Vgl. Der Deutsche Erzieher. Reichszeitung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes 12 (1940), S. 367.

**Lonquich, Kurt (1914–1991)**

- 740 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 741 Vgl. „Glückwünsche für Kurt Lonquich“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 6. April 1974.
- 742 Vgl. ebd.
- 743 Die „Warnkarte“ ist im Lesesaal des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde digital eingesehen worden.
- 744 Vgl. Meldebogen von Kurt Lonquich vom 26. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 35190.

- 745 Vgl. Schreiben Adolf Levi an das Finanzamt Mannheim vom 10. März 1938, in: HHStAW, Best. 685, Nr. 451, ohne Blattnummer.
- 746 Vgl. Schreiben der Rechtsanwälte Lührssen und Löning an das Finanzamt Mannheim vom 27. Dezember 1938, in: ebd., Blatt 11.
- 747 Lonquich gibt in seinem Meldebogen an, dass er 1937 seinen Wohnsitz in Rheinbach bei Bonn hatte. Im Wiesbadener Stadtlexikon und in der Presse ist hingegen vermerkt, dass er bereits 1937 nach Wiesbaden zog. Vgl. Artikel Lonquich, Kurt, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 585. Vgl. „Ein Repräsentant mit Reputation. Kurt Lonquich, Wiesbadens erster Bürger, wird am Sonntag 70“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 7./8. April 1984.
- 748 Vgl. Karte zum Kurz-, Weiß- und Wollw. Händler Lonquich, Quirin, in: Gewerbekartei für Wiesbaden ab 1945, StadtA WI.
- 749 Vgl. Artikel Lonquich, Kurt in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 585. Vgl. „Ein Repräsentant mit Reputation. Kurt Lonquich, Wiesbadens erster Bürger, wird am Sonntag 70“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 7./8. April 1984.

#### Naab, Jakob Paul (1872–1954)

- 750 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Staatsarchiv Ludwigsburg, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 751 Vgl. Anlage zum Fragebogen Dr. med. Naab, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 1417, Blatt 3. Naab wurde im Ersten Weltkrieg mehrfach ausgezeichnet. Er erhielt folgende Auszeichnungen: 1913 die Landeswehrdienstauszeichnung II. Klasse, 1914 das Eiserne Kreuz II. Klasse, 1915 die Hessische Tapferkeitsmedaille und 1917 das Eiserne Kreuz I. Klasse.
- 752 Vgl. ebd.
- 753 Rechercheergebnis des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes. Per Mail erhalten am 3. Februar 2023.

- 754 Vgl. Anlage zum Fragebogen Dr. med. Naab, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 1417, Blatt 3.
- 755 Vgl. HHStAW, Best. 482, Nr. 10139, Blatt 2457.
- 756 Vgl. Meldebogen des Spruchkammerverfahrens, in: StAL, EI 901, 20 Bü 675.

#### Österreicher, Anton (1912–1992)

- 757 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bundesarchiv Freiburg, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Staatsarchiv Ludwigsburg, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 758 Vgl. Spruchkammerakte, in: StAL, EL 902, 19 Bü 4164.
- 759 Vgl. Richard J. Evans: Das Dritte Reich, Bd. 2: Diktatur, Frankfurt am Main 2007, S. 805 ff.; David Faber: Munich, 1938. Ap-peacement and World War II, New York 2010.
- 760 Vgl. NSDAP-Mitgliedskarte, in: BArch, R 9361-IX Kartei/31120218.
- 761 Vgl. Spruchkammerakte, in: StAL, EL 902, 19 Bü 4164. Militärpersonalakten liegen im Bundesarchiv Freiburg nicht vor.
- 762 Vgl. ebd.
- 763 Ebd.
- 764 Vgl. ebd.
- 765 Dies wird in seiner städtischen Personalakte erwähnt. Vgl. StadtA WI, WI/P, Nr. 6681.
- 766 Vgl. Heimat- und Geschichtsverein Medenbach 1993 e. V./Günter Fr. Chr. Sommer: Medenbacher Tagebuch. 900 Jahre Geschichte der Menschen, der Landschaft und des Dorfes Medenbach (Landeshauptstadt Wiesbaden), Wiesbaden 2006, S. 131, 134, 135.
- 767 Vgl. Personalakte, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 6681.

**Römer, Hans (1918–2005)**

- 768 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bundesarchiv Freiburg, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden. Eine Überprüfung des Bundesarchivs Berlin ergab, dass Hans Römer nicht der NSDAP angehörte. Weitere Mitgliedschaften konnten ebenfalls anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden. Anfragen in den Bundesarchiven Berlin und Freiburg zum Militärdienst verliefen ohne Ergebnis.
- 769 Eine Anfrage bezüglich möglicher Personalunterlagen bei der ESWE verlief negativ. Lebenslauf in Antrag auf Kriegsentschädigung enthalten. Vgl. StadtA WI, LAA, Nr. 13184.
- 770 Vgl. ebd.
- 771 Vgl. Artikel Römer, Hans, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 759.

**Ruf, August (1869–1958)**

- 772 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 773 Die Chronik ist als Digitalisat im Bestand der Bibliothek des Stadtarchivs Wiesbaden unter der Signatur DT 70 einsehbar.

**Rüth, Georg (1880–1945)**

- 774 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Sächsisches Staatsarchiv, Abt. 2. Hauptstaatsarchiv Dresden, Stadtarchiv Wiesbaden, Archiv der TU Dresden. Durch die Bombenangriffe der Alliierten wurden nicht nur Rüths Unterlagen zerstört, sondern auch die Personalunterlagen der TU Dresden und weitere Quellen, die ein noch klareres Bild von der Person Rüth hätten zeigen können.

- 775 Vgl. Zusammengestellter Lebenslauf von Heinz Rüth (Sohn von Georg Rüth) in den Unterlagen der Firma Dyckerhoff, in: StadtA WI, WA 5, Nr. 4804.
- 776 Vgl. hierzu Klaus Pieper: Georg Rüth (1880–1945). Wegbereiter denkmalgerechter Ingenieursmaßnahmen, in: Erhalten historisch bedeutsamer Bauwerke. Jahrbuch des Sonderforschungsbereichs 315 der Universität Karlsruhe 1986, Berlin 1987.
- 777 Vgl. ebd., S. 12. Vgl. auch Rüths maßgeblichen Aufsatz zum Thema Luftschutz. Georg Rüth: Bauliche Massnahmen des Luftschutzes, in: Deutsche Bauzeitung, 44 (1934), S. 859–866.
- 778 Täter\*innenspuren – Dresden: Bauen für den Krieg: Das Goehlewerk zwischen Industriearchitektur und Heimatschutz. Ab-rufbar unter: <https://www.gedenkplaetze.info/taeter-innenspuren/bauen-fuer-den-krieg-das-goehlewerk-zwischen-industrie-architektur-und-heimatschutz> (24. August 2023). Im Sächsischen Staatsarchiv befindet sich unter der Signatur 1125, Nr. 15747, eine Akte über das Luftschutzseminar, welche aber nur Unterlagen aus den Jahren 1932 bis 1934 enthält und somit nicht die Seminarleitung Rüths dokumentiert.
- 779 Ebd.
- 780 Vgl. Neubau Gauhaus Sachsen in Dresden. Prüfbericht für statisch-konstruktive Ausbildung, in: BArch, R 9361/VI2542.
- 781 Vgl. Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat. Überreicht vom Nat.-soz. Lehrerbund Deutschland, Gau Sachsen, o. J. [1933].

**Salizé, Georg (1874–1959)**

- 782 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.

783 Vgl. seinen Meldebogen zum Spruchkammerverfahren vom 23. April 1946, in: HHStAW, Best. 520 WI, Nr. NB (A–Z) Salizé, Georg.

### Schick, Peter (1900–1996)

784 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden, Archiv des Turnerbundes Wiesbaden.

785 Vgl. Artikel Schick, Peter, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 786 f., hier: S. 786.

786 Vgl. ebd.

787 Vgl. die Mitgliedskarte, in: BArch, R 9361-IX Kartei/37270490.

788 Vgl. die Angaben in Schicks Meldebogen zum Spruchkammerverfahren vom 20. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 1724, Blatt 1.

789 Vgl. ebd., Blatt 17.

790 Vgl. ebd., Blatt 3.

791 Vgl. das Fotoalbum, in: StadtA WI, NL 154, Nr. 80. Dieser Punkt wird auch in einer Erklärung von Mitgliedern des Turnerbundes Wiesbaden betont. Vgl. HHStAW, Best. 520/38, Nr. 1724, Blatt 5. Eine Einsichtnahme der Vereinsunterlagen des Turnerbundes Wiesbaden blieb ohne weitere Ergebnisse.

792 Vgl. Schreiben des Oberbürgermeisters an die Spruchkammer Wiesbaden vom 30. Juli 1946, in: ebd., Blatt 13.

793 Erklärung von Margot Rubinstein, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 1724, Blatt 7.

794 Vgl. Spruch der Spruchkammer Wiesbaden vom 31. Oktober 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 1724, Blatt 44.

795 Vgl. Artikel Schick, Peter, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 786.

### Schliffer, Wilhelm (1896–1972)

796 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden. Eine Überprüfung im Bundesarchiv Berlin und im Hessischen Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, in Bezug auf mögliche Mitgliedschaften Schliffers in NS-Organisationen blieb ohne Ergebnisse. Auch Spruchkammerakten konnten nicht ermittelt werden.

797 „Mit der Geschichte Naurods eng verbunden“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 8. März 1997.

798 Vgl. hierzu beispielsweise seinen Aufsatz „Sterbende Heimat“, in: Alt-Nassau, 9 (1937).

799 „Mit der Geschichte Naurods eng verbunden“, in: Wiesbadener Tagblatt vom 8. März 1997.

### Schön, Helmut (1915–1996)

800 Die Grundlage für die folgende biografische Skizze bildet eine Studie von Bernd-M. Beyer. Bernd-M. Beyer: Helmut Schön. Eine Biographie, Göttingen 2017.

801 Vgl. ebd., S. 21.

802 Zitiert nach ebd., S. 64.

803 Ebd.

804 Ebd.

805 Vgl. ebd., S. 65.

806 Ebd.

807 Vgl. ebd., S. 66.

808 Vgl. ebd., S. 82 f.

809 Erinnerungen von Helmut Schön, zitiert nach ebd., S. 84.

810 Ebd.

### Schott, Lorenz (1915–1970)

811 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Mainz, Bistumsarchiv Mainz.

- 812 Vgl. Schreiben Schott wahrscheinlich an die Spruchkammer Wiesbaden (ohne Datum), in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 4512, Blatt 3; laut einem Schreiben der Stadt Wiesbaden war Schott Mitglied des Jugendstahlhelms. Vgl. auch Schreiben Stadt Wiesbaden an die Militärregierung vom 14. Februar 1946, in: ebd., Blatt 10. Vgl. auch die Abschrift mit dem Titel „Die Strafsache gegen Lorenz Philipp Schott in Mainz-Kastel“, in: ebd., Blatt 40.
- 813 Vgl. ebd., Blatt 31.
- 814 Vgl. ebd., Blatt 14, 17, 20, 23, 28.
- 815 Vgl. Schreiben Schott wahrscheinlich an die Spruchkammer Wiesbaden (ohne Datum), in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 4512, Blatt 3. Vgl. auch eine Abschrift der Kündigung durch den Amtsgerichtsdirektor Mainz vom 10. Februar 1937 (1937 ist höchstwahrscheinlich ein Tippfehler), in: ebd., Blatt 25.
- 816 Vgl. Schreiben Schott an die Militärregierung Wiesbaden vom 16. November 1945, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 4512, Blatt 6.
- 817 Empfehlung des Mainzer Bischofs Stohr (Abschrift), in: ebd., Blatt 34.
- 818 Vgl. „L. Schott. Kastel verliert rührigen Bürger“, in: Wiesbadener Kurier vom 3. August 1970.

### **Schumann, Alfred (1898–1960)**

- 819 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 820 Weitere Mitgliedschaften konnten anhand der verfügbaren Quellen nicht belegt werden. Vgl. Meldebogen vom 23. April 1946, in: HHStAW, 520/38, Alfred Schumann, K958, R4920.
- 821 Vgl. „Alfred Schumann“, in: Wiesbadener Kurier vom 26./27. Mai 1960.

### **Schott, Lorenz (1915–1970)**

- 822 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 823 Die Wäscherei existiert bis heute und nennt sich nunmehr Wäscherei Sulzbach – Der Waschbär. Vgl. <https://www.waescherei-wiesbaden.de/historie> (15. September 2023).
- 824 Vgl. Meldebogen vom 22. April 1946, in: HHStAW, Best. 520/38, Nr. 5815.
- 825 Vgl. IG Bierstädter Ortsvereine, Festschrift 1075-Jahr-Feier Bierstadts im Jahre 2002, Wiesbaden 2002, S. 45.

### **Synek, Liane (1922–1982)**

- 826 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 827 Vgl. Artikel Synek, Liane, in: Wiesbaden. Das Stadtlexikon, S. 889.

### **Ullmann, Friedrich (1901–1961)**

- 828 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden.
- 829 Kurzer Lebenslauf von Friedrich Ullmann, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 5633, Blatt 3.
- 830 Lebenslauf von Friedrich Ullmann, in: ebd., Blatt 4.
- 831 Vgl. ebd.
- 832 Zur Lage „jüdischer Mischlinge“ vgl. Meyer, „Jüdische Mischlinge“.
- 833 Vgl. ebd., Blatt 5.
- 834 Vgl. ebd.
- 835 Vgl. Entlassungsschreiben des Reichsstaltalters in Hessen vom 14. November 1940 (Abschrift), in: ebd., Blatt 12.

- 836 Vgl. Die NSDAP-Mitgliedskarte, die im Lesesaal des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde digital eingesehen wurde.
- 837 Vgl. Lebenslauf von Friedrich Ullmann, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 5633, Blatt 6.
- 838 Vgl. ebd.
- 839 Ebd.
- 840 Spruchkammerbescheid von Friedrich Ullmann, in: ebd., Blatt 14.
- 841 Vgl. Schreiben des Regierungspräsidenten Wiesbaden an Ullmann vom 6. November 1951, in: ebd., Blatt 24.
- 842 Vgl. Schreiben des Regierungspräsidenten Wiesbaden an Ullmann vom 20. Oktober 1952, in: ebd., Blatt 47.
- 843 Vgl. Schreiben Stadtschulamt Frankfurt am Main an Ullmann vom 3. Mai 1956, in: ebd., Blatt 85.
- 844 Vgl. Schreiben des Regierungspräsidenten Wiesbaden an Ullmann vom 26. April 1957, in: ebd., Blatt 95.
- 845 Vgl. Schreiben des Regierungspräsidenten Wiesbaden an Ullmann vom 31. März 1959, in: ebd., Blatt 104.

### Wittgen, Philipp (1864–1942)

- 846 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden. Mitgliedschaften in NS-Organisationen konnten bei Philipp Wittgen nicht festgestellt werden.
- 847 Vgl. die Lebensdaten, in: StadtA WI, WI/P, Nr. 2514.

### Zeeh, Anton (1900–1971)

- 848 Für diese biografische Skizze wurden Quellen in folgenden Archiven eingesehen oder angefragt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Hessisches Landesarchiv, Abt. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Wiesbaden, Stadtarchiv Mainz.
- 849 Bericht betreffend den Verwaltungsinspektor Dr. Anton Zeeh, in: Stadtarchiv Mainz, 90/1992/40, Zeeh, Anton.
- 850 Ebd.
- 851 Ebd.

## 5 Ausblick

- 852 Vgl. „Ziel: 60 Straßen mit Frauennamen“, in: Wiesbadener Kurier vom 5. Mai 2022.
- 853 Vgl. „Wiesbaden: Kunstprojekt ‚Frischer Wind für Westend-Straßen‘“, in: Wiesbadener Kurier vom 13. Juni 2023.
- 854 Vgl. „Etwas gequält“, Leserbrief von Karl Friedrich Kayser, in: Wiesbadener Kurier vom 11. Mai 2022; „Lassen Sie unser Stadtbild in Ruhe“, Leserbrief von Ursula Brösdorf, in: Wiesbadener Kurier vom 24. Juni 2023; „Blick auf den Ukraine-Krieg“, Leserbrief von Selina Bornemann, in: Wiesbadener Kurier vom 24. Juni 2023.
- 855 Hier sind beispielsweise Erfurt und Berlin zu nennen. Vgl. „Kolonialismus: Erfurter Stadtrat stimmt gegen die Umbenennung des Nettelbeckufers“, in: Die Zeit vom 9. März 2023. Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/kultur/2023-03/nettelbeckufer-erfurt-kolonialismus-stadtrat> (1. September 2023); „Bürger können Vorschläge machen. Neuer Name für Berliner Nettelbeckplatz gesucht“, in: Tagesspiegel vom 28. März 2023. Abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/burger-konnen-vorschlaege-machen-neuer-name-fur-berliner-nettelbeckplatz-gesucht-9576305.html> (1. September 2023).

## 6

### Abkürzungsverzeichnis NS-Organisationen

<b>BDM</b>	Bund Deutscher Mädel
<b>DAF</b>	Deutsche Arbeitsfront
<b>HJ</b>	Hitlerjugend
<b>NSDÄB</b>	Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund
<b>NSDAP</b>	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
<b>NSDDB</b>	Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund
<b>NSFK</b>	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
<b>NSKK</b>	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
<b>NSKOV</b>	Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung
<b>NSLB</b>	Nationalsozialistischer Lehrerbund
<b>NSRL</b>	Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen
<b>NSV</b>	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
<b>RAD</b>	Reichsarbeitsdienst
<b>RDB</b>	Reichsbund Deutscher Beamter
<b>RKB</b>	Reichskolonialbund
<b>RLSB</b>	Reichsluftschutzbund
<b>RMK</b>	Reichsmusikkammer
<b>SA</b>	Sturmabteilung der NSDAP
<b>SS</b>	Schutzstaffel der NSDAP

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden beschloss in ihrer Sitzung am 10. Dezember 2020, eine Historische Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen einzusetzen. Die Fachkommission hatte den Auftrag, die Biografien der Namensgeberinnen und Namensgeber der Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden auf NS-Belastung zu untersuchen und Empfehlungen im Umgang mit diesen Benennungen auszusprechen.

Zwischen 2021 und 2023 hat die Historische Fachkommission insgesamt 71 Biografien untersucht. Die Ergebnisse liegen nun in Form des Abschlussberichts vor. Darin enthalten sind biografische Gutachten zu allen untersuchten Personen sowie die Handlungsempfehlungen der Historischen Fachkommission im Umgang mit den jeweiligen Namensgeberinnen und Namensgebern. Der Abschlussbericht skizziert die Arbeit der Historischen Fachkommission von ihrer Einsetzung bis zu den Handlungsempfehlungen an die Stadtpolitik. Zudem gibt der Bericht einen Überblick über die bisherige Benennungspraxis von Straßen, Gebäuden und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden.

**Dr. Dirk Stolper** hat Geschichts- und Politikwissenschaften sowie Europäische Ethnologie an der Philipps-Universität Marburg studiert. 2021 wurde er mit einer Arbeit über den Strafverteidiger Robert Servatius in Marburg promoviert. Von 2021 bis 2023 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stadtarchiv Wiesbaden und Geschäftsführer der Historischen Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte des Völkerstrafrechts und die Wirkungsgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945.



ISBN: 978-3-9825083-2-0